

GESCHÄFTSBERICHT 2008



Unser Leitbild

Die Zentralbanken des unabhängigen Eurosystems (somit auch die OeNB) haben im Jahr 2005 ein gemeinsames Leitbild mit folgenden wesentlichen Zielsetzungen und Wertvorstellungen veröffentlicht:

Vorrangiges Ziel des Eurosystems ist die Gewährleistung von Preisstabilität im Interesse des Gemeinwohls. Als führende Instanz im Finanzsektor trägt das Eurosystem außerdem eine besondere Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems und die Förderung der Finanzmarktintegration in Europa.

Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Transparenz und Rechenschaftspflicht sind tragende Werte bei der Umsetzung unserer Ziele. Eine erfolgreiche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas sowie mit den Medien ist für uns von größter Bedeutung. Unsere Beziehungen zu europäischen Institutionen und nationalen Behörden gestalten wir als Mitglieder des Eurosystems in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und im Einklang mit dem Prinzip der Unabhängigkeit von Zentralbanken.

Strategisch wie operativ tragen wir alle – unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes der Dezentralisierung – zur Erreichung der gemeinsamen Ziele bei. Wir verpflichten uns dem Prinzip der Good Governance und nehmen unsere Aufgaben durch Kooperation und Teamarbeit effektiv und wirtschaftlich wahr.

Gestützt auf unser Erfahrungskapital sowie auf den Austausch von Wissen wollen wir im Rahmen klar festgelegter Rollen und Zuständigkeiten unsere gemeinsame Identität stärken, mit einer Stimme sprechen und Synergieeffekte nutzen.

Das Unternehmensleitbild der OeNB ergänzt und konkretisiert das Leitbild des Eurosystems im Hinblick auf die österreichischen Erfordernisse. Die wesentlichen Aussagen sind:

Als Zentralbank der Republik Österreich steht die OeNB im Dienste der Bevölkerung Österreichs und Europas.

Wir stellen das Vertrauen in die OeNB durch professionelle Aufgabenerfüllung sicher, die auf hoher Kompetenz und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter beruht.

Unsere Leistungen und Produkte sind stark kundenorientiert, um einen hohen Nutzen bei den Kunden und Partnern zu stiften.

Durch laufende marktorientierte Produkt- und Prozessinnovationen gewährleisten wir eine effiziente und kostenbewusste Leistungserbringung unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit, insbesondere des Umweltschutzes.

Unseren Kunden und Partnern gegenüber treten wir kooperativ, lösungsorientiert und zuverlässig auf.

Engagement, Motivation, Kreativität, Lernbereitschaft, Teamgeist und Mobilität der Mitarbeiter prägen als Erfolgsfaktoren für Gegenwart und Zukunft unseren Arbeitsstil.

Inhalt

Unser Leitbild	2
Vorwort des Präsidenten	4
Vorwort des Gouverneurs	5
Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick	6
Auftrag und Aufgaben der OeNB	11
Organisation der OeNB	14
Eigentümer und Organe der OeNB	16

Bericht des Direktoriums über das Geschäftsjahr 2008

Finanz- und Wirtschaftskrise als Herausforderung für den Stabilitätsauftrag der OeNB	25
Die OeNB im Dienste der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft	63
Aktive Rolle der OeNB bei der Europäischen Integration – 10 Jahre WWU	87

Jahresabschluss 2008 der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2008	98
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2008	100
Anhang zum Jahresabschluss 2008	101
Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer	134
Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag	136
Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2008	137

Hinweise

Abkürzungen, Zeichenerklärung	140
Verzeichnis der Kästen, Grafiken, Tabellen und Bildkonzept	141
Periodische Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank	145
Adressen der Oesterreichischen Nationalbank	147

Redaktionsschluss: 30. April 2009

Vorwort des Präsidenten



Die Weltwirtschaft trat im Jahr 2008 nach einer langen Wachstumsphase in eine schwere Rezession ein. In der zweiten Jahreshälfte verschärften sich die Finanzmarkturbulenzen und zogen auch die Realwirtschaft zunehmend in Mitleidenschaft. Den heftigen Finanzmarkturbulenzen wurde mit weitreichenden Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems ebenso wie zur Stützung der Konjunktur entgegengetreten. Für den Euroraum wurde der stabilitätspolitische Beitrag einer gemeinsamen Währung deutlich sichtbar.

Im Hinblick auf die Geschäfte der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) ist festzuhalten, dass Zins- und Wechselkursentwicklungen Einflussfaktoren darstellen, denen sich das Reservenmanagement nicht entziehen kann. Trotz dieses schwierigen Umfelds erwirtschaftete die OeNB eine höhere Betriebsleistung als im Vorjahr. Allerdings waren einerseits aufgrund des großen Wertverlusts einzelner Fremdwährungen gegenüber dem Euro markante Abschreibungen vorzunehmen und andererseits entsprechend dem Beschluss des EZB-Rats eine Rückstellung für geldpolitische Operationen zu dotieren. Dementsprechend sank das geschäftliche Ergebnis im Jahr 2008 mit 47 Mio EUR auf etwa ein Fünftel des Vorjahresergebnisses. In längerfristiger Betrachtung ist hervorzuheben, dass sich aufgrund der Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und hoher Gewinnabfuhr in vorangegangenen Jahren die Reserven der OeNB deutlich verringert haben. Daher sind Ertragskraft und Risikotragfähigkeit der OeNB nachhaltig Grenzen gesetzt!

Vor dem Hintergrund der Finanzmarkturbulenzen haben die EZB und die nationalen Zentralbanken ihre Verantwortung für die Stabilisierung des Finanzsystems wahrgenommen und die Banken im Rahmen der geldpolitischen Operationen großzügig mit Liquidität versorgt. Dementsprechend waren neben der Finanzmarktaufsicht und der Liqui-

ditätssteuerung auch viele andere Geschäftsbereiche der OeNB außerordentlich belastet. So hatten beispielsweise die Finanzmarkt- und die monetäre Analyse einem erhöhten Analysebedarf zu entsprechen und die Bargeldversorgung einen markanten Anstieg der Banknotenausgabe zu bewältigen. Trotz der hohen Anforderungen aufgrund der Finanzmarkturbulenzen wurden wichtige Projekte vorangetrieben: So wurden etwa die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Umsetzung der Finanzmarktaufsichtsreform 2008 geschaffen, im Zahlungsverkehr das Clearingsystem der OeNB um die SEPA-Überweisung erweitert und die Finanzmarktstabilitätsanalyse ausgebaut. Großes Augenmerk wurde mit dem Aufbau eines gesamthaften Risikomanagements für alle finanziellen Risiken auf die Verfeinerung der Instrumente der Unternehmenskontrolle gelegt. Die Beteiligungsunternehmen der OeNB, die in den letzten Jahren neu ausgerichtet wurden, konnten ihre Marktstellung festigen und ihre Synergiepotenziale nutzen.

Mit Blick auf die Zukunft ist hervorzuheben, dass Vorbereitungsarbeiten zur Entwicklung einer neuen mittelfristigen Unternehmensstrategie mit dem Ziel aufgenommen wurden, unter Berücksichtigung der Aufgabenverteilung im ESZB eine weitere Fokussierung in den Kernbereichen der OeNB ausgerichtet an Qualität und Effizienz der Dienstleistungen zu erreichen. Der bereits in den letzten Jahren eingeschlagene Weg eines sparsamen Ressourceneinsatzes soll fortgesetzt, und Ausgaben sowie Mitarbeiterressourcen sollen an neue Strukturen angepasst werden.

Den Mitgliedern des Direktoriums, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der OeNB danke ich für ihr Engagement und ihre Leistungen sowohl in der OeNB als auch im Eurosystem.

Präsident
Dkfm. Dr. Claus J. Raidl

Vorwort des Gouverneurs

Im Frühjahr 2008 blickte die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) anlässlich ihrer Volkswirtschaftlichen Tagung auf zehn Jahre Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zurück. Das ökonomische und politische Integrationsprojekt sicherte den Euro-Ländern eine Dekade der Preisstabilität und des Wachstums.

Im Jahr 2008 stand die gemeinsame Geldpolitik allerdings vor großen Herausforderungen: Nach den hohen Inflationsraten im ersten Halbjahr weiteten sich im Herbst 2008 die von der US-Subprime-Krise ausgehenden Verwerfungen auf den Finanzmärkten zu einer globalen Finanzkrise aus. Die Europäische Zentralbank (EZB) reagierte rasch und stellte den Märkten ausreichend Liquidität zur Verfügung. Im weiteren Verlauf senkte der EZB-Rat die Leitzinsen in mehreren Etappen auf das tiefste Niveau seit Beginn der WWU. Zusätzlich beschlossen die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten Banken- und Konjunkturpakete. Dadurch konnten die Märkte zwar einigermaßen stabilisiert werden, ein Abgleiten der Realwirtschaft in die Rezession war aber nicht zu verhindern. In dieser krisenhaften Entwicklung wirkte sowohl der Euro als auch die Zusammenarbeit des Eurosystems wie ein Schutzschild gegen noch negativere Auswirkungen auf Europa und Österreich.

Österreichs Volkswirtschaft geriet später und weniger stark als andere Regionen in den Sog der Krise. Für das Jahr 2009 wird dennoch der stärkste wirtschaftliche Rückgang seit dem Zweiten Weltkrieg prognostiziert. Das Übergreifen der Krise auch auf einige Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas birgt ein erhebliches Risikopotenzial – nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa. Die raschen Hilfsmaßnahmen des IWF und der EU wirken jedoch stabilisierend.

In Österreich agierte die OeNB erfolgreich als Krisenmanager und trug auch aufgrund ihrer guten nationalen

und internationalen Vernetzung zur Finanzmarktstabilität bei. Ab 1. Jänner 2008 wurden der OeNB durch das novellierte Bankwesengesetz erweiterte Aufgaben der Bankenaufsicht übertragen. Dabei kooperiert sie eng mit der Finanzmarktaufsicht, den Geschäftsbanken und den Aufsichtsbehörden anderer Länder.

Die Neuordnung der Finanzmärkte und der europäischen Aufsichtsarchitektur ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Die Integration auf dem Binnenmarkt und die grenzüberschreitenden Geschäftsaktivitäten der Banken sind mit einer primär nationalen Aufsichtsperspektive nicht länger vereinbar; die Aufsicht muss daher verstärkt auf EU-Ebene erfolgen. Daneben sind für die Geld- und Wirtschaftspolitik die Gewährleistung der Preisstabilität (auch in dem Sinn, dass deflationäre Risiken mittelfristig vermieden werden) und die Verbesserung der Finanzmarktstabilität vordringliche Aufgaben.

Die OeNB folgt in ihrer Arbeit den betriebswirtschaftlichen Leitlinien von Effizienz und Kostenbewusstsein. Zugleich legt sie in ihrer Personalpolitik großen Wert auf hohe Qualifikation, Chancengleichheit und Transparenz.

Die großen Aufgaben, die sich im Jahr 2008 stellten, waren nur durch den engagierten Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bewältigen. Ich möchte mich dafür ausdrücklich bedanken, ebenso für die gute Zusammenarbeit im Direktorium und auch mit dem Generalrat. Mein besonderer Dank gilt meinem Vorgänger Dr. Klaus Liebscher, der bis 31. August 2008 amtierte, für seine Kollegialität und Hilfsbereitschaft, die einen reibungslosen Amtsübergang ermöglichten.

Gouverneur
Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny



Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick

Bevor die sich sukzessiv verschärfende Finanzkrise ab Herbst 2008 immer stärker auch die Realwirtschaft erfasste und sich in weiterer Folge zur schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg auswuchs, waren die ersten drei Quartale des Jahres 2008 von hohen Inflationsraten geprägt. Die überwiegend von den international stark gestiegenen Preisen für Energie, Rohstoffe und Nahrungsmittel verursachten HVPI-Inflationsraten lagen bis in den Spätsommer 2008 sowohl in Österreich als auch im Euroraum deutlich über 3%. Erst gegen Ende des Jahres ließ die Teuerung mit dem Verfall der Energie- und Rohstoffpreise nach.

Das Eurosystem insgesamt und die OeNB im Besonderen waren daher in ihren vorrangigen Zielsetzungen – Gewährleistung von Preisstabilität und Aufrechterhaltung der Finanzmarktstabilität – stark gefordert

- Am 3. Juli 2008 hob der EZB-Rat aufgrund gestiegener Inflationserwartungen den Leitzinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft um 25 Basispunkte auf 4,25% an, um den Preisaufrtrieb einzudämmen, Zweitrundeneffekte zu vermeiden und damit mittelfristig Preisstabilität sicherzustellen.
- Ab Herbst 2008 verschärfte sich nach dem Konkurs der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers die Finanzkrise: Es kam zu einer Neubewertung des Risikos, die Aktienkurse fielen und die Aufschläge für Unternehmensanleihen stiegen. Mehrere Finanzinstitute hatten ernsthafte Probleme und mussten von den Behörden gestützt werden. Die Turbulenzen übertrugen sich rasch auf die Finanzmärkte Europas. Das Vertrauen in die Banken schwand, die Bereitschaft, Liquidität innerhalb des Bankensektors bereitzustellen, verringerte sich und die Geldmarktzinsen stiegen. Die ne-

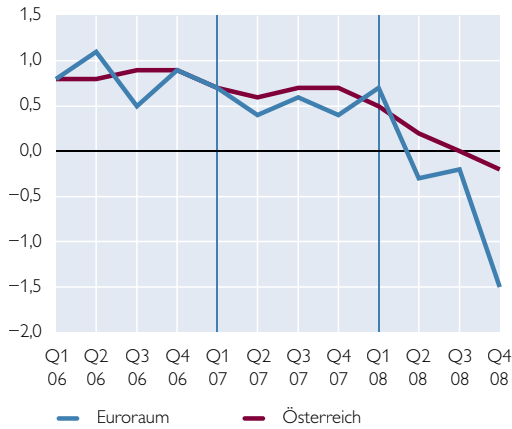
gativen Effekte übertrugen sich auch auf die Realwirtschaft. Die US-Wirtschaft glitt in eine Rezession. In Europa brachen insbesondere die Exporte ein. Im Euroraum war das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal 2008 bereits leicht rückläufig, der Rückgang beschleunigte sich im vierten Quartal 2008 bis auf 1,6% (im Vergleich zum Vorquartal).

- Die Geldpolitik des Eurosystems reagierte rasch, flexibel und teilweise mit außergewöhnlichen Maßnahmen. Durch umfangreiche Liquiditätsspritzen, neue längerfristige Refinanzierungsoperationen, erweiterte Sicherheiten und massive Zinssenkungen wurde der Krise entgegengewirkt und eine Stabilisierung des Finanzsystems erreicht. Der EZB-Rat nahm den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte zwischen Oktober 2008 und April 2009 um insgesamt 300 Basispunkte auf 1,25% zurück. Das Eurosystem kooperierte eng mit anderen wichtigen Notenbanken, die ebenfalls umfangreiche Maßnahmen setzten. Die Kundenzinsen (Einlagen- und Kreditzinsen) gingen im Euroraum und in Österreich ab November 2008 deutlich zurück.
- Spezielle und auf EU-Ebene akkordierte Bankenpakete flankierten die Bemühungen der Geldpolitik zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität. Länderspezifische Konjunkturpakete wie auch im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms der EU zur Verfügung gestellte Mittel im Gesamtausmaß von 200 Mrd EUR dienten der Stärkung der Realwirtschaft in Europa. Spezielle Hilfsprogramme des IWF für einzelne Länder in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) wirkten zudem stützend.

Grafik 1

Reales BIP

Veränderung zum Vorquartal in %

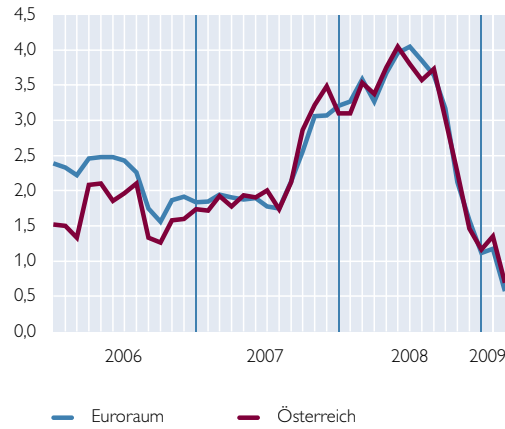


Quelle: Statistik Austria, WIFO, Eurostat.

Grafik 2

HVPI-Inflationsrate

in %

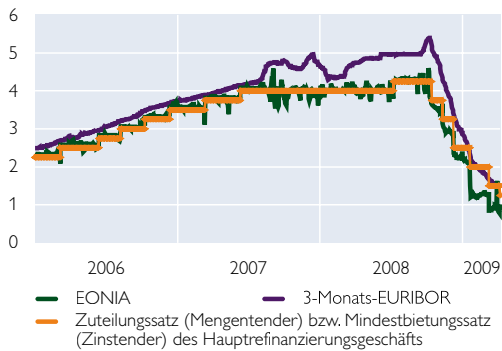


Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

Grafik 3

Leitzinssatz und Geldmarktzinsen im Euroraum

in %

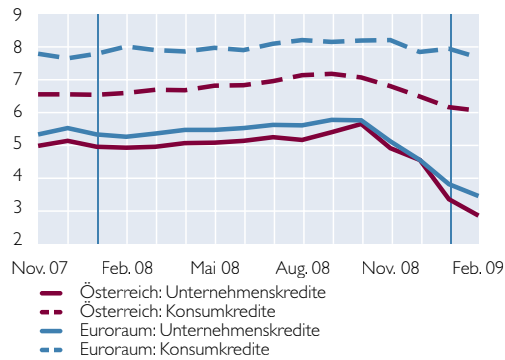


Quelle: Thomson Reuters.

Grafik 4

Kreditzinssätze im Euroraum und in Österreich – Neugeschäft

in %

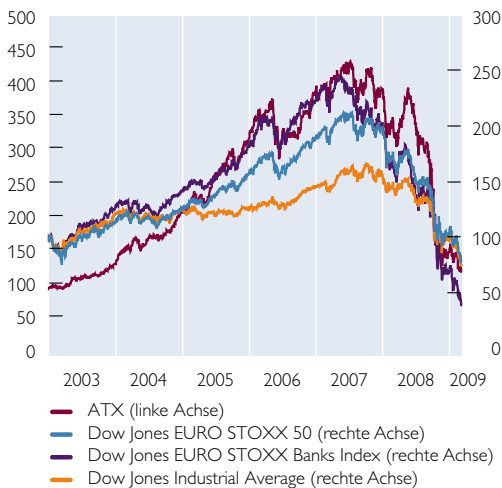


Quelle: OeNB, EZB.

Grafik 5

Aktienindizes

Indiziert: 1.1.2003 = 100

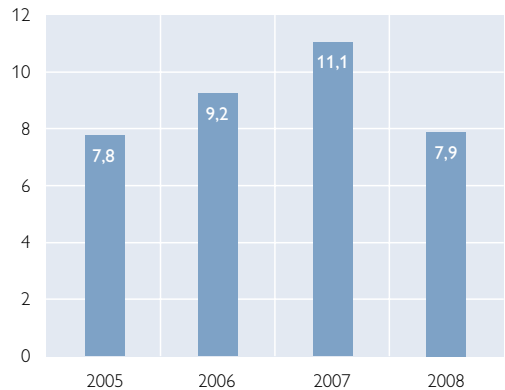


Quelle: Thomson Reuters, OeNB.

Grafik 6

Betriebsergebnis der österreichischen Banken¹

in Mrd EUR

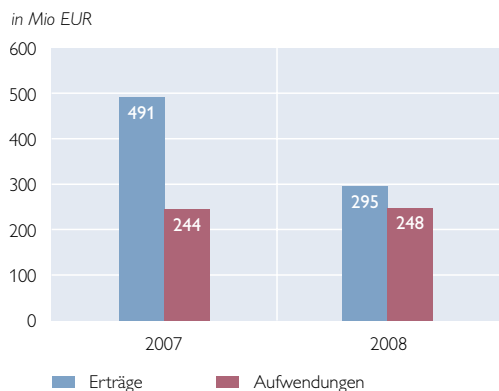


Quelle: OeNB.

¹ Konsolidierte Daten.

- Österreich schnürte ein umfassendes und im europäischen Vergleich gut dotiertes Bankenpaket im Umfang von 100 Mrd EUR. Als vertrauensbildende Maßnahme wurden Einlagen von natürlichen Personen bis Ende 2009 in voller Höhe gesichert. Ab 1. Jänner 2010 beträgt die Einlagensicherung 100.000 EUR. Die österreichischen Konjunkturpakete I und II sowie die Steuerreform umfassen ein Gesamtvolumen von rund 5 Mrd EUR (1,8% des BIP). Sie werden dazu beitragen, die erwartete Rezession im Jahr 2009 etwas abzufedern. Im Jahr 2008 betrug das Wirtschaftswachstum in Österreich 1,6%.
 - Die österreichischen Banken konnten sich den verschärften Finanzmarkt-turbulenzen im zweiten Halbjahr 2008 nicht mehr entziehen. Der Gewinn vor Steuern sank um über 50% auf 2,4 Mrd EUR vor allem aufgrund von höheren Risikokosten für Kredite und Wertpapiere. Das konsolidierte Betriebsergebnis (inklusive der Auslandstöchter) reduzierte sich gegenüber 2007 um 29,1% auf 7,9 Mrd EUR. In CESEE bestanden 69 Tochterbanken in 19 Ländern. Die Forderungen in dieser Region sind breit gestreut und betragen rund 200 Mrd EUR, davon drei Viertel innerhalb der EU. CESEE hat auch für die gesamte EU große Bedeutung, da Forderungen von knapp 1.000 Mrd EUR auf Banken aus dem EU-15-Raum entfallen. Die österreichischen Konzernmütter versorgen ihre Tochtergesellschaften weiterhin mit ausreichend Kapital und Liquidität. Sie kommen ihrer Rolle als langfristige Investoren nach und tragen damit zu einer Stabilisierung in der Region bei.
- Das Jahr 2008 war in allen Geschäftsfeldern der OeNB von intensiven Aktivitäten geprägt**
- Das professionelle und aktive Krisenmanagement der OeNB zur Aufrechterhaltung der Finanzmarktstabilität hat sich bestens bewährt. Wesentlich dafür waren der laufende und enge Kontakt mit den Marktteilnehmern sowie ein vertiefter Informationsaustausch mit der Finanzmarktaufsicht und anderen Aufsichtsbehörden im Inland, aber auch im Ausland. Die im Jahr 2008 neu geschaffenen Strukturen haben eine schlagkräftige und effiziente Bankenaufsicht gewährleistet.
 - Das Statistikangebot der OeNB wurde durch zwei neue Meldungen erweitert. Die Liquiditätsmeldung gestattet eine wöchentliche Vorschau auf den Liquiditätsbedarf von 30 österreichischen Banken. Zudem wird die Neukreditvergabe bei 105 österreichischen Banken erhoben, wodurch eine detaillierte Beurteilung der Geschehnisse auf dem Kreditmarkt möglich wird.
 - Die Zahlungsverkehrssysteme der OeNB wurden weiter ausgebaut. Sie sicherten eine reibungslose Abwicklung der Zahlungen sowohl in Euro als auch in Fremdwährung. Mit der Stabilität der Systeme hat der Zahlungsverkehr dem österreichischen Finanzplatz Sicherheit gegeben und damit das Vertrauen des Marktes in die Liquiditätsversorgung durch die OeNB gestärkt.

Grafik 7

OeNB: Erträge und Aufwendungen

Quelle: OeNB.

Grafik 8

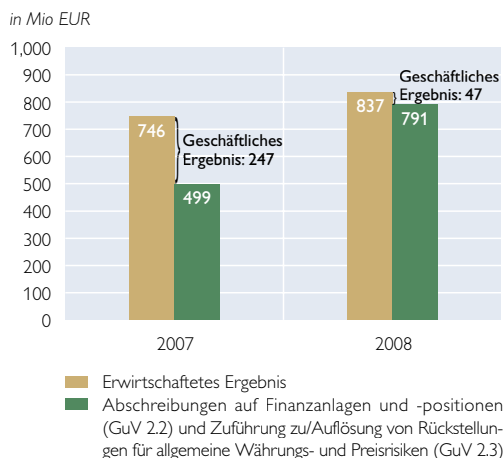
OeNB: Geschäftliches Ergebnis 2007 und 2008

Tabelle 1

Ausgewählte Kennzahlen der OeNB

	2007	2008
Unternehmenskennzahlen (Stand 31. Dezember)		
	in Mio EUR	
Nettowährungsposition	12.084	11.700
Banknotenumlauf	18.053	20.297
Bilanzsumme	61.946	83.810
Geschäftliches Ergebnis	247	47
Körperschaftsteuer	62	12
Gewinnanteil des Bundes	150	28
Bilanzgewinn	17	3
	absolut	
Mitarbeiterressourcen der OeNB-Fachbereiche	917,5	968,2
Wissensbilanz		
Akademikeranteil, in %	35,6	41,3
OeNB-Website – Seitenaufrufe pro Tag	64.595	84.651
Auskünfte der OeNB-Hotlines	38.516	38.829
Abonnenten der OeNB-Newsletter	14.985	17.529
OeNB-Publikationen	63	68
Bargeldschulungen	393	417
Umweltbilanz		
Wärmeverbrauch, in kWh/m ²	45	52
Stromverbrauch, in MWh/Mitarbeiter	7,7	7,5
Kopierpapierverbrauch, in Blatt/Mitarbeiter	8.669	7.752

Quelle: OeNB.

- Im Herbst war vorübergehend eine erhöhte Bargeldversorgung notwendig, der die OeNB reibungslos nachkam. Die in Österreich veranstaltete Fußballeuropameisterschaft EURO08 erforderte verstärkte Schulungsaktivitäten zur Bargeldsicherheit. Bei über 400 Veranstaltungen wurden über 7.000 Personen geschult. Das Fälschungsaufkommen im Jahr 2008 war sehr gering, die Schadenssumme nahm gegenüber dem Jahr 2007 um 12% ab. Im Jänner 2009 führte die Slowakei den Euro ein und wurde das 16. Mitglied des Euroraums. Im Auftrag des Eurosystems übernahm die OeNB die Lieferung der Erstausrüstung mit Euro-Banknoten für die Slowakei.
 - Die Kommunikationsdienste der OeNB wurden erweitert. Das vergrößerte Angebot auf der Website *www.oenb.at* erzielte durchschnittlich 85.000 Seitenaufrufe pro Tag (2007: 65.000). Zentrales Anliegen der Öffentlichkeitsarbeit der OeNB bleibt die verständliche Darstellung der komplexen Finanzwelt und die Bereitstellung klarer Information als Basis der vertrauensbildenden Maßnahmen zur Unterstützung der Geldpolitik. Im Frühjahr 2008 zog die OeNB bei der Volkswirtschaftlichen Tagung Bilanz über die ersten zehn Jahre WWU. Diese hat die makroökonomische Konvergenz im Euroraum gefördert, Preisstabilität weitgehend gewährleistet und für Österreich deutliche Integrationseffekte sowie eine Verbesserung der außenwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gebracht.
- lagen und -positionen (GuV 2.2) und Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken (GuV 2.3) – ist im Jahr 2008 um 91 Mio EUR oder 12% auf 837 Mio EUR gestiegen. Davon entfallen auf das Nettozinsergebnis 816 Mio EUR (2007: 738 Mio EUR), auf das Nettoergebnis aus Finanzoperationen 154 Mio EUR (209 Mio EUR), auf Erträge aus Beteiligungen 91 Mio EUR (23 Mio EUR), auf Personalaufwendungen 116 Mio EUR (108 Mio EUR), auf Sachaufwendungen 82 Mio EUR (78 Mio EUR) und auf Aufwendungen für den Ankauf von Euro-Banknoten 16 Mio EUR (25 Mio EUR).*
- Bedingt durch *Abschreibungen auf Fremdwährungen und Wertpapiere (625 Mio EUR)* sowie durch die *Zuführung zur Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems (166 Mio EUR)* wird das geschäftliche Ergebnis 2008 mit 47 Mio EUR (2007: 247 Mio EUR) ausgewiesen. Der 90-prozentige Gewinnanteil des Bundes errechnet sich dabei mit 28 Mio EUR (150 Mio EUR), auf die Körperschaftsteuer entfallen 12 Mio EUR (62 Mio EUR). Damit ergibt sich ein Bilanzgewinn in der Höhe von 3 Mio EUR (17 Mio EUR).
 - Die *Nettowährungsposition* der OeNB verminderte sich auf 11,7 Mrd EUR. In dieser Position der OeNB sind sowohl die aktiv- und passivseitigen als auch die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Fremdwährungsbestände zusammengefasst. Die Abnahme gegenüber dem Bilanzstichtag 2007 um 0,4 Mrd EUR ist neben transaktionsbedingten Abgängen vor allem auch auf Bewertungseffekte zurückzuführen. Von der Nettowährungsposition entfallen 5,6 Mrd EUR auf *Goldbestände*.

Das Betriebsergebnis der OeNB war im Geschäftsjahr 2008 durch folgende Entwicklungen gekennzeichnet:

- Das geschäftliche Ergebnis der OeNB – ohne *Abschreibungen auf Finanzan-*

Auftrag und Aufgaben der OeNB

Auftrag der OeNB

Die OeNB ist die Zentralbank der Republik Österreich und als solche integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB). In dieser Funktion agiert sie in voller personeller, finanzieller und institutioneller Unabhängigkeit. Die OeNB richtet ihre Zielsetzungen und ihr Verhalten an den Grundsätzen Vertrauen, Stabilität und Sicherheit aus.

Für das ESZB/Eurosystem und somit auch für die OeNB besteht ein klarer, gesetzlicher Auftrag. Zum einen ist dies die Gewährleistung der Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet, um die Kaufkraft für die Bevölkerung zu erhalten. Zum anderen haben die Zentralbanken einen wesentlichen Beitrag zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität zu leisten. Neben diesen beiden vorrangigen Aufgaben sind die nationalen Zentralbanken auch zur „Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union“ und somit auch jener Österreichs (Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung) verpflichtet, solange die Preisstabilität gesichert ist.

Die Leitwerte Stabilität, Sicherheit und Vertrauen bilden die Fundamente für das nachhaltige Wirken der OeNB. Die strategische Zielsetzung – Excellence in Central Banking – umfasst die Kompetenzfelder Stabilitätspolitik, Risikomanagement, Zahlungsmittel und „Go East“.

Aufgaben der OeNB

Mitwirkung an geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems

- Mitwirkung des Gouverneurs im Rat und im Erweiterten Rat der Europäischen Zentralbank (EZB)
- Volkswirtschaftliche Analysen und Studien, Forschungstätigkeit zu Österreich sowie zu für Österreich relevanten Ländern (insbesondere in Zentral-, Ost- und Südosteuropa)
- Prognosen der Wirtschaftsentwicklung Österreichs

Operative Geldpolitik / Reservenmanagement

- Abwicklung der geldpolitischen Geschäfte mit den österreichischen Banken
- Teilnahme an allfälligen Devisenmarktinterventionen des Eurosystems
- Management der eigenen Währungsreserven sowie des der OeNB zur Verwaltung übertragenen Teils der Währungsreserven der EZB
- Abwicklung und Überwachung der Mindestreserven der österreichischen Banken

Finanzmarktstabilität und Bankenaufsicht

- Durchführung der Bankenaufsicht – in Kooperation mit der Finanzmarktaufsichtsbehörde FMA – sowie der Zahlungssystemaufsicht zur Sicherung der Stabilität der Finanzmärkte
- Stabilitätsrelevante Analyse von Finanzmärkten und Banken
- Weiterentwicklung der Risikovorsorge auf Mikro- und Makroebene

Bereitstellung von Statistiken

- Bereitstellung von aussagekräftigen und hochwertigen Statistiken, vor allem Monetär-, Zinssatz-, Aufsichts- und Außenwirtschaftsstatistiken wie z. B. die Zahlungsbilanz und die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
- Führung der Großkreditevidenz

Bargeldversorgung

- Versorgung der österreichischen Wirtschaft und Bevölkerung mit sicheren Banknoten und Münzen
- Analyse von Bargeldströmen zur Gewährleistung eines reibungslosen Bargeldumlaufs

Zahlungsverkehr

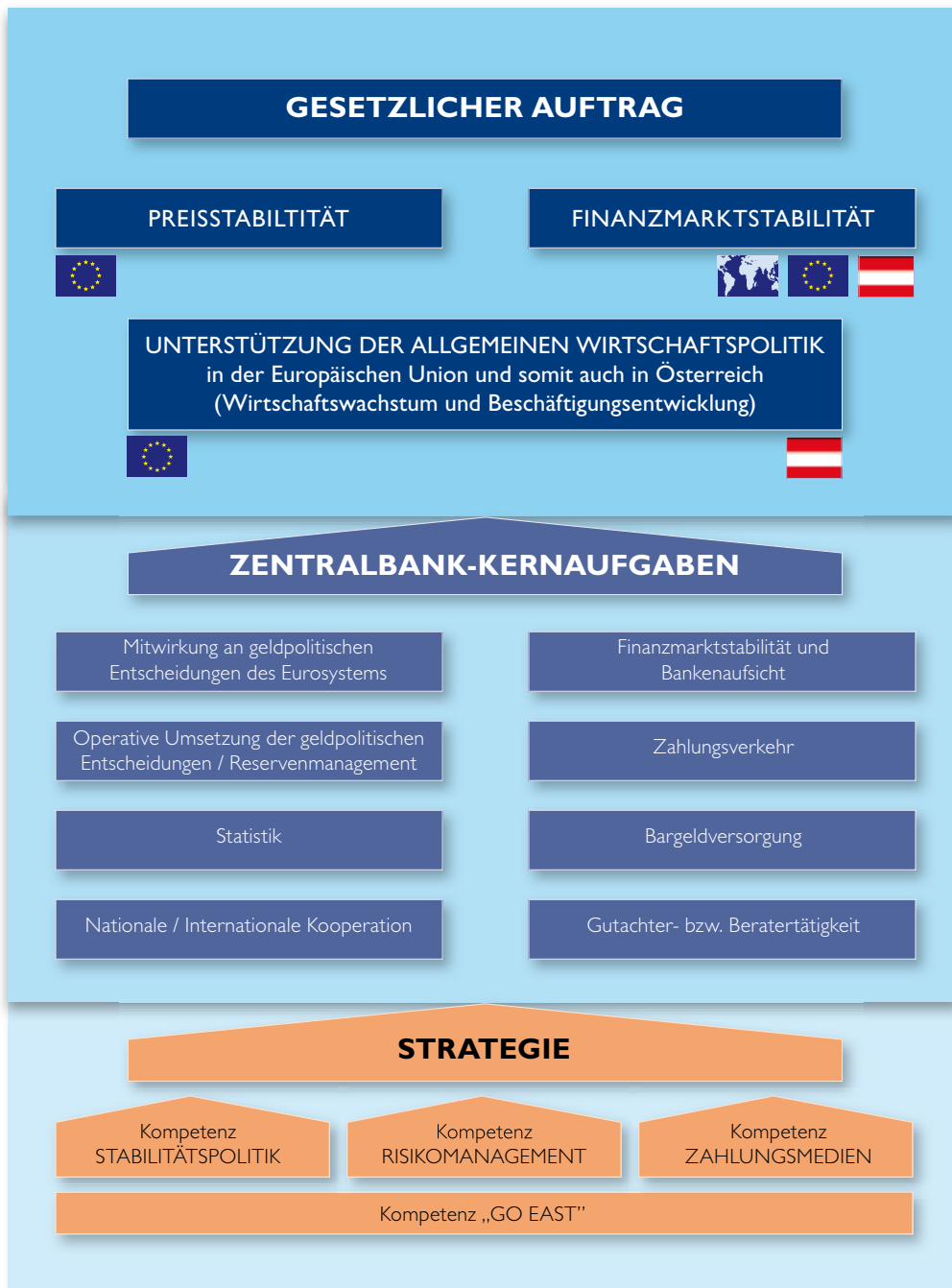
- Bereitstellung und Förderung zuverlässiger Zahlungsverkehrssysteme in Österreich und deren Vernetzung mit dem Ausland
- Analyse von globalen Entwicklungen im Zahlungsverkehr und deren Umsetzungsmöglichkeit in Österreich

Nationale / Internationale Kooperation

- Zusammenarbeit mit nationalen Gremien wie Finanzmarktaufsicht, Staatsschuldenausschuss, Statistikrat u. a.
- Internationale währungspolitische Zusammenarbeit mit und Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen (IWF, BIZ)

Gutachter- bzw. Beratertätigkeiten

- Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen und Stellungnahmen



Organisation der OeNB

Präsident

Dkfm. Dr. Claus J. Raidl

Referat des Generalrats
AL DRR Dr. Dr. Richard Mader

Vizepräsident

Mag. Max Kothbauer

Direktorium

Ressort Notenbankpolitik

Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny

Referat des Gouverneurs
AL Mag. Markus Arpa

Innenrevision

AL DRR Wolfgang Winter

Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit

AL DRR Mag. Günther Thonabauer

Abteilung für Planung und Controlling

AL Mag. Gerhard Hohäuser

Personalabteilung

AL DRR Mag. Dr. Axel Aspetsberger

Hauptreferat

Zukunftsfragen und Zentralbankentwicklung

DHR Mag. Peter Achleitner

Hauptabteilung Volkswirtschaft

DHA Mag. Dr. Peter Mooslechner

Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

AL DRR Mag. Dr. Ernest Gnan

Abteilung für volkswirtschaftliche Studien

AL Mag. Dr. Martin Summer

Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen

AL Mag. Franz Nauschnigg

Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland

AL Mag. Dr. Doris Ritzberger-Grünwald

Repräsentanz Brüssel

Mag. Marlies Stubits-Weidinger

Ressort Rechnungswesen, Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr

Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek

Hauptabteilung Organisation und Informationsverarbeitung

DHA Wolfgang Pernkopf

Abteilung für Organisation und IT-Governance¹

AL Ing. Mag. Wolfgang Ruland

IT-Development

AL DRR Dr. Reinhard Auer

IT-Operations

AL Christoph Martinek

Hauptabteilung Hauptkasse und Zahlungsverkehr

DHA Dr. Stefan Augustin

Abteilung für Bargeld- und Zahlungsverkehrssteuerung

AL Mag. Dr. Walter Hoffenberg

Banknoten- und Münzenkasse

AL Kassendirektor Mag. Dr. Gerhard Schulz

Zahlungsverkehrsabteilung

AL DRR Mag. Andreas Dostal

Hausdruckerei

AL Gerhard Habitzl

Zweiganstalt Österreich Nord

DZA Josef Kienbauer

Zweiganstalt Österreich Süd

DZA Mag. Friedrich Fasching

Zweiganstalt Österreich West

DZA Mag. (FH) Armin Schneider

Hauptabteilung Rechnungswesen

DHA Friedrich Karrer

Abteilung Bilanzierung und Risikoüberwachung Treasury

AL Elisabeth Trost

Abteilung Zentralbuchhaltung

AL Herbert Domes

AL Abteilungsleiter
DHA Direktor der Hauptabteilung
DHR Direktor des Hauptreferats
DRR Direktionsrat
DZA Direktor und Leiter der Zweiganstalt

Direktorium

Ressort Finanzmarktstabilität, Bankenaufsicht und Statistik

Direktor Mag. Andreas Ittner

Hauptabteilung Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung

DHA Mag. Philip Reading

Abteilung für Finanzmarktanalyse

AL Dr. Michael Würz

Abteilung für Bankenanalyse

AL DRR Mag. Dr. Johannes Turner

Abteilung für Bankenrevision

AL Dipl.-Ing. Dr. Gabriela de Raaij

Hauptabteilung Statistik

DHA Mag. Dr. Aurel Schubert

Abteilung für Außenwirtschaftsstatistik und

Finanzierungsrechnung

AL Dr. Michael Pfeiffer

Abteilung für Aufsichts- und Monetärstatistik

AL Gerhard Kaltenbeck

Kreditabteilung

AL Eva-Maria Springauf

Ressort Finanzmarktoperationen, Beteiligungen und Interne Dienste

Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Beteiligungsverwaltung

AL DRR Mag. Franz Partsch

Jubiläumsfonds

AL Dr. Wolfgang Höritsch

Rechtsabteilung

AL DRR Dr. Hubert Mölzer

Hauptabteilung Treasury

DHA Mag. Dr. Rudolf Trink

Abteilung für Treasury – Strategie

AL Reinhold Wanka

Treasury – Front Office

AL DRR Mag. Walter Sevcik

Treasury – Back Office

AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli

Repräsentanz London

Mag. Carmencita Nader-Uher

Repräsentanz New York

Mag. Gerald Fiala

Hauptabteilung Interne Dienste

DHA Mag. Albert Slavik

Abteilung für Einkauf, Technik und Service

AL Mag. Thomas Reindl

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten

AL Gerhard Valenta

Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice

AL Mag. Bernhard Urban

¹ Umweltbeauftragter SE Johann Jachs
Stand per 30. April 2009

Eigentümer und Organe der OeNB

Eigentümer der OeNB

Die OeNB ist eine Aktiengesellschaft. Das Grundkapital von 12 Mio EUR steht mehrheitlich im Eigentum des Bundes, die restlichen Anteile befinden sich im Eigentum von Interessenvertretungen sowie von Banken und Versicherungen. Aktionäre können nur österreichische Staatsbürger oder juristische Personen oder Personengesellschaften des Handelsrechts sein, die ihren Sitz und ihre Hauptverwaltung in Österreich haben und deren Anteile sich weder unmittelbar noch mittelbar mehrheitlich in ausländischer Hand befinden. Die Übertragung von Aktien der OeNB ist nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der Generalversammlung wirksam. Seit Mai 2006 hält der Bund 70,3% der Anteile am Grundkapital der OeNB.

Aufgaben des Generalrats

Der Generalrat ist das Aufsichtsorgan der OeNB und überwacht jene Geschäfte, die nicht in den Aufgabebereich des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) fallen. Der Generalrat wird durch den Präsidenten, und zwar in der Regel einmal im Monat, einberufen. Gemäß § 20 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) hat der Generalrat das Direktorium in Angelegenheiten der Geschäftsführung und der Währungspolitik zu beraten. Diese gemeinsamen Sitzungen des Generalrats und des Direktoriums haben mindestens einmal im Vierteljahr stattzufinden. Für eine Reihe von Agenden der Geschäftsführung ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Dazu zählen die Neuaufnahme oder Auflassung von Geschäftszweigen, die Errichtung oder Auflassung von Zweiganstalten sowie der Erwerb oder die Veräußerung von Beteiligungen und Liegenschaften. Weiters ist die Zustimmung des Generalrats bei der Besetzung von Aufsichtsräten und des Managements von Unter-

nehmen, an denen die OeNB beteiligt ist, einzuholen. Auch bei der Ernennung der Funktionäre der zweiten Führungsebene der OeNB ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Darüber hinaus sind die in § 21 Abs. 2 NBG genannten Angelegenheiten der Beschlussfassung durch den Generalrat vorbehalten, wie z. B. die Erstattung von unverbindlichen Dreivorschlägen an die Bundesregierung für die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums durch den Bundespräsidenten, die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Geschäftspolitik in Nicht-ESZB-Angelegenheiten und die Genehmigung des Jahresabschlusses zwecks Vorlage an die Generalversammlung sowie die Genehmigung des Ausgabenplans für das nächste Geschäftsjahr.

Zusammensetzung des Generalrats

Der Generalrat besteht aus dem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und zwölf weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder müssen österreichische Staatsbürger sein. Präsident, Vizepräsident und sechs Mitglieder werden von der Bundesregierung für die Dauer von fünf Jahren ernannt; eine Wiederernennung ist zulässig. Weitere sechs Mitglieder werden von der Generalversammlung (Treffen der Aktionäre) für die Dauer von fünf Jahren gewählt; eine Wiederwahl ist zulässig. Weitere Bestimmungen zum Generalrat finden sich in den §§ 20 bis 30 NBG.

Mit Stand 31. Dezember 2008 umfasste der Generalrat der OeNB folgende Mitglieder:



Dkfm. Dr.
Claus J. Raidl
Präsident
Vorsitzender des
Vorstandes der
Böhler-Uddeholm AG



Mag. Max
Kothbauer
Vizepräsident
Vorsitzender des
Universitätsrats der
Universität Wien



Dipl.-Ing.
August Astl
Generalsekretär der
Landwirtschafts-
kammer Österreich



Mag. Markus Beyrer
Generalsekretär der
Industriellenvereinigung



Univ.-Prof. Dr.
Bernhard Felderer
Direktor des Instituts
für Höhere Studien
und Wissenschaftliche
Forschung (IHS)



Univ.-Doz. MMag.
Dr. Philip Göth
Deloitte Financial
Services Industry
Leader Asia
Pacific Region



Dkfm. Elisabeth
Gürtler-Mauthner
Geschäftsführerin der Sacher
Hotels Betriebsges.m.b.H.
und Vizepräsidentin
der Österreichischen
Hoteliervereinigung (ÖHV)



Dr. Erich Hampel
Vorsitzender des
Vorstandes der
Bank Austria



Dipl. Bwt.
Alfred Hannes
Heinzl
Geschäftsführer der
Heinzl Holding
GmbH



Mag. Anna Maria
Hochhauser
Generalsekretärin der
Wirtschaftskammer
Österreich



Dipl.-Ing.
Johann Marihart
Generaldirektor
der Agrana
Beteiligungs-AG



Mag. Werner Muhm
Direktor der Kammer
für Arbeiter und
Angestellte für Wien



Mag. Dr. Walter
Rothensteiner
Generaldirektor
der Raiffeisen
Zentralbank
Österreich AG



Dr. Dwora Stein
Bundesgeschäfts-
führerin der Gewerk-
schaft der Privat-
angestellten, Druck,
Journalismus, Papier

Gemäß § 22 Abs. 5 Nationalbankgesetz 1984 vom Zentralbetriebsrat bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:



Dr. Martina Gerharter
*Vorsitzende des
Zentralbetriebsrats*



Robert Kocmich
*Stellvertretender
Vorsitzender des
Zentralbetriebsrats*



Staatskommissär
Sektionschef
Mag. Thomas Wieser
*Leiter der Sektion für
Wirtschaftspolitik und
Finanzmärkte im Bundes-
ministerium für Finanzen*



Staatskommissär-
Stellvertreter
Mag. Alfred Lejsek
*Gruppenleiter
Gruppe III/B Finanzmärkte
im Bundesministerium
für Finanzen*

Direktorium

Das Direktorium hat den gesamten Dienstbetrieb zu leiten und die Geschäfte der OeNB zu führen. Bei der Verfolgung der Ziele und Aufgaben des ESZB hat das Direktorium entsprechend den Leitlinien und Weisungen der EZB zu handeln. Das Direktorium besteht aus dem Gouverneur, dem Vize-Gouverneur und zwei weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Direktoriums werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt. Die Ernennung erfolgt jeweils auf die Dauer von fünf Jahren; eine Wiederernennung ist zulässig. Der Gouverneur ist Mitglied des EZB-Rats und des Erweiterten Rats der EZB. Er und sein Vertreter sind bei Wahrnehmung dieser Funktionen weder an Beschlüsse des Direktoriums noch an solche des Generalrats gebunden und unterliegen auch sonst keinerlei Weisungen.



Andreas Ittner, Wolfgang Duchatczek, Ewald Nowotny, Peter Zöllner (von links)

Mit Stand 31. Dezember 2008 umfasste das Direktorium der OeNB folgende Mitglieder:

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny
Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatczek
Vize-Gouverneur

Mag. Dr. Peter Zöllner
Mitglied des Direktoriums

Mag. Andreas Ittner
Mitglied des Direktoriums

Für weitere Informationen zum Direktorium der OeNB siehe auch www.oenb.at

Personelle Veränderungen vom 29. April 2008 bis 30. April 2009

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 21. Mai 2008 beschlossen, *Dkfm. Dr. Claus J. Raidl*, Vorsitzender des Vorstandes der Böhler-Uddeholm AG, mit Wirkung vom 1. September 2008 zum Präsidenten des Generalrats der OeNB zu ernennen. Er folgte damit *Herbert Schimetschek* nach, dessen Funktionsperiode am 31. August 2008 endete.

Weiters hat die Bundesregierung in ihrer Sitzung am 21. Mai 2008 beschlossen, *Mag. Max Kothbauer*, Vorsitzender des Universitätsrats der Universität Wien, mit Wirkung vom 1. September 2008 zum Vizepräsidenten des Generalrats der OeNB zu ernennen. Er folgte damit *Dr. Manfred Frey* nach, dessen Funktionsperiode am 31. August 2008 endete.

Ebenso in ihrer Sitzung am 21. Mai 2008 hat die Bundesregierung beschlossen, anstelle von *Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny* die Bundesgeschäftsführerin der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier, *Dr. Dwora Stein*, mit Wirkung vom 1. September 2008 zum Mitglied des Generalrats zu ernennen sowie *Dipl.-Ing. August Astl* mit Wirkung vom 8. September 2008 zum Mitglied des Generalrats wieder zu ernennen.

In der konstituierenden Sitzung des Zentralbetriebsrats vom 21. Mai 2008 wurde *Robert Kocmich* zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralbetriebsrats gewählt und anstelle von Abteilungsleiter *Gerhard Kaltenbeck* als Vertreter des Belegschaftsorgans in den Generalrat entsandt.

Mit der regelmäßigen Generalversammlung vom 27. Mai 2008 endete die Funktionsperiode von Generalrat *Dkfm. Gerhard Randa*. An seiner Stelle wurde der Vorsitzende des Vorstandes

der Bank Austria, *Dr. Erich Hampel*, zum Mitglied des Generalrats gewählt. Ferner hat die Generalversammlung die Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich, *Mag. Anna Maria Hochhauser*, anstelle von *Direktor Manfred Hofmann*, der sein Generalratsmandat mit der regelmäßigen Generalversammlung zurückgelegt hat, zum Mitglied des Generalrats gewählt. Anstelle von *Mag. Max Kothbauer*, der aufgrund seiner Ernennung zum Vizepräsidenten sein Generalratsmandat per 31. August 2008 zurückgelegt hat, hat die Generalversammlung den Generalsekretär der Industriellenvereinigung, *Mag. Markus Beyrer*, mit Wirkung vom 1. September 2008 zum Mitglied des Generalrats gewählt.

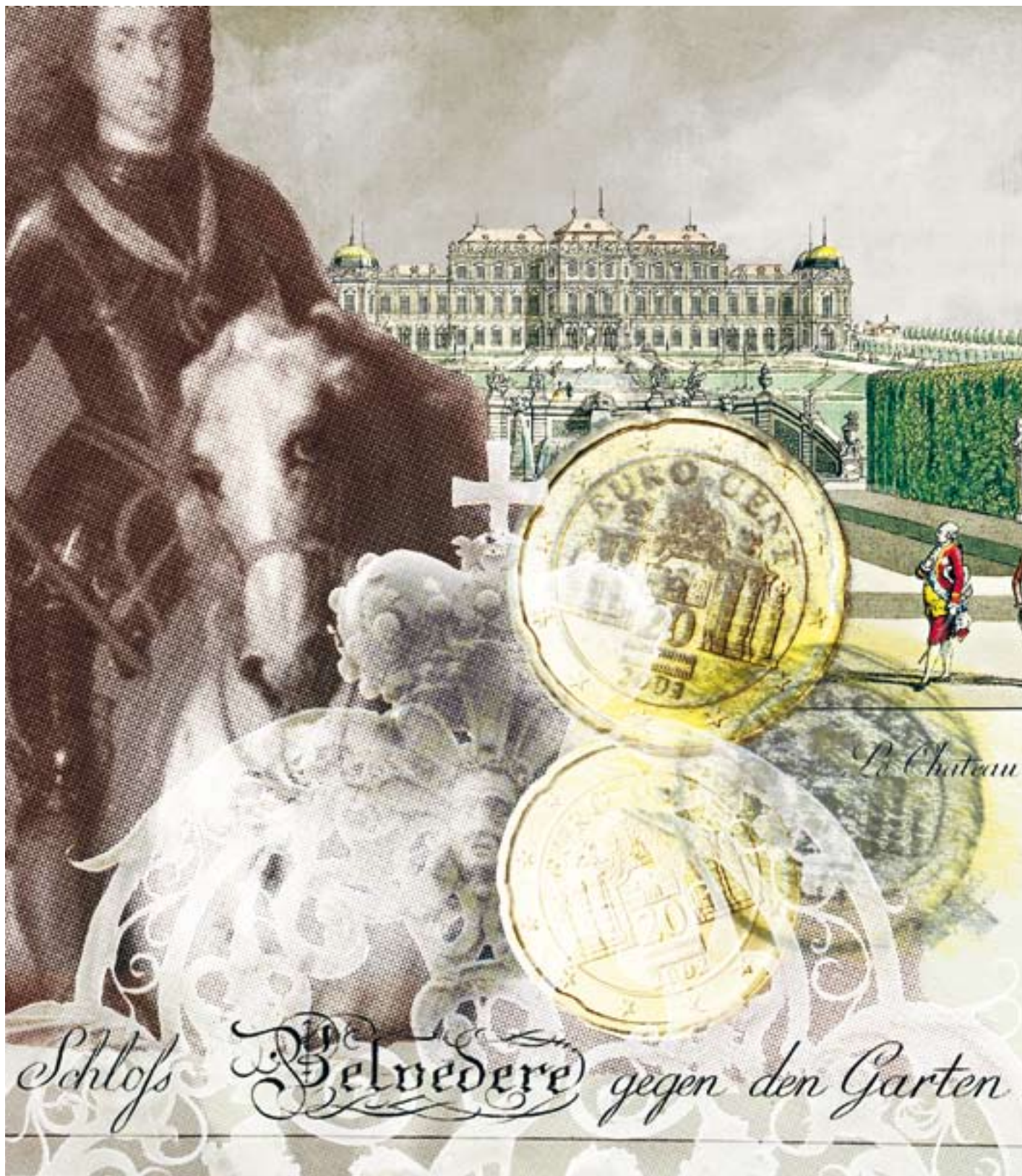
Die Funktionsperioden des Präsidenten und Vizepräsidenten sowie der Mitglieder des Generalrats haben eine Laufzeit von fünf Jahren.

Der Bundespräsident hat mit Entscheidung vom 26. Mai 2008 und mit Wirkung vom 1. September 2008 *Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny* – anstelle von *Dr. Klaus Liebscher* – zum Gouverneur und *Mag. Andreas Ittner* – anstelle von *Univ.-Doz. Dr. Josef Christl* – zum Mitglied des Direktoriums der OeNB – jeweils für die Dauer von fünf Jahren – ernannt. Darüber hinaus wurden *Dr. Wolfgang Duchatzek* mit Wirkung vom 11. Juli 2008 zum Vize-Gouverneur und *Dr. Peter Zöllner* mit Wirkung vom 15. Juli 2008 zum Mitglied des Direktoriums – jeweils für die Dauer von fünf Jahren – wieder ernannt.

Gouverneur *Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny* leitet das Ressort Notenbankpolitik. Vize-Gouverneur *Dr. Wolfgang Duchatzek* ist mit der Leitung des Ressorts Rechnungswesen, Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr, Direktor *Dr. Peter Zöllner* mit der Leitung des Ressorts Finanzmarktoperatio-

nen, Beteiligungen und Interne Dienste und Direktor *Mag. Andreas Ittner* mit der Leitung des Ressorts Finanzmarktstabilität, Bankenaufsicht und Statistik betraut.

Mit Wirkung vom 1. September 2008 wurde Sektionschef *Mag. Thomas Wieser* vom Bundesminister für Finanzen für fünf Jahre zum Staatskommissär wieder bestellt.





LEREY ARCHITEKTUR PLAS

Bericht des Direktoriums
über das Geschäftsjahr 2008



Finanz- und Wirtschaftskrise als Herausforderung für den Stabilitätsauftrag der OeNB

Die OeNB hat, ihrer wesentlichen Zielsetzung folgend, als integraler Bestandteil des Eurosystems Preisstabilität und Finanzmarktstabilität zu gewährleisten. Während des gesamten Jahres 2008 war sie dabei besonders intensiv gefordert: Die sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen mit hohen Inflationsraten bis September 2008 und der Finanz- und Wirtschaftskrise ab dem vierten Quartal 2008 erschwerten die Erfüllung des Stabilitätsauftrags. Dieses Kapitel stellt die wichtigsten wirtschaftlichen Ereignisse im Berichtsjahr und in den ersten Monaten des Jahres 2009 dar und fasst die umfangreichen geld- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise zusammen.

Robustes Wachstum und steigende Inflationsraten trotz Finanzmarkturbulenzen im ersten Halbjahr 2008

Spannungen auf den Finanzmärkten der USA setzen sich fort und dämpfen die Konjunktur des Euroraums

US-Maßnahmen zur Rezessionsbekämpfung zeigen zunächst Wirkung

Im ersten Halbjahr 2008 hielten die Turbulenzen auf den US-amerikanischen Finanzmärkten an. Immer wieder gerieten Finanzinstitute in Schwierigkeiten und mussten gestützt werden, um eine Kettenreaktion im Finanzsystem zu vermeiden (siehe auch Kasten 1). Auch auf dem Immobilienmarkt setzte sich der Abwärtstrend fort, die Hauspreise waren ebenso weiter rückläufig wie die Anzahl der Hausverkäufe. Das steigende Aufkommen von Kreditausfällen belastete den gesamten amerikanischen Finanzsektor und übertrug sich zunehmend auch auf die internationalen Finanzmärkte. Uneinbringliche Kredite verursachten nicht nur bei den vergebenden Banken enormen Abschreibungsbedarf, sondern auch bei jenen Finanzinstituten, die die Kredite kauften und in Form von kurzfristig refinanzierten Verbriefungen bündelten, sowie bei den Versicherungen und Hedgefonds, die diese Verbriefungen kauften. Aufgrund der Unsicherheit über den noch ausstehenden Abschreibungsbedarf verbreitete sich zunehmend ein Misstrauen auf dem Interbankenmarkt.

Trotz dieser punktuellen Schwierigkeiten auf den US-Finanzmärkten herrschte generell die Hoffnung, dass die Finanzmarkturbulenzen bald ihren Höhepunkt überschritten haben könnten. Die US-Notenbank setzte gemeinsam mit der US-Regierung mehrere Maßnahmen, um eine drohende Rezession abzuwenden. Vor allem der Konsum, der nicht nur unter den negativen Vermögenseffekten, sondern auch unter den hohen Energiepreisen und der Abschwächung des Arbeitsmarktes litt,

sollte angekurbelt werden. Die Federal Reserve senkte im ersten Halbjahr 2008 in vier Schritten den Leitzinssatz um insgesamt 225 Basispunkte. Die US-Regierung verabschiedete Ende Jänner 2008 ein erstes Konjunkturbelebungs paket im Ausmaß von 1 % des BIP. Die Konjunkturstimulierungsmaßnahmen zeigten zunächst Wirkung, die Wirtschaftsleistung expandierte im zweiten Quartal 2008 annualisiert wieder um 2,8 % nach nur schwachem Wachstum im ersten Quartal. Der private Konsum entwickelte sich günstig, die Exportwirtschaft profitierte von der Abwertung des US-Dollar in den vergangenen Monaten. Die Aussichten für die kommenden Quartale waren jedoch gedämpft. Das Verbrauchervertrauen setzte seinen steilen Abwärtstrend fort und kündigte damit bereits eine Konsumzurückhaltung in der zweiten Jahreshälfte 2008 an.

Im Euroraum dominierte Anfang 2008 die Erwartung, dass die Finanzmarkturbulenzen sowohl zeitlich als auch lokal begrenzt sein dürften. Die verfügbaren Wirtschaftsindikatoren zeichneten das Szenario eines gedämpften, aber fortgesetzten Wirtschaftswachstums. So expandierte das reale BIP des Euroraums im ersten Quartal 2008 gegenüber dem Vorquartal um 0,7%. Auch das Wachstum der Industrieproduktion bewegte sich bis April 2008 auf dem Niveau der vergangenen zwei Jahre. Die Kapazitätsauslastung hatte sich auf hohem Niveau stabilisiert. Vom Arbeitsmarkt kamen ebenfalls positive Signale, die Arbeitslosenquote stagnierte bis März 2008 bei 7,2% (Eurostat-Definition), dem niedrigsten Niveau seit Bestehen des Euroraums. Die anhaltend dynamische Nachfrage aus aufstrebenden Volkswirtschaften konnte die Nachfrageausfälle aus den USA teilweise kompensieren.

Konjunktur im Euroraum zu Jahresanfang 2008 noch robust

Im zweiten Quartal 2008 setzte dann jene Wachstumsabschwächung ein, die verschiedene Vorlaufindikatoren bereits seit einem Jahr signalisiert hatten. So war der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Economic Sentiment Indicator seit Juni 2007 eingebrochen. Der Einkaufsmanagerindex für die verarbeitende Industrie im Euroraum war bereits seit Mitte 2006 rückläufig und erreichte Mitte 2008 die 50er-Marke, unter der er eine wirtschaftliche Kontraktion signalisiert.

Die reale Wirtschaftsleistung legte im zweiten Quartal 2008 gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres nur mehr um 1,4% zu, gegenüber dem Vorquartal ging sie bereits um 0,3% zurück. Dahinter standen teilweise temporäre Ausgleichsfaktoren, da aufgrund des milden Winters die Bauwirtschaft im ersten Quartal 2008 ungewöhnlich aktiv gewesen war. Vor diesem Hintergrund relativiert sich der massive Einbruch der Bruttoanlageinvestitionen auf Basis saisonbereinigter Daten. Aber auch der private Konsum ging gegenüber dem ersten Quartal 2008 leicht zurück und signalisierte, dass sich der zunehmende Pessimismus der Konsumenten langsam in einer Kaufzurückhaltung niederzuschlagen begann. Die Ausfuhren verloren aufgrund der anhaltenden Aufwertung des Euro weiter an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Die Exportentwicklung bekam zudem die Abschwächung der globalen Konjunktur und den nachlassenden Welt-handel zu spüren.

In Summe deuteten die zeitnah verfügbaren Daten darauf hin, dass sich das Wirtschaftswachstum zwar abgeschwächt hatte, ein massiver Einbruch aber nicht bevorstand. So prognostizierten die Experten des Eurosystems im Juni 2008 für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum zwischen 1,5% und 2,1% und für das Jahr 2009 zwi-

schen 1,0% und 2,0%. Allerdings wurden die Risiken, mit denen dieses Hauptszenario behaftet war als besonders hoch eingestuft.

Wirtschafts- und Geldpolitik im Euroraum im ersten Halbjahr 2008 von massivem Inflationsanstieg gefordert

Das Hauptaugenmerk der Geld- und Wirtschaftspolitik galt im ersten Halbjahr 2008 der Inflationsentwicklung. Der Anstieg des HVPI (Harmonisierter Verbraucherpreisindex) beschleunigte sich kontinuierlich und erreichte im Juli 2008 mit 4,0% einen seit Bestehen des Euroraums nie dagewesenen Wert. Der Inflationsanstieg war primär auf die volatileren Preiskomponenten zurückzuführen. So zogen die Energiepreise trotz bereits einsetzender Abschwächung der Weltkonjunktur weiter an. Der Rohölpreis erreichte am 11. Juli 2008 mit über 146 USD je Barrel (Brent) einen Rekordwert. Aber auch bei den anderen Rohstoffen waren dynamische Preisentwicklungen zu beobachten. Besonders stark erhöhten sich die Preise für Nahrungsmittelrohstoffe: Mit dem wirtschaftlichen Aufholprozess großer aufstrebender Volkswirtschaften, wie China und Indien, stieg auch deren Nachfrage nach hochwertigen Nahrungsmitteln. Es kam zu Verknappungen bei Ackerland, das verstärkt für den Anbau von Mais, Soja und Getreide als Futtermittel und für die Produktion von Biosprit genutzt wurde.

Sieht man von der Entwicklung in den volatileren Preiskategorien ab, verlief die Inflationsrate wesentlich stabiler. So lag die Kerninflationsrate, die die Preise für Energie und (bearbeitete und unbearbeitete) Lebensmittel nicht berücksichtigt, im Jahresverlauf weitgehend konstant bei 1,8%. Dank inflationsdämpfender Effekte der EU-Erwei-

Zur Jahresmitte setzt auch im Euroraum Wachstumsdämpfung ein

Anstieg von Energie- und Lebensmittelpreisen lässt Inflationsrate auf 4,0% steigen

Geldpolitik des Eurosystems hebt Leitzinsen an, um Zweitrundeneffekten vorzubeugen

terung und der Globalisierung des Welthandels schlug sich in diesen Zahlen der Inflationsdruck, der sich langsam auf dem Arbeitsmarkt aufbaute, noch nicht nieder: Bereits seit Ende 2007 begannen die vergangene gute Konjunktur und der Wunsch nach Inflationsabgeltung die Ergebnisse der Lohnverhandlungen zu bestimmen, während gleichzeitig der konjunkturell bedingte Anstieg des Produktivitätswachstums die Lohnstückkosten stark anwachsen ließ.

Für die Geldpolitik ist entscheidend, inwiefern sich die Entwicklung in den volatilen Preiskomponenten verfestigt und durch Zweitrundeneffekte auf andere Inflationskomponenten überträgt. Tatsächlich war bis zur Jahresmitte 2008 ein merklicher Anstieg der mittelfristigen Inflationserwartungen zu beobachten. Die anhaltend hohe Wachstumsrate der Geldmenge M3 von über 10% unterstützte die Einschätzung persistent hoher Inflationsraten. Auf Basis dieser Einschätzung beschloss der EZB-Rat am 3. Juli 2008, in der ersten Zinsänderung seit über einem Jahr, den Leitzinssatz um 25 Basispunkte auf 4,25% anzuheben. Ziel dieser Maßnahme war es, das Aufkei-

men von Zweitrundeneffekten zu verhindern, die sich bereits in der Lohnstückkostenentwicklung und in den Inflationserwartungen abzuzeichnen begannen.

Finanzmarktkrise verschärft sich ab Herbst 2008 und überträgt sich zunehmend auf die Realwirtschaft

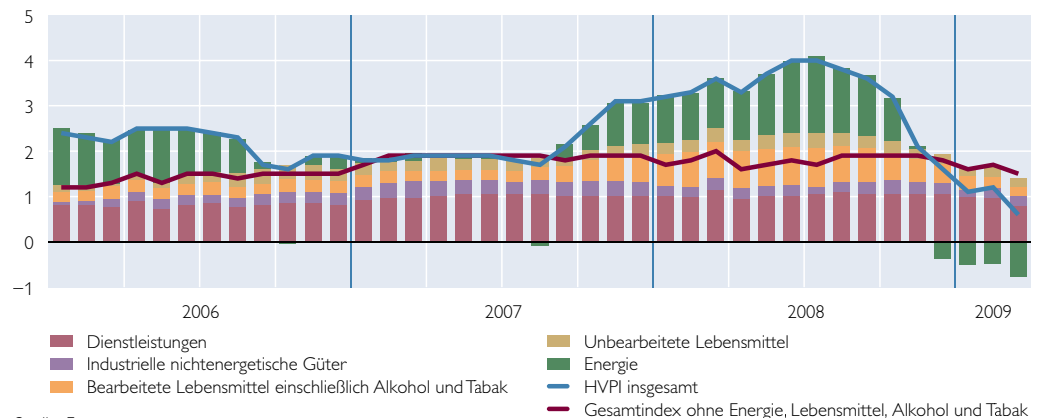
Rezession der US-Wirtschaft vertieft sich

Im Spätsommer 2008 intensivierte sich die Krise auf den US-amerikanischen Geld- und Finanzmärkten rapide und übertrug sich zunehmend auf andere Länder und auf die Realwirtschaft. Dieser Trend verstärkte sich, als am 15. September 2008 die US-Investmentbank Lehman Brothers Gläubigerschutz anmeldete. Die Federal Reserve und die US-Aufsichtsbehörden entschieden sich dagegen, unterstützend einzugreifen, um dadurch nicht andere Finanzinstitute zu riskanteren Geschäftsstrategien zu verlassen (Moral Hazard); Lehman Brothers ging in Konkurs. Die folgenden Wochen brachten einen Absturz der Aktienwerte, mehrere Problemfälle im Finanzsektor und ein Austrocknen der Geldmärkte. Die Invest-

Grafik 9

Komponenten des HVPI im Euroraum

Beitrag zum Jahreswachstum in Prozentpunkten (Linien in %)



mentbank Merrill Lynch wurde von der Bank of America gekauft, der größte US-Versicherungskonzern American International Group (AIG) konnte nur durch einen Kredit der Federal Reserve aufgefangen werden. Zu Jahresende 2008 lag der Dow Jones Aktienindex um 35% unter seinem Stand zu Jahresbeginn und hatte damit auch die Gewinne der letzten fünf Jahre eingebüßt.

Im vierten Quartal 2008 schrumpfte das reale BIP annualisiert um 6,3%, die US-Wirtschaft befand sich in der Rezession. Vor allem der private Konsum, insbesondere von langlebigen Konsumgütern, und die Unternehmens- und Immobilieninvestitionen waren rückläufig. Der staatliche Konsum stützte dank umfangreicher staatlicher Konjunkturpakete das Wachstum und verhinderte einen noch stärkeren Einbruch des realen BIP. Die meisten Vorlaufindikatoren signalisierten eine weitere Vertiefung der Rezession im ersten Quartal 2009. Der steile Anstieg der Arbeitslosenquote dauerte zu Jahresanfang 2009 an, und auch der US-Immobilienmarkt dürfte die Talsohle noch nicht erreicht haben, sodass mit einem Ende der Konsumzurückhaltung vorerst nicht zu rechnen ist.

Massive Abwärtsrevisionen der Wachstumsprognosen im Euroraum

Die Übertragung der Spannungen auf den Finanzmärkten auf die Realwirtschaft verläuft in einem sich selbst verstärkenden Kreislauf: Die Liquiditätsengpässe der Banken veranlassen sie, die Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte einzuschränken bzw. die Kreditkonditionen zu verschärfen, indem sie entweder höhere Zinssätze oder zusätzliche Sicherheiten fordern. Da aber die verfügbaren Sicherheiten – Immobilien oder Aktien – selber massiv an Wert einbüßten, schränkten sich die

Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen und Haushalte weiter ein. Die verschärften Finanzierungsbedingungen dämpften die Investitionen und den privaten Konsum und erhöhen gleichzeitig die Ausfallwahrscheinlichkeit bei Krediten. Das verschlechtert wiederum die Lage der Banken und führt zu weiteren Kreditbeschränkungen. Im Vergleich zu den USA hat eine Kreditverknappung im Euroraum eine größere Auswirkung auf die Realwirtschaft, da die Banken eine dominierende Rolle bei der Unternehmensfinanzierung einnehmen.

Die Ergebnisse der EZB-Umfrage zum Kreditgeschäft im Euro-Währungsgebiet bestätigten, dass im Eurosystem im zweiten Halbjahr 2008 eine Verschärfung der Kreditkonditionen zu beobachten war. Ein merklicher Rückgang der Kreditaufnahme trat erst gegen Jahresende 2008 ein, da Unternehmen zunächst von bereits bestehenden Kreditvereinbarungen Gebrauch machen konnten. Selbst zu Jahresende fanden sich jedoch noch wenig Anzeichen für eine massive Kreditklemme, definiert als Fehlen eines Kreditangebots für ein aus bisheriger Sicht kreditwürdiges Projekt.

Im zweiten Halbjahr 2008 wurden die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft zunehmend in den Wirtschaftsdaten des Euroraums sichtbar. Nach dem bereits im zweiten Quartal 2008 (im Vergleich zum Vorquartal) rückläufigen realen BIP schrumpfte die Wirtschaftsleistung auch im dritten Quartal 2008 um 0,3% gegenüber dem Vorquartal. Der Euroraum befand sich damit technisch gesehen in der Rezession, definiert als ein Rückgang des realen BIP in zwei aufeinanderfolgenden Monaten. Im vierten Quartal verstärkte sich die Abwärtsdynamik, das reale BIP ging gegenüber dem Vorquartal um 1,6% zurück.

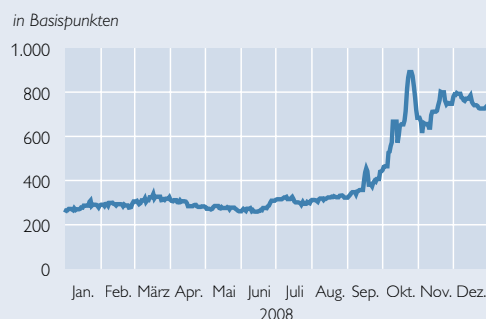
**Kreditkonditionen
im Euroraum
verschärfen sich**

Chronologie bedeutender Ereignisse auf den Finanzmärkten in den USA und in Europa in der zweiten Jahreshälfte 2008

Die bereits seit Sommer 2007 anhaltenden Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten haben sich in der zweiten Jahreshälfte 2008 deutlich verschärft, nachdem es bereits im März 2008 zu einer von den US-Behörden initiierten Übernahme der US-Investmentbank Bear Stearns gekommen war. In diesem Kasten werden relevante Ereignisse und damit verbundene Entwicklungen dargestellt:

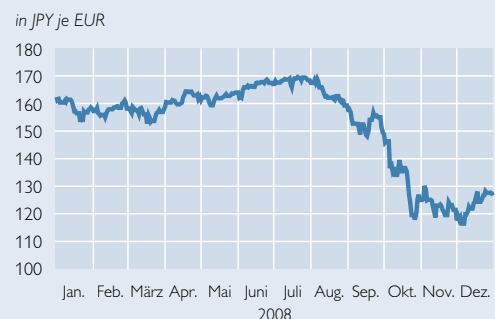
- Im **Junijuli 2008** führte der anhaltende Abschwung auf dem US-Immobilienmarkt zu Zweifeln, ob die beiden größten im öffentlichen Auftrag tätigen US-Hypothekenfinanzierer, Fannie Mae (Federal National Mortgage Association) und Freddie Mac (Federal Home Loan and Mortgage Corporation), über eine ausreichende Eigenmittelausstattung verfügen. Daraufhin wurden Mitte Juli 2008 von der US-Regierung Unterstützungsmaßnahmen ergriffen.
- **Anfang September 2008** wurden dann beide Institute unter staatliche Aufsicht gestellt und weitreichende Maßnahmen, inklusive einer Garantieübernahme für ihre Verbindlichkeiten, gesetzt.
- **Mitte September 2008** spitzte sich die Lage auf den internationalen Finanzmärkten weiter zu, nachdem die US-Investmentbank Lehman Brothers Gläubigerschutz nach Kapitel 11 des US-Konkursrechts (das entspricht dem österreichischen Ausgleich) beantragt hatte. Die Insolvenz erhöhte die Unsicherheit auf den internationalen Märkten deutlich, da Lehman Brothers eine wichtige Rolle auf dem globalen Kreditderivate- und Swapmarkt spielte und das Gegenparteiensrisiko schlagend wurde. Die wesentlichen Refinanzierungsmärkte der Banken trockneten aus. Zweifel an der Kreditwürdigkeit von Gegenparteien und die Unsicherheit über den eigenen Liquiditätsbedarf veranlassten Banken dazu, entweder Liquidität zu horten oder Geld nur sehr kurzfristig bzw. gegen Sicherheiten zu verleihen. Im unbesicherten Geldmarkt war die Liquidität für Laufzeiten über einer Woche sehr knapp bzw. bei längeren Laufzeiten vollkommen ausgetrocknet. Geldmarktfonds, die in Commercial Papers¹ von Lehman Brothers investiert waren, verzeichneten Verluste. Ebenso verbuchten weltweit private Anleger Verluste, unter anderem mit von Lehman Brothers garantierten Zertifikaten. Es setzte eine Flucht in Liquidität und Qualität ein – Aktienkurse fielen, Risiko-prämien und „Verschuldungswährungen“ wie der japanische Yen und der Schweizer Franken stiegen.

Risikoprämien von Staatsanleihen in Schwellenländern



Quelle: Bloomberg; Emerging Markets Global Bonds Spread.

Wechselkursentwicklung des japanischen Yen gegenüber dem Euro



¹ Commercial Papers sind kurzlaufende Schuldverschreibungen von Emittenten erstklassiger Bonität. Sie stellen ein Segment des Geldmarktes dar und können auch in Form forderungsbesicherter Wertpapiere (Asset-Backed Commercial Papers, kurz ABCP) durch spezielle Emissionsgesellschaften (Conduits) begeben werden.

- Zudem wurde die US-Investmentbank Merrill Lynch von der Bank of America übernommen, nachdem die zuletzt hohen Abschreibungen und die erschwerten Refinanzierungsbedingungen auf dem Geldmarkt das Institut unter Druck kommen hatten lassen. Die beiden verbliebenen US-Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley beantragten in weiterer Folge den Status einer Bank-Holding, um verbesserten Zugang zu den Liquiditätsoperationen der Federal Reserve und zu Spareinlagen zu erlangen.
- Für zusätzliche Verunsicherung sorgten Berichte über die Eigenmittel- und Liquiditätsausstattung eines der größten Versicherungsunternehmen, American International Group (AIG). AIG war im Vergleich zu anderen Versicherungen aufgrund ihres stärkeren Engagements auf dem (strukturierten) Kreditmarkt von den Turbulenzen besonders betroffen. Zur Verbesserung der Liquiditätssituation wurde AIG von der Federal Reserve ein Kredit eingeräumt, um dem Unternehmen Zeit zu geben, Maßnahmen zur Verbesserung der Kapitalausstattung zu treffen. Im Vereinigten Königreich wurde die Übernahme von HBOS durch Lloyds TSB vereinbart.
- **Ende September 2008** kamen auch verstärkt Kreditinstitute in Europa unter Druck. Beim belgisch-niederländischen Finanzkonzern Fortis zweifelten Marktteilnehmer die ausreichende Eigenmittel- und Liquiditätsausstattung des Instituts an. In der Folge wurden von den Regierungen Belgiens, Frankreichs und Luxemburgs Maßnahmen zur Unterstützung des Instituts (wie auch im Fall des belgisch-französischen Bankkonzerns Dexia) ergriffen. Weiters geriet das deutsche Kreditinstitut Hypo Real Estate in ernsthafte Refinanzierungsschwierigkeiten. Die britische Regierung plante die Verstaatlichung des Baufinanzierers Bradford & Bingley. Das US-Kreditinstitut Washington Mutual wurde in weiten Teilen vom US-Finanzkonzern JPMorgan Chase übernommen.
- **Anfang Oktober 2008** erreichte die Vertrauenskrise auch private Anleger, die in einigen europäischen Ländern verstärkt Bargeldabhebungen tätigten bzw. Geld von Banken im Auslandseigentum oder von Direktbanken zu Banken im Inlandseigentum transferierten. Die isländische Regierung verstaatlichte die drei größten Banken des Landes (Kauþthing, Landsbanki und Glitnir), die zuvor ihre Geschäftsaktivitäten in Europa stark ausgeweitet hatten. Die von den Banken begebenen Anleihen wurden nahezu wertlos. Die Isländische Krone verlor gegenüber dem Euro in den vorangegangenen zwölf Monaten rund drei Viertel ihres Wertes. Island erhielt in weiterer Folge Unterstützung des IWF, um einen Kollaps des Finanzsystems abzuwenden. Angesichts der sich im Herbst 2008 verschärfenden Finanzmarkturbulenzen wurden von den Regierungen und Zentralbanken in der EU umfangreiche, zeitlich befristete Maßnahmen zur Unterstützung des Finanzsektors ergriffen (siehe die Abschnitte „Stabilitätsanker Eurosystem“ und „Maßnahmenpakete der Wirtschaftspolitik“).²
- **Mitte Oktober 2008** stellte die britische Regierung im Rahmen ihres Maßnahmenpakets der Royal Bank of Scotland, HBOS und Lloyds TSB Kapital zur Verfügung.
- **Ende Oktober 2008** kaufte das US-Finanzministerium im Rahmen des Unterstützungspakets „Troubled Asset Relief Program“ Vorzugsaktien von acht großen US-Banken. Die Ereignisse in den USA und in Europa, wachsende Sorgen über die realwirtschaftliche Entwicklung sowie die bestehenden Ungleichgewichte führten zu einem Anstieg der Risikoprämien in aufstrebenden Volkswirtschaften. Institutionelle Investoren bauten ihre Positionen in den aufstrebenden Volkswirtschaften ab, was auch auf die anhaltenden Abflüsse bei Investmentfonds zurückgeführt werden kann.
- **Im November 2008** wurden die Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der US-Bank Citigroup und des US-Versicherers AIG an die Bedürfnisse dieser Institute angepasst. In Deutschland gab der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung bekannt, dass die Commerzbank eine stille Einlage erhält. Die Aktienmärkte verzeichneten unter dem Eindruck einer rapiden Verschlechterung des realwirtschaftlichen Ausblicks und der damit einhergehenden

² Die Maßnahmenpakete stehen in enger Anlehnung an die am 12. Oktober 2008 verabschiedete und in weiterer Folge vom Europäischen Rat unterstützte „Declaration on a Concerted European Action Plan of the Euro Area Countries“.

rückläufigen Unternehmensgewinne sowie des Ausbleibens der erhofften Erholung des Finanzsektors neue Mehrjahrestiefststände. Die Schweizerische Nationalbank gab bekannt, dass sie von der Schweizer Bank UBS Vermögenswerte in der Höhe von maximal 60 Mrd USD übernehmen werde. In Lettland und Portugal wurden zwei Banken verstaatlicht.

- **Im Dezember 2008** verunsicherte der aufgedeckte Betrugsfall rund um den US-Vermögensverwalter Bernard Madoff den Hedgefondssektor. Schon zuvor kam dieser in dem insgesamt schwierigen Umfeld deutlich unter Druck. Außerdem zogen Investoren Kapital ab, nachdem die Wertentwicklung vieler Fonds negativ gewesen war. Des Weiteren verschärften Banken ihre Kreditvergaberichtlinien gegenüber Hedgefonds und/oder kürzten Kreditlinien.
- **Ende 2008/Anfang 2009** war die Vertrauenskrise zwischen den Banken auch nach dem Eingreifen der Zentralbanken und Regierungen nicht ausgestanden. Die Maßnahmen haben jedoch dazu beigetragen, das internationale Finanzsystem zu stabilisieren. Seit dem Einsetzen dieser Aktionen wurde kein großes Institut zahlungsunfähig.

Rezession verstärkt sich und zeigt sich in allen BIP-Komponenten

Die Rezession im Euroraum erfasste im vierten Quartal 2008 auch alle Hauptkomponenten des BIP mit Ausnahme des öffentlichen Konsums. Die sinkende Kapazitätsauslastung und die verschlechterte Gewinnsituation dämpften die Investitionstätigkeit im Unternehmenssektor. Gleichzeitig sank die Bautätigkeit als Folge der Abwärtskorrektur der Immobilienpreise in einigen Ländern, vor allem in Spanien und Irland. Gegen Jahresende 2008 wurde dieser Trend durch die verschärften Kreditkonditionen verstärkt. Die Konsumlaune wurde durch die geschrumpften verfügbaren Einkommen als Folge der hohen Inflationsraten, durch die Vermögenseinbußen aufgrund des Einbruchs von Vermögenswerten sowie durch die steigenden Arbeitslosenquoten gedämpft. Die Zahl der neu registrierten Personenkraftwagen lag im vierten Quartal 2008 um nahezu 20% tiefer als ein Jahr zuvor. Die Sparquote erreichte im dritten Quartal 2008 bereits das höchste Niveau seit vier Jahren.

Die Exportwirtschaft bekam die nachlassende Nachfrage aus den USA und den aufstrebenden Volkswirtschaften ab dem Sommer 2008 verstärkt zu spüren. Gleichzeitig verringerte die Aufwertung des Euro im ersten Halbjahr 2008 mit zeitlicher Verzögerung die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der

Exporte weiter. Ab Anfang Juli 2008 büßte der Euro gegenüber dem US-Dollar massiv an Wert ein. Die Umkehr der Devisenströme war primär auf die Rolle des US-Dollar als wichtigste Transaktionswährung auf den Finanzmärkten und seine Funktion als sicherer Hafen in wirtschaftlich turbulenten Zeiten zurückzuführen. Nach einer temporären Kurskorrektur im Dezember 2008 setzte sich die Abwertung des Euro um den Jahreswechsel 2008/09 fort. Die Wechselkursentwicklung verhinderte damit im vierten Quartal 2008 einen noch stärkeren Einbruch der Exporttätigkeit.

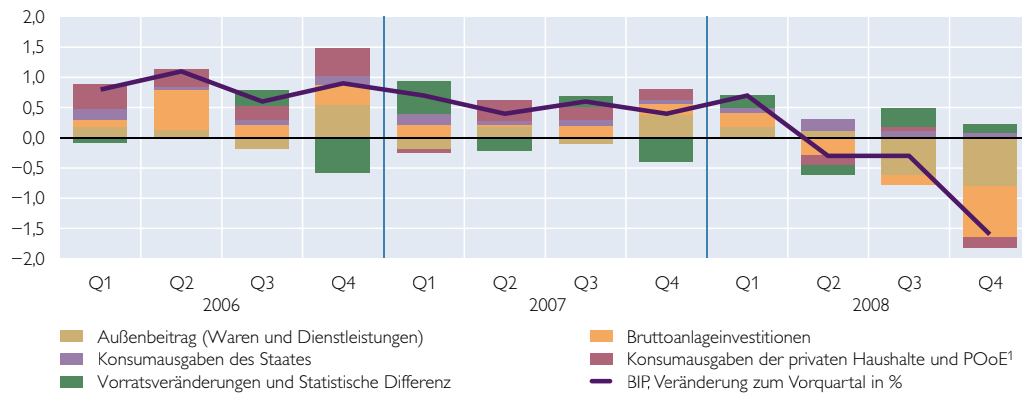
Das Eintreffen immer neuer negativer Wirtschaftsdaten führte zu einer Serie von Abwärtsrevisionen der Wachstumsprognosen. Hatte die Europäische Kommission im Frühjahr 2008 für das Jahr 2009 noch ein Wirtschaftswachstum von 1,5% im Euroraum erwartet, so senkte sie im Herbst 2008 ihre Prognose auf 0,1%. Im Mai 2009 rechnete sie bereits mit einer wirtschaftlichen Kontraktion um 4,0%. Im selben Zeitraum wurde die Inflationsprognose für das Jahr 2009 von 2,2% auf 0,4% revidiert. Zum anderen zeigte sich generell, dass die gängigen Prognosemodelle aller wichtigen Institutionen an ihre Grenzen stoßen, wenn es darum geht, die Auswirkungen einer rasanten Verschlechterung

Wirtschaftsprognosen werden sukzessive nach unten revidiert

Grafik 10

Wachstumsbeitrag der Komponenten des realen BIP im Euroraum gegenüber dem Vorquartal

in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat, OeNB.

¹ POoE: Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

zung der Finanzmarktdaten auf die Realwirtschaft vorherzusagen.

Die Inflationsrate drehte im Euroraum nach dem Spitzenwert von 4,0% im Juli 2008 in einen steilen Abwärtstrend. Dieser war primär durch die Trendwende bei den Rohstoffpreisen geprägt. War der Rohölpreis in der ersten Jahreshälfte 2008 um 55% gestiegen, so ging er bis Jahresende 2008 wieder um 75% zurück. Auslöser für die Trendwende war die nachlassende Nachfrage vor allem aus Ländern wie China oder Indien, deren dynamische Wirtschaftsentwicklung den Rohstoffpreisboom der vergangenen Jahre hauptverursacht hatte. Der Rückzug von Investoren aus den Rohstoffmärkten verstärkte die sinkende Preisdynamik weiter. Um den Jahreswechsel 2008/09 stabilisierte sich die Entwicklung, die in ähnlicher Form auch bei anderen Rohstoffen zu beobachten war. Aber auch bei den weniger volatilen Inflationskomponenten war infolge des nachlassenden Wirtschaftswachstums ein Disinflationprozess zu beobachten. Die am HVPI gemessene Inflationsrate betrug in den ersten beiden Monaten 2009 im Euroraum nur mehr knapp über 1% (Jänner: 1,1%, Februar 1,2%)

und verringerte sich im März 2009 weiter auf 0,6%. Der Inflationsrückgang stützte die verfügbaren Einkommen und verhinderte somit einen noch stärkeren Konsumrückgang.

Einbruch der Exportnachfrage und Finanzierungsengpässe lassen Welthandel schrumpfen

Noch im Frühherbst 2008 dominierte die Einschätzung, dass Länder mit guten Fundamentaldaten und schwachen Verbindungen zu den US-Finanzmärkten von der Finanzkrise weitgehend verschont bleiben würden und die dynamische Binnennachfrage aus der Region Exportausfälle in die Industrieländer ausgleichen würde. Diese Abkoppelungshypothese hat sich nicht bewahrheitet. Sie vernachlässigt die indirekten Zusammenhänge auf den globalen Finanzmärkten. Um finanzielle Verluste aus Engagements auf den US-Märkten abzudecken, sahen sich Investoren genötigt, Gelder von allen verfügbaren Quellen abzuziehen, gerade auch aus Schwellen- und Transformationsländern. Dies ließ die Aktienkurse und den Wert der Währungen einbrechen und schränkte die Verfügbarkeit von Handelskrediten ein. Die globale Wirtschaftsleistung,

Scharfe Trendumkehr bei der Inflationsrate

Finanzkrise trifft Westeuropa im Herbst 2008 ...

die im Jahr 2007 noch um 5,2 % gewachsen war, expandierte 2008 nur mehr um 3,2 %. Für das Jahr 2009 rechnet der IWF (im April 2009) mit einer Kontraktion der Weltwirtschaft um 1,3 % und einem stark rückläufigen Welthandelsvolumen (–11 %).

Der Wachstumseinbruch war gerade auch in Asien beachtlich. So schrumpfte Japans Wirtschaft seit dem zweiten Quartal 2008; der Rückgang beschleunigte sich gegen Jahresende 2008 weiter. Ende 2008 war die Stimmung in den Unternehmen so schlecht wie zuletzt infolge der schweren Bankenkrise im Jahr 2002. Sowohl die Exporttätigkeit – die Hauptstütze der japanischen Wirtschaft – als auch die Inlandsnachfrage dämpften das Wachstum. Auch die chinesische Wirtschaft, der Wachstumsmotor der Weltkonjunktur in den vergangenen Jahren, büßte stark an Dynamik ein. Die chinesische Regierung steuerte mittels massiver Konjunkturpakete der Wachstumsverlangsamung entgegen. Zu Beginn des Jahres 2009 zeigten sich bereits erste Erfolge, das BIP-Wachstum beschleunigte sich wieder leicht. Der IWF erwartet für das Gesamtjahr 2009 ein BIP-Wachstum von 6,5 %.

Abschwung auch in Zentral-, Ost- und Südosteuropa

Ähnlich wie andere aufstrebende Volkswirtschaften zeigten sich die EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) gegenüber den Vorkommnissen im Zuge der globalen Finanzmarktverwerfungen seit Mitte 2007 über einen langen Zeitraum hinweg als vergleichsweise widerstandsfähig. Das Wachstum in der Region lag im dritten Quartal 2008 im Durchschnitt noch bei robusten 4,8 %, die Verluste auf den Finanzmärkten waren weniger ausgeprägt als in anderen Regionen und es kam zu keiner deutlichen Verände-

rung der externen Finanzierungsströme zur Deckung der (teils beträchtlichen) Leistungsbilanzdefizite. Dies hängt vor allem mit dem relativ geringen direkten Forderungsbestand dieser Ländergruppe gegenüber dem US-amerikanischen Subprime-Markt zusammen.

Der wirtschaftliche Abschwung in Westeuropa und die dadurch bedingte Reduktion von externer Nachfrage und Außenfinanzierung sowie die Verschärfung der Situation auf den internationalen Märkten seit Mitte September 2008 gingen aber auch an CESEE nicht spurlos vorüber. Die Finanzmärkte entwickelten sich ab Herbst 2008 deutlich schlechter als noch in den Vorquartalen. Die Aktienpreise sanken merklich, die Renditeabstände von Staatsanleihen weiteten sich gegenüber dem Euroraum aus und Prämien für Kreditversicherungen (Credit Default Swaps – CDS) erreichten ungekannte Höhen. Viele Währungen in der Region mussten aufgrund zunehmender Risikoaversion internationaler Investoren und schlechterer Wachstumsaussichten deutliche Wertverluste hinnehmen. Die Verschlechterung war in vielen Finanzmarktsegmenten deutlicher als in anderen vergleichbaren aufstrebenden Volkswirtschaften. Nach einer gewissen Stabilisierung der Märkte zu Jahresbeginn 2009 kam es Mitte Februar 2009 zu einer neuerlichen Verlustwelle. Die Aktienindizes der Region gaben innerhalb nur einer Woche im Durchschnitt um mehr als 10 % nach; die Renditeabstände weiteten sich noch einmal deutlich aus und viele Währungen der Region verloren abermals an Wert und notierten mit langjährigen Tiefstständen. Seitdem beruhigte sich die Situation allerdings und viele Finanzmarktsegmente konnten zumindest Teile der zuvor eingefahrenen Verluste wieder wettmachen.

Ausgewählte Wirtschafts- und Finanzmarktindikatoren für zentral-, ost- und südosteuropäische Staaten

	Reales Wirtschaftswachstum		Leistungsbilanzsalden		Wechselkursentwicklung gegenüber dem Euro ¹		Aktienmarktentwicklung	
	2007	2008	2007	2008	1.1.2008 bis 1.9.2008	1.9.2008 bis 1.4.2009 ²	1.1.2008 bis 1.9.2008	1.9.2008 bis 1.4.2009
	Veränderung zum Vorjahr in %		in % des BIP		Veränderung in %			
Bulgarien	6,2	6,0	-21,8	-24,3	0,0	0,0	-42,9	-72,3
Estland	6,3	-3,6	-18,1	-9,2	0,0	0,0	-23,4	-52,2
Lettland	10,0	-4,6	-22,5	-13,2	-1,0	-0,8	-13,6	-59,0
Litauen	8,9	3,1	-14,6	-13,0	0,0	0,0	-16,9	-62,8
Polen	6,7	4,8	-4,7	-5,4	7,6	-26,7	-25,2	-41,0
Rumänien	6,2	7,1	-13,5	-12,3	2,6	-16,8	-44,2	-55,7
Slowakei	10,4	6,4	-5,4	-6,6	10,7	0,7	-0,2	-24,7
Slowenien	6,8	3,5	-4,2	-5,9	x	x	-35,1	-51,8
Tschechische Republik	6,0	3,2	-1,8	-3,1	7,3	-8,6	-19,1	-48,5
Ungarn	1,1	0,5	-6,5	-8,4	6,7	-22,0	-21,2	-46,0
Ukraine	7,8	2,7	-4,1	-7,0	8,1	-35,9	-54,0	-57,3
Russland	8,1	5,6	5,3	6,0	-0,2	-19,6	-27,7	-42,4

Quelle: Eurostat, nationale Zentralbanken, Thomson Reuters.

¹ Negative Werte bedeuten eine Abwertung.

² Für die Slowakei bis zum 31. Dezember 2008.

Im vierten Quartal 2008 schwächte sich das Wachstum in der gesamten Region auf 0,9% deutlich ab und in mehreren Staaten schrumpfte die Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahresquartal. Hauptverantwortlich dafür war der zu beobachtende Rückgang der externen Nachfrage, der sich aufgrund der starken Exportorientierung der Industrie in diesen Ländern auch nachteilig auf die private Investitionstätigkeit und dadurch auf die Beschäftigung auswirkte. Nach den äußerst positiven Entwicklungen der letzten Jahre begannen die Arbeitslosenraten gegen Jahresende 2008 graduell zu steigen. Neben ungünstigeren Arbeitsmarktbedingungen wirkten sich auch das Platzen von Immobilienblasen in einigen Ländern, fallende Akteinkurse und/oder das Halten von Fremdwährungskrediten in einem Umfeld abwertender Währungen negativ auf den privaten Konsum aus. Die Verschärfung der Kreditvergabebedingungen bedeutete eine Belastung für die Unternehmen.

Die Wachstumsaussichten für die kommenden Jahre haben sich deutlich verschlechtert. Laut Prognose des IWF vom April 2009 wird die Region im Jahr 2009 durchschnittlich um -2,9% schrumpfen. Vorhersagen zum Wirtschaftswachstum sind mit ungewöhnlich hoher Unsicherheit behaftet: Vor allem eine unerwartet starke Kontraktion der Nachfrage auf wichtigen Exportmärkten sowie die Abnahme von Kapitalzuflüssen in die Region – inklusive jener zwischen westeuropäischen Banken und deren Töchtern in CESEE-Ländern – gelten als bedeutende Risiken. Es ist allerdings anzumerken, dass die Region CESEE nach wie vor einen gewissen Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum aufrechterhalten kann und zumindest mittelfristig eine Region mit großem Wachstumspotenzial bleiben wird.

Grundsätzlich sind vor allem Länder mit ausgeprägten internen und externen Ungleichgewichten anfällig für eine Verschlechterung des globalen Um-

... und dämpft die wirtschaftliche Aktivität deutlich

Trotz eingetrübter Aussichten kann in CESEE Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum gehalten werden

Länder mit ausgeprägten wirtschaftlichen Ungleichgewichten von der Krise besonders betroffen

Finanzkrise: IWF-Hilfe für Zentral-, Ost- und Südosteuropa

Die Deckung des bestehenden Außenfinanzierungsbedarfs wurde durch die internationale Finanzmarktkrise in vielen Ländern deutlich erschwert. Einige Staaten mussten sich zur Lösung dieser Problematik an den IWF wenden und Stand-by-Abkommen abschließen.

- **Ungarn:** Am 6. November 2008 beschloss der IWF ein 17-monatiges Stand-by-Abkommen mit Ungarn im Ausmaß von 12,3 Mrd EUR. Die IWF-Gelder waren Teil eines größeren Hilfspakets zu dem die EU 6,5 Mrd EUR und die Weltbank 1 Mrd EUR beisteuerten. Im Gegenzug dazu verpflichtete sich Ungarn zu einer umfassenden Fiskalkonsolidierung. Für das Jahr 2008 wurde ein Budgetdefizit von 3,4 % des BIP angepeilt und auch erreicht. Im Jahr 2009 soll die Haushaltslücke laut Programm auf 2,5 % des BIP zurückgeführt werden. Das Programm fordert weiters die Aufrechterhaltung einer adäquaten Liquiditäts- und Kapitalausstattung des Bankensektors.
- **Ukraine:** Am 11. November 2008 genehmigte der IWF ein zweijähriges Stand-by-Abkommen im Umfang von 16,4 Mrd USD für die Ukraine, um das Land bei der Wiederherstellung finanz- und volkswirtschaftlicher Stabilität zu unterstützen und das Vertrauen zu fördern. Das Programm umfasst Änderungen in der Geld-, Wechselkurs- und Fiskalpolitik sowie Maßnahmen zur Bankenrekapitalisierung.
- **Lettland:** Am 23. Dezember 2008 beschloss der IWF ein 27-monatiges Stand-by-Abkommen im Ausmaß von 1,68 Mrd EUR für Lettland, um das dort laufende Programm zur Konsolidierung der Wirtschaft zu stützen, das Vertrauen wiederherzustellen und die Wechselkursbindung der Währung an den Euro zu unterstützen. Zusätzlich gewährte die EU einen Kredit von 3,1 Mrd EUR. Weitere 7,5 Mrd EUR kamen von der Weltbank, der EBRD und bilateralen Geberländern (vor allem aus Skandinavien). Das Programm umfasst unter anderem Maßnahmen zur Wiederherstellung des Vertrauens in das lettische Banksystem, Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie eine Haushaltskonsolidierung.
- **Weißrussland:** Am 12. Jänner 2009 wurde ein 15-monatiges Stand-by-Abkommen mit Weißrussland im Umfang von 2,46 Mrd USD abgeschlossen, um die Anpassung des Landes an externe Schocks zu unterstützen. Das Programm umfasst eine Reihe wirtschafts- und strukturpolitischer Forderungen sowie eine Abwertung des weißrussischen Rubel gegenüber dem US-Dollar.
- **Serbien:** Am 16. Jänner 2009 schloss Serbien ein vorsorgliches Abkommen im Ausmaß von 402,4 Mio EUR mit dem IWF ab. Die serbischen Behörden haben jedoch verständlich gemacht, dass sie nur im Notfall auf die bereitgestellten Mittel zugreifen wollen.
- **Rumänien:** Am 25. März 2009 einigten sich Rumänien und der IWF auf ein zweijähriges Stand-by-Abkommen im Ausmaß von 12,95 Mrd EUR. Das Programm, das noch vom IWF-Direktorium genehmigt werden muss, umfasst unter anderem Maßnahmen zur Stärkung der fiskalischen Nachhaltigkeit, zur Sicherung externer Finanzierung sowie zur Stärkung des Vertrauens. Neben dem IWF beteiligten sich noch die EU mit 5 Mrd EUR, die Weltbank mit 1 Mrd EUR sowie die EBRD und andere multilaterale Geber mit ebenfalls 1 Mrd EUR am Programm.

felds. Nach Jahren mit dynamischem Wachstum weisen viele CESEE-Länder markante Leistungsbilanzdefizite auf und der Preisdruck hat zu einer gewissen Erosion von Wettbewerbsfähigkeit geführt. Dazu kommt eine oft hohe Auslandsverschuldung, die sich in einigen Fällen durch signifikante Währungs-

und Fristeninkongruenz auszeichnet. Die weite Verbreitung von Fremdwährungskrediten und der hohe Anteil kurzfristiger Verschuldung an der Gesamtverschuldung stellen weitere Risikofaktoren dar. Daher haben sowohl die Finanzmarkturbulenzen ab Mitte 2007 als auch die Zuspitzung der inter-

nationalen Finanzkrise ab Mitte September 2008 primär die Finanzvermögenswerte jener Länder getroffen, die aufgrund ihrer Auslandsschulden oder ihres Anteils an inländischen Fremdwährungskrediten stärker exponiert waren. Zu den betroffenen Ländern zählten vor allem Ungarn, die Ukraine, Lettland und Rumänien. Alle vier Staaten mussten Ende 2008 bzw. Anfang 2009 um Hilfe beim IWF ansuchen. Im Gegensatz dazu wurden Länder mit besseren Fundamentaldaten weniger stark von der Finanzkrise betroffen.

Wie das Beispiel von Russland zeigt, wurden allerdings nicht ausschließlich Länder mit hohen negativen Leistungsbilanzsalden oder Auslandsschulden von der internationalen Finanzkrise in Probleme gebracht. Politische Unsicherheiten, fallende Preise für Energie und Rohstoffe und die Verschlechterung der internationalen Lage führten im Fall Russlands zu Kapitalabflüssen und einer deutlichen Abwertung des Rubel.

Die Effekte der Finanzkrise auf den österreichischen Finanzmarkt

Die österreichischen Banken sind zwar nur in geringem Ausmaß direkt von der US-Subprime-Krise betroffen, den daraus entstandenen Verwerfungen auf den Finanzmärkten konnten sie sich jedoch nicht entziehen. So mussten zum Teil deutliche Abschreibungen auf Wertpapiere vorgenommen werden; im Eigenhandel fielen Verluste an. Vor dem Hintergrund des schwierigen Umfelds auf den internationalen Finanzmärkten sank das Provisionsgeschäft. Auch die Risikokosten sind ausgehend von niedrigen Niveaus angestiegen. Das unkonsolidierte Betriebsergebnis¹ stieg um 37,1% auf rund 9,1 Mrd EUR.

Dieser starke Anstieg ist auf die überproportionale Erhöhung der Betriebserträge (+17,4%) zurückzuführen. Dazu trugen maßgeblich die um 104% gestiegenen Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen bei, die im Wesentlichen auf Einmal- und Sondereffekte zurückzuführen sind. Ohne diese Effekte wäre das Betriebsergebnis deutlich niedriger ausgefallen. Wegen des durch Sonderfaktoren getriebenen starken Anstiegs der unkonsolidierten Erträge kam es in Verbindung mit einem vergleichsweise moderaten Anstieg der Aufwendungen um 5,2% auch zu einer verbesserten Aufwand-Ertrag-Relation. Sie fiel von 62% im Jahr 2007 auf 55,6%. Der Saldo aus dem Provisionsgeschäft sank im Jahresvergleich um 10,4%. In den letzten Jahren war das Provisionsgeschäft noch eine wichtige Stütze der Ertragskraft der Banken gewesen. Die eigenen Finanzgeschäfte führten zu einem Verlust von 812 Mio EUR, nachdem im Jahr 2007 noch 290 Mio EUR aus diesem Geschäftsfeld erwirtschaftet worden waren. Das Zinsergebnis verzeichnete mit einem Wachstum von 11,5% den höchsten Anstieg seit mehr als zehn Jahren. Die Abschwächung der Konjunktur sowie die Finanzmarktkrise machten sich in deutlich gestiegenen Risikokosten bemerkbar. Die Risikokosten für Kredite stiegen ausgehend von historisch niedrigen Niveaus um mehr als 100% auf 4,1 Mrd EUR an. Bei Wertpapieren betrugen diese 2,6 Mrd EUR. Als Folge davon verringerte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit um 53,5% auf 2,4 Mrd EUR.

Auch das konsolidierte Betriebsergebnis, in dem sich das in den letzten Jahren ertragsstarke Geschäft in CESEE

Deutliche Gewinnrückgänge bei österreichischen Banken

¹ Die unkonsolidierte Betrachtung wird insbesondere zur Analyse der Entwicklungen in Österreich herangezogen, wengleich auch Teile des Auslandsgeschäfts im Ergebnis aus Anteilsrechten Berücksichtigung finden.

**Herausforderung für
die österreichischen
Banken durch
die Eintrübung der
Konjunktur in CESEE**

widerspiegelt, verringerte sich im Jahr 2008 um 29,1 % auf 7,9 Mrd EUR. Das konsolidierte Periodenergebnis (nach Steuern und Fremdanteilen) fiel vor allem infolge von Wertberichtigungen und Firmenwertabschreibungen um rund 90 % auf 0,6 Mrd EUR. Die rückläufigen Gewinne haben in Verbindung mit einer Ausweitung der Geschäftstätigkeit zu einer deutlichen Reduktion der Rentabilität geführt: Die konsolidierte Gesamtkapitalverzinsung (Return on Assets – ROA) für den österreichischen Bankensektor lag im Jahr 2008 bei 0,1 %.

Die österreichischen Banken verfügen aufgrund ihres Geschäftsmodells und ihrer im internationalen Vergleich breiten Einlagenbasis über eine insgesamt solide Liquiditätsausstattung. Die Sparer haben ein ungebrochen hohes Vertrauen in die österreichischen Banken gezeigt, die Einlagen wuchsen im Jahr 2008 um knapp 7%. Das mangelnde Vertrauen im Interbankengeschäft hat den Druck auf die kurzfristige Refinanzierung der Banken erhöht. Längerfristige Refinanzierung konnten ohne Staatsgarantien nur sehr schwer auf dem Markt platziert werden. Durch den Einsatz vertrauensbildender Maßnahmen seitens der Regierungen sowie durch die Senkungen des EZB-Leitzinssatzes konnte aber bis zum Jahresende 2008 eine leichte Entspannung auf dem Geldmarkt erreicht werden. Die Anspannungen auf dem Geldmarkt haben sich bis Mitte April 2009 weiter reduziert. Die Risikotragfähigkeit des österreichischen Bankensektors ist im Jahr 2008 etwas zurückgegangen; dies ist u. a. auf die erhöhten Kapitalerfordernisse für das operationale Risiko zurückzuführen. Die konsolidierte Eigenmittelquote betrug Ende des Jahres

2008 11,1 %, die konsolidierte Kernkapitalquote 7,8%.² Diese Quoten liegen zwar deutlich über den gesetzlichen Mindestanforderungen, allerdings haben die im Zuge der Finanzmarktkrise gestiegenen Anforderungen der Märkte hinsichtlich der Höhe und Qualität der Eigenmittel der Banken den Druck zur Stärkung der Bilanz bzw. für Rekapitalisierungsmaßnahmen erhöht.

Die Region CESEE ist für die österreichischen Banken ein wichtiger Markt, der in der Vergangenheit viel zur deren Profitabilität beigetragen hat. Eine Rezession in den Industrieländern stellt jedoch auch die CESEE-Volkswirtschaften und damit die österreichischen Banken vor große Herausforderungen. Die österreichischen Banken haben ein breit gestreutes Bankennetzwerk in CESEE. Sie verfügten Ende 2008 über 69 Tochterbanken in 19 Ländern. Gemäß Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) betragen die Forderungen österreichischer Banken in dieser Region etwa 200 Mrd EUR, davon drei Viertel innerhalb der EU. Zwar sind die österreichischen Banken der größte Gläubiger der Region, jedoch sind auch eine Reihe von Banken anderer Länder stark exponiert (Deutschland oder Italien mit jeweils rund 16%). Die in CESEE erwirtschafteten Gewinne sind für das österreichische Bankensystem bedeutend und tragen überproportional zu den Gewinnen ihrer österreichischen Muttergesellschaften bei.

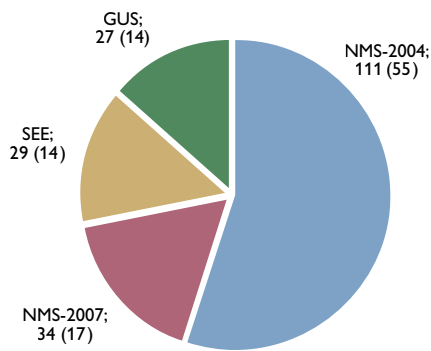
Die Risikolage der österreichischen Banken hat sich durch makroökonomische Probleme auf wichtigen Märkten in CESEE, wie beispielsweise Ungarn, der Ukraine, Rumänien oder Kroatien, verschärft. In einigen Ländern dieser Region vergaben Banken bis zu 50 % ihrer Kredite in Fremdwährung. Durch

² Bei beiden Kennzahlen werden alle Risikoarten (Kredit-, Markt- und operationales Risiko) berücksichtigt.

Grafik 11a

Forderungen österreichischer Bankengruppen gegenüber CESEE (Gesamt: 201 Mrd EUR)

Stand: Q3 08; in Mrd EUR (Anteile in %)



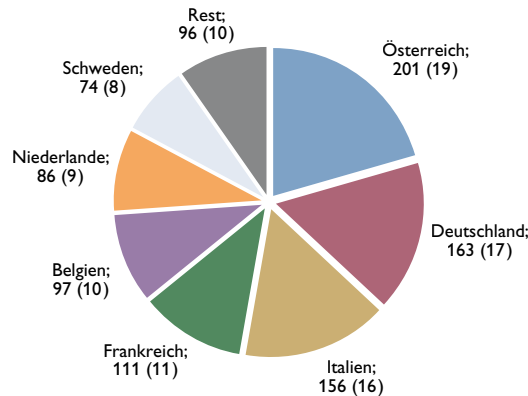
Quelle: BIZ.

Anmerkung: NMS-2004: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn;
 NMS-2007: Bulgarien, Rumänien;
 GUS: Moldawien, Russland, Ukraine, Weißrussland;
 SEE: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei.

Grafik 11b

Forderungen von Banken aus Mitgliedstaaten der EU-15 in CESEE (Gesamt: 985 Mrd EUR)

Stand: Q3 08; in Mrd EUR (Anteile in %)



die krisenbedingten Abwertungen in einigen osteuropäischen Währungen steigt auch das Ausfallrisiko bei den ausstehenden Fremdwährungskrediten.

Bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit von Banken spielt die Eigenmittelausstattung eine zentrale Rolle. Das von der österreichischen Regierung verabschiedete Bankenpaket sowie die Anstrengungen der Banken selbst haben dazu beigetragen, dass die Kapitalquoten einem internationalen Vergleich standhalten.

Die im Lauf des Jahres 2008 zunehmende Eintrübung der weltweiten Konjunktur ließ auch in CESEE bestehende makroökonomische Ungleichgewichte immer stärker zu Tage treten. Trotz der sich verschlechternden Bedingungen in dieser Region versorgen die österreichischen Konzernmütter ihre Tochtergesellschaften weiterhin mit ausreichendem Kapital und tragen damit auch zur volkswirtschaftlichen Stabilisierung in der Region bei. Dies bestätigt, dass die österreichischen Banken weiterhin

ihre Rolle als langfristige Investoren in den CESEE-Ländern nachkommen. Trotz der herausragenden Stellung der österreichischen Banken in diesen Ländern entfallen 80 % der Forderungen in dieser Region auf Banken aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Damit hat CESEE nicht nur für Österreich, sondern auch für die gesamte EU eine große Bedeutung.

Der österreichische Versicherungssektor war im Jahr 2008 von den Folgewirkungen der sich verschärfenden Finanzmarkturbulenzen betroffen. Sein Wachstum schwächte sich im Einklang mit der sich verschlechternden konjunkturellen Lage im Lauf des Jahres 2008 merklich ab. Das Prämienvolumen lag im Jahr 2008 bei 16,3 Mrd EUR; dies entspricht einem Anstieg um 2,5%. Am stärksten zeigten sich Auswirkungen in der Lebensversicherungssparte, wo sich die Prämieinnahmen leicht unterdurchschnittlich entwickelten (+2,2%). Die Leistungen der Versicherungsunternehmen wurden insbesondere durch

Insgesamt schwache Entwicklung bei den anderen Finanzintermediären

abreifende Lebensversicherungsverträge sowie Naturereignisse (wie Stürme und lokale Unwetter) maßgeblich beeinflusst und stiegen insgesamt um 7,7% auf rund 11,6 Mrd EUR. Zur Deckung der Ansprüche von Versicherungsnehmern halten Versicherungen Vermögenswerte. Die daraus erzielten Veranlagungsergebnisse kamen im Jahr 2008 durch Kursverluste unter Druck. Insbesondere die Erhöhung der Risikoprämien auf den Märkten für Schuldverschreibungen wirkte sich negativ aus, da rund die Hälfte des Veranlagungsvolumens auf Schuldverschreibungen (darunter auch Unternehmens- und Bankanleihen) entfällt.

Die österreichischen Investmentfonds entwickelten sich im Jahr 2008 insgesamt schwach. Der Vermögensbestand fiel aufgrund von Kursverlusten und Abflüssen im Jahr 2008 um 23% auf 126 Mrd EUR. Von der einsetzenden Finanzmarktkrise waren Aktienfonds am stärksten betroffen. Insgesamt verbuchten die Investmentfonds im Jahr 2008 Kursverluste von 13,4%. Die Geschäfts- und Ertragslage der österreichischen Kapitalanlagegesellschaften schwächte sich im Einklang mit dem deutlich schwierigeren Umfeld für Investmentfonds ab. Auch die österreichischen Pensionskassen, die einen Aktienanteil von rund 30% aufweisen, konnten sich den Entwicklungen nicht entziehen. Im Jahr 2008 verzeichneten die 6 überbetrieblichen und 13 betrieblichen Pensionskassen Verluste in Höhe von 12,9%.

Auch der österreichische Aktienmarkt wies im Jahr 2008 einen Rückgang auf. Der ATX³ der Wiener Börse verlor 61,2% und notierte zu Jahres-

ende bei 1.750 Punkten. Mit dieser Entwicklung ging ein Großteil der im Zeitraum von 2003 bis Ende 2007 erzielten Kursgewinne verloren. Hauptgründe hierfür waren die deutlich gestiegene Risikoaversion unter den Investoren und das sich rasch verschlechternde wirtschaftliche Umfeld in der zweiten Jahreshälfte 2008. Insbesondere die deutlich zurückgenommenen Wachstumsprognosen für die Länder in CESEE haben den Gewinnausblick der in dieser Region tätigen österreichischen Unternehmen eingetrübt und die Unsicherheit erhöht. Die Marktkapitalisierung inländischer Aktien erreichte Ende 2008 etwas mehr als 18% des BIP, nachdem dieses Verhältnis im Vorjahr noch 58% betragen hatte. Die Finanzierung über den Aktienmarkt gestaltete sich im Jahr 2008 insgesamt schwierig. Das Volumen der Kapitalerhöhungen betrug nur etwas mehr als 1,3 Mrd EUR und war im Wesentlichen auf eine Transaktion einer großen österreichischen Versicherung im Mai 2008 zurückzuführen.

Die Finanzmarkturbulenzen hatten deutliche Auswirkungen auf die Fremdwährungskredite in Österreich. Ungünstige Wechselkursentwicklungen führten zu steigenden Rückzahlungsverpflichtungen der Kreditnehmer und fallende Aktienkurse hatten negative Auswirkungen auf die Wertentwicklung von Tilgungsträgern⁴, die vielfach als Rückzahlungsinstrument verwendet werden. Insgesamt führte das zu einem höheren Bewusstsein über die Risikopotenziale, auf die die OeNB schon seit Jahren – beispielsweise in Form eines Informationsfolders – aufmerksam macht.

Erhöhte
Risikowahrnehmung
bei Fremdwährungskrediten

³ Der ATX (Austrian Traded Index) umfasst jene 20 Aktien, die zu den liquidesten und höchstkapitalisierten Werten des Prime-Segments der Wiener Börse gehören.

⁴ Ein Tilgungsträger wird während der Kreditlaufzeit angespart und am Laufzeitende zur Kreditrückzahlung verwendet. Als Tilgungsträger werden unter anderem Kapital-Lebensversicherungen, Fondspolizzen oder Investmentfonds eingesetzt.

Finanzkrise beeinflusst das Anlageverhalten österreichischer Investoren

Die seit Mitte 2007 bestehenden Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten haben das Anlageverhalten österreichischer Privathaushalte, Banken und Unternehmen deutlich beeinflusst. Volatile Aktienmärkte, das Übergreifen der ursprünglich rein US-amerikanischen Krise auf Europa und die zunehmende Schieflage großer Finanzinstitute prägten das Handeln der Finanzmarktakteure.

Das Wertpapierportfolio des privaten Haushaltssektors verlor im Jahr 2008 bewertungsbedingt rund 19 % seiner Substanz. Besonders betroffen waren naturgemäß Aktionäre, deren Aktiva im Jahresverlauf 2008 mit rund 10,8 Mrd EUR knapp mehr als die Hälfte ihres Wertes einbüßten. Auch das über Lebensversicherungs- und Pensionskassenansprüche gehaltene Vermögen verlor im Jahr 2008 mit 2,4 Mrd EUR beträchtlich an Wert. Vor diesem Hintergrund gewann der Aspekt des Sicherheitssparens massiv an Bedeutung. Österreichs privater Haushaltssektor steigerte seine Ersparnisbildung im Jahr 2008 auf rund 12,5 % des verfügbaren Einkommens (2007: 11,7 %). Der größte Teil der Geldvermögensbildung wurde mit 13,1 Mrd EUR (71 %) in inländische Einlagen investiert. Kurze Laufzeiten, die angesichts der hohen Unsicherheit flexible Disposition der Finanzmittel versprachen, waren besonders gefragt. Weiterhin konnten sich auch festverzinsliche Wertpapiere (4,6 Mrd EUR) behaupten, während börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate im Ausmaß von rund 3,3 Mrd EUR verkauft wurden.

Das Sicherheitsbedürfnis der Anleger wirkte sich entsprechend auf die Veranlagungs- und Finanzierungstätigkeit der Banken aus, deren Bestand an Einlagen im Jahr 2008 um 7 % auf rund 276 Mrd EUR answoll. Die Finanzkrise sorgte im Jahr 2008 demnach für einen dramatischen Rückgang der Wertpapierveranlagungen, der jedoch durch das Kredit- und Einlagengeschäft weitgehend ausgeglichen wurde.

Für den österreichischen Kapitalmarkt insgesamt hatte diese Entwicklung – trotz des Einbruchs des Wertpapiergeschäfts – zwar einen stagnierenden, nicht aber rückläufigen Verflechtungsgrad mit dem Ausland zur Folge: Grenzüberschreitende Finanzforderungen und -verpflichtungen lagen zusammen etwa beim Fünfeinhalbfachen der jährlichen heimischen Wirtschaftsleistung. Der durch das Wertpapiergeschäft getragene steile Aufwärtstrend der vergangenen Jahre wurde durch die Finanzkrise jedoch vorläufig unterbrochen. Dies ist nicht zuletzt dem Einbruch der Wiener Börse zuzuschreiben, die sich dem schwierigen internationalen Börsenklima nicht entziehen konnte. In den vergangenen Jahren entwickelten sich ATX-gelistete Unternehmen infolge deren erfolgreichen Engagements auf europäischen Wachstumsmärkten für internationale Investoren zu einer höchst attraktiven Anlagealternative und absorbierten daher ein hohes Volumen an ausländischem Kapital. In nur zehn Monaten (Jänner bis Oktober 2008) verloren ausländische Anleger mit 26 Mrd EUR jedoch etwa jenes Volumen, das sie während der Aktienhausse in Wien in den Jahren zwischen 2003 und 2006 durch Kurssteigerungen gewonnen hatten.

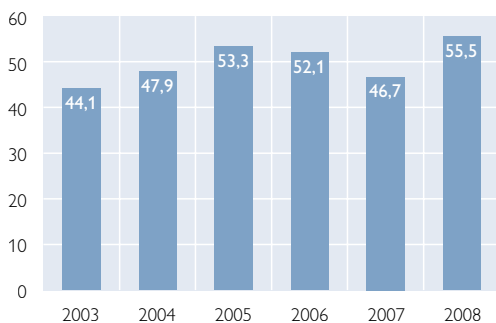
Insgesamt profitiert der österreichische Finanzplatz in dieser internationalen Krise vor allem von der Zugehörigkeit zum Euroraum, der als Schutzschild gegen gefährliche Währungskursvolatilitäten, wie sie im Jahr 2008 auf einigen europäischen Märkten auftraten, fungiert. Trotz der steigenden Bedeutung europäischer Wachstumsmärkte ist der Euroraum für Österreich die wichtigste Handels- und Finanzpartnerregion, die je etwa die Hälfte aller grenzüberschreitenden Finanzforderungen und -verpflichtungen Österreichs absorbiert. Nur rund ein Zehntel der österreichischen Aktiva liegen in den seit dem Jahr 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten.

Im Dezember 2008 waren 9,1 % aller Ausleihungen inländischer nichtfinanzieller Unternehmen und 30,7 % aller Ausleihungen an private Haushalte in

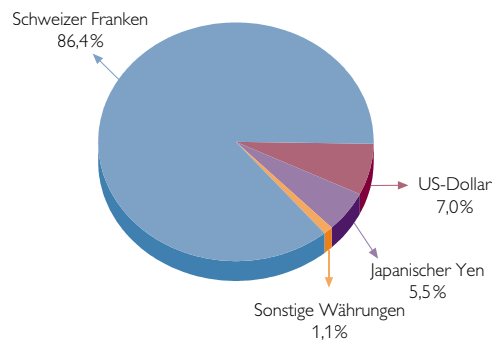
einer Fremdwährung denominiert. Der Fremdwährungskreditanteil inländischer Kunden stieg im Jahr 2008, vornehmlich getrieben von negativen Wechsel-

Fremdwährungskredite an inländische Kunden (Nichtbanken)**Fremdwährungskreditvolumen**

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Währungsaufteilung mit dem vierten Quartal 2008

kursentwicklungen, wieder etwas an. Dies traf sowohl bei Fremdwährungskrediten an Unternehmen wie auch an private Haushalte zu. Die Werte lagen im Jahr 2008 deutlich unter den historischen Höchstständen, trotz einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Das Gesamtvolumen der von österreichischen Banken an inländische Kunden vergebenen Fremdwährungskredite stieg im Jahr 2008 um 18,8 % auf 55,5 Mrd EUR. Ein Großteil dieses Anstiegs war jedoch auf ungünstige Wechselkursentwicklungen bei Schweizer Franken, US-Dollar und japanischen Yen zurückzuführen. Der Schweizer Franken stellte mit einem Anteil von rund 86,4 % weiterhin die dominierende Währung dar.

Ende 2008 waren knapp 80 % aller Fremdwährungskredite an inländische Unternehmen und private Haushalte endfällig und davon fast 80 % mit Tilgungsträgern unterlegt. Aufgrund der Entwicklung auf den Finanzmärkten entstand eine Diskussion über die Werthaltigkeit von Tilgungsträgern. Bei künftig positiver Entwicklung auf den Finanzmärkten könnten Verluste allerdings wieder kompensiert werden, da der Großteil der Fremdwährungskredite noch über eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren verfügt.

In zahlreichen CESEE-Ländern haben Fremdwährungskredite weiterhin eine sehr hohe Bedeutung. Wie eine gemeinsame Umfrage von OeNB und FMA zeigt, war der Fremdwährungskreditanteil der österreichischen Tochterbanken in der Region in letzter Zeit jedoch leicht rückläufig. Das ausstehende Volumen stieg im Jahresvergleich um rund 30 % auf 80 Mrd EUR. Ein überdurchschnittlich hoher Fremdwährungskreditanteil war in Kroatien, Rumänien, Russland und Ungarn zu verzeichnen. Rund die Hälfte des Kreditvolumens war in Euro vergeben, die sonstige Währungsaufteilung war jedoch von Land zu Land sehr unterschiedlich. Die von Fremdwährungskrediten ausgehenden Risiken, die die OeNB schon seit Längerem betont, wurden im Jahr 2008 deutlich aufgezeigt. Die OeNB wird auch künftig die diesbezüglichen Entwicklungen genau verfolgen und in Zusammenarbeit mit den Banken auf die Risiken hinweisen.

Wirtschaftswachstum halbiert sich im Jahr 2008 in Österreich, für 2009 wird schwerste Rezession in der Zweiten Republik erwartet

Im Verlauf des Jahres 2008 zeigte sich, dass die Hochkonjunkturphase der öster-

**Österreichs
Wirtschaft wächst
im Jahr 2008
um 1,6 %**

reichischen Wirtschaft im zweiten Quartal zu Ende ging (BIP-Wachstum: +0,2%⁵ im Vergleich zum Vorquartal). Eine niedrigere Quartalswachstumsrate war zuletzt im zweiten Quartal 2003 erzielt worden. Die negativen Auswirkungen des globalen Abschwungs auf die Realwirtschaft zeigten sich vor allem ab der zweiten Jahreshälfte 2008. Im dritten Quartal 2008 stagnierte die Wirtschaftsleistung und im vierten Quartal 2008 schrumpfte die österreichische Wirtschaft bereits um 0,2%. Die Exportaktivitäten gingen ab dem zweiten Quartal (-0,2% gegenüber dem Vorquartal), insbesondere aber im dritten (-1,0%) und vierten Quartal 2008 (-0,8%), deutlich zurück. Der private Konsum konnte im vierten Quartal 2008 nur mehr ein Wachstum von 0,4% verzeichnen.

Für das gesamte Jahr 2008 ergibt sich aber eine Jahreswachstumsrate des BIP von 1,6%, verglichen mit den dynamischen Vorjahren halbierte sich aber das Wirtschaftswachstum. In den Jahren 2005 bis 2007 wuchs die österreichische Wirtschaft jeweils noch zwischen 3,0% und 3,3%. Das BIP-Wachstum war damit im Jahr 2008 in Österreich noch deutlich stärker als in den meisten anderen EU-Mitgliedstaaten. Die beiden wichtigsten Handelspartner Deutschland und Italien wiesen bereits seit dem zweiten Quartal 2008 eine schrumpfende Wirtschaftsleistung auf; Deutschland im vierten Quartal 2008 -2,1% und Italien -1,9% (jeweils gegenüber dem Vorquartal und saisonbereinigt). Angesichts des angespannten außenwirtschaftlichen Umfelds hielt sich Österreichs Wirtschaftswachstum somit auch noch gegen Ende 2008 überraschend gut. Ausschlaggebend hierfür

waren einerseits der vergleichsweise nur schwache Rückgang der Exporte und andererseits ein relativ robustes Wachstum des privaten Konsums. Diesbezüglich dürften positive Impulse von dem in den Jahren 2007 und 2008 außerordentlich kräftigen Beschäftigungswachstum und der gegen Ende 2008 deutlich rückläufigen Inflation ausgegangen sein. Darüber hinaus wurde das Wirtschaftswachstum durch österreichspezifische Faktoren gestützt: Die Bauwirtschaft blieb, basierend auf einer guten Auftragslage, relativ robust und der österreichische Tourismus konnte hinsichtlich des Nächtigungsaufkommens Rekordwerte erzielen. Im Kalenderjahr 2008 betrug das Nächtigungsplus 4,3%. Mit fast 127 Millionen Übernachtungen – dem vierbesten Ergebnis, seitdem Statistiken geführt werden – konnte etwa die gleich hohe Nächtigungsanzahl wie Anfang der 1990er-Jahre erreicht werden. Bei den Ankünften gab es im Jahr 2008 mit 32,6 Millionen sogar ein Allzeithoch.

Fast alle Vertrauensindikatoren sind in Österreich gegen Jahresende 2008 scharf eingebrochen, wiesen teilweise absolute Tiefstwerte auf und unterschritten damit das bisher niedrigste Niveau nach dem Platzen der Internetblase im Verlauf des Jahres 2001. Eine wichtige Ausnahme bildete Ende 2008 das Bauvertrauen, das sich deutlich stabiler entwickelte.

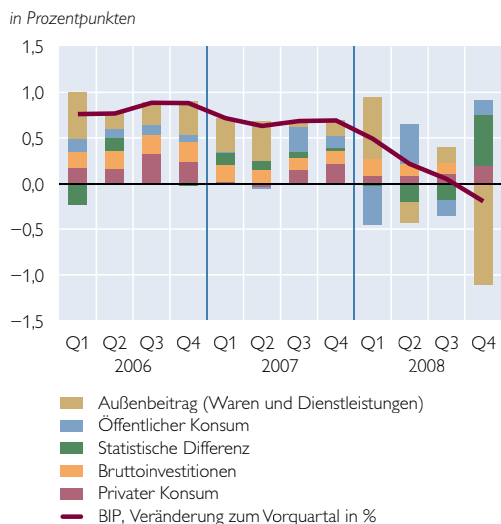
Im Jahresverlauf 2008 erreichte die HVPI-Inflationsrate im Juni mit 4,0% (im Vergleich zum Vorjahresmonat) ihren Höchstwert, danach ging sie deutlich zurück (Dezember 2008: +1,5%). Im Jahresdurchschnitt 2008 betrug die Inflationsrate 3,2% – der höchste Jahreswert seit 1993. Der Preisauftrieb

Inflation erreichte im Jahr 2008 den höchsten Jahreswert seit 1993

⁵ Alle österreichischen VGR-Daten real, saison- und arbeitstägig bereinigt. Wachstumsraten im Vergleich zur jeweiligen Vorperiode. Quelle: Statistik Austria.

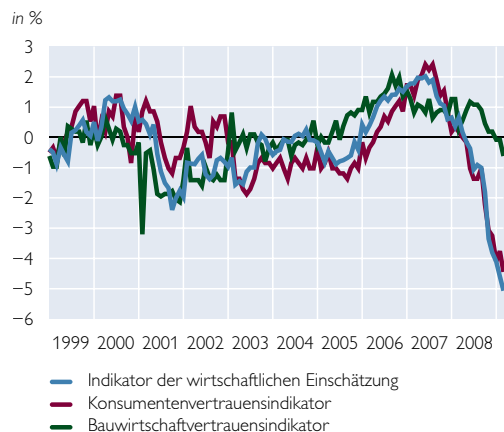
Grafik 13

Wachstumsbeiträge zum realen BIP in Österreich (Veränderung zum Vorquartal, saison- und arbeitstägig bereinigt)



Grafik 14

Entwicklung ausgewählter Vertrauensindikatoren in Österreich (standardisiert)



Anmerkung: Die Standardisierung erlaubt es, die verschiedenen Indikatoren in einheitlicher Skalierung darzustellen (berechnet jeweils als Differenz zum Mittelwert – Jänner bis Dezember 2008 – dividiert durch die Standardabweichung – Jänner bis Dezember 2008).

Tabelle 3

Wirtschaftliche Kennzahlen für Österreich

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Veränderung zum Vorjahr in %									
Reales BIP ¹	3,3	0,9	1,4	0,8	2,5	3,3	3,3	3,0	1,6
HVPI-Inflationsrate	2,0	2,3	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	2,2	3,2
in %									
Arbeitslosenquote ²	3,6	3,6	4,2	4,3	4,9	5,2	4,8	4,4	3,8
Budgetsaldo, in % des BIP	-1,7	0	-0,7	-1,4	-4,4	-1,6	-1,6	-0,5	-0,4
Leistungsbilanz, in % des BIP	-0,7	-0,8	2,7	1,7	2,1	2,0	2,8	3,1	3,5

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

¹ BIP: real, saison- und arbeitstägig bereinigt.

² Eurostat-Definition.

wurde großteils durch den weltweit massiven Anstieg der Rohöl- und Rohstoffpreise verursacht. Anfang Juli 2008 erreichte der Rohölpreis (Sorte Brent) mit knapp 146 USD pro Barrel einen Höchststand. Gleichzeitig erhöhten sich auch die Preise vieler anderer Rohstoffe und vor allem – durch Ernteauffälle und die Produktion agrarischer Treibstoffe verstärkt – viele Nahrungsmittelpreise erheblich.

Gegen Jahresende 2008 wirkten vor allem der Basiseffekt der seit Oktober 2008 beobachteten rückläufigen Rohölpreise und der nachlassende Preisauftrieb bei den Nahrungsmitteln stark dämpfend auf die Inflationsrate. Trotz des gleichzeitig stärksten Anstiegs der nominellen Kollektivvertragslöhne (2008: +3,0%) seit dem Jahr 1995 führte der Inflationsschub – im Jahresdurchschnitt 2008 gesehen – zu Rückgängen der Reallöhne.

Der Arbeitsmarkt profitierte deutlich von der vergangenen Hochkonjunkturphase. Mit 2,3 % konnte das höchste Beschäftigungswachstum (gemessen an unselbstständig Beschäftigten laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger) seit dem Jahr 1991 erreicht werden. Der Tiefpunkt der Arbeitslosenquote (Eurostat-Definition) wurde mit 3,5 % im Mai 2008 erreicht. Für das Gesamtjahr ergab sich mit 3,8 % die niedrigste Arbeitslosenquote seit dem Jahr 2001. Innerhalb der EU-27 (Durchschnitt 7,0 %) wies Österreich die drittniedrigste Arbeitslosenquote nach den Niederlanden (2,8 %) und Dänemark (3,3 %) auf.

Die stark gebremste Konjunktorentwicklung wirkte sich sichtbar ab November 2008 auf den Arbeitsmarkt aus. Im Vergleich zu den Vormonaten wurden die Zuwachsraten des Beschäftigungswachstums deutlich schwächer, die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen stieg erstmals seit Februar 2006 (+0,9 %) wieder und die Zahl der beim Arbeitsmarktservice gemeldeten offenen Stellen sank deutlich (-11,5 %). Im Dezember 2008 verstärkte sich die ungünstige Entwicklung. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg die Zahl der Arbeitslosen um fast 22.000 Personen auf 287.147.

Der Wachstumseinbruch hatte nur geringfügige Auswirkungen auf die Budgetentwicklung des Jahres 2008: Das gesamtstaatliche Budgetdefizit blieb gemäß budgetärer Notifikation vom März 2009 des BMF mit 0,4 % des BIP vergleichsweise gering (2007: 0,5 %). Die Einnahmenentwicklung wurde durch die außergewöhnlich gute Beschäftigungsentwicklung in den ersten drei Quartalen 2008 und durch die vergleichsweise hohe Inflation begünstigt. Die Effekte der beschlossenen Maßnahmen zur Linderung der Inflationseffekte auf den Haushaltssektor und schon

zuvor beschlossene Abgabenerhöhungen (z. B. Anhebung der Mineralölsteuer) waren 2008 relativ gering. Unter anderem aufgrund der Bildung von Rücklagen für das Bankenpaket und der Eigenkapitalzufuhr an die Hypo Alpe-Adria-Bank stieg die Schuldenquote jedoch von 59,4 % (2007) auf 62,5 % (2008) des BIP.

Die österreichische Leistungsbilanz schloss im Jahr 2008 mit einem historischen Rekordüberschuss von 9,8 Mrd EUR oder 3,5 % des BIP und setzte ihren langjährigen Aufwärtstrend damit fort. Die heimische Exportwirtschaft konnte zwar ihre Ausfuhren aus Gütern und Dienstleistungen noch um 3 % auf fast 164 Mrd EUR steigern, in der zweiten Jahreshälfte 2008 zeigte sich aber bereits in der Güterbilanz ein deutliches Passivum. Die Einfuhren stiegen ebenfalls um 3 % auf etwa 151 Mrd EUR. Einmal mehr erwies sich der Reiseverkehr als wichtige Stütze der österreichischen Leistungsbilanz: Mit rund 7 Mrd EUR lag der Überschuss im Jahr 2008 nochmals um ein Sechstel über dem sehr guten Ergebnis des vorangegangenen Jahres. Analog zum Leistungsbilanzergebnis wies auch die österreichische Kapitalbilanz im Jahr 2008 Nettokapitalexporte auf, die bei knapp 12 Mrd EUR lagen (2007: 9,3 Mrd EUR). Österreichs Direktinvestitionen im Ausland beliefen sich im Jahr 2008 auf 19,7 Mrd EUR (2007: 24,7 Mrd EUR). Deutschland stellte (mit Rekordinvestitionen) die beliebteste Zielregion der regional breit gestreuten Direktinvestitionen Österreichs dar. Umgekehrt erreichten internationale Beteiligungen an österreichischen Unternehmen – einschließlich Konzernkrediten – ein Volumen von 9,5 Mrd EUR (2007: 22 Mrd EUR).

Die Entwicklungen zu Beginn des Jahres 2009 zeigten bereits deutliche negative wirtschaftliche Effekte. Die Anzahl arbeitsloser Personen stieg zwi-

**Trotz Abschwung
Rekordbeschäftigungswachstum,
ab Ende 2008
aber steigende
Arbeitslosigkeit**

**Hohes Aktivum in
der Leistungsbilanz**

**Geringes Budget-
defizit im Jahr 2008**

**Ausblick für das Jahr
2009: Österreichs
Wirtschaft
schrumpft**

Die OeNB weitet die Vergabe von ERP-Krediten an die österreichische Wirtschaft aus – für das Jahr 2009 sind 210 Mio EUR vorgesehen

Die OeNB unterstützt im Rahmen des ERP¹-Förderprogramms die österreichische Wirtschaft bereits seit 1948. Für das Jahr 2009 stellt die OeNB auf diesem Weg den österreichischen Unternehmen mit 210 Mio EUR einen gegenüber dem Jahr 2008 um über 6 % höheren Betrag zur Verfügung. Damit kann das Austria Wirtschaftsservice (aws) der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2009 ein ERP-Gesamtbudget von 600 Mio EUR bereitstellen.

Im Jahr 2008 wurden 102 Unternehmen mit rund 200 Mio EUR seitens der OeNB gefördert. Damit konnte ein Investitionsvolumen in Höhe von 525 Mio EUR erreicht werden. In Summe hat die OeNB derzeit zinsgünstige Kredite im Ausmaß von rund 1 Mrd EUR an über 600 Unternehmen vergeben. Das entspricht einem Drittel des gesamten ERP-Vergabevolumens (zwei Drittel kommen vom ERP-Fonds).

Während des Vergabezeitraums von 2004 bis 2008 hat damit die OeNB der österreichischen Wirtschaft rund 1,1 Mrd EUR (jährlich rund 200 Mio EUR) an ERP-Mitteln zur Verfügung gestellt und so ein Investitionsvolumen von beinahe 2,4 Mrd EUR (für 468 Investitionsprojekte) ermöglicht. Der positive wirtschaftliche Effekt dieser Mittel aus dem ERP-Nationalbankblock wurde durch die Inanspruchnahme von Kofinanzierungen durch die EU noch weiter gesteigert. Dabei stand die Förderung von technologiebasierten und innovativen Zukunftsbranchen wie auch von Internationalisierungsbemühungen im Mittelpunkt der Vergabe der zinsgünstigen Kredite.

¹ ERP: European Recovery Program.

schen Jänner und April 2009 laut Arbeitsmarktservice Österreich stark (Februar: +23,7%; März: +28,8%; April: +25,9%). Erstmals seit sieben Jahren ist auch die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten gesunken. Die Arbeitslosenquote (Eurostat-Definition) stieg sowohl im Jänner als auch im Februar und März 2009 stark, nämlich auf 4,3 % bzw. jeweils 4,5 %. Die wichtigsten Vertrauensindikatoren verschlechterten sich überwiegend weiter. Die Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge (–15,9% im Jänner 2009; –22,3% im Februar 2009)⁶ sowie die Konsumenteneinschätzung im Rahmen des Economic Sentiment Indicator (–21 Punkte im Jänner, –19 im Februar, –23 im März und –24 im April 2009) deuten auch auf eine im Vergleich zum Vorjahr schwächere Entwicklung des privaten Konsums hin. Die aktuellen Prognosen

des IWF und der Europäischen Kommission für die wichtigsten Handelspartner Österreichs sind für das Jahr 2009 sehr pessimistisch. Dies lässt einen weiteren deutlichen Rückgang der Nachfrage nach österreichischen Exporten erwarten. Die OeNB erwartet für die österreichische Wirtschaft für das Gesamtjahr 2009 die schärfste Rezession in der Zweiten Republik. Der OeNB-Konjunkturindikator vom März 2009 prognostiziert für das erste Quartal 2009 einen Rückgang des realen BIP-Wachstums von 1,5 % und im zweiten Quartal 2009 von 0,7 % (jeweils im Vergleich zum Vorquartal). Laut Prognose des WIFO vom März 2009 schrumpft Österreichs BIP im Gesamtjahr 2009 um 2,2 %, im Jahr 2010 dürfte es wieder leicht wachsen (+0,5 %). Der Arbeitsmarkt wird sich allerdings erheblich verschlechtern, die

⁶ Von 1. April 2009 bis 31. Dezember 2009 wird in Österreich für Autos mit Erstzulassung vor dem 1. Jänner 1996 beim Kauf eines neuen Autos eine staatliche Verschrottungsprämie von 1.500 EUR gewährt. Ein ähnliches Modell in Deutschland, das schon seit Jänner 2009 in Kraft ist, hat den Neuwagenkauf deutlich stimuliert.

Konjunkturstimulierung in Österreich durch die Konjunkturpakete I und II sowie eine Steuerreform¹

Auf den sich abzeichnenden starken Rückgang der Wirtschaftsdynamik wurde in Österreich mit dem sogenannten Konjunkturpaket I reagiert, das vor allem den österreichischen Unternehmen, insbesondere den Klein- und Mittelbetrieben, über Kredithilfen und Garantien erleichterten Zugang zu Kapital ermöglichen sollte. In Anbetracht einer sich abzeichnenden weiteren Verschärfung des Wirtschaftsabschwungs wurden weitere Maßnahmenpakete beschlossen: das Konjunkturpaket II und das Vorziehen der Reform der Lohn- und Einkommenssteuer. Zur Stimulierung der privaten Investitionsnachfrage sieht das Konjunkturpaket II den bis Ende 2010 befristeten Einsatz einer degressiven Abschreibung sowie den temporären Einsatz von Mitteln für thermische Sanierung vor. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch zusätzliche Ausgaben für Forschungsförderung und regionale Beschäftigungsinitiativen. Ähnlich wie beim Konjunkturpaket I sind auch verstärkte Infrastrukturausgaben ausgegliederter öffentlicher Unternehmen ein wichtiger Bestandteil des Pakets; im Konjunkturpaket I wurden die ÖBB und die ASFINAG damit beauftragt, im Konjunkturpaket II die Bundesimmobiliengesellschaft. Ergänzend wurden im Jahr 2009 auch noch eine Ausweitung der Kurzarbeit und eine Verschrottungsprämie beschlossen.

Die im Jahr 2008 verabschiedeten Maßnahmen zur Linderung der Inflationseffekte auf das disponible Einkommen der Haushalte stellen sich trotz der ursprünglich anderen Intention auch in dem gänzlich veränderten Umfeld einer scharfen Rezession bei stark rückläufiger Inflation als nützlich und angemessen heraus. Sie bestanden vor allem aus (teils permanenten, teils temporären) Erhöhungen von Transferleistungen (Pensionen, Familienbeihilfe etc.).

Nach Einschätzung der OeNB geht mit den bisher beschlossenen Maßnahmen (Inflationspaket, Konjunkturpakete I und II, Vorziehen der Einkommenssteuerreform, Kurzarbeit und Verschrottungsprämie) mit einem Umfang von rund 6,6 Mrd EUR (ohne Inflationspaket rund 5 Mrd EUR) im Jahr 2009 ein positiver Wachstumseffekt von rund $\frac{3}{4}$ % des BIP (ohne Inflationspaket von etwas über $\frac{1}{2}$ %) und ein Arbeitseffekt von etwa 12.000 zusätzlichen Beschäftigten (ohne Inflationspaket knapp 9.000) einher.

Volumen und Intention von in den Jahren 2008 und 2009 angekündigten Stimulierungsmaßnahmen

	Volumen		Kategorisierung
	2009	2010	
	in Mio EUR		
Inflationsbekämpfung			
Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags	300	300	konsumstärkend
Pensionserhöhung ¹	300	110	konsumstärkend
Teilweise Abschaffung der Studiengebühr	150	150	konsumstärkend
13. Monat bei der Familienbeihilfe	250	250	konsumstärkend
Umsatzsteuersenkung für Medikamente ²	100	100	konsumstärkend
Erhöhung des Pflegegelds	120	120	konsumstärkend
Erhöhter Heizkostenzuschuss	30	0	konsumstärkend
Zusätzliche Ausnahmen bei der Lohnsteuer	150	150	konsumstärkend

Anmerkung: Das Volumen der Maßnahmen ist im Vergleich zum Jahr 2007 und auf Accrual-Basis.

¹ Einmalzahlung 2009, permanente Erhöhung über Inflationsrate von ungefähr 0,2 Prozentpunkten, Abschaffung des Wartjahres für die erste Pensionsanpassung.

² Von den Mehrwertsteuer-Mindereinnahmen geht ein großer Teil an Krankenkassen.

Fortsetzung auf S. 48

¹ Siehe auch Köhler-Töglhofer, W. und L. Reiss. 2009. Die Effektivität fiskalischer Wachstums- und Konjunkturbelebungsmaßnahmen in Krisenzeiten. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q1/09. OeNB. 83–106. (Verfügbar auch im Internet unter www.oenb.at).

Fortsetzung von S. 47

	Volumen		Kategorisierung
	2009	2010	
	<i>in Mio EUR</i>		
Konjunkturpaket I			
ÖBB- und ASFINAG-Projekte ³	225	225	Infrastrukturinvestitionen ⁴
Erhöhung des Kreditrahmens (EIB, KfW, ERP) ³	500	500	Investitionsanreiz
Erhöhung des Haftungsrahmens (AWS) ³	400	400	Investitionsanreiz
Höhere staatliche Förderung beim Bausparen	20	20	Investitionsanreiz
Mittelstandsfonds für Wachstumsprojekte ³	40	40	Investitionsanreiz
Internationalisierungsoffensive	25	25	Exportförderung
Breitbandoffensive	10	0	Investitionsanreiz
Konjunkturpaket II			
BIG-Projekte ^{3,5}	355	520	Infrastrukturinvestitionen ⁴
Befristete degressive Abschreibung ⁶	250	350	Investitionsanreiz
Thermische Sanierung	100	0	Investitionsanreiz
Forschungsförderung	50	50	Investitionsanreiz
Regionale Beschäftigungsoffensive	75	75	beschäftigungserhaltend, konsumstärkend
Letztes Kindergartenjahr	30	70	konsumstärkend
Steuerreform inklusive Familienpaket⁷	2.910	3.060	konsumstärkend
Sonstige Maßnahmen			
Kurzarbeit	200	200	beschäftigungserhaltend, konsumstärkend
Verschrottungsprämie	20	0	konsumstärkend
Gesamtvolumen	6.610	6.715	
davon defizitwirksam⁸	4.095	4.758	

Quelle: BMF, OeNB.

Anmerkung: Das Volumen der Maßnahmen ist im Vergleich zum Jahr 2007 und auf Accrual-Basis.

³ Nicht (oder zum überwiegenden Teil nicht) relevant für das Maastricht-Defizit.

⁴ Off-Budget: gemäß ESVG 95 nicht im Sektor Staat (und damit nicht Maastricht-relevant).

⁵ Die BIG erhält dafür Mieterhöhung von 20 Mio EUR pro Jahr.

⁶ Fiskalische Wirkung verzögert (zeitliche Verzögerung bei der Steuereinhebung).

⁷ Fiskalische Wirkung teilweise verzögert (zeitliche Verzögerung bei der Steuereinhebung).

⁸ Unter Berücksichtigung der zeitlichen Verzögerung bei der Steuereinhebung.

Arbeitslosenquote (Eurostat-Definition) steigt auf 5,0% (2009) bzw. 5,8% (2010). Die Inflationsrate geht im Jahr 2009 auf 0,6% zurück und dürfte 2010 auf etwas über 1% steigen. Der IWF erwartet in seiner Prognose vom April 2009 für Österreich eine wirtschaftliche Kontraktion von 3,0% (2009) bzw. eine Stagnation im Jahr 2010 (+0,2% reales BIP). Der Anstieg der Arbeitslosenquote wird mit 5,4% (2009) und 6,2% (2010) aber deutlich schärfer eingeschätzt. Die künftige Inflationsrate wird ähnlich wie in der WIFO-Prognose gesehen.

Der in der Dezemberprognose der OeNB für das Jahr 2009 erwartete

Anstieg der gesamtstaatlichen Defizitquote auf knapp unter 3% des BIP (unter Berücksichtigung der budgetwirksamen Teile der Konjunkturmaßnahmen und der Einkommenssteuerreform) ist infolge der zu erwartenden Abwärtsrevision der BIP-Prognose zu optimistisch. Die bisher beschlossenen Konjunkturpakete und die Steuerreform (inklusive Familienpaket) bringen nach OeNB-Schätzungen zwar einen Wachstumseffekt von etwas über ½% des BIP, führen aber auch zu einer Verschlechterung des öffentlichen Finanzierungssaldos von rund 1% des BIP im Jahr 2009. Die schlechte konjunkturelle Entwicklung (und das damit

einhergehende ungünstige Verhältnis von Zinsentwicklung und Wirtschaftswachstum sowie der Rückgang des Primärsaldos) tragen gemeinsam mit dem Defizitanstieg zu einer Erhöhung der gesamtstaatlichen Schuldenquote bei. Verstärkt wird die Erhöhung der Schuldenquote durch eventuell noch vorzunehmende Anleiheemissionen für die Eigenkapitalzufuhren für österreichische Banken. Das aktualisierte österreichische Stabilitätsprogramm vom April 2009 erwartet das gesamtstaatliche Defizit als Folge von sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben im Jahr 2009 mit 3,5% und im Jahr 2010 mit 4,7% des BIP.

Geld- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Unterstützung des Finanzmarktes und der Konjunktur

Stabilitätsanker Eurosystem

Wie andere wichtige Zentralbanken der Welt reagierte die EZB auf die seit Sommer 2007 anhaltenden Verwerfungen auf den Finanzmärkten mit außergewöhnlichen Maßnahmen.⁷ Als immer mehr Finanzinstitute in den USA in den Strudel der Finanzkrise gerieten, stieg auch in Europa die Unsicherheit über die Auswirkungen auf den heimischen Bankensektor. Die Komplexität der modernen Finanzprodukte machte es für Banken, Versicherungen und Unternehmen schwierig, das eigene Risiko selbst richtig einzuschätzen. Um einem zukünftigen unerwarteten Liquiditätsbedarf vorzubeugen, horteten sie Liquidität. Gleichzeitig führte die Unsicherheit über die Belastung anderer Banken

dazu, dass der Interbankenmarkt nahezu vollständig austrocknete. Finanzinstitute waren nicht mehr oder nur zu hohen Risikoaufschlägen bereit, einander über längere Laufzeiten Geld zu borgen.

In diesem Klima der massiven Verunsicherung setzte die EZB zahlreiche Maßnahmen, um die Funktionstüchtigkeit der Geldmärkte zu unterstützen. Damit leistete sie einen entscheidenden Beitrag, damit sich die massiven Liquiditätsengpässe im Finanzsystem nicht zu einem systemischen Zusammenbruch ausweiteten.

Dabei stützte sich die EZB seit Beginn der Turbulenzen im Sommer 2007, aber auch während der Verschärfung der Situation im Herbst 2008 weitgehend auf ihr bestehendes geldpolitisches Instrumentarium, das vom Eurosystem in den ersten Jahren des Bestehens entwickelt und im Lauf der Jahre verfeinert und verbessert worden war.⁸ Die Maßnahmen zielten in erster Linie darauf ab, die Unsicherheit der Banken über ihren künftigen Liquiditätsbedarf und den Zugang zu Liquidität zu lindern. Dazu erhöhte die EZB die Häufigkeit ihrer geldpolitischen Operationen, änderte die Verteilung der Liquiditätszuteilungen innerhalb der Mindestreserveverfüllungsperiode und verlagerte das zugewiesene Volumen vom Hauptrefinanzierungsgeschäft auf das längerfristige Refinanzierungsgeschäft, um dem Bedürfnis nach längerfristiger Liquiditätsplanung entgegen zu kommen. Der Anteil des längerfristigen Refinanzierungsgeschäfts an der Liquiditätsbereitstellung der EZB stieg während der Krise von 35% auf mehr als

⁷ Siehe auch Jobst, C. 2009. Die Umsetzung der Geldpolitik in der Krise 2007 bis 2008. In: *Geldpolitik & Wirtschaft Q1/09*. OeNB. 57–82. (Verfügbar auch im Internet unter www.oenb.at).

⁸ Siehe auch EZB. 2008. *Durchführung der Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet – allgemeine Regelungen für die geldpolitischen Instrumente und Verfahren des Eurosystems*. November. (Verfügbar auch im Internet unter www.ecb.int).

**Umfangreiche
Liquiditätsmaß-
nahmen des Euro-
systems ab
September 2008**

70%. Besonders wichtig erschien es der EZB, den Terminmarkt mit Zentralbankgeld zu versorgen, da eine Liquiditätsknappheit dieses Marktsegments zu hohen Geldmarktzinsen (LIBOR, EURIBOR) führte – Zinsen, die über den Geldmarkt hinaus eine starke gesamtwirtschaftliche Auswirkung haben.⁹

Die Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 brachte eine dramatische Wende im Verlauf der Finanzkrise. Die Ungewissheit über die Risiken und den künftigen Liquiditätsbedarf wurden noch stärker, brachten den Interbankenmarkt völlig zum Erliegen und lösten eine Verkaufswelle aus, die bis auf die sichersten alle Anlageklassen erfasste.

Die EZB reagierte – ähnlich wie die anderen Zentralbanken – mit weiteren umfangreichen Maßnahmen, um dem Finanzsystem Sicherheit durch die Verfügbarkeit von Liquidität zu geben. Zu diesem Zweck wechselte die EZB sowohl bei den Hauptrefinanzierungsgeschäften als auch bei den längerfristigen Refinanzierungsgeschäften vom bisher praktizierten Zinstender auf den Mengentender bei vollständiger Zuteilung aller eingehenden Gebote.¹⁰ Für die zugelassenen Gegenparteien besteht dadurch die Garantie, zu dem von der EZB bekanntgegebenen fixen Zinssatz und gegen Einlieferung entsprechender Sicherheiten die gewünschte Liquidität zu erhalten; ihre längerfristige Liquiditätssteuerung wurde vereinfacht. Gleichzeitig wurde nach einem Beschluss des EZB-Rats vom 15. Oktober 2008 die

Frequenz der längerfristigen Operationen erhöht und die Liste der notenbankfähigen Sicherheiten erweitert.

Der zeitweise hohe Liquiditätsbedarf eines Teils des Bankensystems schlug sich in hohen (Mengen-)Geboten und dem neuen Modus entsprechend automatisch hohen Zuteilungen bei den Tendern nieder. Die Liquiditätsbereitstellung über längerfristige Refinanzierungsgeschäfte stieg von 300 Mrd EUR (9. September 2008) auf 614 Mrd EUR (20. Jänner 2009), und auch bei den Hauptrefinanzierungsgeschäften wurde zeitweise deutlich mehr Liquidität nachgefragt, als unter anderem zur Mindestreserveerfüllung erforderlich gewesen wäre. Der Mehrbetrag erreichte zeitweilig über 350 Mrd EUR. Andererseits entschieden sich Banken, die über mehr Liquidität verfügten, als zur Erfüllung der Mindestreserve erforderlich wäre, aufgrund der hohen Verunsicherung auf dem Interbankenmarkt dazu, die Gelder über Nacht bei der EZB zu parken. Die Summen erreichten hier nahezu 240 Mrd EUR. Die EZB übernahm somit die Rolle des nicht mehr funktionierenden Interbankenmarktes, indem sie einerseits Einlagen von Banken mit Liquiditätsüberschuss hereinnahm und andererseits an Banken mit Liquiditätsbedarf gegen Sicherheiten Kredite vergab.

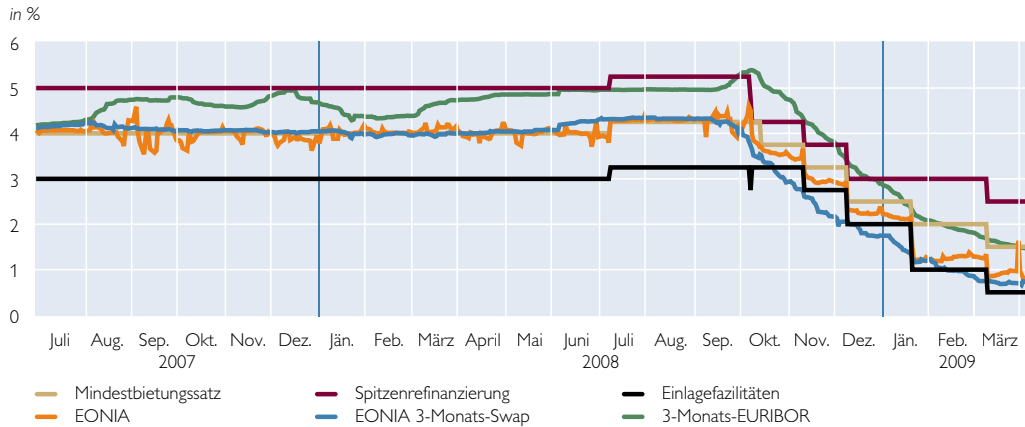
Eine temporäre Maßnahme zur Stabilisierung der Geldmärkte war die Verringerung des von den zwei ständigen Fazilitäten (der Spitzenrefinanzierungs- und der Einlagefazilität) gebil-

⁹ Viele (variabel verzinsliche) Kreditverträge richten sich nach diesen Geldmarktzinsen im Terminbereich. Ein extremer Anstieg dieser Zinsen hat zur Folge, dass solche Kredite schwerer leistbar sind. Ein Rückgang der Kreditnachfrage führt gesamtwirtschaftlich zu einer Verringerung der Investitionen und des Konsums.

¹⁰ Beim sogenannten Zinstenderverfahren hatten die Banken bei ihren Geboten Zinssätze bekannt geben müssen, die den von der EZB vorgegebenen Zinssatz (Mindestbietungssatz) nicht unterschreiten durften. Da einige Banken befürchteten, aufgrund der großen Vorsicht auf dem Interbankenmarkt nicht die benötigte Liquidität zu erhalten, hätte das Zinstenderverfahren dazu geführt, dass die (Zins-)Gebote unerwünscht hoch ausgefallen wären. Feinststeuerungsmaßnahmen (auch Schnelltender genannt) sind nach wie vor Zinstender.

Grafik 15

Leitzinsen und Geldmarktzinsen im Euroraum



Quelle: Thomson Reuters.

deten Korridors symmetrisch von 200 auf 100 Basispunkte. Diese Maßnahme galt bis zum Ende der ersten Mindestreserve-Erfüllungsperiode des Jahres 2009.¹¹

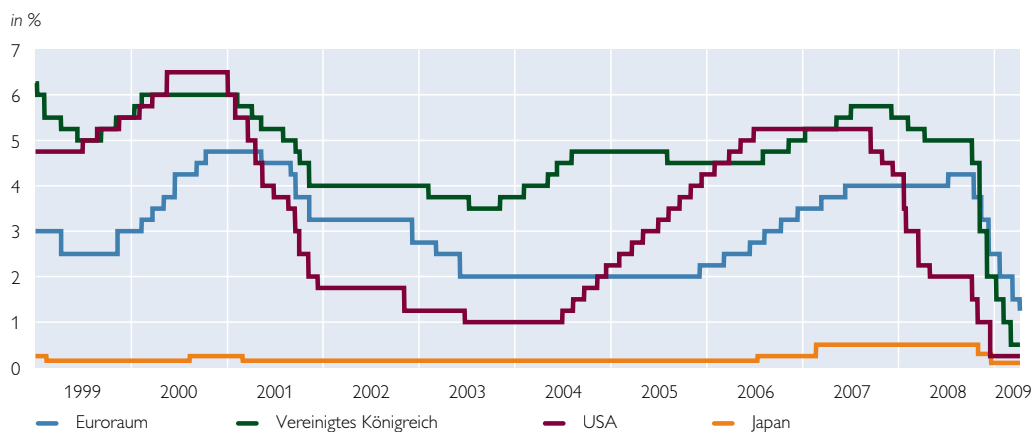
Die Maßnahmen der einzelnen Notenbanken wurden durch koordinierte Aktionen ergänzt. Um internationale Liquiditätengpässe zu vermeiden, vereinbarten die EZB, die Federal Reserve, die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank (SNB) am 13. Oktober 2008, US-Dollar-Finanzmittel zu einem festen Zinssatz mit vollständiger Zuteilung, analog zu den Tendern der EZB, bereitzustellen. Dazu räumten sich die beteiligten Notenbanken wechselseitig umfangreiche Kreditlinien ein. Ähnliche Vereinbarungen wurden auf regionaler Ebene auch für den Euro und den Schweizer Franken getroffen.

Die Verschärfung der Finanzkrise im September 2008 führte auch zu einer starken Verschlechterung der realwirtschaftlichen Aussichten. Nachdem die EZB angesichts hoher Inflationsprognosen und sich abzeichnender steigen-

der Inflationserwartungen sowie von Zweitrundeneffekten bei den Lohnabschlüssen den Leitzins am 3. Juli 2008 Juli noch um 25 Basispunkte angehoben hatte, bewegte der ab Herbst 2008 abrupt einsetzende Einbruch im Wirtschaftswachstum und eine – vor allem auch durch fallende Energie- und Rohstoffpreise, aber auch durch die rapide sich verschlechternde Wirtschaftslage verursachte – deutliche Abschwächung der Preisdynamik die wichtigen Notenbanken zu einer Reihe von Zinssenkungen. Am 8. Oktober 2008 beschloss der EZB-Rat, die Leitzinsen um 50 Basispunkte zu senken, am 6. November 2008 um weitere 50 Basispunkte, am 4. Dezember 2008 wurden die Zinsen erneut um 75 Basispunkte zurückgenommen. Am 15. Jänner 2009 wurden die Leitzinsen um weitere 50 Basispunkte zurückgenommen. Die bis März 2009 auf deutlich unter 1 % gesunkenen Inflationsraten und die Erwartung, dass die mittelfristige Preisstabilität gewahrt bleibt, sowie die überaus gedämpften Perspektiven zur Wirtschafts-

¹¹ Die relativ günstige Verzinsung erhöhte die Attraktivität der Einlagenfazilität und verstärkte die erwähnte Intermediationsrolle der EZB. Nach der Ausweitung des Korridors im Jänner 2009 ging die Inanspruchnahme der Einlagenfazilität wieder deutlich zurück und lag Mitte März 2009 bei 88 Mrd EUR. Die Spitzenrefinanzierung wurde weit weniger und nur im Bedarfsfall von einzelnen Teilnehmern in Anspruch genommen.

Leitzinsen in ausgewählten Ländern



entwicklung haben am 5. März 2009 und am 2. April 2009 zu weiteren Zinssenkungen des EZB-Rats geführt. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte hält mit Stand April 2009 bei 1,25% und liegt um 300 Basispunkte niedriger als Anfang Oktober 2008.

Auch andere Notenbanken nahmen überaus kräftige Zinssenkungen vor: Die Bank of England senkte im Verlauf des Herbstes 2008 ihre Bank Rate von 5,0% (Anfang Oktober 2008) auf 0,5% am 5. März 2009. Die Bank of Japan nahm den Leitzins von 0,3% bis auf 0,1% (19. Dezember 2008) zurück. Die US-Leitzinsen, die bereits in 10 Zinsschritten seit September 2007 von 5,25% auf 2,0% reduziert worden waren, wurden im zweiten Halbjahr 2008 in drei weiteren Zinsetappen zurückgenommen. Dabei definierte der US-Offenmarktausschuss (Federal Open Market Committee – FOMC) anlässlich seiner Sitzung am 16. Dezember 2008 den Zielsatz für die Federal Funds Rate erstmals als Spanne von 0% bis 0,25% und kündigte an, die Zinsen eine Zeit lang auf diesem niedrigen Niveau zu halten. Zudem wurden weitere unkonventionelle Maßnahmen zur

Unterstützung des Finanzmarktes und der Wirtschaft angekündigt, unter anderem der Ankauf von mit Hypotheken- und Konsumentenkrediten besicherten Wertpapieren.

Die Finanzmarktkrise führte auch zu einer erheblichen US-Dollar-Knappheit außerhalb des US-amerikanischen Hoheitsgebiets. Zunächst konzentrierten sich diese Engpässe auf Europa, weiteten sich aber im Herbst 2008 schlagartig auf mehrere Weltregionen aus. Um der entstandenen US-Dollar-Knappheit entgegenzutreten, vereinbarten Zentralbanken mit der Federal Reserve US-Dollar-Swapkreditlinien. Eine Zentralbank hat grundsätzlich die Möglichkeit, die Banken ihrer Region mit Fremdwährungsmitteln zu versorgen, indem sie sich diese Mittel von einer anderen Zentralbank – im Speziellen von der emittierenden Zentralbank – ausborgt. Konkret bestanden ab Dezember 2007 zur Bewältigung von US-Dollar-Liquiditätsengpässen im Eurosystem und in der Schweiz zwischen der Federal Reserve, der EZB und der SNB bereits Swapkreditlinien, die im Lauf der Monate erweitert wurden. So können beispielsweise Banken des Eurosystems

Internationale Währungs- Swapkreditlinien

über die EZB – die parallel dazu mit der Federal Reserve einen Euro/US-Dollar-Devisenswap durchführt – zusätzliche US-Dollar-Liquidität erhalten. Zur Beschaffung dieser Fremdwährung haben sie Sicherheiten zu hinterlegen, die für die geldpolitischen Geschäfte des Eurosystems zugelassen sind. Ab Mitte September 2008 wurden nicht nur die bestehenden US-Dollar-Swapkreditlinien ausgeweitet, sondern neue Swapkreditlinien in US-Dollar mit einem weiten Teilnehmerkreis geschaffen (darunter auch die Bank of Japan, die Bank of England, die Reserve Bank of Australia etc.), sodass sich die Anzahl der Zentralbanken beträchtlich erweiterte. So wird über diese Fazilität US-Dollar-Liquidität weltweit über mehrere Zeitzonen hinweg zur Verfügung gestellt. Aus der Bilanz der US-Zentralbank geht hervor, wie diese Liquiditätsbereitstellung zuletzt zu Buche schlägt. Das Volumen an US-Dollar-Swaps, die Zentralbanken mit der Federal Reserve tätigten, erreichte am 18. Februar 2009 375 Mrd USD.

Auf regionaler Ebene kam es ebenfalls zu Währungs-Swapvereinbarungen, die teilweise vorsorglich getroffen wurden und teilweise tatsächlichen Engpässen begegnen sollten. So wurde zum Beispiel im Oktober 2008 zwischen der EZB und der SNB eine Swapvereinbarung getroffen, um im Euroraum die Versorgung mit Liquidität in Schweizer Franken sicherzustellen. Insbesondere kleine Banken, die keinen direkten Zugang zu den Marktgeschäften der SNB hatten, sollten hierbei zum Zuge kommen. Im gleichen Monat richteten die EZB und die Danmarks Nationalbank eine Swapkreditlinie zur Verbesserung der Liquidität auf den dänischen Märkten für kurzfristige Euro-Mittel ein. Außerdem verpflichtete sich die EZB zur Versorgung der ungarischen Zentralbank mit Euro über ein Repo-

geschäft. Im November 2008 trafen die SNB und die EZB mit der polnischen Zentralbank Vereinbarungen über die Versorgung mit Schweizer Franken bzw. Euro.

Maßnahmenpakete der Wirtschaftspolitik

Die internationale Finanzkrise und die Maßnahmen, die zur Abfederung der Auswirkungen getroffen werden mussten, führten zu einer Rückkehr des Staates als zentraler Akteur auf der wirtschaftspolitischen Bühne. Die staatlichen Aktivitäten gingen im Jahr 2008 weit über ein passives Wirken der automatischen Stabilisatoren hinaus. Gemeinsam mit der Geldpolitik wurde an einem Strang gezogen, um die wirtschaftliche Lage in Europa zu festigen. In diesem Kontext wurden nicht nur die einzelnen Mitgliedstaaten aktiv, vielmehr übernahm auch die EU eine bedeutende Rolle: Analog zur Koordination im Bereich der Finanzmärkte wurde auf europäischer Ebene ein umfassendes wirtschaftspolitisches Programm aufgelegt, das eine ähnlich abgestimmte Vorgehensweise im Bereich der Realwirtschaft sicherstellt und damit den Nutzen von einzelstaatlichen Maßnahmenpaketen über Multiplikatoreffekte maximiert.

Mitte Oktober 2008 hat die EU eine gemeinsame Strategie zur Bekämpfung der Finanzkrise verabschiedet. Die bestehenden Bankenpakete umfassen im Wesentlichen eine Erhöhung der Garantiesummen im Rahmen der Einlagensicherung, die Möglichkeit staatlicher Garantien für Interbankenkredite sowie staatliche Kapitalzufuhr für Banken (zum österreichischen Bankenpaket im Detail siehe weiter unten). Seither wurde dieser gemeinsame Rahmen durch die Mitgliedstaaten in Form nationaler Umsetzungsmaßnahmen implementiert.

Maßnahmen für die Finanzmärkte: deutliche Erhöhung der Einlagensicherung, Bankenpakete

Ein erster wichtiger Teilbereich davon war eine Änderung der Einlagensicherung, die von der Europäischen Kommission am 15. Oktober 2008 vorgeschlagen wurde. Die neuen Vorschriften sollen den Schutz der Einleger verbessern und ihr Vertrauen in die Sicherheit ihrer Spareinlagen erhalten. Konkret wurde vereinbart, die Mindestdeckungssumme für Einlagen von 20.000 EUR auf 50.000 EUR und innerhalb eines Jahres auf mindestens 100.000 EUR zu erhöhen. Den Mitgliedstaaten wurde freigestellt, eine höhere Deckungssumme festzulegen, wovon einige Länder, darunter auch Österreich, Gebrauch machten. Ebenso wurde der bis dahin mögliche Selbstbehalt bei Eintreten eines Einlagensicherungsfalls abgeschafft und die Zeitspanne, in der ein Einlagensicherungssystem die Einleger entschädigen muss, auf drei Tage verkürzt. Bis dahin betrug diese Frist drei Monate und konnte auf bis zu neun Monate ausgedehnt werden.

Maßnahmen für die Realwirtschaft: Europäisches Konjunkturprogramm im Ausmaß von 200 Mrd EUR wird aufgelegt

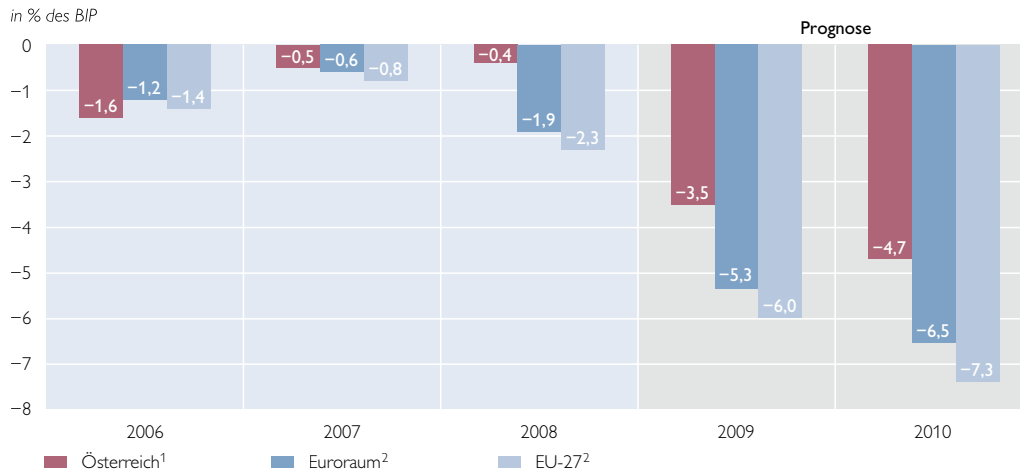
Daneben sticht vor allem der auf der Tagung des Europäischen Rates vom 11. und 12. Dezember 2008 beschlossene European Economic Recovery Plan for Growth and Jobs hervor. Dieses Programm sieht einen gezielten und zeitlich befristeten budgetären Impuls in der Höhe von rund 200 Mrd EUR bzw. 1,5 % des BIP der EU vor. Die Mittel sollen sowohl aus den nationalen Haushalten (rund 170 Mrd EUR oder 1,2 % des BIP) als auch aus den Haushalten der EU und der Europäischen Investitionsbank (rund 30 Mrd EUR oder 0,3 % des BIP) aufgebracht werden, um zum einen kurzfristige Maßnahmen zur Ankurbelung der Nachfrage, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Wirtschaft und zum anderen Investitionsmaßnahmen in langfristig nachhaltiges Wachstum zu finanzieren.

Das Maßnahmenpaket umfasst von Seiten der EU unter anderem eine vereinfachte, raschere und vorgezogene Auszahlung von 1,8 Mrd EUR aus den Europäischen Sozialfonds für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen und Investitionen von 5 Mrd EUR zur Verbesserung der Energieverbundnetze und der Breitbandinfrastruktur. Weiters soll die Europäische Investitionsbank ihre jährlichen Finanzierungsfazilitäten um rund 15 Mrd EUR aufstocken und die europäischen Kohäsionsfonds Investitionen im Umfang von 4,5 Mrd EUR vorziehen. Der Anwendungsbereich des European Globalisation Adjustment Funds soll erweitert, eine raschere Abrufung von Finanzmitteln ermöglicht und Arbeitsmarktpolitiken gezielt unterstützt werden. Weiters empfiehlt die Europäische Kommission die Senkung von Sozialkosten für Arbeitgeber (niedrige Einkommensbereiche) sowie die permanente Reduzierung von Mehrwertsteuersätzen im Bereich arbeitsintensiver Dienstleistungen.

Auch die einzelnen Mitgliedstaaten haben auf ihrer Ebene bereits eine Reihe wichtiger Maßnahmen getroffen, die ihrer jeweiligen Lage entsprechen und unterschiedliche Handlungsspielräume widerspiegeln. In Anbetracht des Ausmaßes der Krise bedarf es laut Europäischem Rat beim Vorgehen der Mitgliedstaaten vor allem verstärkter und koordinierter Bemühungen im Rahmen eines gemeinsamen Ansatzes: Die Maßnahmen zur Stützung der Nachfrage müssen auf eine sofortige Wirkung abzielen, zeitlich begrenzt sein und auf die am stärksten betroffenen und die für die Wirtschaftsstruktur wichtigsten Sektoren abstellen (etwa den Automobilsektor und den Bausektor). Denkbar sind diese Maßnahmen, je nach der Lage im einzelnen Mitgliedstaat, in Form einer Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, sinnvoll ge-

Grafik 17

Budgetsalden



Quelle: Eurostat.

¹ 2009, 2010: Österreichisches Stabilitätsprogramm vom April 2009.

² 2009, 2010: Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2009.

stalteter Verringerungen der Steuerbelastung, einer Senkung der Soziallasten, einer Unterstützung für bestimmte Kategorien von Unternehmen oder direkter Beihilfen für – insbesondere einkommensschwache – Haushalte.

Die öffentlichen Finanzen in der EU sind durch die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich unter Druck geraten: Steuereinnahmen gingen aufgrund der schwachen Konjunktur zurück und Ausgaben (z. B. für Arbeitslosengeld) wurden erhöht. Von vielen Mitgliedstaaten wurden Konjunkturmaßnahmen eingeleitet, um die Nachfrage zu stützen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Innerhalb der Gruppe jener Länder, die den Euro bereits eingeführt haben, stieg das aggregierte Haushaltsdefizit deutlich von 0,6% des BIP im Jahr 2007 auf 1,9% des BIP im Jahr 2008. In der gesamten EU vergrößerte sich die Budgetlücke von 0,8% des BIP (2007) auf 2,3% des BIP (2008). Analysen der Europäischen Kommission zeigen, dass Konjunkturmaßnahmen hauptsächlich von Mitgliedstaaten mit haushaltspolitischem Spielraum und/

oder niedrigem Schuldenstand oder geringen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten eingeleitet wurden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wird die Rückkehr zu soliden und tragfähigen öffentlichen Finanzen erleichtern, sobald die Rezession ein Ende hat und die Wirtschaft wieder wächst. Auch sind die getroffenen Maßnahmen im Allgemeinen zeitnah, gezielt und befristet. Laut Prognosen der Europäischen Kommission wird das Budgetdefizit im Euroraum von 1,9% des BIP (2008) auf 5,3% des BIP (2009) und für die gesamte EU von 2,3% des BIP (2008) auf 6,0% des BIP (2009) steigen.

Die Gruppe der G-20-Staaten einigte sich auf dem Gipfel in London am 2. April 2009 auf schärfere Regeln für die Finanzmärkte. Demnach soll eine internationale Finanzaufsicht eingerichtet werden, deren Kontrolle künftig auch Hedgefonds und Ratingagenturen unterliegen. Sogenannte Steueroasen müssen künftig mit Sanktionen rechnen. Im Abschlussdokument wird zudem eine Reform des IWF angekündigt – so erhalten Entwicklungsländer mehr Mitspracherecht, und ein Frühwarnsystem

Konjunkturmaßnahmen führen zu Druck auf öffentliche Finanzen

G-20-Gipfel im April 2009 stellt weitere Mittel bereit

wird eingerichtet. Die Mittel für den IWF werden auf 750 Mrd USD aufgestockt. Zur Stützung des Welthandels werden Konjunkturlösungen im Umfang von 250 Mrd USD angekündigt.

Aktives Krisenmanagement der OeNB zur Aufrechterhaltung der Finanzmarktstabilität in Österreich

Der österreichische Nationalrat beschloss am 20. Oktober 2008 ein umfassendes und nachhaltiges Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Finanzsektors. Es basiert auf den Beschlüssen, die auf europäischer Ebene zur Stabilisierung der Finanzmärkte getroffen wurden. Es umfasst ein Gesamtvolumen von bis zu 100 Mrd EUR zum Schutz der Sparer, zur Ankurbelung der Kreditvergabe und zur Absicherung und Stärkung der Kreditinstitute sowie der Versicherungen. Das Paket enthält Bedingungen und Auflagen, die seine Effektivität sicherstellen sowie die Risiken und Kosten für die öffentliche Hand minimieren sollen. Im Rahmen dieses Maßnahmenpakets für österreichische Banken wurden zwei Gesetze erlassen: das Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) und das Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG).¹²

Das IBSG umfasst ein Garantievolumen von 75 Mrd EUR zur Reaktivierung des Interbankenmarktes und hat eine befristete Laufzeit bis 31. Dezember 2009. Zur Förderung der Liquiditätsbereitstellung wurde die Oesterreichische Clearingbank AG (OeCAG) eingerichtet, die am 14. November 2008 ihre Tätigkeit aufnahm. Die mit besonde-

ren Bundesgarantien ausgestattete Spezialbank soll den kurzfristigen Interbankenmarkt wiederbeleben. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass der Bund für Wertpapieremissionen der Banken Garantien übernimmt, um insbesondere längerfristige Refinanzierungen zu ermöglichen.

Das FinStaG sieht weitere Maßnahmen im Umfang von 15 Mrd EUR zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen vor, beispielsweise in Form von Partizipationskapital.¹³ Die Kapitalzuführung wird durch strenge Bedingungen geregelt. Für die Verwaltung der im Zuge dieser Maßnahmen erworbenen Kapitalbeteiligungen wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen die FIMBAG Finanzmarktbelegung Aktiengesellschaft, eine im Alleineigentum der Österreichischen Industrieholding AG (ÖIAG) stehende Gesellschaft, gegründet.

Als weitere vertrauensbildende Maßnahme wurden Einlagen (Spar-, Termin-, Giro- und Bauspareinlagen) von natürlichen Personen (Privat- oder Betriebsvermögen) in voller Höhe bis 31. Dezember 2009 gesichert; ab 1. Jänner 2010 ist die Einlagensicherung mit 100.000 EUR begrenzt. Weiters wurde in diesem Zusammenhang die Einlagensicherung für kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 50.000 EUR beschlossen. Schließlich wurde der FMA die Möglichkeit gegeben, Verbote in Bezug auf ungedeckte Leerverkäufe („naked short selling“¹⁴) zu erlassen und Verstöße entsprechend zu sanktionieren.

¹² Beide sind im BGBl. I Nr. 136/2008 kundgemacht und am 27. Oktober 2008 in Kraft getreten.

¹³ Partizipationskapital ist eine Form von Eigenmitteln eines Kreditinstituts und steht ihm auf Unternehmensdauer zur Verfügung. Damit Partizipationskapital als hochwertiges, sogenanntes Tier 1-Kapital anerkannt wird, dürfen Dividenden nur ausbezahlt werden, soweit sie im Jahresgewinn nach Rücklagenbewegung Deckung finden. Vereinbarungen über die Eigenkapitalzufuhr wurden bis dato zwischen der Republik Österreich und der Hypo Group Alpe Adria, der Erste Group Bank AG und der Österreichischen Volksbanken AG getroffen (Stand: 17. April 2009).

¹⁴ Im Allgemeinen versteht man darunter, dass der Leerverkäufer sich zum Zeitpunkt des Verkaufs noch kein Eigentum am leer verkauften Wertpapier verschafft hat und auch noch keinen Anspruch auf einen Eigentumsübertrag hat.

In Bezug auf die Kapitalstärkungsmaßnahmen enthält das Bankenpaket folgende Eckpunkte: Die Dividende bemisst sich im Einzelfall und hat für „wirtschaftlich gesunde“ Banken 9,3 % zu betragen (für „nicht gesunde“ Banken 10 %).¹⁵ Nach dem fünften Jahr erhöht sich die Dividende. Nach dem zehnten Jahr beträgt der Rückzahlungskurs für das Partizipationskapital 150 % des Nennwertes, wobei die erhöhte Rückzahlung in einer entsprechenden Steigerung des Unternehmenswertes Deckung finden muss. Die Ausschüttung von Dividenden an Aktionäre ist bei wirtschaftlich gesunden Banken begrenzt, ausgenommen es werden mindestens 30 % der Partizipationsscheine durch Dritte gezeichnet. Andernfalls gilt ein absolutes Dividendenverbot.

Weiters sind zahlreiche Bedingungen für die Gewährung bzw. Verwendung des Partizipationskapitals vorgesehen. Die Kapitalzufuhr hat der Kreditversorgung der Realwirtschaft zu marktüblichen Konditionen zu dienen und ist nicht für Zwecke eines aggressiven Wettbewerbs einzusetzen. Die Banken verpflichten sich zur Überprüfung ihrer Vergütungssysteme hinsichtlich deren Angemessenheit und Anreizwirkungen. Sie haben auch auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen angemessen Bedacht zu nehmen. Ihre Geschäftspolitik hat nachhaltig die Sanierung und den Fortbestand des Kreditinstituts zu sichern. Handlungen und Rechtsgeschäfte, die das Risiko des Bundes erhöhen, dürfen nicht abgeschlossen werden.

Das österreichische Bankenpaket ist im europäischen Vergleich gut dotiert. Es zeigt die Entschlossenheit der Bundesregierung, die Stabilität des österreichischen Finanzplatzes sicherzustellen sowie die Kreditvergabe anzukurbeln.

Die OeNB spielt als Zentralbank des Eurosystems eine bedeutende Rolle im Finanzmarktkrisenmanagement. Sie leistet sowohl in Österreich als auch in der EU einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung bzw. zur Wiederherstellung der Finanzmarktstabilität.

In Österreich sind das Bundesministerium für Finanzen (BMF) und die FMA Partner der OeNB. Die gesetzliche Plattform für die enge und erfolgreiche Kooperation dieser drei Institutionen ist das Finanzmarktkomitee (FMK). Zusätzlich hat die OeNB mit der FMA eine ganze Reihe von bilateralen Gremien auf mehreren Hierarchiestufen eingerichtet, um mit der nötigen Flexibilität und Geschwindigkeit auf die vielfältigen Herausforderungen für die Bankenaufsicht situationsgerecht reagieren zu können.

Auf europäischer Ebene sind andere Zentralbanken, aber auch Aufsichtsbehörden und Finanzministerien aller Mitgliedstaaten der EU sowie europäische Drittländer Partner der OeNB.

Die multilaterale Kooperation findet in diversen Gremien statt. Aus der Sicht der OeNB ist in diesem Zusammenhang auf EU-Ebene das wichtigste Gremium der Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA); im Eurosystem ist dies der EZB-Rat, in dem die Geld-

Die OeNB verfügt über ein professionelles und bewährtes Krisenmanagement

¹⁵ Eine Herabsetzung der Mindestdividende auf 8 % ist möglich, wenn (i) das Institut mindestens bei Rückzahlung einen Kurs von 110 bezahlt, d. h., 10 % über pari zurückzahlt, wobei die erhöhte Rückzahlung in einer entsprechenden Steigerung des Unternehmenswertes Deckung finden muss, oder (ii) der Bund die Kapitalzufuhr pari passu mit einer Beteiligung Privater tätigt, die mindestens 30 % der Kapitalzufuhr tätigen, solange von diesen 30 % nicht mehr als 10 Prozentpunkte von bestehenden Aktionären gezeichnet werden.

politik des Euroraums sowie dessen Versorgung mit Liquidität beschlossen werden.

Die OeNB benötigt hausintern entsprechende Vorkehrungen und Verfahren, um die Aufgaben des Krisenmanagements effizient erfüllen zu können. Diese sind im Handbuch für die Bewältigung von Finanzmarktkrisen festgelegt.

Das Handbuch stützt sich im Wesentlichen auf zwei Elemente:

1. die Einrichtung einer Clearingstelle für Informationen, über die alle für das Krisenmanagement der OeNB relevanten ein- und ausgehenden Informationen laufen;
2. die Konzentration des notwendigen Know-hows im Finanzmarktkrisen-Kernteam. Es besteht aus den für Finanzmarktstabilität, Treasury und Zahlungsverkehr zuständigen Direktoren der Hauptabteilungen.

Im Zuge der Finanzmarkturbulenzen erfolgte ein laufender und enger Kontakt mit den Marktteilnehmern sowie ein vertiefter Informationsaustausch mit der FMA und anderen relevanten Aufsichtsbehörden. Die mit der Neugestaltung der Bankenaufsicht geschaffenen Strukturen haben sich sehr gut bewährt (siehe den Abschnitt „Bankenaufsicht seit 2008 in die OeNB integriert“ im nächsten Kapitel). So erfolgte ein regelmäßiger Kontakt mit den Banken im Rahmen des sogenannten strukturierten Dialogs, der unter anderem Managementgespräche, Risikomanagementgespräche sowie Gespräche über CESEE vorsieht. Zusätzlich zum strukturierten Dialog wurden anlassbezogene Treffen zu speziellen Frage-

stellungen mit den Großbanken abgehalten.

Weiters wurden einige schriftliche Ad-hoc-Umfragen zu ausgewählten Themenbereichen, wie strukturierten Kreditprodukten, Fremdwährungskrediten oder Risikopositionen gegenüber CESEE durchgeführt. Im vierten Quartal 2008 wurde ein neues System zur Analyse der Liquiditätsausstattung großer österreichischer Banken konzipiert und eingeführt. Die OeNB ist bei den laufenden staatlichen Rekapitalisierungsmaßnahmen gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz in den Entscheidungsprozess des BMF unterstützend eingebunden.

Im Zusammenhang mit der Beaufsichtigung international agierender österreichischer Bankengruppen wurde der Kontakt zu den ausländischen Aufsichtsbehörden intensiviert. Gemeinsam mit der FMA wurden sogenannte Supervisory Colleges für die großen österreichischen Bankengruppen ausgerichtet. Beim Supervisory College treffen alle beteiligten Aufsichtsbehörden zusammen, um eine gemeinsame Risikoeinschätzung der Bankengruppe durchzuführen. Die Rahmenbedingungen bilden hierfür die Vereinbarungen, die sich in Form und Inhalt an den Vorgaben des Ausschusses der europäischen Bankenaufsichtsbehörden (Committee of European Banking Supervisors – CEBS)¹⁶ orientieren. Zusätzlich haben im Zuge der Turbulenzen auch zahlreiche Kontakte zu IWF, EBRD und Ratingagenturen stattgefunden. Ebenso haben OeNB-Vertreter an Ad-hoc-Telekonferenzen teilgenommen. Die von der OeNB durchgeführten Stresstest-

Die OeNB intensiviert den Kontakt mit Marktteilnehmern und Aufsichtsbehörden

¹⁶ Der Ausschuss der europäischen Bankenaufsichter setzt sich aus hochrangigen Vertretern der nationalen Bankenaufsichtsbehörden und Notenbanken der EU sowie der EZB zusammen. Zu seinen Aufgaben zählt die Beratung der Europäischen Kommission, die Förderung einer konsistenten Umsetzung von EU-Richtlinien und der Konvergenz der Aufsichtspraxis in den Mitgliedstaaten. Zudem soll die aufsichtliche Kooperation einschließlich des vertraulichen Austausches von Informationen über beaufsichtigte Institute verbessert werden.

Internationale Initiativen zur Vermeidung künftiger Finanzmarktkrisen

Seit Ausbruch der Finanzmarkturbulenzen im Sommer 2007 beschäftigen sich sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene Institutionen mit der Frage, wie man den aktuellen Entwicklungen bestmöglich begegnen und wie man die Finanzmarktstabilität nachhaltig stärken kann.

Die Hauptgründe der aktuellen Finanzmarktkrise waren die wirtschaftliche Boomsituation in den vorangegangenen Jahren, die Entwicklungen im Finanzsektor und unzureichendes Risikomanagement bei Marktteilnehmern. Die weltweit günstige wirtschaftliche Situation verleitete die Finanzmarktteilnehmer verstärkt zu kurzfristig orientiertem Handeln und exzessiver Risikobereitschaft, die sich in einer steigenden Verschuldung ausdrückte. Im Zuge der Krise hat sich auch gezeigt, dass die Transparenz und die Veröffentlichungspraktiken insbesondere bei komplexen Finanzinstrumenten inadäquat waren und die Ratingagenturen die spezifischen Risiken bei strukturierten Produkten nicht erkannten, was zu einem weitreichenden Vertrauensverlust in das Finanzsystem geführt hat. Ebenso wurde deutlich, dass Finanzinnovationen wie strukturierte Kreditprodukte nicht die erwartete verbesserte Risikoverteilung im Finanzsystem bewirkt haben. Auch wurde die Notwendigkeit zur Stärkung des Krisenmanagements und der Einlagensicherung unterstrichen.

Auf globaler Ebene kam es als Reaktion auf die Finanzmarktkrise zu wichtigen Initiativen im öffentlichen Sektor, die auf die Wiederherstellung des Vertrauens, die Stärkung der Finanzsystemstabilität und die Verbesserung der Aufsichtsarchitektur abstellen:

- Das Financial Stability Forum (FSF), ein Kooperationsgremium bedeutender internationaler Aufsichts- und Regulierungsinstitutionen, verfasste im April 2008 einen Bericht¹ zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit und Belastbarkeit einzelner Finanzinstitutionen sowie des gesamten Finanzsystems. In einem Zwischenbericht² stellte das FSF im Oktober 2008 fest, dass die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen koordiniert erfolge und im Zeitplan liege. Darüber hinaus sieht das FSF jedoch weiteren Handlungsbedarf z. B. in Bezug auf die Milderung von prozyklischen Effekten der Eigenmittel- und Rechnungslegungsvorschriften sowie die bessere Einbettung der makroökonomischen und systemischen Analyse in die Aufsichtsarchitektur.
- Die Finanzminister und Zentralbank-Gouverneure der G-7-Staaten beschlossen am 10. Oktober 2008 einen Aktionsplan,³ der auf die Stabilisierung der Finanzmärkte und die Wiederaufnahme der Kreditvergabe im Finanzsektor abzielt. In diesem Aktionsplan wird unter anderem die Unterstützung systemisch relevanter Finanzinstitutionen, die Zusicherung ausreichender Liquiditätshilfen und Rekapitalisierung von Finanzinstitutionen sowie die Sicherstellung robuster Einlagensicherungssysteme gefordert.
- Die Staatshäupter der G-20-Länder trafen am 15. November 2008 in Washington zusammen. Bei dem Treffen wurden Fragen vor allem zur Finanzmarktkrise und zur internationalen Aufsichtsarchitektur diskutiert. Beim Folgetreffen am 2. April 2009 in London einigten sie sich auf ein 1.100 Mrd USD schweres Maßnahmenpaket zur Wiederherstellung von Wachstum und Arbeitsplätzen sowie zum Wiederaufbau des Vertrauens in das Finanzsystem. So wurde unter anderem die Finanzkraft des IWF und von anderen internationalen Finanzinstitutionen deutlich gestärkt. Zudem verabschiedeten sie eine Erklärung, die den Aufbau eines Financial Stability Board zur Früherkennung von makroökonomischen und finanziellen Risiken sowie die Ausweitung der Regulierung auf alle systemisch relevanten Finanzinstitute, -instrumente und -märkte vorsieht. Die Regulierung soll auch Hedgefonds umfassen. Zudem verständigten sie sich auf die Nachhaltigkeit von Vergütungssystemen, Maßnahmen gegenüber unkooperativen Ländern in der Steuereinhebung, eine Verbesserung der Rechnungslegungsstandards sowie auf die Registrierung und Regulierung von Ratingagenturen.

¹ FSF. 2008. Report of the Financial Stability Forum on Enhancing Market and Institutional Resilience. 7. April. http://www.fsforum.org/publications/lr_0804.pdf (Stand: 30. April 2009).

² FSF. 2008. Report of the Financial Stability Forum on Enhancing Market and Institutional Resilience. Follow up on Implementation. 10. Oktober. http://www.fsforum.org/press/pr_081009f.pdf (Stand: 30. April 2009).

³ G-7. 2008. G-7 Finance Ministers and Central Bank Governors Plan of Action. 10. Oktober. <http://www.ustreas.gov/press/releases/hp1195.htm> (Stand: 30. April 2009).

Finanzmarkturbulenzen beherrschen die Aufsichtsagenden auf internationaler Ebene

Darüber hinaus stellten unter anderem zwei Initiativen aus dem Privatsektor Berichte vor:

- Das Institute of International Finance legte im Juli 2008 einen Bericht¹ mit detaillierten Verbesserungsvorschlägen vor.
- Die Counterparty Risk Management Policy Group gab im August 2008 Empfehlungen² für den Privatsektor zur Abschwächung und Vermeidung systemischer Risiken im Finanzsystem.

¹ IIF. 2008. Final Report of the IIF Committee on Market Best Practices: Principles of Conduct and Best Practice Recommendations. Juli. <http://www.iif.com/download.php?id=Osk8Cwl08yw> (Stand: 30. April 2009).

² CRMPG. 2008. Containing Systemic Risk: The Road to Reform. 6. August. <http://www.crmpolicygroup.org/docs/CRMPG-III.pdf> (Stand: 30. April 2009).

berechnungen wurden weiterentwickelt. Die Ergebnisse werden auch im zweimal jährlich erscheinenden Finanzmarktstabilitätsbericht publiziert, der sich ausführlich mit den Entwicklungen auf den Finanzmärkten in Österreich und CESEE beschäftigt. Die OeNB organisierte Anfang 2008 federführend einen Workshop mit Vertretern nationaler europäischer Aufsichtsbehörden, nationaler Zentralbanken, des IWF und von Banken zum Thema „Kreditwachstum in Zentral-, Ost- und Südosteuropa“.

Auf EU-Ebene beschloss der ECOFIN-Rat als Reaktion auf die Finanzmarkturbulenzen bereits im Oktober 2007 einen Maßnahmenplan und aktualisierte die sogenannte Roadmap im Mai 2008. Der Aktionsplan fokussiert vor allem auf vier Bereiche:

- (i) die Erhöhung der Transparenz im Finanzsystem,
- (ii) die Verbesserung von Bewertungsstandards,
- (iii) die Stärkung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und des Risikomanagements im Finanzsektor sowie
- (iv) generell ein reibungsloseres Funktionieren der Finanzmärkte.

Die Umsetzung der Roadmap hat unter anderem bereits zu einer verbesserten Informationsbereitstellung über den Markt für strukturierte Produkte in der EU sowie zu Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften geführt. Weiters werden Ratingagenturen einer

Beaufsichtigung unterworfen. So sollen durch die künftige Regulierung von Ratingagenturen insbesondere Ratings gewährleistet werden, die nicht durch Interessenkonflikte beeinflusst werden.

Im Anschluss an die Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rats vom 7. Oktober 2008 bezüglich der Unterstützung von systemrelevanten Finanzinstituten und der Stärkung des Vertrauens in die Finanzmärkte, wurde auch auf EU-Ebene am 12. Oktober 2008 ein Aktionsplan als Antwort auf die Finanzmarktkrise beschlossen. Diese zunächst unter den Ländern des Euroraums und sodann auf EU-Ebene abgestimmte Erklärung, in der gemeinsame Eckpunkte für nationale Finanzmarktstabilisierungs- und Unterstützungsmaßnahmen vereinbart wurden, zeigt, dass Europa in schwierigen Situationen in der Lage ist, gemeinsam und rasch zu reagieren. Damit wurde ein wichtiges Signal abgegeben.

Die OeNB leistet im Rahmen zahlreicher Gremien auf europäischer Ebene (z. B. Bankenausschuss – BSC) und im Rahmen internationaler Institutionen (z. B. IWF, OECD) gezielte Arbeiten im Bereich makroprudenzieller Analysetätigkeit. Es ist beabsichtigt, Systemrisiken frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen. Im Jahr 2008 lag der Schwerpunkt unter anderem auf folgenden Themen: die Analyse von Liquiditätsstresstests

und Notfallplänen, von fehlerhaften Anreizen im „originate and distribute“-Modell¹⁷ von Banken, Risiken des EU-Bankensektors im Jahr 2009, der Kreditrisikotransfer und die Verminderung von prozyklischen Wirkungen im Finanzsystem. Darüber hinaus ist die OeNB auch im CEBS vertreten, in dem die Auswirkungen der Finanzmarktkrise unter aufsichtlichen Gesichtspunkten diskutiert wurden.

Im Oktober 2008 wurde von der Europäischen Kommission eine hochrangige Expertengruppe eingesetzt, um Empfehlungen für einen Weg aus der Krise zu geben. Die Gruppe, die von Jacques de Larosière, dem ehemaligen Vorsitzenden des IWF, geleitet wird, hat in ihrem Bericht vom 25. Februar 2009 Empfehlungen zur Ausgestaltung einer europäischen Finanzmarktarchitektur veröffentlicht. Der Bericht identifiziert als eine zentrale Lehre aus der Finanzkrise die Notwendigkeit einer effektiven makroprudenziellen Aufsicht in der EU, um systemische Risiken frühzeitig zu erkennen. Zu diesem Zweck wird die Einrichtung eines Europäischen Rates für systemische Risiken vorgeschlagen, der unter den Auspizien der EZB und dem Vorsitz des EZB-Präsidenten stehen soll. Für die mikroprudenzielle Aufsicht sollen die drei europäischen Aufsichtsausschüsse für den Banken-, Versicherungs- und Wertpapierbereich in EU-Aufsichtsagenturen

für die drei Marktsektoren umgewandelt werden. Damit soll ein dezentrales europäisches System der Finanzaufsicht für grenzüberschreitend tätige Finanzinstitutsgruppen errichtet werden.

Die OeNB beteiligt sich auch aktiv an der Diskussion zur Weiterentwicklung der europäischen Aufsichtsarchitektur. Die voranschreitende Integration des Binnenmarktes und intensive grenzüberschreitende Geschäftsaktivitäten der Banken sind mit einer primär nationalen Aufsichtsperspektive nicht länger vereinbar. Kurzfristig sollte daher die Kooperation der nationalen Aufsichtsbehörden weiter verstärkt werden, indem die sogenannten Colleges of Supervisors für die einzelnen Bankengruppen weiter ausgebaut werden. Parallel dazu sollte die Harmonisierung des europäischen Rechtsrahmens weiter vorangetrieben werden. Längerfristig sollte analog zur Erfolgsgeschichte des ESZB ein Europäisches System der Bankenaufsicht errichtet werden. Dabei ist zu beachten, dass ein solches System wettbewerbsneutral und dezentral ausgestaltet sein müsse, d. h., dass bei der Durchführung des Fact-Finding (Analyse, Prüfungen) die Nähe zu den lokalen Märkten gegeben sein muss. In einem Masterplan sollten die einzelnen Vorbereitungsschritte in Richtung eines Europäischen Systems der Bankenaufsicht fixiert werden.

¹⁷ Grundsätzlich vergeben Banken mit diesem Geschäftsmodell einen Kredit („originate“) und verkaufen („distribute“) ihn danach.



Die OeNB im Dienste der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft

Die OeNB erbringt eine Reihe von Dienstleistungen für Bevölkerung und Wirtschaft. Starke Kundenorientierung, hoher Nutzen und laufende Weiterentwicklung durch marktnahe Produkt- und Prozessinnovationen prägen die Aktivitäten. Dieses Kapitel informiert über wesentliche Leistungen und Entwicklungen im Jahr 2008 und bis April 2009. Wie schon im ersten Kapitel dargestellt sind auch hier die Arbeiten in vielen der nachstehend angeführten Geschäftsfelder der OeNB von den Effekten der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie den diesbezüglichen Maßnahmen, Reaktionen und Herausforderungen geprägt.

Neustrukturierung
macht Finanz-
marktaufsicht
wirkungsvoller

Bankenaufsicht seit 2008 in die OeNB integriert

Eine effiziente Finanzmarktaufsicht ist für die Stabilität des Wirtschaftssystems von großer Bedeutung; das haben auch die Turbulenzen auf den Finanzmärkten im Lauf des Jahres 2008 gezeigt. In Österreich wurde durch die Reform der Finanzmarktaufsicht Anfang 2008 eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um mit den raschen Entwicklungen der Finanzmärkte Schritt zu halten. Im Wesentlichen beruht die „Bankenaufsicht neu“ auf einer Trennung zwischen der Funktion des Fact-Finding, also der gesamthaften Risikobeurteilung, einerseits und dem sogenannten Decision-Taking, den behördlichen Entscheidungen, andererseits; erstere Aufgabe ist der OeNB zugewiesen, letztere der FMA. Ein wesentliches Ziel der Finanzmarktaufsichtsreform 2008 war die Sicherstellung einer klaren Aufgabenteilung und die Optimierung von Schnittstellen zwischen OeNB und FMA. Die FMA ist weiterhin eine unabhängige und weisungsfreie Allfinanzaufsicht¹. Im Bereich der Bankenaufsicht nimmt sie die Behördenfunktion wahr. Die OeNB ist nunmehr für sämtliche Vor-Ort-Prüfungen im Bereich der Bankenaufsicht zuständig. Als Grundlage für diese Prüfungen wird von der FMA und der OeNB für jedes Kalenderjahr ein gemeinsames Prüfungsprogramm festgelegt.

Die OeNB ist für die Einzelbankanalyse zuständig. Sie hat in diesem Zusammenhang die Meldedaten und sonstige relevante Informationen einer laufenden gesamthaften Auswertung für Zwecke der Bankenaufsicht und zur Vorbereitung aufsichtsbehördlicher Ermittlungsverfahren zu unterziehen. Alle

Analyseergebnisse und relevanten Informationen sind der FMA zur Verfügung zu stellen und haben deutliche Aussagen dahingehend zu enthalten, ob eine wesentliche Veränderung der Risikolage vorliegt oder ob ein Verdacht auf eine Verletzung von bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen besteht. Die OeNB hat auf Ersuchen der FMA zudem Einzelbankanalysen zu erstellen und zu übermitteln. Der Analyseprozess ist aus Effizienzgründen klar abgegrenzt: In einem ersten Schritt werden sämtliche Kreditinstitute dabei im Rahmen der Basisanalyse einem primär automatisierten Klassifizierungsprozess unterzogen. In einem zweiten Schritt werden für alle Banken, die in der Basisanalyse als risikoreich identifiziert wurden, sowie für a priori definierte Groß- und Aktienbanken wirtschaftliche Detailanalysen durchgeführt. Der gesamte aufsichtliche Überprüfungsprozess – Vor-Ort-Prüfungen und Einzelbankanalyse – richtet sich in seiner Intensität nach der Art, der Größe und der Komplexität des jeweiligen Kreditinstituts (Grundsatz der Proportionalität).

Die Aufsichtsreform brachte eine weitere Verbesserung der Kooperation und eine noch engere Verzahnung der aufsichtlichen Tätigkeit mit sich. So können seit 1. Jänner 2008 Aufsichtsmaßnahmen zur Stärkung der Stabilität des österreichischen Finanzmarktes noch zeitnäher und effizienter gesetzt werden. Die bestehenden Abstimmforen zwischen OeNB und FMA wurden erweitert, um sicherzustellen, dass alle relevanten Informationen ausgetauscht bzw. möglichst einheitliche Sichtweisen erreicht werden. Unterstützt wird der Arbeitsprozess auch durch ein gemein-

¹ Allfinanzaufsicht bedeutet, dass eine Behörde (grundsätzlich) für die Beaufsichtigung des gesamten Finanzsektors zuständig ist.

Wesentliche Elemente des Projekts „Integration Bankenaufsicht“

Die Finanzmarktaufsichtsreform 2008 führte zu einer stärkeren Einbindung der OeNB in die Bankenaufsicht. Die zur Umsetzung der Reform notwendigen organisatorischen und inhaltlichen Maßnahmen wurden im Rahmen des Projekts „Integration Bankenaufsicht“ von der OeNB gemeinsam mit Vertretern der FMA bearbeitet. Das Projekt beinhaltete folgende Schwerpunkte:

- **Anpassung des Aufsichtsprozesses an die veränderten gesetzlichen Aufgaben**
Gemeinsam mit der FMA wurden die Zuständigkeiten und Schnittstellen für alle in der Bankenaufsicht relevanten Prozesse definiert, um Doppelgleisigkeiten weitgehend auszuschließen und eine einheitliche Informationsbasis sicherzustellen.
- **Schaffung einer systematischen Bankenanalyse**
Alle Kreditinstitute werden von der OeNB hinsichtlich ihres Risikogehalts analysiert. Dem Grundsatz der Proportionalität entsprechend werden Groß- und Aktienbanken sowie sonstige auffällige Kreditinstitute genauer analysiert. Genehmigte Risikomodelle von Kreditinstituten werden gesondert analysiert. Die systematische Bankenanalyse der OeNB ist eine Voraussetzung für die behördliche Tätigkeit der FMA.
- **Realisierung der gesetzlich geforderten gemeinsamen Datenbank**
Durch die Übernahme des bei der FMA bereits davor im Einsatz befindlichen ELAK-Systems (= elektronischer Akt) wurde eine gemeinsame Datenbank geschaffen, um einen einheitlichen Informationsstand in der Bankenaufsicht zu gewährleisten. Betreiber der gemeinsamen Datenbank ist die OeNB.
- **Umsetzung des erweiterten Finanzmarktstabilitätsauftrags**
Der erweiterte Datenzugang der OeNB insbesondere hinsichtlich der Nichtbanken-Finanzintermediäre bietet neue Analysemöglichkeiten. Für Themenbereiche, die durch die Finanzkrise verstärkt an Bedeutung gewonnen haben (Liquidität, Risikobeurteilung von Zentral- Ost- und Südosteuropa), wurden die bestehenden Analysekonzepte weiterentwickelt. Außerdem wurde eine verstärkte Vernetzung der systemischen und einzelbankspezifischen Analysen umgesetzt.

sames Informationsverbundsystem. In diese Datenbank werden diverse Meldedaten, relevante Informationen aus der bankaufsichtlichen Tätigkeit der FMA sowie Analyse und Prüfergebnisse der OeNB eingestellt. Zudem wurde durch die Einführung des sogenannten SPOC (Single-Point-of-Contact)-Prinzips der Dialogprozess mit den Banken weiter vertieft und intensiviert. Darüber hinaus werden mit dem Management zahlreicher Kreditinstitute regelmäßig standardisierte Gespräche geführt. Weiters pflegen OeNB und FMA einen intensiven und regelmäßigen Kontakt mit allen Bankprüfern österreichischer

Kreditinstitute. Die mit der Neugestaltung der Bankenaufsicht geschaffenen Strukturen haben sich sehr gut bewährt.

Der Finanzmarktstabilitätsauftrag² wird seit Inkrafttreten der Aufsichtsreform explizit im Nationalbankgesetz geregelt. Zu diesem Zweck wurde der OeNB auch Zugang zu Daten von Nichtbanken-Finanzintermediären eingeräumt. Diese Daten werden zu umfangreicheren Stabilitätsanalysen herangezogen. Darüber hinaus wird ein besonderer Fokus auf Themen wie die Risikobeurteilung von Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE), den Risiko-

² Gemäß § 44 NBG.

transfer und die Liquidität gelegt. Ebenfalls werden die Stresstests hinsichtlich der Stabilität des Finanzsektors ausgebaut. Anfang 2008 hat die OeNB die neue Aufsichtskooperation und die jeweiligen Verantwortlichkeiten ausführlich in einem Handbuch³ dargestellt. Diese Publikation soll beaufsichtigten Kreditinstituten, ausländischen Schwesterbehörden und der interessierten Öffentlichkeit einen raschen Überblick über die neu etablierten Prozesse und Zuständigkeiten ermöglichen.

Die Aufsichtsreform bedingte auch eine OeNB-interne Neuausrichtung der Aufbauorganisation, insbesondere in der Hauptabteilung Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung. Die Aufgaben der Einzelbankaufsicht werden primär von der Abteilung für Bankenanalyse und der Abteilung für Bankenrevision wahrgenommen. Die Abteilung für Finanzmarktanalyse analysiert den Bankensektor und sonstige Finanzintermediäre vor allem unter dem Gesichtspunkt der Finanzmarktstabilität.

Die ersten Erfahrungen nach Umsetzung der Bankenaufsichtsreform zeigen, dass beide Institutionen, sowohl OeNB als auch FMA, unter Konzentration auf ihre jeweiligen Stärken in einem immer engeren und partnerschaftlicheren Verhältnis zusammenarbeiten. Gerade die aktuellen Entwicklungen auf den Märkten machten deutlich, dass eine wirksame Aufsichtsführung für die Stabilität eines Finanzmarktes unabdingbar und auch für die Marktteilnehmer von Vorteil ist.

Im Einklang mit den entsprechenden gemeinschaftsrechtlichen Regelungen wenden seit Anfang 2008 sämtliche Banken in Österreich Basel II an, nachdem die neuen Eigenmittelanforderun-

gen für Kreditinstitute mit 1. Jänner 2007 in Kraft getreten sind. War der Wechsel auf das neue Regime im Jahr 2007 noch optional, so musste die Umstellung jedenfalls im Jahr 2008 erfolgen.

Die OeNB hat auch im Jahr 2008 durch die Überprüfung der Umsetzung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Stabilität des österreichischen Finanzplatzes geleistet. Die neuen, risikosensitiveren Eigenmittelanforderungen sehen – analog zum Marktrisiko – nun auch im Bereich des Kreditrisikos bzw. des operationalen Risikos neben den einfachen Ansätzen sogenannte fortgeschrittene Verfahren vor. Letztere Verfahren ermöglichen es den Banken, auch für die Ermittlung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen ihre internen Daten und Modelle zu verwenden.

Kreditinstitute, die ein fortgeschrittenes Verfahren im Bereich des Markt-, Kredit- oder operationalen Risikos anwenden, müssen darlegen, dass ihre Modelle umfassenden qualitativen und quantitativen Anforderungen genügen. Im Auftrag der FMA begutachtet bzw. analysiert die OeNB die Erfüllung dieser Anforderungen sowohl im Bewilligungsverfahren zur Anwendung der Modelle selbst als auch nach einer möglicherweise erfolgten Bewilligung im Rahmen der laufenden Aufsicht. Bei grenzüberschreitend tätigen Bankengruppen erfolgt hier eine enge Zusammenarbeit mit den lokalen Aufsichtsbehörden und Notenbanken.

Basel II zielt auf ein umfassendes und sich stetig weiter entwickelndes Risikomanagement der Banken ab. Eine wesentliche Komponente stellt in diesem Zusammenhang auch das aufsicht-

Umsetzung von
Basel II ist
abgeschlossen

³ OeNB und FMA. 2008. *Bankenaufsicht in Österreich*.
http://www.oenb.at/de/img/bankenaufs_oester_screen_tcm14-96879.pdf (Stand: 30. April 2009).

liche Überprüfungsverfahren, die sogenannte zweite Säule, neben den Eigenmittelanforderungen (Säule 1) und den Offenlegungspflichten (Säule 3) dar. In Zusammenarbeit mit der FMA hat die OeNB ein Dokument zur Umsetzung der Säule 2 in Österreich veröffentlicht,⁴ das allgemeine Kriterien und Methoden der Überprüfung und Bewertung des Risikomanagements und der Risikoabdeckung eines Kreditinstituts zum Inhalt hat. Dadurch soll eine effiziente Interaktion mit den beaufsichtigten Unternehmen sichergestellt und die interessierte Öffentlichkeit informiert werden.

Die jüngste Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass Basel II – ungeachtet seiner Vorteile – in einzelnen Punkten nachadjustiert werden muss, um den neuesten Erfahrungswerten entsprechend Rechnung zu tragen. Dies betrifft etwa die Themenkomplexe Risikotransfer und Prozyklizität. Letztere wird derzeit in einer Reihe europäischer und globaler Gremien im Hinblick auf kurz- und längerfristige Lösungen diskutiert. Einige Anpassungen am Basel II-Rahmenwerk sollen bereits im Frühjahr 2009 auf europäischer Ebene beschlossen werden.

Die OeNB hat den ihr gemäß § 44a NBG auferlegten Gesetzauftrag zur Aufsicht über die Zahlungssysteme erfüllt. Sie überwacht laufend die Systemicherheit der in Österreich betriebenen Zahlungssysteme sowie die sichere Teilnahme österreichischer Banken an internationalen Zahlungssystemen. Dies erfolgt durch die Auswertung der Zahlungssystemstatistik und durch Einzel-

überprüfungen.⁵ Im Jahr 2008 wurde auch das OeNB-eigene Großbetragszahlungssystem HOAM.AT (Home Accounting Module Austria) überprüft. HOAM.AT ist eine Komponente des ESZB-weiten Zentralbankensystems TARGET2. Daher erfolgte die Überprüfung im Rahmen einer konzertierten Aktion des Eurosystems, wobei die Deutsche Bundesbank die Funktion des Zweitgutachters erfüllte. Weiters wurden im Jahr 2008 die Wertpapierabwicklungssysteme des Eurosystems und die zwischen ihnen bestehenden Schnittstellen (Links bzw. Relayed Links)⁶ einer Beurteilung hinsichtlich ihrer Eignung für die Teilnahme an geldpolitischen Operationen des Eurosystems unterzogen. In diesem Zusammenhang begutachtete die OeNB das österreichische Wertpapierabwicklungssystem CSD.A (Central Securities Depositories Austria) der Oesterreichischen Kontrollbank sowie deren fünf Verbindungen zu anderen europäischen Anbietern. Sowohl bei HOAM.AT als auch bei CSD.A konnte festgestellt werden, dass sämtliche Erfordernisse des Eurosystems erfüllt werden.

Darüber hinaus verabschiedete der EZB-Rat im Jahr 2008 ein unter Beteiligung der OeNB entwickeltes Aufsichtssystem für Kartenzahlungssysteme. Die geschaffenen Rahmenbedingungen (Oversight Framework for Card Payment Schemes) bilden die Grundlage für Prüfungen von nationalen und innerhalb des Eurosystems grenzüberschreitend tätigen Kartenzahlungssystemen. Vor diesem Hintergrund werden ab dem Jahr 2009 die vier internatio-

Hoher Grad an Systemstabilität bei österreichischer Finanzmarktinfrastruktur

⁴ FMA und OeNB. 2008. Umsetzung der Säule 2 in Österreich. <http://www.fma.gv.at/cms/op/DE/einzel.html?channel=CH0505> (Stand: 30. April 2009).

⁵ In ihrer Prüfungstätigkeit wurde die OeNB von dem als Überwachungsstelle im Sinne des Akkreditierungsgesetzes (AkkG) anerkannten Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria (A-SIT) unterstützt.

⁶ Links sind vertragliche und technische Vereinbarungen zur Übertragung von Wertpapieren zwischen zwei Wertpapierabwicklungssystemen; bei Relayed Links ist ein drittes Wertpapierabwicklungssystem zwischengeschaltet.

nalen Kartenzahlungssysteme American Express, Diners Club, MasterCard und VISA einer kooperativen Überprüfung unterzogen, deren Durchführung unter Beteiligung der OeNB erfolgt.

Insgesamt konnte bezüglich der österreichischen Finanzmarktinfrastrukturen im Jahr 2008 ein hoher Grad an Systemstabilität festgestellt werden. Auftretene Störungen konnten in enger Kooperation mit den Systembetreibern rasch und effektiv behoben werden, sodass sie ohne spürbare Folgewirkungen für das österreichische Finanzsystem blieben. Darüber hinaus wurden im Jahr 2008 die E-Banking-Systeme der österreichischen Banken hinsichtlich der Wirksamkeit ihrer Sicherheitsmechanismen analysiert. Die Ergebnisse bieten eine Orientierungshilfe, welche der heute eingesetzten Sicherheitsmechanismen auch längerfristig ein hohes Sicherheitsniveau gewährleisten bzw. welche in absehbarer Zeit abgelöst werden sollten. Zudem erhalten die Anwender Hinweise zu ihrer Eigenverantwortung im sicheren Umgang mit diesen Systemen. In Erfüllung ihres Stabilitätsauftrags wurde von der OeNB zudem eine Kooperationsplattform zum Thema Business Continuity⁷ mit den österreichischen Marktteilnehmern geschaffen. Ziel ist es, ein gemeinsames Verständnis der Thematik zu entwickeln und die OeNB als diesbezügliches Kompetenzzentrum zu etablieren. Bislang wurde in diesem Rahmen eine Bestandsaufnahme bereits existenter Business Continuity-Vorkehrungen vorgenommen, die als Grundlage für weiterführende Analysen und Maßnahmen dienen wird.

Reservenmanagement in der OeNB in schwierigem Marktumfeld

Bei der Reservenveranlagung geht das Treasury der OeNB nach der Prioritätenskala von erstens Sicherheit, zweitens Liquidität und drittens Ertrag vor. Dieser bewährte Grundsatz hat sich seit Beginn der Finanzmarkturbulenzen im August 2007 und deren Verschärfung im Jahr 2008 als nützlich erwiesen. Insgesamt veranlagt der Bereich Treasury Reserven in Höhe von rund 26 Mrd EUR (Stand per Ende 2008). Dieser Betrag inkludiert unter anderem die Eigenveranlagung in Fremdwährung und in Euro sowie Gold.

Der Goldbestand, der im Jahr 2008 mit 280 Tonnen mengenmäßig gleich blieb, wertmäßig hingegen aufgrund des Preisanstiegs deutlich zulegte, nimmt in der Reservenveranlagung einen besonderen Stellenwert ein und ist in Zeiten hoher Verunsicherung auf den Finanzmärkten als Medium der Portfoliodiversifizierung geeignet. Das hat sich auch im Jahr 2008 insofern bewahrheitet, als Wertveringerungen aus Devisen durch den Wertanstieg von Gold annähernd kompensiert werden konnten.

Neben den oben genannten Reserven veranlagt das Treasury der OeNB – streng getrennt von den übrigen Geschäftsbereichen (Chinese Wall) – den an die EZB übertragenen Teil der Währungsreserven im Namen und auf Rechnung der EZB gemäß deren Richtlinien. Dieses Portfolio umfasst einen Gegenwert von rund 1,2 Mrd EUR⁸ und ist aufgrund der Spezialisierung des Reservenmanagements der EZB seit Jänner

⁷ Darunter versteht man Vorkehrungen zur Vermeidung von Störungen bzw. zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs.

⁸ Dieser Betrag ist aufgrund des starken Kursanstiegs des japanischen Yen deutlich angewachsen. Die EZB hat der OeNB 150 Mrd JPY zur Veranlagung übertragen.

2006 ausschließlich in japanischen Yen veranlagt.

Die Portfolioperformance des Treasury der OeNB ist vom schwierigen Marktumfeld im Jahr 2008 gekennzeichnet. Bereits in einer sehr frühen Phase der Finanzmarkturbulenzen (zweites Halbjahr 2007) wurde in der OeNB die Einschätzung getroffen, dass die beunruhigenden Entwicklungen nicht lediglich von kurzer Dauer sein werden. Es wurden daher portfoliostrategische Maßnahmen gesetzt, die die im Zuge der neuen Marktgegebenheiten entstehenden Risiken weitgehend fernhalten sollten. Neben der besonderen Beachtung von Marktrisiken, die wegen der historisch extrem hohen Volatilitäten bei nahezu allen Finanzinstrumenten (auch auf Devisen- und Aktienmärkten) besonders starken Ausschlägen unterworfen waren, wurde das Augenmerk vor allem auch auf die auf den Geld- und Kapitalmärkten entstandenen Kreditrisiken (besonders die Kontrahentenrisiken) gelegt.

Die Aufmerksamkeit wurde verstärkt auf die Besicherung der Geschäfte gerichtet, um das Kreditrisiko möglichst gering zu halten. Weiters wurde beim Ankauf von Finanzinstrumenten besonders darauf Wert gelegt, dass diese mit stabilen AAA-Ratings versehen waren. Neben der Informationsbeschaffung über Ratingagenturen wurden auch OeNB-interne Berechnungen zur Bewertung des Kreditrisikos einzelner Wertpapierbereiche angestellt. Oberster Grundsatz war dabei stets, ein möglichst gutes Bild über die Kreditwürdigkeit der Emittenten und/oder Kontrahenten zu bekommen.

Neben den klassischen Aufgaben der Reservenveranlagung rückte die Durchführung der operativen Geldpolitik als Aufgabengebiet im Treasury der OeNB immer stärker in den Vordergrund. Der EZB-Rat trifft die geldpolitischen

Entscheidungen (Leitzinsfestsetzung) und die EZB und die nationalen Zentralbanken des Eurosystems führen die Liquiditätssteuerung durch. Das Treasury der OeNB ist an diesem Vorgang nicht nur bei der Durchführung sämtlicher Offenmarktgeschäfte beteiligt, sondern auch an der Bereitstellung von US-Dollar-Liquidität im Rahmen der Swapvereinbarung zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York sowie bei US-Dollar/Euro- bzw. Schweizer Franken/Euro-Swaps.

Der seit dem Jahr 2002 bestehende eTender, ein automatisches Gebotssystem der OeNB, wurde Anfang 2009 auf die Fremdwährungsoperationen ausgeweitet. Als eine der ersten Notenbanken stellt die OeNB ihren Geschäftspartnern eine Internetapplikation für alle Geschäfte des Eurosystems zur Verfügung und unterstreicht damit ihre Position als innovatives, kundenorientiertes Unternehmen. Auch an der Durchführung der Ausweitung des Sicherheitenpools, die die EZB im November 2008 beschlossen hat, war das Treasury der OeNB maßgeblich beteiligt.

Turbulentes Wirtschaftsgeschehen stellt Statistikangebot der OeNB vor neue Herausforderungen

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise macht deutlich, wie rasch die Rahmenbedingungen für Wirtschaftsstatistiker wechseln und welche hohe Flexibilität ihren Produkten oft abverlangt wird. Wenn international renommierte Investmentbanken über Nacht zahlungsunfähig werden, wirft dies eine Reihe statistischer Fragen auf, deren rasche Beantwortung zentrale Grundlage für situationsgerechtes wirtschaftspolitisches Handeln ist. Hoch aggregierte Wertpapierstatistiken sind für die Analyse spezifischer Gläubigerbezie-

Umfangreicher
Datenbestand ist
Voraussetzung
für tiefgehendes
Wirtschafts-
verständnis

hungen sowie für die isolierte Betrachtung bestimmter Finanzprodukte denkbar ungeeignet.

Die OeNB trägt dem zunehmenden Bedarf an mikroökonomischen Wirtschaftsdaten schon seit einiger Zeit in verschiedenster Form Rechnung: So werden im Rahmen der Großkreditevidenz jene Kredite erhoben, die von Finanzinstitutionen im Ausmaß von mindestens 350.000 EUR an einen einzelnen Kreditnehmer vergeben werden. Auch jene Wertpapierinformationen, die zur Erstellung der Zahlungsbilanz oder der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung benötigt werden, tragen – in anonymisierter Form – zum besseren Verständnis der Mikrostruktur unseres Finanzsystems bei. Technische Grundlage hierfür ist ein Einzelwertpapiersystem, das aus Meldungen der inländischen Banken zu sämtlichen Finanzgeschäften – auf eigene wie auch auf fremde Rechnung – auf Basis einzelner Wertpapiere gespeist wird. Zu melden sind hierbei auch detaillierte Gliederungen, etwa der volkswirtschaftliche Sektor, dem der Depotinhaber zuzuordnen ist. Diese Informationen werden anschließend mit aktuellen Wertpapierstammdaten, wie z. B. aktuellen und historischen Kursen, Emissions- und Tilgungsdaten, Zinskonditionen, und vielen weiteren Details verknüpft. Teilweise werden diese Daten auch bei kommerziellen Datenanbietern zugekauft. Optimierte wird die Datenqualität durch die Berücksichtigung von Direktmeldungen bedeutender Investoren.

In der OeNB werden Daten über rund 27.000 Wertpapiere österreichischer Emittenten und rund 820.000 Wertpapiere ausländischer Emittenten laufend aktuell gehalten. Mehr als

750 Depotbanken melden ihre eigenen Investments auf Einzelwertpapierbasis und die Investments ihrer Kunden anonymisiert. Jeden Monat werden dem Datenbestand etwa 2 Millionen Datensätze hinzugefügt. Diese Mikrodaten erlauben der OeNB die Beantwortung vieler in Zusammenhang mit der Finanzkrise bedeutsamer Fragestellungen. So konnten die Forderungen österreichischer Investoren gegen jene Schuldner, deren Zahlungsfähigkeit in Frage gestellt worden war, kurzfristig und nahe am aktuellen Zeitrand abgeschätzt werden. Spezielle Wertpapiere, die von starken Kursverlusten betroffen waren, konnten hinsichtlich ihrer Bedeutung für Österreich isoliert betrachtet werden.

Aus den gewonnenen Erfahrungen ergeben sich viele Ansätze zur Verbesserung der Datenqualität, die bei künftigen kritischen Situationen hilfreich sein könnten: Eine verbesserte Qualität von Wertpapierstammdaten und eine differenzierte Klassifikation von Wertpapieren, z. B. mittels des CFI-Codes⁹, kann die rasche Identifizierung spezieller Wertpapierklassen, z. B. Asset-Backed Securities, verbessern.

Die durchgängige Darstellung des Letztrisikos, das sämtliche Aspekte des modernen Finanzwesens – wie Kapitalgarantien oder Hedging – umfasst, ist jedoch auf Basis eines nationalen Erhebungssystems infolge fehlender Information nur sehr eingeschränkt möglich. Verbesserungspotenzial liegt hier vor allem in der künftigen Intensivierung internationaler Kooperationen. Zu berücksichtigen ist auch, dass der Wertpapierbesitz österreichischer Unternehmen gemäß den gesetzlichen Anforderungen derzeit auf unkonsolidierter Basis, also ohne Berücksichtigung von

⁹ CFI: *Classification of Financial Instruments*; ISO 10962.

Auslandstöchtern und -filialen erhoben wird.

Als Reaktion auf die internationalen Finanzmarktverwerfungen wurden seitens der OeNB auch zwei völlig neue Meldungen auf makroökonomischer Ebene eingeführt: Die Liquiditätsmeldung gestattet eine wöchentliche Vorschau auf den Liquiditätsbedarf von 30 österreichischen Banken. Weiters wurde die Beobachtung der Kreditentwicklung intensiviert. Neben Bestandsinformationen wird nun auch die Neukreditvergabe bei 105 österreichischen Banken erhoben, wodurch eine erweiterte Beurteilung der Geschehnisse auf dem Kreditmarkt möglich wird.

Angesichts einer weit fortgeschrittenen und weiterhin zunehmenden internationalen Vernetzung des Finanzwesens kann eine Verbesserung der Datenqualität jedoch nur in internationaler Zusammenarbeit erreicht werden. Hier sind bereits wichtige europäische Initiativen gesetzt worden: Die EZB entwickelt derzeit eine zentrale Wertpapier-Stammdatenbank, in der die Sicherung der Datenqualität gemeinsam von allen Ländern des Euroraums gewährleistet wird. Eine gewisse Pionierfunktion erfüllt in diesem Zusammenhang die OeNB, die bereits seit den frühen 1990er-Jahren Erfahrungen mit derartigen Systemen hat. Ebenso hat sich auch Österreichs Teilnahme am CPIS¹⁰ bewährt, wodurch wichtige Erkenntnisse über die Regionalstruktur des von Ausländern gehaltenen Wertpapierbesitzes in Österreich gewonnen werden können.

In den letzten Jahren kommt auch verlässlicheren Daten über international aktive Unternehmensgruppen eine stark

steigende Bedeutung zu, damit das Finanzgeschehen innerhalb internationaler Konzerne besser erfasst und verstanden werden kann. Auch hier führen ausschließlich internationale bzw. europäische Bemühungen ans Ziel: Bei Eurostat wird derzeit ein sogenanntes Euro-Groups Register aufgebaut, das in einer ersten Phase die wichtigsten internationalen Konzerne und deren Unternehmensstrukturen abbilden wird.

Auf nationaler Ebene haben erfolgreiche finanzstatistische Kooperationen der OeNB mit anderen inländischen Institutionen bereits seit längerem Bestand. Im Jahr 2002 haben die OeNB und Statistik Austria einen Kooperationsrahmenvertrag abgeschlossen, in dem die beiden Vertragspartner die Grundsätze der Kooperation der beiden Institute auf dem Gebiet der Statistik vereinbart haben. In den vergangenen sechs Jahren wurde die Kooperation in vielen Bereichen intensiviert. Der bislang wichtigste Bereich der Kooperation besteht auf dem Gebiet der Erstellung der Zahlungsbilanzstatistik. Statistik Austria übernahm mit dem Berichtsjahr 2006 die Erstellung der Leistungsbilanz und führt seither die notwendigen Erhebungen bei Unternehmen sowie die Einbindung und Nutzung administrativer und statistischer Daten aus anderen Bereichen durch. Die Zusammenarbeit wurde mittlerweile in weiteren wichtigen Gebieten intensiviert: Die statistische Klassifikation in den von der OeNB und der Statistik Austria geführten Registern werden abgestimmt, sodass die Konsistenz der Statistiken der beiden Häuser deutlich verbessert wird. Die OeNB unterstützt die Statistik Austria bei der Be-

Nationale und internationale Kooperationen als Schlüssel für gute Wirtschaftsstatistiken

¹⁰ CPIS: Coordinated Portfolio Investment Survey, d. i. eine Initiative des IWF zum internationalen Austausch von Wertpapierdaten.

rechnung von FISIM¹¹ durch die Bereitstellung von finanzstatistischen Daten sowie von Informationen über Zinssätze. Gerade in Umsetzung befindet sich die Kooperation auf dem Gebiet der FATS¹²-Statistik. Im Rahmen dieser Statistik wird die Bedeutung ausländisch dominierter Unternehmen für die jeweiligen Volkswirtschaften erfasst und so ein Beitrag zur Analyse der Globalisierung geleistet. Durch die Kooperation ist es gelungen, diese wichtige Statistik – ohne zusätzliche Belastung von Unternehmen – weitgehend aus der Verknüpfung schon vorhandener Daten zu erstellen. Ein weiterer wichtiger Bereich der Kooperation ist die Erstellung der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung.

Weiterer Ausbau der Zahlungsverkehrssysteme

Die Zahlungsverkehrssysteme der OeNB stellten im Jahr 2008 eine wichtige Stütze zur Abwicklung der bargeldlosen Transaktionen im Euro- und Fremdwährungsbereich für den österreichischen Finanzsektor dar. Die am 19. November 2007 begonnene Migration auf die Single Shared Platform/TARGET2 (SSP/T2)¹³ wurde mit dem dritten und letzten Migrationsfenster am 19. Mai 2008 durch den Beitritt von insgesamt 17 Ländern erfolgreich abgeschlossen und dient seither den teilnehmenden Finanzinstituten als europaweite, einheitliche und effiziente Abwicklungsplattform für den Euro-Zahlungsverkehr. Die Zahlungsverkehrsabteilung der OeNB war hier federführend für

die österreichischen Banken tätig und wurde als kompetente Ansprechstelle geschätzt. Mit Beginn des Jahres 2009 trat die Slowakei durch die Einführung des Euro auch der SSP/T2 bei.

Die Zahlungsverkehrssysteme der OeNB haben sich sowohl im Fremdwährungsbereich als auch im Euroraum während der Finanzkrise hervorragend bewährt. Mit der Stabilität der Systeme hat der Zahlungsverkehr dem österreichischen Finanzplatz Sicherheit gegeben und damit auf dem Markt Vertrauen in die Liquiditätsversorgung durch die OeNB geschaffen.

Die Zahlungsverkehrssysteme der OeNB haben somit im Zuge von deren Geschäftstätigkeit im Jahr 2008 massiv zur Sicherheit und Stabilität des österreichischen Finanzplatzes beigetragen. Weiters wurde die Rolle der OeNB als federführender Systementwickler und verlässlicher Kooperationspartner von den österreichischen Banken geschätzt.

Im Bereich des elektronischen Zahlungsverkehrs schreitet die Entwicklung des Binnenmarktes stetig voran. Seit Ende Jänner 2008 besteht bereits die Möglichkeit, Überweisungen in das gesamte Gebiet des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA¹⁴, d. s. die 27 EU-Mitgliedstaaten, die 3 EWR-Staaten und die Schweiz) in identischer Art und Weise zu beauftragen. Das bedeutet, dass es keinen Unterschied mehr macht, ob der Zahlungsempfänger in Österreich oder einem anderen SEPA-Land beheimatet ist. Generell sind bei diesen SEPA-Zahlungen die internationale Kontonummer IBAN¹⁵ und die

Der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) ist geschaffen

¹¹ FISIM: Financial Intermediation Services Indirectly Measured, d. s. modellhaft ermittelte Entgelte für Finanzdienstleistungen, die Banken indirekt über das Kredit- und Einlagengeschäft einheben.

¹² FATS: Foreign Affiliate Trade Statistics.

¹³ Für die in diesem Abschnitt verstärkt auftretenden Abkürzungen siehe auch das Abkürzungsverzeichnis im vorliegenden Geschäftsbericht bzw. für weiterführende Informationen das Glossar auf der OeNB-Website (www.oenb.at).

¹⁴ SEPA: Single Euro Payments Area.

¹⁵ IBAN: International Bank Account Number.

internationale Bankleitzahl BIC¹⁶ anzugeben. BIC und IBAN werden auf den Kontoauszügen mitgeliefert, jene des Empfängers sind beispielsweise auf Rechnungen oder nunmehr auch nach und nach auf den neu eingeführten Zahlungsanweisungen (Belegen) zu finden, durch die die bisherigen Zahlscheine, Erlagscheine und Euro-Standardüberweisungen bis Ende des Jahres 2010 abgelöst werden sollen. Diese im Rahmen der Harmonisierung notwendige „Umgewöhnung“ bringt für den Kunden jedoch einen entscheidenden Vorteil: Künftig werden Zahlungen gemäß neuem Zahlungsdienstegesetz mit einer maximalen Überweisungsdauer von drei Tagen, später von nur mehr einem Tag erfolgen.

Im Rahmen der Umsetzung des SEPA-Kartenzahlungsverkehrs wird derzeit auch über ein eigenes europäisches Kartenschema diskutiert, das einerseits Wettbewerbsvorteile (zusätzliches Schema zu VISA und MasterCard) und andererseits eine verstärkte europäische Souveränität (Aufsicht, Datenschutz etc.) bringen könnte. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Entscheidung der Europäischen Kommission zu verweisen, dass die multilateralen Interbankenentgelte¹⁷ für grenzüberschreitende EWR-Zahlungskartentransaktionen via Debitkarten und Privatkunden-Kreditkarten mit MasterCard bzw. Maestro-Logo gegen die Vorschriften über wettbewerbsbeschränkende Geschäftspraktiken (Artikel 81 EG-Vertrag) verstoßen. Diese Entgelte würden die Kosten des Einzelhandels für die Kartenannahme künstlich in die Höhe treiben, ohne dabei nachweislich zu Effizienzgewinnen zu führen. MasterCard hat Ende März 2008 gegen diese Entscheidung berufen, setzt aber

die Verrechnung der Interbankenentgelte seit 21. Juni 2008 (innerhalb der vorgeschriebenen Umsetzungsfrist) aus. Ein entsprechendes Prüfverfahren der Europäischen Kommission wurde Anfang März 2008 auch gegen VISA Europe eröffnet.

Ab November 2009 beginnt die Einführung des – neben Überweisungen und Kartenzahlungen – dritten bargeldlosen Instruments: des einheitlichen Einzugsverfahrens. Für Verbraucher bringt dies eine längere Einspruchsfrist bei strittigen bzw. nicht autorisierten Einzügen (acht Wochen ab Einzugsdatum) und einen Fälligkeitstermin; zukünftig wird damit auch der exakte Tag der Kontobelastung bekannt sein.

Für alle SEPA-Zahlungsinstrumente gilt, dass diese nach ihrer Einführung parallel zu den bestehenden nationalen Instrumenten genutzt werden können. Sukzessive soll der einheitliche Euro-Zahlungsverkehr jedoch den nationalen Zahlungsverkehr ablösen.

Die im Jahr 2007 von der OeNB in Betrieb genommene Clearingplattform für regionale Interbankenzahlungen, STEP.AT, wurde im Jahr 2008 in einem ersten Schritt zur SEPA-konformen Infrastruktur ausgebaut. Durch die Abwicklung der neuen SEPA-Überweisung ist die OeNB ihrem Anspruch gerecht geworden, den heimischen Finanzplatz bei der Bewältigung der umfassenden Änderungserfordernisse im Zahlungsverkehr aktiv zu unterstützen. Im Sinne der Förderung des einheitlichen Zahlungsverkehrsraums bekannte sich die OeNB gegenüber dem regulativen SEPA-Gremium, dem European Payments Council, zu den einschlägigen SEPA-Vorgaben für Infrastrukturbetreiber.

STEP.AT:
Der aktive Beitrag
der OeNB

¹⁶ BIC: Bank Identifier Code.

¹⁷ Das sind Entgelte, die für jede an einer Verkaufsstelle ausgeführte Zahlung erhoben werden.

In ihrer Rolle als Betreiber von STEP.AT schloss sich die OeNB im Jahr 2008 der Vereinigung europäischer Clearinghäuser (European Automated Clearing House Association – EACHA) an, die sich auf vereinsrechtlicher Basis der SEPA-Förderung verschrieben hat. Die Unterstützung der SEPA-Initiative seitens der EACHA erfolgt einerseits im Zuge eines Informationsaustausches zwischen den partizipierenden Infrastrukturbetreibern und andererseits durch die Definition von Standards zur bilateralen Interoperabilität einzelner Clearinghäuser. Unter Interoperabilität ist in diesem Zusammenhang eine direkte Verbindung zwischen jeweils zwei Clearinghäusern zu verstehen, die einen höchst effizienten, bilateralen Austausch von Zahlungen ermöglicht. Von diesem Interoperabilitätskonzept ausgehend etablierte die OeNB im August 2008 eine Clearingkooperation mit der Deutschen Bundesbank und im Februar 2009 eine weitere direkte Verbindung mit der italienischen Notenbank, der Banca d'Italia, in Union mit dem italienischen Massenzahlungsverkehrsabwickler Istituto Centrale delle Banche Popolari Italiane. Dadurch konnte der Zahlungsverkehr mit den beiden wichtigsten Außenhandelspartnern Österreichs in besonderem Maße effizient gestaltet werden.

Mit den Vorbereitungsaktivitäten zur zukünftigen Bereitstellung des SEPA-Lastschriftinstruments (SEPA Direct Debit – SDD) wurden für die produkttechnische Vervollständigung des einheitlichen Zahlungsverkehrsraums bereits im Jahr 2008 erste Schritte gesetzt, damit beide Interbankenclearingdienste der OeNB – nämlich STEP.AT und den Zugang zum pan-europäischen

Clearinghaus STEP2 – im November 2009 plangemäß in vollem Umfang SEPA-tauglich sein werden. Während im Lastschriftbereich die Harmonisierung des Euro-Zahlungsverkehrsraums erst im Jahr 2009 durch das Bereitstehen der SEPA-Lastschrift ermöglicht wird, konnte sich im Bereich der grenzüberschreitenden Überweisungen das entsprechende SEPA-Instrument bereits im ersten Jahr seiner Verfügbarkeit etablieren und die bisher genutzte EU-Standardüberweisung¹⁸ zu beinahe zwei Drittel substanzial substituieren.

Das Konzept einer gebündelten Zahlungsverkehrsabwicklung, wie sie im Rahmen von STEP.AT und des OeNB-Zugangs zum STEP2-System praktiziert wird, wurde im Jahr 2008 auch für den aus der Bargeldversorgung resultierenden Zahlungsverkehr nutzbar gemacht. Unter dem Namen STEP.GSA stellt die OeNB seit Juni 2008 eine Plattform zur Verfügung, die eine optimierte Verarbeitung ermöglicht. Wurde bisher jede aus Bargeldbestellungen und -einlieferungen für die GSA¹⁹ resultierende Zahlungsverkehrstransaktion einzeln verarbeitet und verbucht, so werden unter der Nutzung von STEP.GSA nunmehr beinahe alle Einzeltransaktionen zu Spitzenbuchungen zusammengefasst, um die Anzahl der Einzelbuchungen auf ein Minimum zu beschränken und hierdurch Kosten und Arbeitsaufwand zu reduzieren. Mit einer Reduktion von rund 90% der bargeldinduzierten Einzelbuchungen konnte durch STEP.GSA ein erhebliches Optimierungspotenzial in diesem Bereich ausgeschöpft werden.

Das Ziel von TARGET2-Securities (T2S) ist die Harmonisierung der Wertpapierabwicklung in Europa mit

¹⁸ Cross-Border Credit Transfer im Format SWIFT MT103+.

¹⁹ GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.

der Bereitstellung einer pan-europäischen integrierten Lösung für die Abwicklung nationaler und grenzüberschreitender Wertpapiertransaktionen in Zentralbankgeld. Zudem sollen mit der gemeinsamen Nutzung einer im Eigentum des Eurosystems stehenden IT-Plattform, auf der Zentralbanken Geldkonten und Zentralverwahrer Wertpapierkonten führen, die heute durch einen stark fragmentierten Markt bestehenden hohen Kosten, insbesondere für den grenzüberschreitenden Ausgleich von Wertpapieren und Zahlungen, gesenkt werden. Mit Funktionen, wie z. B. der automatischen Bereitstellung von Innertageskrediten in Zentralbankgeld gegen Sicherheiten bei nicht ausreichender Liquidität (Auto-Collateralisation), kontinuierlichen Optimierungs- und Recyclingverfahren und Nachtverarbeitung, wird T2S den Liquiditätsbedarf für die Teilnehmer signifikant reduzieren. Mit der Möglichkeit, alle EU-Wertpapiere auf einer technischen Plattform in Zentralbankgeld in Echtzeit auszugleichen, wird das Finanzierungsrisiko für die Teilnehmer eliminiert. Zusätzlich ermöglicht T2S ein effizienteres Management der Sicherheiten (Collateral). T2S wird also auch wesentlich zur Stabilität des Finanzsystems beitragen.

Der ECOFIN-Rat hat darauf hingewiesen, dass im Bereich Clearing und Settlement für Wertpapiertransaktionen substanzielle Fortschritte notwendig seien, um die Effizienz und Zuverlässigkeit von Serviceleistungen, die dem Handel nachgelagert sind (Post-Trading Services), zu verbessern, und unterstützt T2S.

Die Europäische Kommission spricht T2S eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung und das Potenzial zu, einen sehr signifikanten strategischen und wirtschaftlichen Beitrag zur Stärkung und Integration der europäischen Wert-

papiermärkte und zum Wirtschaftswachstum und Wohlstand der europäischen Bürger leisten zu können.

Alle Zentralverwahrer im Euroraum sind bereit, an T2S teilzunehmen, wenn bestimmte Konditionen erfüllt werden; zusätzlich haben bisher Zentralverwahrer aus Bulgarien, Dänemark, dem Vereinigten Königreich, Estland, Litauen, Rumänien, der Schweiz und Schweden angedeutet, dass sie T2S nutzen wollen. In einem Brief der European Banking Federation an die EZB haben Banken ihre starke Unterstützung für T2S bekundet. Am 17. Juli 2008 hat der EZB-Rat die Bereitstellung von Ressourcen für die Umsetzung von T2S beschlossen.

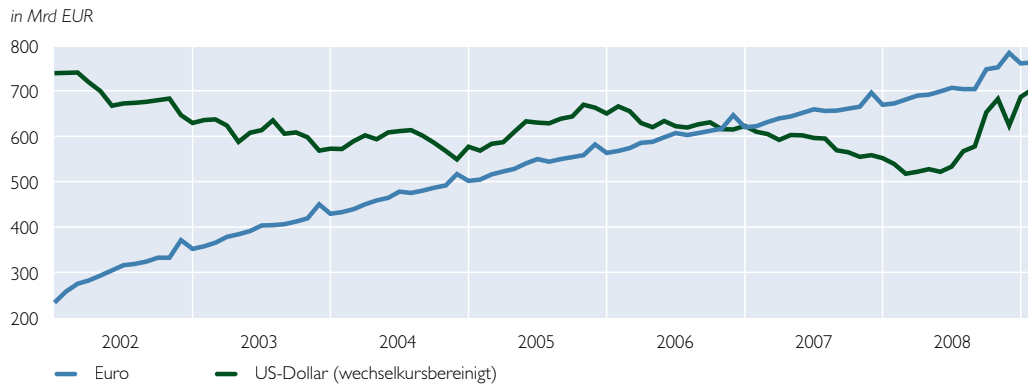
Die OeNB leistete im Jahr 2008 mit ihrer maßgeblichen Koordination der T2S-Aktivitäten in Österreich, insbesondere mit der Abstimmung der Nutzeranforderungen und der Erarbeitung österreichischer Positionen im kontinuierlichen Dialog mit Marktteilnehmern, einen wesentlichen Beitrag zur Eurosystem-Initiative T2S.

OeNB garantiert eine sichere und stabile Bargeldversorgung

Der Euro-Bargeldumlauf erhöhte sich in den ersten drei Quartalen des Jahres 2008 im Vergleich zu den Vorjahresmonaten durchschnittlich um 7,5%. Im Oktober 2008 kam es vor dem Hintergrund der Turbulenzen auf den Finanzmärkten zu einem markanten Anstieg des Euro-Bargeldumlaufs, hervorgerufen durch Barbehebungen von verunsicherten Sparern und Anlegern. Wertmäßig wurden vom Eurosystem etwa 35 bis 40 Mrd EUR Bargeld zusätzlich ausgeliefert. Nach der Bekanntgabe des gemeinsamen Aktionsplans der Staats- und Regierungschefs der Länder des Euroraums zur Schaffung von Sicherheit und Schutz für die Finanzinstitute und deren Kunden sowie

TARGET2-Securities – Eurosystem-Projekt zur Harmonisierung der Wertpapierabwicklung in Zentralbankgeld bis 2013

Im Herbst 2008 erhöhte Bargeldnachfrage

Bargeldumlauf von Euro und US-Dollar

den damit verbundenen Beschlüssen über die Einlagensicherung entspannte sich die Situation, was sich in vermehrten Bargeldrücklieferungen an die Zentralbanken des Eurosystems äußerte.

Ein Teil des Anstiegs der Nachfrage nach Euro-Bargeld bezog sich auf die CESEE-Länder, in denen der Euro als mit Abstand beliebteste Fremdwährung für Reserve- oder Transaktionszwecke gehalten wird.²⁰ Als Standort für die strategischen Bargeldreserven des Eurosystems leistete die OeNB in diesem Zusammenhang einen bedeutenden Beitrag bei der Versorgung der Bevölkerung in Österreich und in den CESEE-Ländern mit Bargeld und bewährte sich in der ihr vom Eurosystem zugedachten Rolle als Bargeldkompetenz- und -logistikzentrum.

Ende 2008 waren 13,1 Milliarden Banknoten im Wert von 762,8 Mrd EUR und 82 Milliarden Münzen im Wert von 20,4 Mrd EUR im Umlauf. Der gesamte Euro-Bargeldumlauf belief sich somit auf 783,2 Mrd EUR. Dies bedeutet eine Steigerung von 12,6 % gegenüber Ende 2007.

Der Euro ist das gesetzliche Zahlungsmittel für den gesamten Euroraum. Aus diesem Grund kann der nationale Banknotenumlauf eines bestimmten Mitgliedstaates nur auf Basis der Wirtschaftsleistung und der Präferenz für bare oder unbare Zahlungsmittel geschätzt werden. Schätzungen der OeNB zufolge befindet sich in Österreich Bargeld im Wert von etwa 21,5 Mrd EUR im Umlauf.

Trotz markanten Anstiegs des Euro-Bargeldumlaufs ist das Falschgeldaufkommen weiterhin niedrig. Im Jahr 2008 sind in Österreich insgesamt 8.082 Fälschungen im Zahlungsverkehr aufgetreten. Mehr als die Hälfte (52,9 %) der Fälschungen entfiel auf die 100 Euro-Banknote. Die Schadenssumme reduzierte sich auf 774.740 EUR, was einem Rückgang von 12 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

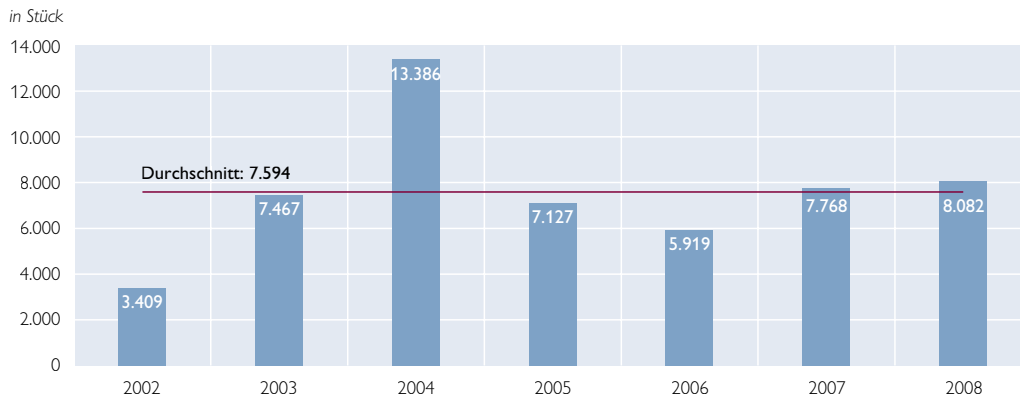
Der Schwerpunkt des Falschgeldaufkommens lag unverändert im Ballungsraum Wien und im angrenzenden Niederösterreich. Gemeinsam kommen die beiden Bundesländer auf 59 % aller sichergestellten Fälschungen.

Fälschungsaufkommen in Österreich weiterhin gering

²⁰ Siehe dazu Dvorsky, S., T. Scheiber und H. Stix. 2008. Euroization in Central, Eastern and Southeastern Europe – First Results from the New OeNB Euro Survey. In: Focus on European Economic Integration 1/08. OeNB. 48–60.

Grafik 19

Fälschungen aus dem Euro-Bargeldumlauf in Österreich



Quelle: OeNB.

Für Privatpersonen in Österreich besteht nach wie vor eine geringe Wahrscheinlichkeit, mit Falschgeld in Berührung zu kommen. Dennoch hält die OeNB die österreichische Bevölkerung mit zahlreichen Informationsmaßnahmen permanent auf dem Laufenden. Neben Medienkooperationen, Schulungen und Präsenz auf Messen ist auch der Euro-Bus das ganze Jahr über in ganz Österreich unterwegs, um über die Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten zu informieren.

Vor dem Start der Fußball-Europameisterschaft 2008 (EM) intensivierte die OeNB die Bargeldschulungsaktivitäten. Zusätzlich zu den bestehenden Schulungsangeboten wurden an den Spielorten der EM sogenannte Euro-Info-Points eingerichtet, um den Handel und die Gastronomie auf den Besucheransturm vorzubereiten. Speziell die in diesen Branchen eigens für die EM aufgenommenen Mitarbeiter sollten im professionellen und sicheren Umgang mit Bargeld trainiert werden.

Eine zentrale Rolle in den Bemühungen der OeNB um Bargeldsicherheit spielt die Bargeldbearbeitung. Dabei werden Banknoten, die zur OeNB zurückkehren, auf Echtheit und Umlauffähigkeit geprüft. Entspricht eine

Banknote den vom Eurosystem festgelegten Mindestqualitätsstandards nicht, wird sie nicht wieder ausgegeben. Damit wird eine möglichst hohe Umlaufqualität gewährleistet. Je besser der Zustand einer Banknote ist, desto leichter lassen sich die Sicherheitsmerkmale überprüfen. Im Jahr 2008 wurden auf Grundlage der Vorgaben der OeNB etwa 1,3 Milliarden Banknoten von der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) bearbeitet, was einem Anstieg von 14% gegenüber dem Jahr 2007 entspricht. Gleichzeitig wurden 1,9 Milliarden Münzen auf Echtheit und Umlauffähigkeit geprüft.

Nach wie vor kann jede Euro-Fälschung ohne technische Hilfsmittel durch die einfachen Prüfschritte FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN erkannt werden. Prüf-, Zähl- und Sortiergeräte helfen jedoch, die Echtheit von Banknoten und Münzen schnell und zuverlässig zu prüfen. Damit diese Geräte Falschgeld lückenlos identifizieren können, müssen auch sie getestet und ihre Software regelmäßig aktualisiert werden. Entsprechend den Vorgaben der EZB bietet das OeNB-Testzentrum in Wien kostenlos Gerätetests für Hersteller und Tests der dazugehörigen Sensorik an.

Die Ergebnisse werden auf den Websites der EZB und der OeNB veröffentlicht. Im Jahr 2008 wurden insgesamt 188 Geräte getestet. Damit hat sich die Zahl der beim OeNB-Testzentrum geprüften Geräte im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Das OeNB-Testzentrum zählt somit zu den führenden Stellen in Europa im Rahmen der Überprüfung von Geldbearbeitungsmaschinen.

**Präklusivtermin
„Ferdinand
Raimund“**

Am 31. August 2008 endete die Präklusivfrist der 50 Schilling-Banknote mit dem Porträt von Ferdinand Raimund. Diese Banknote wurde im Jahr 1972 erstmals ausgegeben. Vor mehr als 20 Jahren, am 31. August 1988, verlor sie ihre Gültigkeit als gesetzliches Zahlungsmittel. Letztlich fanden insgesamt 2.643.337 Stück dieser Banknote nicht mehr den Weg zur OeNB zurück. Der Gegenwert der ausständigen Banknoten von umgerechnet 9,6 Mio EUR wurde dem Bundesministerium für Finanzen überwiesen.

**Erfolgreiche Bilanz
der Euro-Tour 2008**

Die nächste zur Präklusion aufgerufene Banknote ist die 20 Schilling-Banknote mit dem Porträt von Carl Ritter von Ghega. Sie wurde 1968 erstmals ausge-

geben und verlor 1989 ihre Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel. Sie kann bis einschließlich 30. September 2009 gratis an den Kassen der OeNB getauscht werden.

Nach dem Ablauf dieser Banknote endet in den nächsten Jahren noch bei zwei weiteren Banknoten die Präklusivfrist. Alle Schilling-Münzen und Schilling-Banknoten der letzten Serie können ohne zeitliches Limit gratis bei der OeNB und ihren Zweiganstalten sowie beim Euro-Bus gewechselt werden.

Zum bereits siebten Mal war die OeNB im Sommer 2008 mit dem Euro-Bus auf Tour durch ganz Österreich. Vom 2. bis zum 31. Mai und vom 4. Juli bis zum 31. August 2008 machte der Euro-Bus an insgesamt 68 Stationen in allen österreichischen Bundesländern Halt. Dass sich der Euro-Bus weiterhin großer Beliebtheit erfreut und dass das Interesse der Bevölkerung nicht abreißt, zeigen die Ergebnisse: 34.518 Österreicher wechselten insgesamt 49,3 Mio ATS in Euro und über 55.000 Besucher informierten sich beim Euro-Bus über den Euro und dessen Sicherheitsmerkmale.

Kasten 8

Banknoten mit zeitlich begrenztem Umtausch (Präklusivfristen)



Notenkategorie: **20** (IV. Form)
Porträt Vorderseite: **Carl Ritter von Ghega**
Ausgabedatum: 4. November 1968
Präklusivtermin: 30. September 2009



Notenkategorie: **500** (III. Form)
Porträt Vorderseite: **Otto Wagner**
Ausgabedatum: 20. Oktober 1986
Präklusivtermin: 20. April 2018



Notenkategorie: **1.000** (IV. Form)
Porträt Vorderseite: **Erwin Schrödinger**
Ausgabedatum: 14. November 1983
Präklusivtermin: 20. April 2018

Für alle weiteren Schilling-Banknoten gibt es keine Präklusivfristen mehr.

Seit dem Jahr 2002 ist der Euro-Bus nunmehr in Österreich unterwegs. Die 500.000ste Kundin konnte am 1. August 2008 in Bregenz beim Euro-Bus begrüßt werden.

Die *Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH* (OeBS) ist mit der Entwicklung von Banknoten vom ersten Designentwurf bis zur fertigen Banknote, den dazugehörigen Sicherheitsmerkmalen und den technischen Ausstattungen zu deren sicherer Erkennung befasst. Eigentümerin der OeBS ist zu 100 % die OeNB. Im Eurosystem übernimmt die OeBS den Druck jenes Anteils am jährlichen Produktionsvolumen der Euro-Banknoten, der Österreich aufgrund des Kapitalschlüssels zugeschrieben ist.

Im Jahr 2008 führte die OeBS die Produktion der 10 Euro-Banknote für die OeNB durch. Das gesamte Produktionsvolumen des Eurosystems betrug 6,4 Milliarden Banknoten im Gegenwert von 129 Mrd EUR. Im Jahr 2009 übernimmt die OeBS einen Teil der Produktion der 10 Euro- und der 100 Euro-Banknote.

Die *GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.* (GSA) ist mit der Bargeldbearbeitung (Zählung, Prüfung auf Echtheit und Umlauffähigkeit, Sortierung und Aufbereitung von Banknoten und Münzen), der Bargeldlogistik (Koordination der Bargeldtransporte) und der Valutensortierung befasst. Mehrheitseigentümerin der GSA ist mit derzeit 91,0% die OeNB. 9,0% halten vor allem österreichische Geschäftsbanken. Die GSA hat ihre Aktivitäten inzwischen über die Grenzen Österreichs hinaus ausgeweitet. So zählen seit der Euro-Einführung in Slowenien auch slowenische Unternehmen zu den Kunden der GSA.

Die *Münze Österreich Aktiengesellschaft* ist mit der Herstellung von Münzen und Medaillen, Edelmetallhalbfabrikaten und Werkzeugen befasst. Eigentümerin der Münze Österreich ist zu 100% die OeNB. Im Jahr 2008 übernahm die OeNB 549 Millionen Stück von der Münze Österreich produzierte und für den Umlauf bestimmte Euro-Münzen im Gegenwert von 96 Mio EUR.

OeNB-Tochtergesellschaften im baren Zahlungsverkehr

Tabelle 4

OeNB-Tochtergesellschaften im baren Zahlungsverkehr

 <p>Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH</p> <ul style="list-style-type: none"> • Banknotendesign und -entwicklung • Banknotendruck • Entwicklung neuer Technologien 	 <p>GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bargeldbearbeitung • Bargeldlogistik • Valutensortierung 	 <p>Münze Österreich Aktiengesellschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • Herstellung von Münzen und Medaillen • Herstellung von Edelmetallhalbfabrikaten • Herstellung von Werkzeugen
--	--	---

Vertrauensbildende
und imagefördernde
Maßnahmen
der OeNB

Klare Kommunikation schafft Vertrauen und Glaubwürdigkeit

Klare Information als Basis aller vertrauensbildenden und imagefördernden Maßnahmen zur Unterstützung der Geldpolitik – das war die Leitlinie der Öffentlichkeitsarbeit der OeNB im Jahr 2008. Der Grund für diese Strategie liegt im Wissen über die hohe Korrelation zwischen der Kenntnis der österreichischen Bevölkerung über die Aufgaben der OeNB und dem Vertrauen, das diese Menschen in die Nationalbank haben. Jene, die sich über die OeNB gut informiert fühlen, bekunden zu 93% großes Vertrauen in die OeNB, während jene, die wenig über die OeNB wissen, nur zu maximal 53% Vertrauen in die Notenbank haben.

67% der österreichischen Bevölkerung ab dem 15. Lebensjahr haben laut einer vom IFES-Institut im vierten Quartal 2008 durchgeführten Meinungsfrage großes Vertrauen in die OeNB. Die aktuelle Vertrauensquote liegt damit geringfügig höher als jene (66%), die unmittelbar vor Ausbruch der internationalen Finanzkrise erhoben wurde. Die OeNB zählt mit diesen Vertrauenswerten auch unverändert zu den Spitzenreitern der österreichischen Institutionen.

Vertrauen ist für die OeNB ein wichtiger Faktor, um ihre Leitwerte Stabilität und Sicherheit glaubwürdig nach außen wirken zu lassen und um damit ihre Ziele, Preisstabilität und Finanzmarktstabilität, bestmöglich zu gewährleisten.

Im Jahr 2008 stand die Informationskampagne der OeNB im Zeichen der Verfestigung des Wissens über die geldpolitischen Kernaufgaben der OeNB.

Wichtige Botschaften zur Geldwertstabilität wurden mittels TV-Werbeeinschaltungen an die österreichische Bevölkerung weitergegeben. Die Spots wurden im Frühjahr und im Herbst 2008 in zwei Wellen österreichweit mit einer Reichweite²¹ von 69,3% bzw. 62,8% ausgestrahlt.

Zusätzlich zur TV-Kampagne wurden auch in den Printmedien verschiedene Maßnahmen gesetzt: Im Frühjahr 2008 wurde eine Serie von Kleinanzeigen geschaltet (Reichweite 78,6%), in den Monaten April, Mai, Juni, August und September (Reichweite 73,4%) folgte eine Serie von Imageanzeigen. In den Kleinanzeigen wurden Begriffe zu Wirtschaft und Geldpolitik in einfachen Worten erklärt bzw. auf ergänzende Erläuterungen auf der OeNB-Website (www.oenb.at) verwiesen.

Ein weiterer Schwerpunkt betraf die Kommunikation der Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten während der Fußball-Europameisterschaft. Im Juni 2008 wurden daher in zielgruppenspezifischen Medien Sicherheitssujets zu den meistgefälschten Banknoten, nämlich der 100 Euro- und der 200 Euro-Banknote, geschaltet.

Um der österreichischen Bevölkerung die Aufgaben der OeNB als integraler Bestandteil des Eurosystems sowie als wissensbasierter Dienstleister zum Themenschwerpunkt „Geldpolitik des Eurosystems – Ziele, Strategie und laufende Maßnahmen“ näher zu bringen, ging die OeNB auch Kooperationen mit den bedeutendsten österreichischen Printmedien ein. Diese Informationsmaßnahmen erreichten mit fast 56% ebenfalls eine breite Bevölkerungsschicht.

²¹ Die Reichweite gibt den Anteil der österreichischen Bevölkerung an, der in der Werbepériode mit der Werbebotschaft der OeNB in Kontakt gekommen ist.

Die Finanzkrise hatte auch starke Auswirkungen auf die Pressearbeit der OeNB. Die Anzahl der Anfragen zu einzelnen Themenschwerpunkten sowie von Interviews des OeNB-Managements erreichte neue Rekordwerte. Im Jahr 2008 sind im Call-Center der OeNB insgesamt 37.034 Anfragen eingegangen, 46,5 % per Mail und 53,5 % telefonisch, wobei erstmals seit dem Jahr 2005 die Telefonanfragen überwogen.

Als spezielles Service wurden auf der OeNB-Website ab September 2008 wichtige Begriffe im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise dargestellt. Ebenso wird seit dem Jahr 2008 ein Onlinebericht zur wirtschaftlichen Lage unter der Rubrik „Konjunktur aktuell“ publiziert. Die diesbezüglichen Ausgaben Oktober und Dezember 2008 waren Schwerpunktausgaben zu den realwirtschaftlichen Effekten der Krise. Die Zahl der täglich auf der OeNB-Website aufgerufenen Seiten stieg von durchschnittlich rund 65.000 (2007) auf rund 85.000 (2008). Darüber hinaus wurden in insgesamt 158 Presseausgaben wichtige Botschaften und Ergebnisse der OeNB-Aktivitäten aus den verschiedenen Geschäftsfeldern kommuniziert. Um eine zentrale Zuständigkeit und die Einheitlichkeit der Kommunikation zu schaffen, wurde im Herbst 2008 auch ein Pressesprecher der OeNB ernannt.

Im Jahr 2008 organisierte das OeNB-Event-Management 261 Veranstaltungen mit knapp 13.000 Teilnehmern aus dem In- und Ausland. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Organisation verschiedener internationaler und teilweise mehrtägiger Komiteesitzungen in den Räumlichkeiten der OeNB. Bei der Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB im Frühjahr 2008 resümierten Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ihre Sicht zum

Thema „Erfahrungen im ersten Jahrzehnt der Wirtschafts- und Währungsunion: Erste Schlussfolgerungen und Ausblick“. Die Conference on European Economic Integration im November 2008 analysierte mit nationalen und internationalen Experten das Thema „The Integration of European Labor Markets“.

Um auch der Bevölkerung in den Bundesländern vor Ort Informationen rund um die Geldpolitik und die Aufgaben der OeNB anzubieten, war die OeNB an insgesamt 47 Tagen auf regionalen Messen in Salzburg, St. Pölten, Wels, Dornbirn, Klagenfurt, Graz, Innsbruck und Wien präsent. Dort hatten die Besucher auch die Möglichkeit, auf das breite und kostenlose Publikations- und Informationsangebot der OeNB zuzugreifen.

Im Jahr 2008 verzeichnete das Geldmuseum der OeNB mit 15.738 Gästen einen Besucherrekord. Als Besuchermagnet wirkte insbesondere die Goldbarren-Ausstellung, die von November 2007 bis Ende Oktober 2008 präsentiert wurde. Als Wanderausstellung wurde sie im Herbst 2008 auch in der Zweiganstalt Österreich-West in Innsbruck gezeigt und wird im Verlauf des Jahres 2009 auch in anderen Zweiganstalten präsentiert. Anlässlich der 10-Jahres-Jubiläen von EZB, Eurosystem und Euro wurde im November 2008 im Geldmuseum auch die Ausstellung „Eine Vision wird wahr! Der Weg zu einer gemeinsamen Währung!“ eröffnet. Erste Ausstellungsexponate wurden bereits bei der Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB im Frühjahr gezeigt.

Insgesamt wurden im Geldmuseum an 197 Öffnungstagen 348 Führungen und Workshops sowie 67 museale Events wie Ferienspiele, Familientage, Minopolis-Tage bzw. die Kinderuniversität durch das Team des Geldmuseums

Service schafft
Vertrauen

Zwei erfolgreiche
Ausstellungen im
Geldmuseum

Kommunikations-
plattformen als
Mittel zur
Vertrauensbildung

**Vertrauen
durch Wissen**

organisiert und abgehalten, wodurch über 300.000 Personen mit der OeNB in Berührung kamen.

Im September 2008 setzte die OeNB im Rahmen ihres im Jahr 2007 gestarteten Projekts „Wirtschafts- und Finanzbildung“ erste konkrete Maßnahmen, um das vorhandene Bildungsangebot zu optimieren bzw. auszubauen. Ziel ist es, durch ein erweitertes Serviceangebot auf das Fachwissen der OeNB über einfache Module und Tools zugreifen zu können, um damit die Kenntnis der Österreicher über wirtschaftliche Zusammenhänge zu verbessern. Die OeNB macht dies hauptsächlich über drei Aktionsfelder:

1. durch Vorträge bei diversen Veranstaltungen,
2. durch Kooperationen und Erstellung von Produkten, die Wissenstransfer und Unterhaltung kombinieren (z. B. Kurzvideos, Beteiligung an Wettbewerben in Schulen, Spiele) und
3. durch den Ausbau des Internetangebots auf der OeNB-Website.

Mit der Euro-Kids-Tour setzte die OeNB bereits eine konkrete neue Bildungsinitiative für Kinder im Volksschulalter. So wurden im Herbst 2008 bundesweit 203 Klassen oder 4.100 Schüler zu Vorträgen über die Banknotensicherheit und die Hauptfunktionen des Geldes in den Euro-Bus der OeNB geladen. Die Lehrer wurden gebeten, die Thematik im Unterricht vertiefend weiter zu behandeln (für weitere Details siehe die Wissensbilanz 2008).

**Die OeNB mit
neuem Erscheinungsbild**

Im Jahr 2007 wurde mit der Entwicklung eines neuen Corporate Design für die OeNB begonnen. Dieser Prozess wurde durch interne und externe Umfrageergebnisse unterstützt. Die Meinungsforschung kam zum Ergebnis, dass die OeNB mit ihrem Design zwar gut positioniert wäre, aber nach zwölf

Jahren der richtige Zeitpunkt für eine Modernisierung gekommen sei.

Seit Mitte 2008 hat die OeNB nunmehr ein neues Logo. Mit der Umsetzung des neuen Corporate Designs insgesamt verfestigte die OeNB ihr Erscheinungsbild als modernes, transparentes und offenes Unternehmen.

**Effiziente Organisation im
Bereich Corporate Governance,
Risikomanagement und
Mitarbeiterentwicklung**

Die OeNB wendet bereits seit mehreren Jahren auf freiwilliger Basis anerkannte Corporate Governance (CG)-Regeln an. Dabei hat sie allerdings auch internationale Regelungen, das Nationalbankgesetz und andere eine Zentralbank betreffende Spezifika zu berücksichtigen.

CG ist ein Thema, das sich permanent weiterentwickelt. Im Bestreben nach stetiger Verbesserung unterliegt daher die Handhabung der CG auch in der OeNB laufend Änderungen. Die OeNB hat im Berichtsjahr etwa im Bereich Risikomanagement weitere Standards gesetzt. Die Überwachung der Treasury-Geschäfte wurde mit Wirkung vom 1. Jänner 2009 in der Abteilung Bilanzierung und Risikoüberwachung Treasury angesiedelt, um die aufbauorganisatorisch klare Trennung der Kompetenzen zu optimieren.

Die in der OeNB seit Langem bestehende Compliance-Organisation, die Insidertransaktionen unterbindet, wurde im Jahr 2008 der Rechtsabteilung zugeordnet. In diesem Bereich wird die OeNB von der FMA kontrolliert.

Die EZB hat das Recht, die von der OeNB für sie verwalteten Fremdwährungs- und Bargeldbestände zu kontrollieren bzw. Prüfungen zu veranlassen.

Dienstvorschriften und andere interne Regelungen beschreiben die korrekte Abwicklung der Geschäfte und

enthalten diesbezügliche Anweisungen an die Mitarbeiter. Die Führungskräfte sorgen im Rahmen ihrer Verantwortung dafür, dass die Regeln eingehalten werden. Dies wird außerdem durch interne Kontrollinstanzen sichergestellt. Die Innenrevision überprüft, dass die externen und internen Vorschriften (Gesetze und Dienstvorschriften) eingehalten werden und dass die Maßnahmen des internen Kontrollsystems ihren Zweck erfüllen.

Im Berichtsjahr hat die OeNB einen weiteren Schritt zu noch mehr Transparenz und Offenheit gesetzt und das volkswirtschaftliche Publikationsangebot im Internet erweitert: Der Bericht des Gouverneurs zur wirtschaftlichen Lage an den Generalrat wird künftig zwei Werkstage nach den jeweiligen Sitzungen auf der Website der OeNB publiziert.

Die derzeit gültige Strategie der OeNB für die Jahre 2007 bis 2010 hat mit ihren vier definierten Kompetenzfeldern – Stabilitätspolitik, Risikomanagement, Zahlungsverkehr und „Go East“ – in den Monaten der Finanzkrise die Grundwerte der OeNB, Stabilität und Sicherheit, unterstützt und es der OeNB ermöglicht, effektiv zu handeln. Die OeNB verfolgt die Implementierung der Strategie inklusive der erforderlichen Detailmaßnahmen daher auch weiterhin konsequent.

In Zeiten steigenden Effizienzdrucks ist es für die OeNB wie auch für die Zentralbanken des Eurosystems unerlässlich geworden, die Kosten ihrer Produkte und Dienstleistungen zu kennen und nach diesen zu steuern. Hierbei ist ein Informationsbedürfnis von zwei Seiten gegeben: Einerseits sollen Entscheidungsträger der OeNB wissen, wie die eigene Kostenstruktur im Vergleich zu anderen Zentralbanken aussieht. Andererseits müssen auch auf Eurosystemebene Entscheidungen nach

Wirtschaftlichkeitsgrundsätzen getroffen werden. Eine von allen Teilnehmern akzeptierte Datenbasis ist hierfür unabdingbar.

Die OeNB betreibt seit vielen Jahren eine auf das Zentralbankgeschäft ausgerichtete Kostenrechnung und hat viel Expertise auf diesem Gebiet aufgebaut. Dieses Wissen wird auch im Eurosystem eingebracht und dort sehr geschätzt. So führt der Vize-Gouverneur der OeNB den Vorsitz des Kostenrechnungsausschusses im Eurosystem, das Kostenberechnungen auf Basis einer gemeinsam entwickelten Methodik erstellt.

Das operationale Risikomanagement ist besonders im Bankenbereich ein wichtiges Anliegen. Die OeNB nimmt hier innerhalb des Eurosystems eine Vorreiterrolle ein und hat im Rahmen einer Task-Force in den letzten 1½ Jahren Leitlinien und Regelungen für das Management von operationalen Risiken in Zentralbanken erarbeitet. Die Umsetzung dieser Richtlinien im gesamten Eurosystem erfolgt im Lauf des Jahres 2009. Die Ergebnisse der Risikobemessung werden dem EZB-Rat jährlich vorgelegt.

Die OeNB leistet im Eurosystem nicht nur in fachlicher, sondern auch in technischer Hinsicht einen wichtigen Beitrag. Die IT-Bereiche der OeNB unterstützen beispielsweise die Refinanzierungsgeschäfte im Euroraum sowie die europaweite Dokumentation von Banknotenfälschungen durch die Entwicklung bzw. Wartung von hochwertigen Softwareprodukten. Die Zusammenarbeit wird in Zukunft intensiviert, um weitere Synergiepotenziale zu nutzen.

Seit dem Jahr 2008 hat die OeNB zusätzliche Aufgaben in der Bankenaufsicht wahrzunehmen. Die Bankanalyse und die Bankenprüfung wurden völlig neu konzipiert und erweitert. Beide Bereiche wurden daher neu orga-

Bemessung von operationalen Risiken als Beitrag zur Stabilität

Implementierung der OeNB-Strategie

IT-Leistungen für das Eurosystem

Kostenwahrheit als Eckpfeiler für die Entscheidungsfindung

Neue Struktur im Bereich Bankenaufsicht

niert. Dabei spiegeln die Gruppenstrukturen die österreichische Bankenlandschaft (Großbanken, Aktienbanken, Regionalbanken etc.) wider. Im Zuge der Reorganisation der Bankenaufsicht in der OeNB wurde die Hauptabteilung Statistik in das Ressort Finanzmarktstabilität, Bankenaufsicht und Statistik transferiert und die Kreditabteilung in die Hauptabteilung Statistik integriert. Dass die erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen zu einem Zeitpunkt anfielen, als die internationale Finanzkrise ausbrach, bedeutete eine zusätzliche Herausforderung.

Herausforderungen
auch in der
Mitarbeiter-
entwicklung

Die Ausweitung der Aufgaben in der Bankenaufsicht hatte auch umfangreiche Arbeiten bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiter sowie bei deren Integration in die OeNB zur Folge. Fokussierte Aus- und Weiterbildung sowie die Auswahl und Bestellung der benötigten Führungskräfte waren erforderlich. Unter großem Zeitdruck musste auch das Raumkonzept überarbeitet werden.

Das bereits für die Ernennung von Abteilungsleitern und Stellvertretenden Abteilungsleitern bewährte Auswahlinstrument eines Hearing wurde nunmehr auch auf der Hauptabteilungsleiter- und Gruppenleiterebene erfolgreich eingesetzt. Darüber hinaus wurden weitere Optimierungsmaßnahmen zur Fokussierung und Effizienzsteigerung im Bereich Ausbildung gesetzt (für Details siehe die Wissensbilanz 2008).

Die OeNB brachte sich auch im Jahr 2008 intensiv in die gemeinsamen Personalentwicklungsmaßnahmen und in die Kooperation innerhalb des ESZB ein. Dementsprechend konnten auch in diesem Bereich neue Initiativen erfolgreich umgesetzt werden. Hervorzuheben sind dabei neue gemeinsame Trainingsaktivitäten, die Mitwirkung an Ausbildungsmaßnahmen unter der

Ägide des CEBS (Committee of European Banking Supervisors; Ausschuss der Europäischen Bankaufsichtsbehörden), die Förderung der Mobilität innerhalb des ESZB sowie die Erhöhung der Zahl der in der OeNB im Rahmen der External Work Experience (EWE) tätigen Mitarbeiter anderer Zentralbanken. EWE ist eine 3- oder 6-monatige Jobrotation in einer Zentralbank der EU-Mitgliedstaaten, wobei Mitarbeiter die Möglichkeit haben, fachliche und kulturelle Erfahrungen in anderen Zentralbanken zu sammeln. Die EWE-Richtlinien, ein EU-weit einheitliches Regelwerk, ermöglichen einen formalisierten Personalaustausch zwischen den Zentralbanken.

Betriebliche Gesundheitsförderung im Sinne einer humanökologischen Unternehmensführung ist der OeNB ein großes Anliegen. Dabei sollen Produktivität, Innovationsbereitschaft sowie Verantwortungsfähigkeit der Mitarbeiter für sich und für das Unternehmen gefördert werden. In diesem Sinne fand in der OeNB ein Gesundheitstag unter dem Motto „Arbeit gesund leben“ statt. Dieser Tag wurde nach den drei Säulen der betrieblichen Gesundheitsförderung „Ernährung und Lebensstil“, „Bewegung und Ergonomie“ sowie „Entspannung und Stress“ ausgerichtet.

Die Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal einer nachhaltigen Personalpolitik. Die OeNB ist daher bestrebt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Entwicklung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichermaßen fördern. Die Sicherstellung von Chancengleichheit ist notwendig, um die vorhandenen Ressourcen und Potenziale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unternehmen bestmöglich zu nutzen (für Details siehe die Wissensbilanz 2008).

Vielfältige Maßnahmen im Rahmen des EMAS-Umweltmanagements unterstreichen das Engagement der OeNB für nachhaltiges Wirtschaften und machen sie zu einem Vorbildbetrieb in Österreich. Die Umwelterklärung 2008 fasst diesbezüglich alle wichtigen Details zusammen.

Ein wichtiges Anliegen der OeNB ist es, zur Standortsicherung Österreichs beizutragen. Der Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft wurde anlässlich des 150-jährigen Bestehens der Nationalbank im Jahre 1966 gegründet. Seit mehr als 40 Jahren hat der Jubiläumsfonds der OeNB die heimische Forschung mit namhaften Mitteln unterstützt und sich damit als stabiler und unverzichtbarer Partner in der österreichischen Forschungsförderung etabliert. Bis einschließlich 2008 wurden für fast 9.000 Forschungsprojekte rund 707 Mio EUR sowohl der Grundlagenforschung als auch – bis zum Jahr 2003 – der angewandten Forschung zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2008 wurden im Bereich der von der OeNB direkt vergebenen Mittel 168 Forschungsprojekte mit rund 10,73 Mio EUR aus den Disziplinen Wirtschaftswissenschaften, medizinische Wissenschaften mit klinischem Bezug sowie im geringeren Ausmaß auch Sozial- und Geisteswissenschaften gefördert. Die Vergabe der finanziellen Mittel erfolgte nach einer fundierten Projektauswahl und unterliegt strengen Qualitätsansprüchen.

Im Rahmen des Forum Jubiläumsfonds werden laufend interessante Projektergebnisse aus den geförderten Fachdisziplinen der Fachöffentlichkeit präsentiert.

Es wurden überdies 3,6 Mio EUR für die Basisfinanzierung von drei Wirtschaftsforschungsinstituten und zwar

für das Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung (IHS), das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) zur Verfügung gestellt.

Der österreichischen Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftung) wurden im Berichtsjahr 50 Mio EUR von der OeNB zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2008 entstand in Kooperation mit der Albertina die Ausstellung „Nach 1970“, für die die OeNB ihre wichtigsten zeitgenössischen Arbeiten zur Verfügung gestellt hat. Es wurde besonderes Augenmerk auf Österreich gelegt. Dabei wurden Arbeiten auf Papier Ölgemälden bedeutender österreichischer Künstler der Zweiten Republik gegenübergestellt. Vertreten waren Künstler wie Christian Ludwig Attersee, Gunter Damisch, Maria Lassnig, Arnulf Rainer, Roman Scheidl und Franz Zadrazil.

Das Gremium „Der Kunsthandel“ der Wirtschaftskammer Österreich hat der OeNB den OscART 2008 für besondere Verdienste um den Kunsthandel und für ihre Sammlung verliehen. Als Begründung führte das Gremium an, dass die Kunstsammlung der OeNB eine der interessantesten Sammlungen innerhalb der österreichischen Firmensammlungen sei. Durch ihre zwei dezidierten Schwerpunkte – Kunst der Zwischenkriegszeit und Kunst der Gegenwart – sei es gelungen, innerhalb weniger Jahre einen in die Tiefe gehenden Überblick über prägende Strömungen der österreichischen Kunst zu geben. Damit habe die OeNB auch eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe verantwortungsvoll übernommen: Tradition und Gegenwart zu fördern, zu bewahren und der Nachwelt zu erhalten.

Maßnahmen zum Schutz der Umwelt

Engagement für Forschung und Wissenschaft

Zahlreiche Kulturaktivitäten



Aktive Rolle der OeNB bei der Europäischen Integration – 10 Jahre WWU

Die nationale und internationale Kooperation, umfassende Gremienarbeit mit Institutionen in Österreich, im Eurosystem/ESZB, in der EU sowie mit internationalen Finanzorganisationen prägen die Rolle der OeNB als aktiver Akteur der europäischen Integration. Dieses Kapitel resümiert die ersten zehn Jahre der Wirtschafts- und Währungsunion, streicht die Funktion und den wichtigen Beitrag der Zentralbanken des Eurosystems sowie die Rolle der OeNB heraus und fasst die Integrationseffekte zusammen. In der Folge wird die Euro-Einführung in der Slowakei beleuchtet, wobei die OeNB – durch das Eurosystem beauftragt – die Belieferung der Euro-Erstausrüstung geleistet hat. Die EU als wirtschaftspolitisch wichtige Institution in der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie ihre weiteren Integrationsbemühungen im Berichtsjahr 2008 runden dieses Kapitel ab.

Die OeNB zieht positive Bilanz zu 10 Jahren WWU und Euro

Die OeNB zog anlässlich ihrer 36. Volkswirtschaftlichen Tagung im Frühjahr 2008¹ Bilanz über die Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und des Euro.

Mit Beginn der dritten Stufe der WWU und der Einführung des Euro wurde ein historischer Meilenstein gesetzt: Die Währungsunion ist nicht nur ein erfolgreiches ökonomisches, sondern auch ein politisches Integrationsprojekt, das den Zusammenhalt Europas vertieft. Die Einführung des Euro als gemeinsame Währung in mittlerweile 16 Staaten und damit für rund 327 Millionen Menschen stellte die größte Währungsumstellung der Geschichte dar. Am 1. Juni 1998 wurden die Europäische Zentralbank (EZB) und das Eurosystem gegründet, deren Hauptaufgabe die Sicherung der Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet ist. Die OeNB ist seither integraler Bestandteil dieses Systems, das die Sachkompetenz sämtlicher nationaler Zentralbanken des Euroraums vereint. Mit der WWU hat sich das Aufgabenfeld der OeNB stark gewandelt. Sie nimmt seither umfangreiche Funktionen im Eurosystem wie auch in Österreich wahr.

Die Einführung des Euro veränderte das makroökonomische Umfeld nicht nur der teilnehmenden Mitgliedstaaten, sondern auch darüber hinaus. Eine einheitliche Geldpolitik in Kombination mit einer nationalen, aber abgestimmten Finanzpolitik hat makroökonomische Stabilität und die Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten gefördert. Die Unterschiede bei Wirtschaftswachstum, Inflation, Arbeitslosenquote und Budgetsalden wurden im ersten Jahrzehnt der WWU erheblich

verringert. Die Wechselkursanpassungen, die die europäischen Volkswirtschaften früher immer wieder erschüttert haben, gehören der Vergangenheit an.

Die Geldpolitik hat Preisstabilität über weite Strecken gewährleistet. Die Inflationsrate betrug im Euroraum von 1999 bis 2008 durchschnittlich etwas über 2%, nachdem sie in den 1990er-Jahren bei 3% gelegen war und sich in den 1970er- und 1980er-Jahren noch zwischen 8% und 10% bewegt hatte. Die nominalen Zinssätze sanken von 9% in den 1990er-Jahren und 12% in den 1980er-Jahren auf durchschnittlich etwas über 4%. Die realen Zinssätze gingen in der WWU auf ein Niveau zurück, das seit Jahrzehnten nicht mehr so niedrig war, nicht einmal in den Ländern, die vor der Einführung des Euro den höchsten Grad an Stabilität zu verzeichnen hatten.

Die Anstrengungen der Fiskalpolitik im Zuge der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) im Jahr 2005 führten dazu, dass die Budgetdefizite in allen Euro-Ländern jeweils unter 3% sanken und der durchschnittliche Budgetsaldo für den Euroraum insgesamt im Jahr 2008 mit –1,9% des BIP einen niedrigen Stand aufwies.

Der Wegfall der Wechselkursrisiken und die geringeren Kosten grenzüberschreitender Transaktionen haben sich förderlich auf die Entwicklung des Binnenmarktes und die Integration der Produktmärkte ausgewirkt. Die über die Jahre besser werdende Strukturpolitik machte die Volkswirtschaften gegen externe Schocks zudem resistenter. Wenngleich das Wirtschaftswachstum nicht ganz die Erwartungen erfüllt hat, konnten von 1999 bis 2008 an die 18 Millionen Arbeitsplätze neu geschaffen und die Arbeitslosenquote im ers-

Historischer
Meilenstein:
WWU und Euro

Die Errungen-
schaften der WWU
und des Euro im
ersten Jahrzehnt
1999 – 2008

¹ Siehe ausführlich im Tagungsband der OeNB: 36. Volkswirtschaftliche Tagung 2008. Erfahrungen im ersten Jahrzehnt der Wirtschafts- und Währungsunion: Erste Schlussfolgerungen und Ausblick. (Online unter www.oenb.at).

Zentralbanken des Eurosystems als Erfolgsgaranten des ersten Jahrzehnts der WWU

Mit der Gründung der EZB und dem Start der WWU wurden die nationalen Zentralbanken (NZBen) der Länder, die den Euro eingeführt haben, integraler Bestandteil des Eurosystems. Dieses setzte sich ursprünglich aus der EZB und 11 NZBen, darunter die OeNB, zusammen. Seit Jänner 2009 gehören dem Eurosystem bereits 16 NZBen an. Diese blieben gleichzeitig aber auch nationale Institutionen und haben damit insgesamt ein breites und im Vergleich zur Zeit vor der WWU erweitertes Aufgabenspektrum wahrzunehmen. Jenes der OeNB ist im Detail im Kapitel „Auftrag und Aufgaben der OeNB“ zu Beginn des vorliegenden Geschäftsberichts dargestellt.

Das lange Bestehen der NZBen, ihre umfangreichen und unterschiedlichen Erfahrungen mit Zentralbankaufgaben und der damit verbundene Ressourceneinsatz haben einen sehr wertvollen Beitrag zum Erfolg der WWU geleistet. Experten der verschiedenen NZBen haben in vielen Komitees, Arbeitsgruppen und Forschungsnetzwerken laufend einen fundamentalen Beitrag für die EZB und das Eurosystem eingebracht. Die breite Sichtweise und die Tiefe der Expertise der einzelnen NZBen als Basis für die zentralen Entscheidungen des EZB-Rats ist zweifellos ein wichtiger Erfolgsfaktor für das Funktionieren der stabilitätsorientierten Geldpolitik des Eurosystems und die Etablierung des Euro als internationale Währung. Das Subsidiaritätsprinzip des Eurosystems – Dezentralisierung so weit wie möglich, Zentralisierung überall dort, wo notwendig und optimal – hat sich im kontinuierlichen geld- und währungspolitischen Geschäft der letzten zehn Jahre bestens bewährt. In Zeiten intensiver Marktspannungen, wie sie im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise seit Herbst 2008 auftreten, wurde das Eurosystem seiner wichtigen Rolle als Krisenfeuerwehr und Stabilitätsanker – teilweise im Zusammenwirken mit anderen wichtigen Zentralbanken – gerecht und konnte durch rasche und flexible geldpolitische Maßnahmen zu einer Entspannung auf den Geld- und Finanzmärkten beitragen.

Die Währungsunion und die Funktionsweise des Eurosystems sind als Evolutionsprozess zu verstehen. In den letzten zehn Jahren wurden durch Learning by Doing deutliche Fortschritte gemacht. In den kommenden Jahren wird sich diese Entwicklung fortsetzen und von weiteren Änderungen geprägt sein. Fragen zur Rollenverteilung innerhalb des Eurosystems – wie etwa nach mehr Zentralisierung, nach weiterer Spezialisierung der NZBen oder nach verstärkter Zusammenarbeit mit anderen europäischen oder nationalen Institutionen (z. B. im Bereich der Bankenaufsicht oder auch mit Statistikämtern) – sowie die Umsetzung der Lehren für die Zentralbanken aus der Finanz- und Wirtschaftskrise werden im Zentrum stehen.

ten Quartal 2008 auf einen langjährigen Tiefststand gedrückt werden.

Die WWU hat den im Aufholprozess begriffenen EU-Mitgliedstaaten erhebliche Vorteile gebracht. Das durch makroökonomische Stabilität und niedrige Zinssätze gekennzeichnete Umfeld und die Unterstützung durch die Kohäsionspolitik mit den Struktur- und Kohäsionsfonds haben die Voraussetzungen dafür geschaffen.

Der Euro hat sich als zweite Weltwährung neben dem US-Dollar behauptet und als leistungsstarker Katalysator für die Finanzmarktintegration

gewirkt. Im Jahr 2007 lag der Euro-Bargeldumlauf bereits höher als jener des US-Dollar. Der Anteil der in Euro denominierten Schuldverschreibungen erhöhte sich von 22 % (1999) auf 32 % (2007). Auf den weltweiten Devisenmärkten stieg der Euro-Anteil von 10 % auf rund 17 %, als Reservewährung legte der Euro zwischen 1999 und 2007 von 18 % auf 25 % zu. Als dominierende Fakturierungswährung hat der Euro mit einem Anteil von 50 % am Export bzw. Import von Waren den US-Dollar (etwa 30 %) überholt.

**Deutliche
Integrationseffekte
der WWU auch
in Österreich**

Durch eine Reihe von unmittelbaren Vorteilen wandelte sich die anfängliche Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem Euro rasch in eine steigende Akzeptanz. Stabile Preise, mehr Preistransparenz, günstigeres Reisen, geringere Kosten im Zahlungsverkehr, billigere Kredite und insgesamt mehr Wohlstand ließen – trotz vorübergehend erhöhter Inflationswahrnehmung – die europäischen Bürger im Euro immer mehr ein Symbol für wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität sehen.

Der Euro und die WWU haben auch in Österreich beträchtliche Wohlstandsgewinne generiert. Bei Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität hat sich Österreich deutlich verbessert. Das Wirtschaftswachstum blieb robust und war in den letzten Jahren durch einen stabilen Wachstumsvorsprung von rund einem halben Prozentpunkt gegenüber dem Durchschnitt des Euro-raums gekennzeichnet. Die Arbeitslosenquote blieb international gesehen

niedrig, die Beschäftigung wuchs über weite Strecken dynamisch.

Die hohe Preisstabilität in Österreich, die dadurch hervorragende preisliche Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Integration haben auch zu einer guten außenwirtschaftlichen Performance Österreichs beigetragen. Die Exportquote (Güter und Dienstleistungen) erhöhte sich von 42 % (1999) auf 58 % (2008) des BIP. Die Leistungsbilanz wies in den letzten Jahren ein auf über 3 % des BIP steigendes Aktivum auf. Die Direktinvestitionen Österreichs im Ausland haben sich von 10 % (1999) auf rund 41 % des BIP (2008) vervierfacht und liegen damit ähnlich hoch wie die passiven Direktinvestitionen. Die Internationalisierungsquote (Finanzvermögen und -verpflichtungen in Prozent des BIP) der österreichischen Wirtschaft erhöhte sich von 190 % (1998) auf 550 % (2007).

Im Herbst 2008 wurde Europa von der Finanz- und Wirtschaftskrise voll erfasst. Der Euro und die Zusammen-

Tabelle 5

Makroökonomische Entwicklung seit der WWU

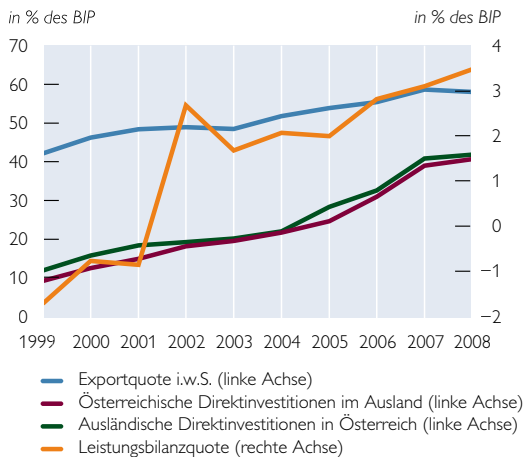
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Ø 1999–2008
Wirtschaftswachstum, real											
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Euroraum	2,9	3,9	1,9	0,9	0,8	2,1	1,7	2,9	2,6	0,8	2,1
Österreich	3,3	3,7	0,5	1,6	0,8	2,5	2,9	3,4	3,1	1,8	2,4
Inflationsrate											
	in %										
Euroraum	1,1	2,1	2,3	2,2	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1	3,3	2,2
Österreich	0,5	2,0	2,3	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	2,2	3,2	1,9
Arbeitslosenquote¹											
	in %										
Euroraum	9,1	8,2	7,8	8,3	8,7	8,8	8,9	8,3	7,4	7,5	8,3
Österreich	3,9	3,6	3,6	4,2	4,3	4,9	5,2	4,8	4,4	3,8	4,3
Budgetsaldo											
	in % des BIP										
Euroraum	-1,3	0,1	-1,8	-2,5	-3,0	-2,9	-2,5	-1,2	-0,6	-1,9	-1,8
Österreich	-2,3	-1,7	0,0	-0,7	-1,4	-4,4	-1,6	-1,6	-0,5	-0,4	-1,5

Quelle: Eurostat, Statistik Austria, BMF.

¹ Eurostat-Definition.

Grafik 20

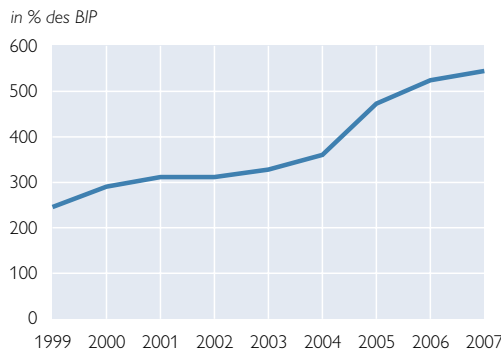
Ausgewählte außenwirtschaftliche Kennziffern für Österreich



Quelle: OeNB, Statistik Austria, Eurostat.

Grafik 21

Internationalisierungsquote der österreichischen Wirtschaft¹



¹ Finanzvermögen und Verpflichtungen Österreichs im Ausland gemessen am BIP.

arbeit der Zentralbanken des Eurosystems erweisen sich unter diesen schwierigen Bedingungen als Schutzschild gegenüber noch negativeren Auswirkungen dieser Schocks auf Europa und Österreich. Durch die Mitgliedschaft in einem großen Währungsraum wurden die Unternehmen vor hoher Wechselkursvolatilität geschützt, kompetitive Abwertungen waren nicht möglich. Attacken auf und Abwertungen einzelner (Nicht-Euro-)Währungen geben Zeugnis vom Ausmaß möglicher schädlicher Effekte, die durch den Euro innerhalb des Euroraums verhindert werden konnten. Die einheitliche Währung machte es Europa und seinen wirtschaftspolitischen Institutionen leichter, rasch, entschlossen und kohärent zu handeln, die richtigen Entscheidungen zu treffen und durch ein koordiniertes Vorgehen den Schaden für den Finanzsektor und die Konjunktur abzufedern. Eine eng koordinierte Wirtschaftspolitik und Zusammenarbeit sind auch für die effiziente Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen notwendig. Insgesamt hat die Attraktivität des Euro für Länder außerhalb des Euroraums deutlich zu-

genommen und selbst Länder, die bislang dem Euro gegenüber skeptisch eingestellt waren, haben ernsthafte Überlegungen für dessen rasche Einführung angestellt. Eine sorgfältige Vorbereitung möglicher weiterer Euro-Länder ist – wie bei den bisherigen Erweiterungen – aber erforderlich.

Ziel der Geld- und Wirtschaftspolitik ist es, die Preis- und Finanzmarktstabilität rasch wiederherzustellen und gleichzeitig alles zu unternehmen, um Wachstum und Beschäftigung nachhaltig zu stützen. Gelingt es, die Hilfspläne unter Inkaufnahme vorübergehend höherer Budgetdefizite effektiv umzusetzen und die Konjunktur wieder in Schwung zu bringen, sollten sich die wirtschaftlichen Auswirkungen trotz unvermeidlicher Wachstumseinbußen in Grenzen halten. Nach den unmittelbaren Krisenmaßnahmen wird es wichtig sein, Lehren zu ziehen und konkrete Maßnahmen zu setzen, damit sich eine ähnliche weltweite wirtschaftliche Talfahrt in der Zukunft möglichst nicht wiederholt. Die Zusammenarbeit zwischen Zentralbanken und Aufsichtsbehörden auf internationaler und auf euro-

Der Euro als Schutzschild in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Kurz- und mittelfristige Herausforderungen für die WWU und den Euro

päischer Ebene muss enger werden. Zur Herstellung der Finanzmarktstabilität sind die Aufsichtsinstitutionen gefordert, das Vertrauen in den Bankensektor zu stärken, die Eigenmittelausstattung sicherzustellen, eine Kreditklemme zu vermeiden, die Aufsicht – national wie international – zu reformieren, Empfehlungen internationaler Aktionspläne ernstzunehmen und rasch geeignete Maßnahmen anzuknüpfen. Eine Neuordnung der Finanzmärkte und -produkte weltweit, wie von der G-20 beschlossen, muss mittelfristig das prioritäre Ziel werden.

Nach Überwindung der Krise und nach einer Rückkehr der Weltwirtschaft auf einen Pfad positiven Wachstums, der für das Jahr 2010 (wenn auch moderat) erwartet wird, gilt es, die Volkswirtschaften mittelfristig auf weitere Herausforderungen der Globalisierung, wie sie auch vor der Wirtschaftskrise schon bestanden haben, vorzubereiten. Die Globalisierung eröffnet auch in Zukunft beträchtliche Marktwachstumchancen, was einerseits den Verbrauchern niedrigere Preise und eine größere Auswahl und andererseits den Produzenten Effizienzgewinne beschert. Sie stellt aber auch hohe Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit der Mitglieder des Euroraums. Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit, eine weitere Verringerung der Unterschiede in der Leistungsstärke der Volkswirtschaften sowie Innovation und Humankapital als Motoren wirtschaftlicher Dynamik werden weiter an Bedeutung gewinnen.

Besonderes Augenmerk ist auch der zunehmenden Alterung der Bevölkerung und den daraus abzuleitenden Konsequenzen für die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und der Wohl-

fahrtssysteme zu legen. Schließlich gilt es, die Rolle des Euro als internationale Währung weiter zu festigen.

Euroraum wächst im Jahr 2009 auf 16 Mitglieder

Am 1. Jänner 2009 führte die Slowakei als weiterer Mitgliedstaat der im Rahmen der Erweiterungsrunde im Jahr 2004 der EU beigetretenen Länder den Euro ein. Aus dieser Ländergruppe traten bereits Slowenien am 1. Jänner 2007 und Zypern sowie Malta am 1. Jänner 2008 dem Euroraum bei. Dem Euro-Währungsgebiet gehören nunmehr 16 der 27 EU-Mitgliedstaaten an; der Euro ist somit gesetzliches Zahlungsmittel für rund 327 Millionen Menschen.

Der Euro spielt darüber hinaus auch heute schon in vielen zentral-, ost- und südosteuropäischen Ländern eine große Rolle. Eine Reihe von Staaten orientiert die Geld- und Wechselkurspolitik an der Gemeinschaftswährung. Zurzeit nehmen vier Mitgliedstaaten am Wechselkursmechanismus II (WKM II) teil (Dänemark, Estland, Lettland und Litauen). Der Außenwert ihrer Währungen wird dadurch innerhalb einer multilateral vereinbarten Schwankungsbreite von maximal $\pm 15\%$ am Euro ausgerichtet, wobei einige Länder unilateral striktere Wechselkursbindungen eingegangen sind. Estland und Litauen (im Rahmen des WKM II), aber auch Bulgarien sowie Bosnien und Herzegowina (außerhalb des WKM II) haben ihre Währungen im Rahmen von Currency-Board-Systemen fest an den Euro gebunden. In Montenegro und im Kosovo dient der Euro als offizielles Zahlungsmittel.² Auch bei der Fakturierung von Handelsströmen und auf den Kapital-

² Es handelt sich dabei um Sonderfälle, die im Zusammenhang mit dem Auseinanderfallen des ehemaligen Jugoslawiens zu sehen sind.

märkten spielt der Euro eine wichtige und in vielerlei Hinsicht größer werdende Rolle. Abgesehen davon verwendet die Bevölkerung in Zentral-, Ost- und Südosteuropa den Euro bereits in größerem Umfang, und zwar ganz ohne gesetzliche Vorgabe und unabhängig vom jeweiligen Wechselkursregime. Bargeldhaltung, Ersparnisbildung und Kreditaufnahme in Euro sind heute in dieser Region bereits weit verbreitet.³

Wie die Europäische Kommission feststellte, ist die überwiegende Mehrheit der Bürger von Zypern und Malta (95 % bzw. 90 %) der Meinung, dass die Umstellung auf den Euro in ihrem Land reibungslos und effizient verlief.

Da die Behörden die Preisumstellung sorgfältig überwachten, hielten sich sowohl die tatsächlichen als auch die gefühlten Preiserhöhungen in Grenzen. Das ist vor allem vor dem Hintergrund von weltweit steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen im ersten Halbjahr 2008 und damit zusammenhängendem Inflationsdruck bemerkenswert. In beiden Ländern stieg die Inflation von etwa 4 % zu Jahresbeginn auf etwa 5,5 % bis Juli 2008 an, bevor der Preisdruck gegen Jahresende in Zypern deutlich und in Malta etwas nachließ. Die rein durch die Währungs umstellung bedingten Preiseffekte wurden von Eurostat auf 0,2 bis 0,3 Prozent-

Reibungslose
Währungs-
umstellung in
Zypern und Malta

Kasten 10

Die Slowakei führt im Jahr 2009 den Euro ein – die Währungsunion wächst auf 16 Mitglieder an

Die Entscheidung über die Euro-Einführung der Slowakei fiel bereits am 8. Juli 2008 im ECOFIN-Rat, nachdem die EZB und die Europäische Kommission in ihren jeweiligen Konvergenzberichten vom 7. Mai 2008 die wirtschaftliche Konvergenz des Landes positiv beurteilt hatten und auch der Europäische Rat einen Beitritt zum Euroraum befürwortet hatte. Ebenfalls am 8. Juli 2008 wurde vom ECOFIN-Rat auch der unwiderrufliche Umrechnungskurs der Slowakischen Krone mit 30,1260 SKK pro Euro festgesetzt, was dem Leitkurs im WKM II entsprach, nachdem dieser zweimal (um 8,5 % im März 2007 und um 17,6 % im Mai 2008) angehoben worden war.

Kennziffern für die Slowakei im Vergleich zum Euroraum

	Slowakei		Euroraum (EA-15)	
	1999	2008	1999	2008
Bevölkerung, in Millionen	5,4	5,4	306,2	321,5
Bevölkerung, in % der Gesamtbevölkerung des Euroraums	1,8	1,7	x	x
BIP, Anteil am Euroraum-BIP in %	0,3	0,5	x	x
BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten), Euroraum = 100	44,3	63,4	x	x
BIP pro Beschäftigten, Euroraum = 100	49,3	69,4	x	x
Beschäftigungsquote	58,0	62,3	61,3	66,1
Arbeitslosenquote ¹	16,0	9,5	9,2	7,5

Quelle: Eurostat.

¹ Eurostat-Definition.

³ Siehe dazu auch Dvorsky, S., T. Scheiber und H. Stix. 2008. Euroization in Central, Eastern and Southeastern Europe – First Results from the New OeNB Euro Survey. In: Focus on European Economic Integration 1/08. OeNB. 48–60 und Dvorsky, S., T. Scheiber und H. Stix. 2008. The OeNB Euro Survey in Central, Eastern and Southeastern Europe – The 2008 Spring Wave Update. In: Focus on European Economic Integration 2/08. OeNB. 83–93.

Der Parallelumlauf von Slowakischer Krone und Euro (d. h., beide waren gesetzliches Zahlungsmittel) war kurz und dauerte nur bis zum 16. Jänner 2009. Bei slowakischen Kommerzbanken ist der kostenlose Umtausch von Münzen bis 30. Juni 2009 und von Banknoten in alter Währung bis 31. Dezember 2009 möglich. Bei der slowakischen Zentralbank können Slowakische Kronen wesentlich länger umgetauscht werden (Münzen bis 31. Dezember 2013 und Banknoten unbefristet). Die doppelte Preisauszeichnung war in der Slowakei seit 24. August 2008 verpflichtend und bleibt bis zum 1. Jänner 2010 in Kraft. Voraussetzung für den Beitritt der Slowakei zum Euroraum war eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik, die durch strukturelle Reformen gefördert wurde. Die erreichte nominelle Konvergenz zum Euroraum manifestierte sich zum Zeitpunkt der Konvergenzprüfung in einer ausreichend niedrigen Inflationsrate (2,2% im 12-Monats-Durchschnitt im März 2008), in einem niedrigen und rückläufigen Budgetdefizit (1,9% des BIP im Jahr 2007), einer ebenfalls niedrigen und rückläufigen Staatsverschuldung (29,3% des BIP im Jahr 2007), der Konvergenz der lang- und kurzfristigen Zinsen sowie in einem hohen Grad an Wechselkursstabilität während der Teilnahme am WKM II seit November 2005.

Die Slowakei wird als kleine und besonders offene Volkswirtschaft, die einen beträchtlichen Teil ihres Außenhandels mit anderen Ländern des Euroraums abwickelt, überdurchschnittlich stark von den Vorteilen der Gemeinschaftswährung, wie Preisstabilität, der Beseitigung von Wechselkursunsicherheiten, vollständiger Preis- und Kostentransparenz, geringerer Transaktions- und Informationskosten sowie einer größeren Widerstandsfähigkeit gegen wirtschaftliche und finanzielle Schocks, profitieren. Die positiven Effekte des Euro wurden in der zweiten Jahreshälfte 2008 bereits deutlich spürbar: Während andere Länder der Region in den Sog der internationalen Finanzkrise gezogen wurden und teils deutliche Abwertungen der Landeswährungen und substanzielle Verluste in anderen Finanzmarktsegmenten hinnehmen mussten, war die Slowakei vergleichsweise wenig von solchen Entwicklungen betroffen. Die Slowakische Krone notierte über weite Strecken des Jahres 2008 nahe ihrer WKM II-Zentralparität und sowohl die Verluste auf den Aktienmärkten als auch die negativen Effekte auf Anleihemärkte waren deutlich weniger stark ausgeprägt als in anderen Ländern der Region.

OeNB leistete
Beitrag zur
Versorgung der
Slowakei mit
Euro-Banknoten

punkte geschätzt und bewegten sich damit in ähnlicher Höhe wie bei früheren Erweiterungsrounds des Euroraums.

Wie bereits bei Slowenien konnte die OeNB auch bei den Vorbereitungen für die Euro-Einführung in der Slowakei einen wesentlichen Beitrag leisten. Im Auftrag des Eurosystems übernahm die OeNB die Lieferung der Erstausrüstung des Landes mit Euro-Banknoten. Zu diesem Zweck wurden insgesamt 196,2 Millionen Banknoten – was einem Gewicht von fast 160 Tonnen entspricht – im Gegenwert von 8,3 Mrd EUR aus den strategischen Bargeldreserven des Eurosystems von Wien nach Bratislava transportiert. Damit wurde die Rolle der OeNB als Kompetenz- und Logistikzentrum bzw. als Drehscheibe für Bargeld in Mitteleuropa bestätigt.

Unmittelbar nach der erfolgten Euro-Einführung in der Slowakei wurde die erfolgreiche Kooperation zwischen der slowakischen Zentralbank, Národná banka Slovenska, und der OeNB fortgeführt. In diesem Zusammenhang gab es die Möglichkeit, vom 2. Jänner bis 27. Februar 2009 an den Kassen der OeNB Slowakische Kronen kostenlos in Euro zu tauschen. Das Angebot wurde von der österreichischen Bevölkerung stark genutzt. Insgesamt wurden 7,4 Mio SKK getauscht. Das entspricht einem Gesamtwert von knapp 250.000 EUR. Im Vergleich dazu wurden in den Vorjahren Slowenische Tolar im Wert von rund 63.000 EUR, Maltesische Lira im Wert von etwa 9.000 EUR und Zypriotische Pfund im Wert von etwa 26.000 EUR an den Kassen der OeNB in Euro getauscht.

Europa gewinnt in turbulenten Zeiten an Attraktivität

Der europäische Integrationsprozess musste im Berichtsjahr durch die Ablehnung des Vertrags von Lissabon in einem Referendum in Irland einen deutlichen Rückschlag hinnehmen. Der Vertrag sollte für die erweiterte Union der 27 Mitgliedstaaten eine effizientere Funktionsweise gegenüber dem derzeit gültigen Regelwerk gewährleisten. Eine Reform des rechtlichen Fundaments der EU wurde vor allem durch die jüngsten und mögliche zukünftige Erweiterungsschritte, aber auch durch die vertiefte Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Kontext der Globalisierung – deren Bedeutung durch die internationalen Finanzmarkturbulenzen noch einmal deutlich hervorgestrichen wurde – notwendig.

Von Seiten der irischen Regierung gibt es Bestrebungen, ein neuerliches Referendum Ende Oktober 2009 durchzuführen, wodurch der Vertrag noch in diesem Jahr in Kraft treten könnte. Den Bedenken der irischen Bevölkerung soll durch Abänderungen im Regelwerk Rechnung getragen werden: So soll jedes Land einen eigenen Kommissar behalten. Außerdem sollen in einem Zusatzprotokoll Vorbehalte der Iren, wie etwa bezüglich der nationalen Souveränität in Steuerfragen und in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, ausgeräumt werden.

Bis zu einem möglichen Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon bleibt der Vertrag von Nizza die rechtliche Grundlage der gemeinsamen Politik der EU. Dieser hat unter anderem den Nachteil, dass er für 27 Mitgliedstaaten konzipiert ist und auf dieser Basis keine weiteren Erweiterungsschritte getätigt werden können. Trotz der faktischen Unmöglichkeit einer Erweiterung zum jetzigen Zeitpunkt wurden die laufenden Beitrittsverhandlungen – wenn

auch mit geringerem Tempo als in den Vorjahren – fortgesetzt. In Kroatien stehen dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen allerdings noch unge löste Probleme in den bilateralen Beziehungen zu den Nachbarländern, insbesondere hinsichtlich des Grenzverlaufs entgegen. Die Türkei kommt nach wie vor nicht allen ihren vertraglichen Verpflichtungen nach – konkret handelt es sich dabei um die Ausdehnung der bestehenden Zollunion mit der EU auf die neuen Mitgliedstaaten und insbesondere auf Zypern –, weshalb Verhandlungskapitel, für die diese Beschränkungen relevant sind, nicht geöffnet werden können. Weiters wird kein Kapitel mehr vorläufig abgeschlossen, bevor die Türkei nicht alle vertraglichen Verpflichtungen erfüllt. Die Verhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wurden noch nicht aufgenommen.

Die EU hat eine wichtige Rolle bei der Koordination der Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Finanzmarktkrise übernommen. Dies führte in vielen Ländern sowohl innerhalb der EU als auch im Rest von Europa zu einer Neubewertung der europäischen Institutionen. Wie aktuelle Eurobarometer Umfragen zeigen, stiegen in ganz Europa die Zustimmungswerte zur EU. Dieser Trend war auch in Österreich zu bemerken: So gaben im Herbst 2008 47% der Befragten an, dass Österreichs EU-Mitgliedschaft insgesamt gesehen Vorteile mit sich bringe. Im Frühjahr 2008 waren es noch um 11 Prozentpunkte weniger gewesen.

Dass die europäische Idee einer verstärkten Zusammenarbeit zur Sicherung von Frieden, Demokratie und Wohlstand nichts an Attraktivität eingebüßt hat, zeigt auch der Antrag auf EU-Mitgliedschaft von Montenegro, der am 15. Dezember 2008 der französischen EU-Ratspräsidentschaft übermit-

Rückschlag für den europäischen Integrationsprozess ...

... und nur kleine Fortschritte bei laufenden Beitrittsverhandlungen

Insgesamt aber positive Wahrnehmung der EU

telt wurde. Die internationale Finanzkrise hat darüber hinaus dazu beigetragen, dass es in Staaten wie Island zu einer Neubewertung eines möglichen EU-Beitritts und einer darauf folgenden baldigen Euro-Einführung gekommen

ist. Der zuständige EU-Erweiterungskommissar hat Island, sollte sich das Land für einen Antrag auf Aufnahme entscheiden, eine schnelle Durchführung von Beitrittsverhandlungen in Aussicht gestellt.



Jahresabschluss 2008
der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2008

Aktiva

	31. Dezember 2008 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2007 <i>in EUR</i>
1 Gold und Goldforderungen	5.595.186.740,59	5.115.322.230,16
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	6.342.189.608,24	7.192.263.013,84
2.1 Forderungen an den IWF	486.537.314,85	298.404.783,57
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	5.855.652.293,39	6.893.858.230,27
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	13.285.502.174,28	1.214.895.722,91
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	1.634.340.267,26	986.597.760,92
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	1.634.340.267,26	986.597.760,92
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	–	–
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	22.532.578.926,01	12.694.666.927,00
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	9.107.000.000,00	8.703.193.400,00
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	13.408.000.000,00	3.991.473.527,00
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazität	17.578.926,01	–
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	–	–
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	4.400.141.342,24	127.137,61
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	5.443.030.768,85	4.633.276.301,15
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	429.016.902,35	418.632.652,76
9 Intra-Eurosystem-Forderungen	14.838.446.938,19	19.964.089.383,19
9.1 Beteiligung an der EZB	117.186.925,35	117.186.925,35
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.161.289.917,84	1.161.289.917,84
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	13.559.970.095,00	18.685.612.540,00
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–
10 Schwebende Verrechnungen	103.315.453,96	100.875.792,70
11 Sonstige Aktiva	9.206.178.816,89	9.625.388.034,73
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	139.088.002,73	140.655.390,04
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	143.491.285,23	147.686.002,65
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	6.419.247.144,65	7.719.123.572,90
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	802.976.963,44	18.330.147,18
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	635.788.855,99	597.241.172,95
11.6 Sonstiges	1.065.586.564,85	1.002.351.749,01
	83.809.927.938,86	61.946.134.956,97

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2008 in EUR	31. Dezember 2007 in EUR
1 Banknotenumlauf	20.297.442.750,00	18.052.675.160,00
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	15.642.357.120,43	6.548.091.077,64
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	8.018.007.120,43	6.153.091.077,64
2.2 Einlagefazilität	7.624.350.000,00	395.000.000,00
2.3 Termineinlagen	–	–
2.4 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	50.000.000,00	–
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹	×	×
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	80.747.304,17	16.641.252,94
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	9.009.060,57	10.799.291,39
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	71.738.243,60	5.841.961,55
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	2.644.174,38	14.784.546,73
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	63.707,69	75.297,04
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	–	676.358.995,05
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	–	676.358.995,05
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	–	–
9 Ausgleichsposten für vom IWF zugewiesene Sonderziehungsrechte	197.808.916,00	192.294.330,00
10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	35.662.180.958,91	25.402.201.772,97
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹	×	×
10.2 Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	–	–
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	–	–
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	35.662.180.958,91	25.402.201.772,97
11 Schwebende Verrechnungen	31.055.908,36	24.880.287,43
12 Sonstige Passiva	286.947.950,71	472.953.360,84
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	96.184,93	127.028,25
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	87.203.232,95	96.758.969,60
12.3 Sonstiges	199.648.532,83	376.067.362,99
13 Rückstellungen	2.939.422.641,87	2.865.842.350,56
14 Ausgleichsposten aus Neubewertung	4.474.167.545,23	3.529.439.663,09
15 Kapital und Rücklagen	4.141.935.883,14	4.133.247.130,46
15.1 Kapital	12.000.000,00	12.000.000,00
15.2 Rücklagen	4.129.935.883,14	4.121.247.130,46
16 Bilanzgewinn	3.153.077,97	16.649.732,22
	83.809.927.938,86	61.946.134.956,97

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2008

	Geschäftsjahr 2008 <i>in EUR</i>	Geschäftsjahr 2007 <i>in EUR</i>
1.1 Zinserträge	2.153.886.674,96	1.965.217.752,45
1.2 Zinsaufwendungen	-1.338.075.786,78	-1.226.902.981,38
1 Nettozinsergebnis	815.810.888,18	738.314.771,07
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	153.924.277,95	209.043.369,30
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	-624.694.142,18	-358.375.378,68
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken	-165.908.637,60	-140.914.142,65
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-636.678.501,83	-290.246.152,03
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	5.350.625,97	6.046.573,75
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	-3.528.815,21	-2.660.943,08
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	1.821.810,76	3.385.630,67
4 Erträge aus Beteiligungen	90.725.900,32	22.587.331,09
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	2.188.422,71	7.316.511,83
6 Sonstige Erträge	20.674.508,80	9.192.225,42
Nettoerträge insgesamt	294.543.028,94	490.550.318,05
7 Personalaufwendungen	-115.989.082,13	-107.521.382,65
8 Sachaufwendungen	-82.293.823,40	-78.342.634,77
9 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-12.723.721,97	-13.325.311,38
10 Aufwendungen für Banknoten	-15.634.152,00	-24.840.729,05
11 Sonstige Aufwendungen	-21.189.983,24	-19.857.560,68
Aufwendungen insgesamt	-247.830.762,74	-243.887.618,53
	46.712.266,20	246.662.699,52
12 Körperschaftsteuer	-11.678.066,55	-61.665.674,88
	35.034.199,65	184.997.024,64
13 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	-31.881.121,68	-168.347.292,42
14 Bilanzgewinn	3.153.077,97	16.649.732,22

Anhang zum Jahresabschluss 2008

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) in der Fassung des BGBl. I Nr. 108/2007¹ unter Heranziehung der vom Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) gemäß Artikel 26.4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB-Satzung) erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat am 10. November 2006² beschlossen und werden im vorliegenden Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern diese Leitlinie keine Vorgaben enthält, ist auf die im zweiten Satz des § 67 Abs. 2 NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zurückzugreifen. Die für den Jahresabschluss der OeNB maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen der §§ 67 und 69 sowie § 72 Abs. 1 NBG sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Mit dem Rechnungslegungsänderungsgesetz (ReLÄG) 2004 wurde für die OeNB eine Regelung im § 68 Abs. 3 NBG hinsichtlich der Nichtanwendbarkeit des § 243 Abs. 2 letzter Satz sowie Abs. 3 Z 2 und 5 Unternehmensgesetzbuch (UGB) geschaffen.

Die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 244 ff. UGB ist aufgrund der Bestimmungen des § 67 Abs. 3 NBG im Geschäftsjahr 2008 nicht gegeben.

Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung rich-

tet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur.

Auf Basis der genannten Leitlinie in der gültigen Fassung wurden im Zuge des Jahresabschlusses 2008 die bisher im Aktivposten 11.3 *Sonstiges Finanzanlagevermögen* bis zur Endfälligkeit gehaltenen Euro-Wertpapiere und Anteilspapiere – entsprechend der Herkunft des Emittenten – in den Aktivposten 4.1 *Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets – Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite* bzw. in den Aktivposten 7 *Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet* umgereiht.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, sind gemeinschaftsrechtlich harmonisierte Rechnungslegungsprinzipien und richten sich nach international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit
- Bilanzvorsicht
- Stichtagsbezogenheit
- Wesentlichkeit
- Unternehmensfortführung
- Periodenabgrenzung
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit

Die Erfassung von Fremdwährungsgeschäften, von in Fremdwährung denominierten Finanzinstrumenten sowie von damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten hat nach der wirtschaftlichen Betrachtungsweise (am

¹ Das NBG wurde mit Wirksamkeit 1. Jänner 2008 geändert.

² Beschluss des EZB-Rats vom 10. November 2006 (EZB/2006/16, zuletzt geändert am 11. Dezember 2008, EZB/2008/21).

Abschlussstag) zu erfolgen. Ausgenommen davon sind Wertpapiergeschäfte (inklusive Aktieninstrumenten) in Fremdwährung, die weiterhin auf Grundlage des Zahlungszeitpunkts (Erfüllungstags) erfasst werden können. Die damit zusammenhängenden aufgelaufenen Zinsen, einschließlich Aufschlag oder Abschlag, werden taggenau ab dem Kassa-Abrechnungstag erfasst. Die Erfassung von bestimmten auf Euro lautenden Transaktionen, Finanzinstrumenten und damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten kann entweder am Abschlussstag oder am Erfüllungstag durchgeführt werden.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Euro-Kurs erfasst.

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung heranzuziehen. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte.³ Gold-Zinssatzswaps und Gold-Forward-Zinssatzswaps werden nach dem Prinzip des Arbitrage-Pricing bewertet. Dabei zerlegt man die Produkte in jene Bestandteile (LIBOR-Zinskurve, Gold-Swapsätze und Forward-Goldpreise), zu denen sie auf internationalen Märkten gehandelt werden.

Bei Wertpapieranlagen, Aktienfonds und sonstigen Fondsanteilen erfolgt die Neubewertung jeweils pro Wertpapierkennnummer, bei Fremdwährungsbeständen für jede Währung gesondert.

Der Fondspreis für Master-Kapitalanlagegesellschaften (Master-KAGs) wird täglich von der jeweiligen Depotbank mithilfe marktüblicher Informationssysteme auf Basis der in den Sub-

fonds enthaltenen Vermögensgegenstände ermittelt. Mindestens einmal pro Woche erfolgt mit dem Fondsmanager der Master-KAG ein Abgleich hinsichtlich der Bewertung der Vermögensgegenstände in den Subfonds durch die Depotbank. Bei wenig oder nicht liquiden Vermögensgegenständen erfolgt die Preisermittlung nicht ausschließlich über marktübliche Informationssysteme, wobei die ermittelten Bewertungsansätze der Vermögensgegenstände täglich mit dem Fondsmanager der Master-KAG abgestimmt werden.

Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden oder nicht marktfähig sind, sind mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten zu bilanzieren und unterliegen der Überprüfung auf Wertminderung.

Bei unter oder über pari erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsertrags berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Synthetische Instrumente dürfen abweichend von den allgemeinen Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätzen behandelt werden. Dabei dürfen jene Ergebnisse saldiert werden, die aus der Neubewertung der einzelnen Teile, die das synthetische Instrument bilden, stammen. Im Fall eines per saldo buchmäßigen Kursgewinns erfolgt die Verrechnung auf dem Neubewertungskonto. Per saldo angefallene buchmäßige Kursverluste, die aus Vorperioden existierende Neubewertungskonten übersteigen, werden über die Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet.

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung werden

³ Da im Eurosystem-Bilanzschema keine außerbilanziellen Posten enthalten sind, werden solche Positionen als in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten geführt und dargestellt.

sämtliche Fremdwährungsbestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst. Für im Rahmen der Eigenmittelveranlagung als *Sonstiges Finanzanlagevermögen* gehaltene Devisen ist eine eigene Währungsposition zu führen. In Fremdwährung denomierte Aktieninstrumente, die im *Sonstigen Finanzanlagevermögen* auszuweisen sind, sind ebenso in einer separaten Währungsposition zu führen.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutarischen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskosten-Methode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt. Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der jährlichen Neubewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Umkehrung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder

einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Für die Berechnung der Marktrisiken wird ein Value-at-Risk (VaR)-Ansatz herangezogen, wobei das Konfidenzniveau 99,0% und der Zeithorizont ein Jahr beträgt.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert jeder Gesellschaft.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden grundsätzlich, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen (Tabelle 1):

Tabelle 1

Vermögensgegenstand	Abschreibungsdauer
EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge	4 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung	10 Jahre
Gebäude	25 Jahre
Sachanlagen im Wert von unter 10.000,- EUR (geringwertige Vermögensgegenstände)	Abschreibung im Anschaffungsjahr

Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008

Tabelle 2

	Realisierte Gewinne GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) <i>in Tsd EUR</i>	Realisierte Verluste GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) <i>in Tsd EUR</i>	Buchmäßige Verluste GuV-Posten 2.2 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) <i>in Tsd EUR</i>	Veränderung der buchmäßigen Gewinne (Verrechnung über Neubewertungs- konten) <i>in Tsd EUR</i>
Gold	1	–	–	+479.865
Fremdwährungen				
Eigenbestand	55.615	56.211	556.313	+121.300
Eigenmittelveranlagung	441	0	–	–130
Wertpapiere				
Eigenbestand	227.085	69.209	65.593	+239.230
Eigenmittelveranlagung	8.548	12.346	2.788	+64.504
Beteiligungen der Eigenmittelveranlagung	–	–	–	+35.651
Außerbilanzielle Geschäfte	–	–	–	–2.059
Insgesamt	291.690	137.766	624.694	+938.361

Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden

Die Euro-Banknoten werden von der EZB und den nationalen Zentralbanken der 15 Länder des Euroraums, die zusammen das Eurosystem⁴ bilden, ausgegeben. Der in der Bilanz der OeNB (und der anderen Zentralbanken des Eurosystems) auszuweisende Euro-Banknotenumlauf wird rechnerisch mit dem dafür vereinbarten Eurosystem-internen Verteilungsschlüssel ermittelt, und zwar jeweils am letzten Geschäftstag jedes Monats.

Vom Gesamtwert der ausgegebenen Banknoten (logistischer Banknotenumlauf) werden 8% auf die EZB und 92% auf die Zentralbanken des Eurosystems verteilt, wobei die 92% je nach den Anteilen der einzelnen nationalen Zentralbanken am eingezahlten Kapital der EZB aufgeteilt werden. Der so ermittelte OeNB-Anteil an den vom Eurosystem insgesamt ausgegebenen Bank-

noten wird auf der Passivseite der Bilanz im Bilanzposten *Banknotenumlauf* ausgewiesen.

Die Differenz zwischen dem ermittelten OeNB-Anteil und ihrem Anteil am logistischen Banknotenumlauf ergibt eine verzinliche *Intra-Eurosystem-Forderung* oder *Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit*. Überwiegt der logistische Banknotenumlauf, weist die OeNB entsprechende *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* aus; überwiegt der nach dem Banknoten-Verteilungsschlüssel ermittelte Wert, ergeben sich entsprechende Nettoforderungen (siehe die Erläuterung zu den Intra-Eurosystem-Salden).

Damit sich mit der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels die Gewinnsituation der einzelnen nationalen Zentralbanken im Vorjahresvergleich nicht maßgeblich ändert, gilt für die daraus resultierenden Intra-Eurosystem-

⁴ Die Central Bank of Cyprus und die Central Bank of Malta gehören dem Eurosystem seit dem Jahr 2008 an.

Salden in den ersten fünf Jahren nach dem Jahr der Euro-Bargeldeinführung⁵ eine Einschleifregelung. Zu diesem Zweck wird die Differenz des durchschnittlichen Banknotenumlaufs im Referenzzeitraum vor der Euro-Bargeldeinführung zum errechneten Durchschnittswert auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels berechnet. Diese Differenz wird mit einem jährlich sinkenden Faktor ausgeglichen, bis ab dem sechsten Jahr nach der Bargeldumstellung der Gewinn aus dem Banknotenumlauf (Seigniorage) nur noch auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels verteilt wird.

Die Zinserträge und -aufwendungen im Zusammenhang mit diesen Salden werden über die EZB verrechnet und im GuV-Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

Laut Beschluss des EZB-Rats steht die Seigniorage der EZB aus ihrem Anteil von 8% am Euro-Banknotenumlauf den nationalen Zentralbanken des Eurosystems noch im Jahr des Entstehens zu und ist am zweiten Geschäftstag nach Ablauf des jeweiligen Finanzgeschäftsjahres an diese auszuschütten. Zur Verteilung kommt der volle Betrag, es sei denn der Nettogewinn der EZB für das jeweilige Geschäftsjahr liegt unter ihrer Seigniorage. Außerdem kann der EZB-Rat beschließen, den Betrag um anteilige Kosten der EZB für die Banknotenausgabe und -bearbeitung zu kürzen oder die EZB-Rückstellung zur Absicherung gegen Wechselkurs-, Zinsänderungs- und Goldpreisrisiken mit der EZB-Seigniorage (oder einem Teilbetrag) zu dotieren. Der an die OeNB ausgeschüttete Betrag wird im GuV-Posten 4 *Erträge aus Beteiligungen* ausgewiesen.

Für das Jahr 2008 beschloss der EZB-Rat in seiner 258. Sitzung am 17./18. Dezember 2008, dass die im Jahr 2008 erzielte Seigniorage der EZB teilweise zur Ausschüttung gelangen soll. Diese für die nationalen Zentralbanken des Eurosystems verbleibende Seigniorage fließt in das Ergebnis der OeNB für das Geschäftsjahr 2008 entsprechend ihrem relativen Kapitalanteil ein.

Intra-Eurosystem-Salden, die aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels resultieren, werden saldiert als Nettoforderungen bzw. Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems ausgewiesen.

Risikomanagement

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Zentralbank stellen finanzielle und operationale Risiken wesentliche Einflussfaktoren auf die Erfolgssituation und auf eine gesicherte Unternehmensfortführung dar. Das Risikomanagement in der OeNB basiert auf verbindlichen Regelungen und besteht in der Anwendung anerkannter Verfahren bzw. wird durch eine laufende Überprüfung gewährleistet. Ebenso erfolgt eine laufende Berichterstattung.

Finanzielle Risiken

Zu den finanziellen Risiken zählen das Markt-, das Kredit- und das Liquiditätsrisiko. Die grundsätzliche Beschreibung des Managements von Währungsreserven und der Risikosteuerung ist in einem *Rulebook*, das vom OeNB-Direktorium (Direktorium) beschlossen wurde, festgelegt. Dem OeNB-Treasury (Treasury) wird auf Vorschlag des Risikokomitees ein vom Direktorium festge-

⁵ Zypern und Malta führten das Euro-Bargeld im Jahr 2008 ein.

legtes Risikobudget zugeteilt, wobei das Treasury die Veranlagungen mittels Benchmark, Limiten und Durationen durchführt. Die Einhaltung des Risikobudgets wird durch das Risikokomitee überwacht. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig an das Direktorium. Neue Währungen und Veranlagungsarten sind vom Direktorium zu bewilligen. Internationalen Trends folgend soll das finanzielle Risikomonitoring der OeNB in Zukunft gesamthaft durchgeführt werden.⁶

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist durch Veränderungen auf den Finanzmärkten, insbesondere aufgrund von Änderungen der Wechselkurse und der Zinssätze, beeinflusst. Das Direktorium beschließt auf Vorschlag des Investmentkomitees eine Benchmark, die u. a. auch die kurzfristigen Marktentwicklungen berücksichtigt. Das Wechselkursrisiko wird über Limite pro Währung, das Zinsänderungsrisiko über Durationsziele bzw. -grenzen gesteuert. Weiters wird das Risiko durch das vom Direktorium beschlossene Risikobudget begrenzt, dessen Einhaltung mittels einer VaR-Berechnungsmethode überwacht wird. Die VaR-Berechnung wird mit einem 1-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99,0% durchgeführt.

Die Risikoposition richtet sich nach dem aktuell veranlagten Eigenbestand inklusive Gold und Sonderziehungsrechten sowie der Eigenmittelveranlagung und zweckgewidmeten Veranlagungen.

Zudem sorgt die OeNB auch entsprechend ihrem eingezahlten Kapitalanteil für das Risiko der EZB und des

Eurosystems vor. Für die Ermittlung des anteiligen Eurosystemrisikos sowie der übrigen vom Risikobudget nicht erfassten Marktrisiken werden anerkannte Berechnungsmodelle herangezogen.

Das Risiko aus der Immobilienbeteiligung wird mittels eines Immobilienindex berechnet.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko spiegelt das Risiko, das gegenüber Schuldnern existiert, wider. Das Management erfolgt beim Kreditrisiko über ein Limitsystem, bei dem sämtliche Limite und deren Ausnutzung jederzeit aktuell zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden die Finanzmärkte laufend beobachtet und daraus entsprechende Expertisen erstellt. Für die Berechnung des Kreditrisikos wurden die Ausfallraten mithilfe von Standard & Poor's Default-Matrizen ermittelt.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass Geschäftspartner ihren finanziellen Verpflichtungen nicht zeitgerecht oder betraglich nachkommen können, weil sie nicht über ausreichende liquide Mittel verfügen. Aus diesem Grund werden Geschäfte nur mit Partnern ausgewählter Bonitätskategorien und im Rahmen der beschlossenen Limite durchgeführt, wobei insbesondere auf Sicherheit und Liquidität Bedacht genommen wird. Diesen Prinzipien ist die Rentabilität nachgereicht.

Sonstige zentralbankspezifische Risiken

Neben den erwähnten Risiken unterliegt eine nationale Zentralbank noch anderen spezifischen Risiken, die aus

⁶ Ein diesbezügliches Projekt wurde im April 2008 gestartet und soll planmäßig im Jahr 2009 abgeschlossen sein.

der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags entstehen. Die OeNB ist sich dieser Risiken bewusst, setzt risikoreduzierende Maßnahmen und sorgt für diese Risiken entsprechend vor.

Operationales Risiko

Operationale Risiken sind alle jene Risiken, die aufgrund von Schäden oder inadäquaten Abläufen in Prozessen, Systemen oder durch Menschen und externe Ereignisse entstehen können. Das Management des operationalen Risikos der OeNB ist im *ORION – Handbuch Risiko- und Krisenmanagement* geregelt und wird dabei nach der Auswirkung einzelner Risikoszenarien auf den Imagewert, die Kosten und mögliche daraus entstehende Verluste bewertet. Es erfolgt eine laufende Evaluierung und eine halbjährliche Berichterstattung an das Management.

Die mit der Bedeckung des finanziellen Risikos im Zusammenhang stehenden Vorsorgen zum Bilanzstichtag 2008 sind in Tabelle 3 dargestellt.

IT-Sicherheitspolitik

Die IT-Sicherheitspolitik definiert die Leitlinien und Vorgaben zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus für Entwicklung, Betrieb und Nutzung von IT-Systemen in der OeNB. Zentrale Aufgaben im IT-Sicherheitsprozess kommen insbesondere

- dem IT-Sicherheitsforum zur Beratung, Abstimmung und Steuerung der IT-Sicherheit,
- dem IT-Sicherheitsmanager, der die Verantwortung für die fachliche Richtigkeit der zur Entscheidung vorgelegten Maßnahmen und für die Initiierung sowie Durchführung des IT-Sicherheitsprozesses trägt,
- den IT-Sicherheitsexperten, die für die Erarbeitung und Umsetzung von IT-Sicherheitsrichtlinien und IT-Spezifikationen verantwortlich sind, und
- den fachlichen Produktverantwortlichen zu.

Im Rahmen der IT-Sicherheitspolitik erfolgen regelmäßige Tests und Berichterstattungen.

Tabelle 3

Finanzielles Risiko und finanzielle Vorsorgen zum 31. Dezember 2008

Finanzielles Risiko		Finanzielle Vorsorgen	
in Mio EUR		in Mio EUR	
Risikobudget Treasury	4.453	2.129	Neubewertungskonten ¹
		1.650	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
		674	Risikorückstellung
Sonstige finanzielle und zentralbankspezifische Risiken ²	489	323	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
		166	Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems
Insgesamt	4.942	4.942	
Risiko aus Immobilienbeteiligung – Bandbreite	59 bis 66	Zur Deckung werden die stillen Reserven in den Liegenschaften der Immobilienbeteiligung herangezogen	

¹ Die Neubewertungskonten für Fremdwährungen werden unter Berücksichtigung des Netting-Verbots herangezogen.

² Darin enthalten sind das Kreditrisiko, anteilige Eurosystemrisiken und sonstige Risiken.

Kapitalbewegungen

Tabelle 4

Entwicklung im Jahr 2008	31.12.2007 in Tsd EUR	Zunahme in Tsd EUR	Abnahme in Tsd EUR	31.12.2008 in Tsd EUR
I. Eigenkapital im engeren Sinn				
(Grund-)Kapital	12.000	–	–	12.000
Gewinnlättrungsrücklage	2.226	–	–	2.226
	14.226	–	–	14.226
II. Risikovorsorgen für spezielle Geschäftsrisiken				
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
	1.973.263	–	–	1.973.263
III. Eigenkapital im weiteren Sinn (I. + II.)	1.987.489	–	–	1.987.489
IV. „Ergänzungskapital“ (mit spezieller Zweckwidmung)				
Jubiläumfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft				
Originärer Jubiläumfonds	31.500	–	–	31.500
Jubiläumfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.500.000	–	–	1.500.000
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	614.258	+8.689	–	622.947
	2.145.758	+8.689	–	2.154.447
Gesamteigenkapital (III. + IV.)	4.133.247	+8.689	–	4.141.936

Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2008

Tabelle 5

Nettowährungsposition (inklusive Gold)	31.12.2008 in Tsd EUR	31.12.2007 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Gold und Goldforderungen	5.595.187	5.115.322	+479.865	+9,4
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	6.342.190	7.192.263	–850.073	–11,8
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	13.285.502	1.214.896	+12.070.606	n.a.
Sonstige Aktiva	180.649	158.776	+21.873	+13,8
<i>abzüglich:</i>				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	64	75	–11	–15,4
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	–	676.359	–676.359	–100,0
Ausgleichsposten für vom IVF zugeteilte Sonderziehungsrechte	197.809	192.294	+5.515	+2,9
Sonstige Passiva	21.142	2.635	+18.507	n.a.
Ausgleichsposten aus Neubewertung ¹	164.578	61.977	+102.601	+165,6
	25.019.935	12.747.917	+12.272.018	+96,3
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	–13.320.415	–664.119	–12.656.296	n.a.
Insgesamt	11.699.520	12.083.798	–384.278	–3,2

¹ Resultiert aus der Wertsteigerung von Wertpapieren und Derivaten in Fremdwährung als Folge der Bewertung zum Bilanzstichtag.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

1 Gold und Goldforderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2008	5.595.187	
31.12.2007	5.115.322	
Veränderung	+479.865	(+9,4%)

In diesem Posten ist der physische und buchmäßige Bestand an Gold ausgewiesen. Dieser beläuft sich am 31. Dezember 2008 auf 9.002.105,635 Unzen Feingold (ozf) oder 279.996,81888 Kilogramm Feingold (kgf). Auf Basis des Bewertungspreises von 621,542 EUR/ozf (d. s. 19.983,04 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 5.595.187 Tsd EUR.

Aus der Bewertung zum 31. Dezember 2008 resultierten buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 479.865 Tsd EUR.

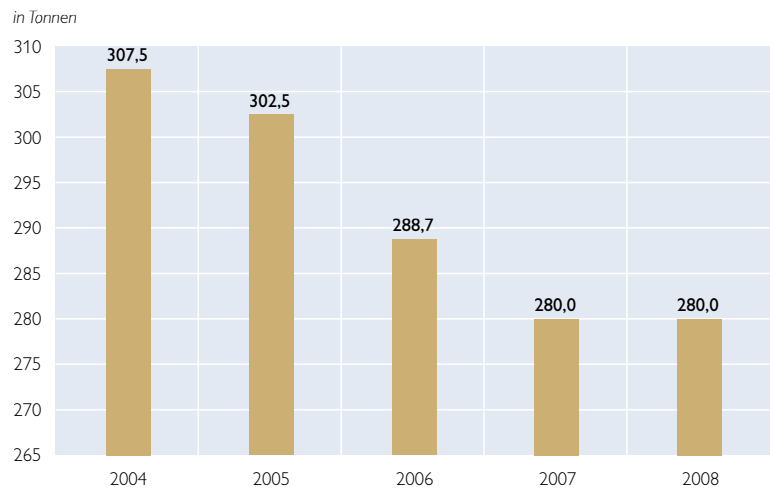
Während des Jahres 2008 wurden keine Goldverkäufe durchgeführt (2007: 8,75 Tonnen im Gegenwert von 137.220 Tsd EUR).

2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2008	6.342.190	
31.12.2007	7.192.263	
Veränderung	-850.073	(-11,8%)

Dieser Bilanzposten enthält neben dem Komplex *Internationaler Währungsfonds* Fremdwährungsforderungen gegen Geschäftspartner in Ländern, die nicht an der Währungsunion teilnehmen.

Goldbestände der OeNB im 5-Jahres-Überblick



Quelle: OeNB.

Der Aktivposten 2.1 *Forderungen an den IWF* ist in Tabelle 6 ersichtlich.

Die *Forderung aus der Beteiligung am IWF* hat durch Ziehungen zugunsten von Mitgliedstaaten sowie durch Kontodotationen um insgesamt 157.910 Tsd EUR zugenommen. Demgegenüber ist diese Forderung durch Erläge von Mitgliedstaaten um 29.837 Tsd EUR gesunken. Weiters haben sich die Bewertung der Gesamtquote und die Effekte aus per saldo realisierten Kursverlusten und Buchwertangleichungen (-1.002 Tsd EUR) entsprechend ausgewirkt.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt aufgrund der sich wöchentlich ändernden Remunerationsrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – in gleicher Höhe wie der Zinssatz der Sonderziehungsrechte (SZR) – zwischen 0,82 % und 3,50 % p. a. bewegte.

Die *Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF*⁷ stehen zum 31. Dezember 2008 mit einem Gegenwert von 219.157 Tsd EUR, das entspricht 198,4 Mio SZR,

⁷ Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der SZR teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich erworbenen SZR in ihre Aktiva einzustellen.

Tabelle 6

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gesamtforderung (österreichische Quote) im Gegenwert von 1.872,3 Mio SZR ¹	2.068.517	2.010.850	+57.667	+2,9
abzüglich:				
Nicht abberufener Teil der Quote	1.808.870	1.878.274	-69.404	-3,7
Forderung aus der Beteiligung am IWF	259.647	132.576	+127.071	+95,8
Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF	219.157	158.311	+60.846	+38,4
Sonstige Forderungen gegen den IWF	7.734	7.518	+216	+2,9
Insgesamt	486.538	298.405	+188.133	+63,0

¹ Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

zu Buche. Die im Jahr 2008 eingetretene Zunahme um per saldo 60.846 Tsd EUR ist durch SZR-Ankäufe (per saldo +55.682 Tsd EUR), durch Zinsabrechnungen, die insbesondere die Remuneration der Beteiligung am IWF betreffen (+2.021 Tsd EUR), und durch Bewertungsdifferenzen (+4.106 Tsd EUR) beeinflusst.

Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge jedoch nach wie vor so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 179.045 Tsd SZR beläuft.

Unter den *Sonstigen Forderungen gegen den IWF* wurden sämtliche übrigen Beitragsleistungen der OeNB zu Sonderkreditaktionen des IWF erfasst, zuletzt im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Emergency Assistance for Natural Disasters (EAND).

Der Aktivposten 2.2 *Guthaben bei Banken, Wertpapiieranlagen, Auslandskredite*

und *sonstige Auslandsaktiva* ist in Tabelle 7 ersichtlich.

In den *Guthaben bei Banken* sind Fremdwährungsbestände auf Korrespondenzkonten und Taggeldanlagen enthalten. Die Wertpapiere wurden von Emittenten mit Sitz außerhalb des Euro-Währungsgebiets begeben.

Im Jahr 2008 wurden außerdem zwischen der EZB und der OeNB Geschäfte zur Liquiditätsbereitstellung in Form von US-Dollar-Swaps (insgesamt 176,9 Mrd USD) und Schweizer Franken-Swaps (insgesamt 52,2 Mrd CHF) abgeschlossen. Infolge dieser Geschäfte wurden die Fremdwährungen an inländische Geschäftsbanken gegen Euro verkauft und nach der Laufzeit zurückgekauft, sodass die noch offenen Transaktionen nicht in diesem Bilanzposten aufscheinen (siehe auch *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten*). Zum 31. Dezember 2008 waren derartige Geschäfte in Höhe von 5,8 Mrd USD und 6,45 Mrd CHF ausständig.

Tabelle 7

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	1.208.018	2.384.334	-1.176.316	-49,3
Wertpapiere	4.642.701	4.504.925	+137.776	+3,1
Sonstige Forderungen	4.933	4.599	+334	+7,3
Insgesamt	5.855.652	6.893.858	-1.038.206	-15,1

Tabelle 8

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	13.111.186	699.054	+12.412.132	n.a.
Wertpapiere	174.316	515.842	-341.526	-66,2
Insgesamt	13.285.502	1.214.896	+12.070.606	n.a.

3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die *Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet* sind in Tabelle 8 enthalten.

In den *Guthaben bei Banken* sind mit 13.111.098 Tsd EUR Festgeldanlagen enthalten, die aus Liquidität zuführenden Geschäften in US-Dollar an inländische Banken (gegen Hinterlegung von Sicherheiten) in Höhe von 18.247 Mio USD als Folge einer Sonderfinanzierungsfazilität (Euro/US-Dollar-Swaps) zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York resultieren. Auf Basis dieses Swaps schrieb daraufhin das Eurosystem US-Dollar-Tender aus. Eurosystem-intern wurden die US-Dollar-Tender über Swapgegengeschäfte zwischen der EZB und den nationalen Zentralbanken des Euroraums abgewickelt. Die aus den Swapgeschäften der OeNB mit der EZB resultierenden unverzinslichen Verbindlichkeiten gegenüber der EZB wurden im Passivposten 10.4 *Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)* erfasst.

4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zu den Bilanzstichtagen 2007 und 2008 ist in Tabelle 9 dargestellt.

Die Veränderung der *Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden*, resultiert aus der Umreihung derartiger Wertpapiere vom Aktivposten 11.3 *Sonstiges Finanzanlagevermögen* gemäß der zum 31. Dezember 2008 gültigen Bilanzierungsvorschriften (Erläuterungen dazu siehe *Rechtliche Grundlagen*). Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, sind Wertpapiere mit fixen oder bestimmbareren Rückzahlungen und einer fixen Endfälligkeit, für die die ausdrückliche Absicht besteht, diese bis zur Endfälligkeit zu halten.

5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die zur Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt (Tabelle 10).

5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Als *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* werden die wöchentlich stattfindenden Liquidität zuführenden befristeten Transak-

Tabelle 9

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	931.581	975.738	-44.157	-4,5
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	699.287	-	+699.287	x
Sonstige Veranlagungen	3.472	10.860	-7.388	-68,0
Insgesamt	1.634.340	986.598	+647.742	+65,7

Tabelle 10

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	9.107.000	8.703.193	+403.807	+4,6
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	13.408.000	3.991.474	+9.416.526	+235,9
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–	–	–
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–	–	–
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	17.579	–	+17.579	x
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	–	–	–	–
Insgesamt	22.532.579	12.694.667	+9.837.912	+77,5

Tabelle 11

Beschluss vom	mit Wirkung vom	um Prozentpunkte	auf %
3. Juli 2008	9. Juli 2008	+0,25	4,25
8. Oktober 2008	15. Oktober 2008	–0,50	3,75
6. November 2008	12. November 2008	–0,50	3,25
4. Dezember 2008	10. Dezember 2008	–0,75	2,50

tionen bezeichnet. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im Rahmen von Standardtendern durchgeführt. Alle Geschäftspartner, die die allgemeinen Zulassungskriterien erfüllen, sind zur Abgabe von Geboten innerhalb eines Tages berechtigt.

Die Veränderungen des Zinssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte gemäß Beschluss des EZB-Rats werden in Tabelle 11 dargestellt.

5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Die *Längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte* sind Liquidität zuführende befristete Transaktionen in monatlichem Abstand mit einer Laufzeit von drei Monaten. Über diese Geschäfte sollen den Geschäftspartnern zusätzliche längerfristige Refinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im Wege von Standardtendern durchgeführt. Darüber hinaus wurden im Jahr 2008 zusätzliche längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit Laufzeiten zwischen einem und sechs Monaten abgeschlossen. Am 15. Oktober 2008 be-

schloss der EZB-Rat, die standardmäßigen längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte für den Zeitraum vom 30. Oktober 2008 bis Ende März 2009 durch Fixzinssatz-Tenderoperationen mit voller Zuteilung zu ersetzen. Die Volumina lagen dabei zwischen 20 Mrd EUR und 135 Mrd EUR. Die Laufzeiten betragen zwischen einem und sechs Monaten.

5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen

Diese werden von Fall zu Fall zur Steuerung der Marktliquidität und der Zinssätze durchgeführt, und zwar insbesondere, um die Auswirkungen unerwarteter marktmäßiger Liquiditätsschwankungen auf die Zinssätze auszugleichen. Die Feinsteuerungsinstrumente und -verfahren werden der jeweiligen Art der Transaktionen und den dabei verfolgten speziellen Zielen angepasst. Feinsteuerungsoperationen werden üblicherweise dezentral von den nationalen Zentralbanken über Schnelltender oder bilaterale Geschäfte durchgeführt. Der EZB-Rat entscheidet, ob in Ausnahmefällen

Tabelle 12

Beschluss vom	mit Wirkung vom	um Prozentpunkte	auf %
3. Juli 2008	9. Juli 2008	+0,25	5,25
8. Oktober 2008	8. Oktober 2008	-0,50	4,75
8. Oktober 2008	9. Oktober 2008	-0,50	4,25
6. November 2008	12. November 2008	-0,50	3,75
4. Dezember 2008	10. Dezember 2008	-0,75	3,00

Feinsteuerooperationen von der EZB selbst durchgeführt werden.

Im Jahr 2008 wurden Feinsteuerooperationen mit durchschnittlich 29.894 Tsd EUR durchgeführt.

5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen

Im Jahr 2008 wurden keine derartigen Geschäfte abgeschlossen.

5.5 Spitzenrefinanzierungsfazität

Der Finanzsektor kann die *Spitzenrefinanzierungsfazität* in Anspruch nehmen, um sich von den nationalen Zentralbanken Übernachtliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen. Diese Kreditlinie ist zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäftspartner bestimmt. Der Zinssatz dieser Fazität bildet im Allgemeinen die Obergrenze des Taggeldsatzes.

Die Spitzenrefinanzierungsfazität wurde im Jahr 2008 mit durchschnittlich 11.865 Tsd EUR in Anspruch genommen.

Die Veränderungen des Zinssatzes für die Spitzenrefinanzierungsfazität gemäß Beschluss des EZB-Rats werden in Tabelle 12 dargestellt.

6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR
31.12.2008	4.400.141
31.12.2007	127
Veränderung	+4.400.014 (n.a.)

In diesem Posten sind Forderungen enthalten, die nicht aus geldpolitischen Operationen resultieren. Im Bilanzstand per 31. Dezember 2008 ist auch eine Liquiditätsbereitstellung seitens der OeNB in ihrer Funktion als Lender of Last Resort im Ausmaß von 4 Mrd EUR erfasst.

7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zu den Bilanzstichtagen 2007 und 2008 ist in Tabelle 13 dargestellt.

In diesem Posten sind alle marktgängigen Wertpapiere, die nicht unter dem währungspolitischen Instrumentarium auszuweisen bzw. keinen bestimmten Veranlagungszwecken gewidmet sind, zusammengefasst. Die Veränderung der Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, re-

Tabelle 13

	31.12.2008 in Tsd EUR	31.12.2007 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	4.077.843	4.633.276	-555.433	-12,0
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	1.365.188	-	+1.365.188	x
Insgesamt	5.443.031	4.633.276	+809.755	+17,5

sultiert aus der Umreihung derartiger Wertpapiere vom Aktivposten 11.3 *Sonstiges Finanzanlagevermögen* gemäß der zum 31. Dezember 2008 gültigen Bilanzierungsvorschriften (Erläuterungen dazu siehe *Rechtliche Grundlagen*). Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, sind Wertpapiere mit fixen oder bestimmbar Rückzahlungen und einer fixen Endfälligkeit, für die die ausdrückliche Absicht besteht, diese bis zur Endfälligkeit zu halten.

Weiters haben sich transaktionsbedingte Abgänge ausgewirkt.

8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2008	429.017	
31.12.2007	418.633	
Veränderung	+10.384	(+2,5%)

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996.

Das theoretische Höchstausmaß der Einlösungsverpflichtung des Bundes ist die Summe aller vor 1989 ausgegebenen Silbergedenkmünzen, vermindert um bereits bezahlte Münzenrücklieferungen, um von der Münze Österreich Aktiengesellschaft (Münze Österreich) direkt eingezogene Münzen sowie um Tilgungen. Die Tilgungen erfolgen mit einem jährlichen Betrag von 5.814 Tsd EUR. Weiters sind die Erlöse aus der Verwertung der rückgelieferten Silbermünzen, einschließlich der aus der Veranlagung dieser Beträge durch die Münze Österreich bis zum vertraglich festgelegten jährlichen Überweisungsstermin realisierten Zinsen, zur Tilgung zu verwenden. Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilg-

bare Restschuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen. Zum 31. Dezember 2008 beträgt die Einlösungsverpflichtung des Bundes 1.182.935 Tsd EUR.

Erhöhungen dieser Forderung aus Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an die Münze Österreich gegen Verrechnung mit dem Bund im Gesamtnennwert von 17.800 Tsd EUR standen Tilgungen aus dem *Gewinnanteil des Bundes* am Erfolgsüberschuss 2007 der OeNB sowie aus Verwertungserlösen von Silbermünzen über insgesamt 7.416 Tsd EUR gegenüber.

9 Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2008	14.838.447	
31.12.2007	19.964.089	
Veränderung	-5.125.642	(-25,7%)

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB und jene aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB enthalten. Weiters sind in diesem Posten die Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems ausgewiesen.

Die Zusammensetzung der *Intra-Eurosystem-Forderungen* zu den Bilanzstichtagen 2007 und 2008 kann Tabelle 14 entnommen werden.

9.1 Beteiligung an der EZB

In diesem Bilanzposten wird die Beteiligung der OeNB an der EZB ausgewiesen. Zum 1. Jänner 2008 traten die Central Bank of Cyprus und die Central Bank of Malta dem Eurosystem bei. Durch diese Beitritte und die dementsprechende Anpassung der voll eingezahlten relativen Kapitalanteile ist der Anteil der OeNB von 2,9002 % auf 2,8924 % gesunken. Da die gezeichnete

Tabelle 14

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
9.1 Beteiligung an der EZB	117.187	117.187	–	–
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.161.290	1.161.290	–	–
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	x	x	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	13.559.970	18.685.612	–5.125.642	–27,4
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–	–	–
Insgesamt	14.838.447	19.964.089	–5.125.642	–25,7

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

ten EZB-Kapitalanteile unverändert bleiben, zog dies keine Anpassungszahlungen nach sich.

Neben der gemäß Artikel 29.3 der ESZB-Satzung alle fünf Jahre zu erfolgenden Anpassung der Anteile der nationalen Zentralbanken am Kapital der EZB ist mit 1. Jänner 2009 die Národná banka Slovenska dem Eurosystem beigetreten (siehe auch *Ereignisse nach dem Bilanzstichtag*).

Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

In diesem Posten weist die OeNB ihre aufgrund der Übertragung von Währungsreserven gegenüber der EZB bestehenden Forderungen aus, und zwar zu dem Euro-Gegenwert, den die Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Einbringung bei der EZB hatten. Diese Forderungen werden mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems (vermindert um einen Abschlag von 15 %) verzinst.

Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems

In diesem Posten werden die Forderungen der OeNB gegenüber dem Eurosystem erfasst, die sich aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels ergeben (siehe auch *Banknotenumlauf* und *Intra-Eurosystem-Salden*).

10 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen, die im Folgejahr durch Zahlung ausgeglichen werden.

11 Sonstige Aktiva

Die *Sonstigen Aktiva* werden in Tabelle 15 dargestellt.

11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets

Dieser Bilanzposten stellt den Kassenbestand der OeNB an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Währungssystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar.

11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die *Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände* beinhalten *Gebäude und Grundstücke, Einrichtung und Maschinen* (Geschäftsausstattung, EDV-Hardware, Kraftfahrzeuge), *Mobile Sachwerte* und *Immaterielle Vermögensgegenstände*.

Tabelle 15

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	139.088	140.655	-1.567	-1,1
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	143.491	147.686	-4.195	-2,8
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	6.419.247	7.719.124	-1.299.877	-16,8
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	802.977	18.330	+784.647	n.a.
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	635.789	597.241	+38.548	+6,5
11.6 Sonstiges	1.065.587	1.002.352	+63.235	+6,3
Insgesamt	9.206.179	9.625.388	-419.209	-4,4

Tabelle 16 zeigt die Entwicklung der Gebäude und Grundstücke.

Tabelle 16

in Tsd EUR

Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 31.12.2007 ¹	116.891
Zugänge im Jahr 2008	72
Abgänge (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten) im Jahr 2008	1.056
Kumulierte Abschreibungen	34.247
Buchwert 31.12.2008	81.660
Buchwert 31.12.2007	86.090
Abschreibungen des Jahres 2008	4.376

¹ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

Am 26. September 2007 wurde nach einem Versteigerungsverfahren der Verkauf des Hotels Miramonte beschlossen. Die Übergabe des Hotels und der Eigentumsübergang erfolgten am 28. März 2008.

Die Entwicklung der Einrichtung und Maschinen ist in Tabelle 17 dargestellt.

Tabelle 17

in Tsd EUR

Anschaffungskosten bis 31.12.2007	82.847
Zugänge im Jahr 2008	8.658
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2008 ¹	9.573
Kumulierte Abschreibungen	59.146
Buchwert 31.12.2008	22.786
Buchwert 31.12.2007	22.556
Abschreibungen des Jahres 2008	8.332

¹ Die Abgänge zu Buchwerten (d.s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 95 Tsd EUR.

Die Entwicklung der *Mobilen Sachwerte* (historische Streichinstrumente und Münzsammlung) ist in Tabelle 18 dargestellt.

Tabelle 18

in Tsd EUR

Anschaffungskosten bis 31.12.2007	34.550
Zugänge im Jahr 2008	20
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2008	-
Kumulierte Abschreibungen	1.600
Zuschreibungen	5.494
Buchwert 31.12.2008	38.464
Buchwert 31.12.2007	38.444
Abschreibungen des Jahres 2008	-

Die Instrumentensammlung besteht zum Bilanzstichtag 2008 unverändert aus 28 Violinen, 5 Violoncelli und 3 Violen. Die Streichinstrumente werden im Rahmen der Kulturförderung an namhafte Musiker verliehen.

Tabelle 19 zeigt die Entwicklung der *Immateriellen Vermögensgegenstände* (Nutzungsrecht).

Tabelle 19

in Tsd EUR

Anschaffungskosten bis 31.12.2007	720
Zugänge im Jahr 2008	-
Abgänge im Jahr 2008	-
Kumulierte Abschreibungen ¹	139
Buchwert 31.12.2008	581
Buchwert 31.12.2007	596
Abschreibungen des Jahres 2008 ¹	15

¹ Die Abschreibung erfolgt auf 46,75 Jahre.

Tabelle 20

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	5.520.157	6.181.359	-661.202	-10,7
Beteiligungen	901.314	880.786	+20.528	+2,3
Sonstige Veranlagungen	70.035	735.511	-665.476	-90,5
Schwebende Verrechnungen	-72.259	-78.532	+6.273	+8,0
Insgesamt	6.419.247	7.719.124	-1.299.877	-16,8

11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen

Das *Sonstige Finanzanlagevermögen* wird in Tabelle 20 dargestellt.

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1.576.609 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 1.544.774 Tsd EUR der Veranlagung des *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (davon 1.512.534 Tsd EUR zur Förderung der FTE-Nationalstiftung) gewidmet. Auf die Veranlagung von Eigenmitteln entfielen 2.398.774 Tsd EUR.⁸ Jene Wertpapiere des OeNB-Eigenbestands, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, wurden per 31. Dezember 2008 entsprechend den Änderungen der Bilanzierungsleitlinie in den Aktivposten 4.1 *Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets – Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite* sowie in den Aktivposten 7 *Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet* umgereiht (Erläuterungen dazu siehe *Rechtliche Grundlagen*). Aus der Wertpapierbewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 94.425 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 14.912 Tsd EUR gegenüberstehen.

Von den Beteiligungen sind 588.272 Tsd EUR der Eigenmittelveranlagung und 313.042 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve gewidmet.

Die Entwicklung der *Beteiligungen* zeigt Tabelle 21.

Tabelle 21

	in Tsd EUR
Substanzwert zum 31.12.2007	880.786
Zugänge im Jahr 2008	-
Abgänge im Jahr 2008 (zu Buchwerten)	26.412
Abschreibungen des Jahres 2008	-
Neubewertung im Jahr 2008	46.940
Substanzwert zum 31.12.2008	901.314

Die *Sonstigen Veranlagungen* stellen im Wesentlichen täglich fällige und kurzfristige Veranlagungen dar, wovon 25.931 Tsd EUR auf die Veranlagung der Pensionsreserve und 8.345 Tsd EUR auf die Veranlagung zur Förderung der FTE-Nationalstiftung, 28.420 Tsd EUR auf die Veranlagung des originären Jubiläumsfonds und 7.339 Tsd EUR auf die Eigenmittelveranlagung entfallen.

11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2008	802.977	
31.12.2007	18.330	
Veränderung	+784.647	(n.a.)

In diesem Bilanzposten werden die aus der Bewertung von nicht in der Bilanz ausgewiesenen Geschäften und Positionen stammenden Nettokursgewinne summiert, die gegen den Passivposten 14

⁸ Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital, die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, die Gewinnglättungsrücklage, das ERP-Sondervermögen sowie die Risikorückstellung.

Ausgleichsposten aus Neubewertung verrechnet werden. Der zum Bilanzstichtag ausgewiesene Saldo stammt mit 2.501 Tsd EUR aus Bewertungsgewinnen von Gold-Zinssatzswaps. Weiters beinhaltet dieser Bilanzposten das Ausgleichskonto für außerbilanzmäßige Instrumente im Zusammenhang mit Buchwertangleichungen und Realisaten aus angekauften bzw. verkauften Terminbeständen – im Wesentlichen Euro/US-Dollar-Swaps mit der EZB – in Höhe von 800.476 Tsd EUR.

11.6 Sonstiges

Die Zusammensetzung des Unterpostens kann Tabelle 22 entnommen werden.

Gemäß § 3 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abgeschrieben Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe

der auf einem Reservekonto gesammelten Zinsüberschüsse. Zum 31. Dezember 2008 beliefen sich Letztere auf 622.947 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich daher am 31. Dezember 2008 auf insgesamt 964.902 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt gemäß § 83 NBG in Form von Buchkrediten.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der OeNB betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die *Sonstigen Forderungen* zum 31. Dezember 2008 in Höhe von 33.549 Tsd EUR beinhalten im Wesentlichen geleistete Vorauszahlungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft.

Tabelle 22

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	872.212	880.569	-8.357	-0,9
Geldmarkt-Veranlagungen bei der OeKB für die Vergabe von ERP-Krediten	92.690	75.644	+17.046	+22,5
ERP-Fonds-Nationalbankblock	964.902	956.213	+8.689	+0,9
Forderung aus KöSt-Vorauszahlung	52.640	–	+52.640	x
Schilling-Scheidemünzen	7.081	14.144	-7.063	-49,9
Gesellschafterdarlehen	–	4.032	-4.032	-100,0
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	7.415	7.676	-261	-3,4
Sonstige Forderungen	33.549	20.287	+13.262	+65,4
Insgesamt	1.065.587	1.002.352	+63.235	+6,3

Passiva**1 Banknotenumlauf**

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2008	20.297.443	
31.12.2007	18.052.675	
Veränderung	+2.244.768	(+12,4%)

Der in diesem Posten ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil der OeNB am Gesamtwert des Euro-Banknotenumlaufs (Tabelle 23).

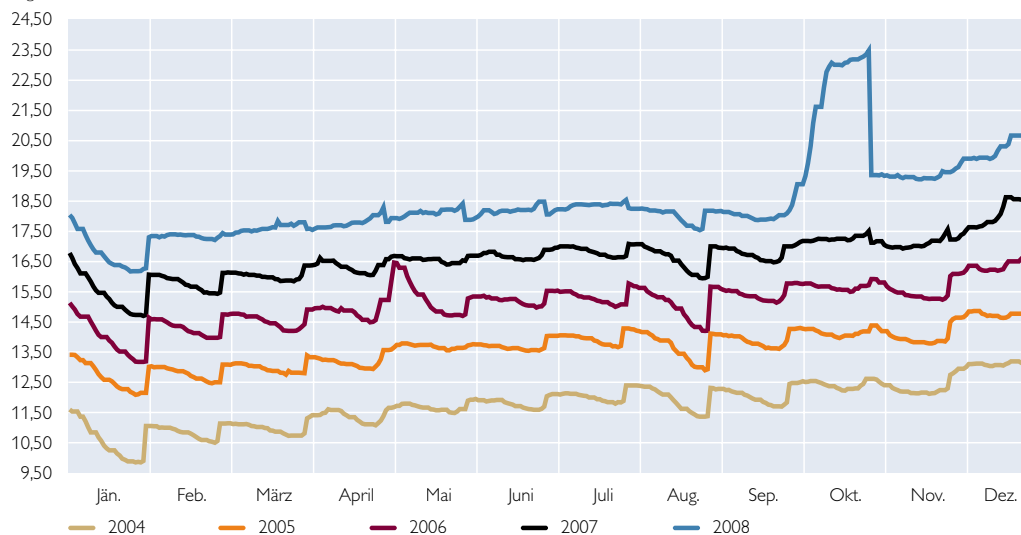
Weitere Erläuterungen zum Euro-Banknotenumlauf sind im Abschnitt *Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden* angeführt.

Tabelle 23

	31.12.2008 in Tsd EUR	31.12.2007 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR
Logistischer Euro-Banknotenumlauf	+6.737.473	-632.937	+7.370.410
Anpassungen aus			
Verbindlichkeit aus dem 8-prozentigen EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf	-1.765.004	-1.569.902	-195.102
Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	+15.324.974	+20.255.514	-4.930.540
Nettoforderung aus der Anpassung des Euro-Banknotenumlaufs	+13.559.970	+18.685.612	-5.125.642
Euro-Banknotenumlauf	20.297.443	18.052.675	+2.244.768

OeNB-Banknotenumlauf im 5-Jahres-Überblick

Tagesstände in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Die Jahresdurchschnitte der letzten fünf Jahre können Tabelle 24 entnommen werden.

Tabelle 24

	Veränderung		
	Jahresdurchschnitt des Banknotenumlaufs in Mio EUR	in Mio EUR	in %
2004	11.751	+1.838	+18,5
2005	13.618	+1.867	+15,9
2006	15.128	+1.510	+11,1
2007	16.614	+1.486	+9,8
2008	18.458	+1.844	+11,1

2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Die Aufgliederung dieses Bilanzpostens kann Tabelle 25 entnommen werden.

2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

Dieser Posten setzt sich aus den laufenden Konten von Kreditinstituten, die der Verpflichtung der Mindestreservehaltung bei der OeNB unterliegen, zusammen.

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute verzinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

2.2 Einlagefazilität

Als *Einlagefazilität* werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von österreichischen Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden. Im Jahr 2008 wurden derartige Geschäfte mit durchschnittlich 1.208.198 Tsd EUR durchgeführt.

Tabelle 26 zeigt die Veränderungen des Zinssatzes für die Einlagefazilität gemäß der Beschlüsse des EZB-Rats.

2.3 Termineinlagen

Im Jahr 2008 wurden Termineinlagen zwischen 87.504 Tsd EUR und 5,0 Mrd EUR bei Zinssätzen zwischen 2,85 % p. a. und 4,25 % p. a. getätigt.

Tabelle 25

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	8.018.007	6.153.091	+1.864.916	+30,3
2.2 Einlagefazilität	7.624.350	395.000	+7.229.350	n.a.
2.3 Termineinlagen	–	–	–	–
2.4 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–	–	–
Insgesamt	15.642.357	6.548.091	+9.094.266	+138,9

Tabelle 26

Beschluss vom	mit Wirkung vom	um Prozentpunkte	auf %
3. Juli 2008	9. Juli 2008	+0,25	3,25
8. Oktober 2008	8. Oktober 2008	–0,50	2,75
8. Oktober 2008	9. Oktober 2008	+0,50	3,25
6. November 2008	12. November 2008	–0,50	2,75
4. Dezember 2008	10. Dezember 2008	–0,75	2,00

3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten werden Einlagen von Kreditinstituten ausgewiesen.

5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2008	80.747	
31.12.2007	16.641	
Veränderung	+64.106	(+385,2%)

Dieser Bilanzposten enthält die Einlagen öffentlicher Haushalte mit 9.009 Tsd EUR sowie Guthaben auf Girokonten von nicht mindestreservspflichtigen Kreditinstituten bzw. von Unternehmen.

6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2008	2.644	
31.12.2007	14.785	
Veränderung	-12.141	(-82,1%)

In diesem Bilanzposten sind Euro-Verbindlichkeiten gegenüber Zentralbanken und Währungsinstitutionen, die nicht dem Eurosystem angehören, zusammengefasst.

8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2008	–	
31.12.2007	676.359	
Veränderung	-676.359	(-100,0%)

9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2008	197.809	
31.12.2007	192.294	
Veränderung	+5.515	(+2,9%)

Dieser Bilanzposten stellt den zum Bilanzstichtag errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 179 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972 und 1979 bis 1981.

10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2008	35.662.181	
31.12.2007	25.402.202	
Veränderung	+10.259.979	(+40,4%)

In diesem Posten ist jener Nettosaldo dargestellt, der aus Transaktionen zwischen der OeNB mit den an TARGET2 teilnehmenden nationalen Zentralbanken und der EZB entstanden ist. Die aus Euro/US-Dollar- und Euro/Schweizer Franken-Swapgeschäften der OeNB mit der EZB resultierenden unverzinslichen Verbindlichkeiten gegenüber der EZB sind darin ebenfalls erfasst. Weiters werden hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo und die Verrechnung aus der anteiligen Rückverteilung der EZB-Seigniorage dargestellt.

Die aus Transaktionen resultierenden bilateralen Einzelsalden der OeNB gegenüber den anderen Zentralbanken werden am Tagesende auf das Konto mit der EZB im Wege einer Zession übertragen (Netting by Novation). Die Verzinsung des Saldos mit der EZB (ohne Berücksichtigung der zuvor genannten Swapgeschäfte) erfolgt auf täg-

licher Basis mit dem jeweils gültigen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

11 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen des Jahres 2008, die im Folgejahr durch Zahlung ausgeglichen werden.

12 Sonstige Passiva

Tabelle 27 zeigt die Zusammensetzung der *Sonstigen Passiva*.

12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Im *Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften* werden die aus der Bewertung von außerbilanziellen Positionen stammenden Nettokursverluste, die gegen die Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet wurden, und Buchwertangleichungen ausgewiesen.

12.3 Sonstiges

Die Zusammensetzung dieses Passivpostens wird in Tabelle 28 dargestellt.

Der *Gewinnanteil des Bundes* errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Die Abnahme der *Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist* ist auf Einlösungen bzw. auf die Präklusion der 50 Schilling-Banknote mit dem Porträt *Ferdinand Raimund* zurückzuführen. Dies war bereits die vierte Präklusion einer Schilling-Banknote seit der Euro-Bargeldeinführung.

Dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* wurden aus dem Bilanzgewinn 2007 gemäß Beschluss der Generalversammlung 12.580 Tsd EUR zur Verfügung gestellt. Damit sind dem originären Jubiläumsfonds – unter Berücksichtigung von Veranlagungserträgen für das Jahr 2008 und erfolgter Rückzahlungen – Förderungsmittel von insgesamt 40.512 Tsd EUR zur Verfügung gestanden. Im Jahr 2008 wurden davon 12.869 Tsd EUR zur Auszahlung gebracht. Bei den restli-

Tabelle 27

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	96	127	-31	-24,3
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	87.203	96.759	-9.556	-9,9
12.3 Sonstiges	199.649	376.067	-176.418	-46,9
Insgesamt	286.948	472.953	-186.005	-39,3

Tabelle 28

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnanteil des Bundes (ohne Dividende)	28.378	149.848	-121.470	-81,1
Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	137.684	150.337	-12.653	-8,4
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds				
Originärer Jubiläumsfonds	27.643	25.607	+2.036	+8,0
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.115	46.734	-45.619	-97,6
Sonstiges	4.829	3.541	+1.288	+36,4
Insgesamt	199.649	376.067	-176.418	-46,9

chen 27.643 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2008 nicht ausgezahlten Förderungsmittel, wovon sich Finanzierungszusagen in Höhe von 19.915 Tsd EUR in Abwicklung befinden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 168 Projekte 10.735 Tsd EUR und für die Förderung von drei Instituten 3.579 Tsd EUR neu bewilligt worden. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind insgesamt 707.285 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Für die Förderung der FTE-Nationalstiftung stehen neben den Förderungsmitteln in Höhe von 1.115 Tsd EUR ausschüttbare Veranlagungserträge in Höhe von 19.765 Tsd EUR zur Verfügung. Damit werden am Tag nach der Generalversammlung 20.880 Tsd EUR an die FTE-Nationalstiftung zur Auszahlung gebracht.

13 Rückstellungen

Das Pensionssystem der OeNB besteht darin, dass diese die volle Pensionsverpflichtung gegenüber ihren bis 30. April 1998 eingetretenen Dienstnehmern übernommen hat. Zur Deckung ist sie vom Gesetz her verpflichtet, eine *Pensionsreserve* zu bilden. Mit 1. Mai 1999 wurde für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusage system einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die *Pensionsreserve* zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System praktisch ein geschlossenes darstellt. Die Pensionsaufwendungen der OeNB werden aus der für diesen Zweck bilanzierten *Pensionsre-*

Tabelle 29

	31.12.2007	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31.12.2008
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Pensionsreserve	1.891.182	-106.640	+31.056	1.815.598
Sonstige Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	56.125	-2.768	+5.099	58.456
Dienstnehmerjubiläen	10.973	-1.275	+1.399	11.097
Nicht konsumierte Urlaube	9.857	-287	+881	10.451
Schlusspensionskassenbeiträge	2.321	-	+1.025	3.346
Sonstiges	890	-	+93	983
Gesetzliche Sozialabgaben	90	-90	+92	92
Gehaltsanteile 2007 bzw. 2008	402	-402	+421	421
Rückstellungen				
Finanzielle Risiken	686.156	-12.124	-	674.032
Im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems	-	-	+165.909	165.909
Unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	192.850	-6.774	-	186.076
Körperschaftsteuer	11.469	-11.469	-	-
Lieferungen und Leistungen	2.016	-2.016	+1.136	1.136
Leistungen von Konzerngesellschaften	883	-883	+6.341	6.341
Sonstiges	628	-567	+5.424	5.485
Insgesamt	2.865.842	-145.295	+218.876	2.939.423

serve geleistet und haben im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um 2.439 Tsd EUR oder 2,4% auf 103.315 Tsd EUR zugenommen. In den Pensionsaufwendungen sind auch die Bezüge für 14 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in der Höhe von 4.229 Tsd EUR (2007: 14 Personen mit 4.200 Tsd EUR) enthalten.

Neben der Zuführung gemäß NBG wurden die aus der Veranlagung der *Pensionsreserve* stammenden Erträge im Zuge des Jahresabschlusses der *Pensionsreserve* zugeführt. Für die Ermittlung des Barwertes der *Pensionsreserve* wurde als Rechnungszinsfuß ein Realzinssatz von 3,25% p.a. (31. Dezember 2007: 3,85% p.a.) angewendet.⁹ Weiters wurden die für den Jahresabschluss 2008 maßgeblichen neuen Sterbetafeln, die Mitte Juni 2008 veröffentlicht wurden, berücksichtigt.¹⁰ Die Reduktion des Rechnungszinsfußes und die Anwendung der aktuellen Sterbetafeln haben sich im Deckungskapital mit +195.763 Tsd EUR ausgewirkt. Das zum 31. Dezember 2008 ermittelte Deckungskapital beträgt 2.136.580 Tsd EUR. An Deckungsaktiva stehen zum selben Stichtag 1.843.323 Tsd EUR zur Verfügung.

Die Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50% p.a. angewendet wird.

In Übereinstimmung mit dem allgemeinen Bilanzierungsgrundsatz der Bilanzvorsicht hat es der EZB-Rat als angemessen erachtet, eine Rückstel-

lung in Höhe von 5,736 Mrd EUR gegen Risiken aus Transaktionen des Jahres 2008 mit Geschäftspartnern im Eurosystem zu bilden. Gemäß Artikel 32.4 der ESZB-Satzung wird diese Rückstellung von den Eurosystem-Zentralbanken gemäß ihrem jeweiligen Anteil am eingezahlten Kapital getragen. Auf die OeNB entfiel gemäß ihrem Anteil von 2,89241% am eingezahlten Kapital an der EZB ein Betrag von 165.909 Tsd EUR, der als *Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems* verrechnet wurde.

Die Verwendung der *Rückstellung für unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten* ist auf Einlösungen zurückzuführen.

Anhängige Gerichtsverfahren werden sich voraussichtlich nur unter der Wesentlichkeitsgrenze auswirken, sodass von der Bildung einer Rückstellung Abstand genommen wurde.

14 Ausgleichsposten aus Neubewertung

Die auf den *Neubewertungskonten* erfassten Beträge stellen die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2008 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden. Die Salden der Neubewertungskonten werden währungsweise für die Abdeckung des mittels der VaR-Methode ermittelten Risikos bei den valutarischen Beständen herangezogen.

⁹ Der Rechnungszinsfuß wird jährlich evaluiert und errechnet sich aus der erzielten Veranlagungsrendite unter Berücksichtigung der generellen Bezugserhöhungen und der zukünftigen Rendite-Entwicklungen. Geringfügige Abweichungen in der Zukunft müssen nicht automatisch jährlich zur Änderung des Rechnungszinsfußes führen.

¹⁰ AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler.

Tabelle 30

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Neubewertungskonten				
Gold	3.377.356	2.897.491	+479.865	+16,6
Fremdwährungen	157.740	36.570	+121.170	+331,3
Wertpapiere	394.826	69.602	+325.224	+467,3
Beteiligungen	276.575	242.411	+34.164	+14,1
Außerbilanzielle Geschäfte	2.501	4.559	-2.058	-45,1
Insgesamt	4.208.998	3.250.633	+958.365	+29,5
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1.1.1999 (Initial Valuation)				
Beteiligungen	265.170	278.807	-13.637	-4,9
Insgesamt	4.474.168	3.529.440	+944.728	+26,8

Tabelle 30 zeigt den *Ausgleichsposten aus Neubewertung*.

Bestimmungsgemäß wurden die im Zuge der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 erfassten Aufwertungsgewinne (*Initial Valuation*) durch transaktionsbedingte Abgänge der entsprechenden Vermögensgegenstände aufgelöst.

15 Kapital und Rücklagen

Das (*Grund-*)*Kapital* der OeNB (Passivposten 15.1) beträgt gemäß § 8 Abs. 1 NBG 12.000 Tsd EUR und ist zu gleichen Teilen in 150.000 auf Namen lautende Aktien zerlegt.

Die *Rücklagen* werden in Tabelle 31 dargestellt.

Die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* dient der Abdeckung finanzieller Risiken der OeNB. Detaillierte Angaben darüber sind dem Abschnitt *Risikomanagement* zu entnehmen.

Der Jubiläumsfonds in Höhe von 1,532 Mrd EUR setzt sich seit dem Jahr 2003 aus zwei Teilbereichen zusammen, und zwar einerseits aus dem originären Jubiläumsfonds in Höhe von 31,5 Mio EUR sowie andererseits aus Mitteln für die Förderung der FTE-Nationalstiftung im Ausmaß von 1,5 Mrd EUR.

Die dem originären Jubiläumsfonds zugeordneten 31,5 Mio EUR sind im April 1966 aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1965 mit 7,3 Mio EUR und im Mai 2003 aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2002 mit 24,2 Mio EUR zugeführt worden.

Die für die FTE-Nationalstiftung zweckgebundenen 1,5 Mrd EUR wurden im Jahr 2003 aus der *Freien Reserve* (545 Mio EUR) und aus dem *Allgemeinen Reservefonds* (955 Mio EUR) umgewidmet.

Tabelle 31

	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnglättungsrücklage	2.226	2.226	–	–
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	1.973.263	–	–
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	1.531.500	1.531.500	–	–
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	622.947	614.258	+8.689	+1,4
Insgesamt	4.129.936	4.121.247	+8.689	+0,2

Das *Gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen* stellt die über die Jahre kumulierten, der OeNB verbleibenden Zinsüberschüsse aus der Kreditvergabe des Nationalbankblocks dar. Es handelt sich dabei um für einen Sonderzweck auch völkerrechtlich gebundenes Eigenkapital, das nicht anderwärtig verwendet werden kann.

Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten

Zum 31. Dezember 2008 waren folgende Forderungen und Verpflichtungen der OeNB bzw. derivative Finanzinstrumente außerbilanziell erfasst:

- gemäß den IWF-Statuten bestehende Verpflichtung zur Übernahme von SZR bis zum insgesamt Dreifachen der unentgeltlichen SZR-Zuteilung im Gegenwert von 374.270 Tsd EUR
- Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit *New Arrangements to Borrow* (NAB) im Gegenwert von 450.758 Tsd EUR
- Nachschussverpflichtung von 35.481 Tsd EUR auf die mit 8.564 Stück Aktien zu je 5.000 SZR bestehende Beteiligung an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel
- Ankäufe und Verkäufe auf Termin (32.096.901 Tsd EUR bzw. 31.296.425 Tsd EUR), bestehend aus Swaps bzw. Kassa- und Termingeschäften in Euro und Fremdwährungen; darin sind auch die gegenüber der EZB bestehenden *Terminverbindlichkeiten* aus den Swapgeschäften im Zusammenhang mit einer Sonderfinanzierungsfazilität zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York sowie aus einer Swapvereinbarung zwischen der EZB und der Schweizerischen Nationalbank enthalten; weiters *Terminforderungen* gegenüber inländischen Geschäftsbanken als Folge der Sonderfinanzierungsfazilität zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York sowie der Swapvereinbarung zwischen der EZB und der Schweizerischen Nationalbank
- Sicherstellungsbestände (639.830 Tsd EUR) zur Besicherung von Goldveranlagungen
- Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen in Höhe von insgesamt 14.117 Tsd EUR
- Rückzahlungsverpflichtungen der OeNB im Fall der Beendigung von Dienstverhältnissen betreffend den Zinsanteil im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen in Höhe von insgesamt 7.562 Tsd EUR
- Eventualverpflichtung im für die OeNB anteiligen Ausmaß (entsprechend dem gezeichneten Kapitalanteil an der EZB von 2,0159%) von 1.007.950 Tsd EUR aufgrund der Möglichkeit der EZB, weitere Währungsreserven im Ausmaß von bis zu 50 Mrd EUR gemäß Artikel 30.1 der ESZB-Satzung von den teilnehmenden nationalen Zentralbanken einzufordern
- Eventualverpflichtung im für die OeNB anteiligen Ausmaß (entsprechend dem gezeichneten Kapitalanteil an der EZB von 2,0159%) von 100.795 Tsd EUR aufgrund der Möglichkeit der EZB, gemäß Artikel 28.1 der ESZB-Satzung weitere Mittel einzufordern und ihr eingezahltes Kapital um 5 Mrd EUR aufzustocken
- Eventualverpflichtung aus gegebenen Bank- und sonstigen Garantien in Höhe von 150.740 Tsd EUR und Eventualforderung aus erhaltenen

Bankgarantien in Höhe von 5.858 Tsd EUR

- Eventualforderungen aus erhaltener Garantie der Republik Österreich und aus einer Verpflichtungserklärung in Höhe von zusammen 6,3 Mrd EUR

Über etwaige materielle Auswirkungen der gegen die Republik Österreich in einem Insolvenzfall anhängigen Gerichtsverfahren auf die OeNB können zum derzeitigen Zeitpunkt keine fundierten Quantifizierungen vorgenommen werden.

Zum 31. Dezember 2008 zeigen sich folgende Bestände an *derivativen Finanzinstrumenten* (Tabelle 32).

Tabelle 32

	Zugrunde liegendes Nominale	Marktwert positiv	Marktwert negativ
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Gold-Zinssatzswaps			
Verkauf	159.115	2.405	–

Der Marktwert resultiert aus der Bewertung zum 31. Dezember 2008. Der positive Marktwert errechnet sich dabei mit 2.501 Tsd EUR (verrechnet im Passivposten 14 *Ausgleichsposten aus Neubewertung*) abzüglich der in vergangenen Jahren erfolgten Abschreibungen über 96 Tsd EUR.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

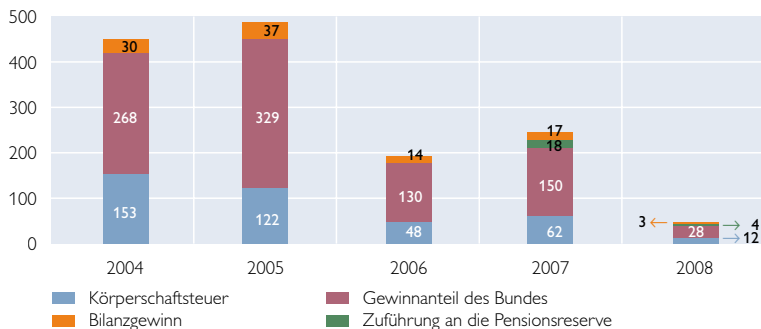
Tabelle 33

	2008	2007	Veränderung ¹	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
1 Nettozinsergebnis	815.811	738.315	+77.496	+10,5
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	–636.679	–290.246	+346.433	+119,4
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	1.822	3.386	–1.564	–46,2
4 Erträge aus Beteiligungen	90.726	22.587	+68.139	+301,7
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	2.188	7.317	–5.129	–70,1
6 Sonstige Erträge	20.675	9.192	+11.483	+124,9
Nettoerträge insgesamt	294.543	490.551	–196.008	–40,0
7 Personalaufwendungen	–115.989	–107.521	+8.468	+7,9
8 Sachaufwendungen	–82.294	–78.343	+3.951	+5,0
9 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	–12.724	–13.325	–601	–4,5
10 Aufwendungen für Banknoten	–15.634	–24.841	–9.207	–37,1
11 Sonstige Aufwendungen	–21.190	–19.858	+1.332	+6,7
Aufwendungen insgesamt	–247.831	–243.888	+3.943	+1,6
Geschäftliches Ergebnis	46.712	246.663	–199.951	–81,1
12 Körperschaftsteuer	–11.678	–61.666	–49.988	–81,1
	35.034	184.997	–149.963	–81,1
13 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	–31.881	–168.347	–136.466	–81,1
14 Bilanzgewinn	3.153	16.650	–13.497	–81,1

¹ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

Geschäftliches Ergebnis im 5-Jahres-Überblick

in Mio EUR



Quelle: OeNB.

1 Nettozinsergebnis

Das *Nettozinsergebnis* stellt die Differenz zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen dar.

Die Erträge aus der Fremdwährungsveranlagung wurden mit per saldo 357.413 Tsd EUR (+24.444 Tsd EUR), jene aus Euro-Veranlagungen mit per saldo 393.532 Tsd EUR (+89.228 Tsd EUR) verrechnet. Aus dem geldpolitischen Instrumentarium wurden 482.032 Tsd EUR (+30.570 Tsd EUR) und aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB 40.505 Tsd EUR (+1.162 Tsd EUR) vereinnahmt. Weiters resultierten aus den Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems Erträge von per saldo 729.273 Tsd EUR (–23.671 Tsd EUR). Demgegenüber mussten für die Verzinsung der Mindestreserve-Einlagen 265.856 Tsd EUR (+39.387 Tsd EUR) aufgewendet werden. Zinsaufwendungen in Höhe von 880.737 Tsd EUR (–65.857 Tsd EUR) stammen aus der Verzinsung der TARGET2-Salden.

2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die *Realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* resultieren aus der

infolge der laufenden Geschäftstätigkeit tatsächlich erhaltenen bzw. zu bezahlenden Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einstandspreis und dem auf dem Markt erzielten Preis bei Gold-, Fremdwährungs-, Wertpapier- und sonstigen Geschäften.

Die per saldo realisierten Gewinne haben um 55.119 Tsd EUR auf 153.924 Tsd EUR abgenommen. Im Jahr 2008 wurden keine Goldverkäufe durchgeführt (im Jahr 2007 wurden insgesamt 8,75 Tonnen Gold verkauft und dabei 117.180 Tsd EUR an realisierten Gewinnen verrechnet). Aus Fremdwährungstransaktionen resultierte ein Nettoverlust in Höhe von 154 Tsd EUR (–224.824 Tsd EUR) und aus Wertpapiertransaktionen ein Nettogewinn in Höhe von 154.078 Tsd EUR (+169.705 Tsd EUR).

Die *Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen* begründen sich mit dem Rückgang der Marktpreise zum Bilanzstichtag unter die durchschnittlichen Buchpreise der entsprechenden Währungen bzw. Wertpapiere. Dabei entfielen auf Fremdwährungen 556.313 Tsd EUR (+263.731 Tsd EUR) und auf Wertpapiere 68.381 Tsd EUR (+2.671 Tsd EUR).

Im Posten *Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken* wirkt sich insbesondere die Zuführung zur *Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems* aus.

4 Erträge aus Beteiligungen

Dieser Posten beinhaltet die Dividendenzahlungen für das Geschäftsjahr 2007 der Münze Österreich (20.000 Tsd EUR) und der BIZ (2.353 Tsd EUR).

Die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH hat im Jahr 2008 3.500 Tsd EUR ausgeschüttet. Im Zusammenhang mit dem Verkauf von 85 % der Anteile an der

AUSTRIA CARD – Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H. haben sich 30.000 Tsd EUR ertragserhöhend ausgewirkt. Die OeNB erhielt weiters entsprechend ihrem (für das Geschäftsjahr 2008 geltenden) relativen Kapitalanteil an der EZB (2,8924%) einen Betrag in Höhe von 34.873 Tsd EUR aus der verteilbaren Seigniorage der EZB.

5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften

Die monetären Einkünfte der OeNB sind ihre Einkünfte aus bestimmten Vermögenswerten, die Gegenposten zur sogenannten monetären Basis darstellen. Anteilige Zinsaufwendungen reduzieren die monetären Einkünfte entsprechend.

Zur monetären Basis zählen der Banknotenumlauf, die Euro-Verbindlichkeiten der OeNB gegenüber dem Bankensektor des Euroraums aus den geldpolitischen Geschäften sowie die Intra-Eurosystem-Nettoverbindlichkeiten der OeNB aus dem TARGET2-Zahlungsverkehr und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems.

Für die Bemessung der monetären Einkünfte der OeNB werden die folgenden Vermögenswerte herangezogen: ihre Euro-Forderungen gegenüber dem Bankensektor des Euroraums aus den geldpolitischen Geschäften sowie ihre Intra-Eurosystem-Nettoforderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB, aus dem TARGET2-Zahlungsverkehr und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Hinzu kommt zudem ein vom OeNB-Kapitalanteil an der EZB abhängiger Teil des Goldbestands (wobei Goldbestände als unverzinslich gelten). Zum Ausgleich etwaiger Wertunterschiede zwischen diesen – gesondert zu erfassenden – Aktiva

der OeNB und ihrer monetären Basis wird die Differenz mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems verzinst.

Innerhalb des Eurosystems werden die monetären Einkünfte zusammengelegt und dann an die nationalen Zentralbanken entsprechend ihrem Anteil am voll eingezahlten Kapital rückverteilt. Die OeNB hatte nach diesem Verfahren im Jahr 2008 Anspruch auf monetäre Einkünfte in Höhe von 796.103 Tsd EUR, verglichen mit 793.915 Tsd EUR, die sie nach dem Berechnungsansatz für monetäre Einkünfte eingebracht hat.

7 Personalaufwendungen

Die *Personalaufwendungen* beinhalten neben den Gehältern, den Abfertigungen und den sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen auch den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialaufwand sowie sonstige Sozialaufwendungen. Erhaltene Bezugsrefundierungen werden von den Personalaufwendungen in Abzug gebracht.

Die *Gehälter* haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 5.188 Tsd EUR oder 5,9% auf 93.343 Tsd EUR zugenommen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften und bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 6.884 Tsd EUR vereinnahmt.

Die vier Mitglieder des Direktoriums haben Bezüge in Höhe von insgesamt 1.060 Tsd EUR (2007: 1.045 Tsd EUR) erhalten. Davon entfielen auf:

Tabelle 34

	Bezüge in Tsd EUR
Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Nowotny (ab 1. September 2008)	95
Gouverneur Dr. Liebscher (bis 31. August 2008)	188
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Duchatczek	267
Direktor Mag. Dr. Zöllner	260
Direktor Mag. Ittner (ab 1. September 2008)	83
Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Christl (bis 31. August 2008)	166

Die Höhe der Bezüge des Direktoriums unterliegt dem Bezügebegrenzungs-gesetz, wobei die Bezugshöhe des Gouverneurs mit jener des Bundeskanzlers begrenzt ist. Die Bezüge der übrigen Mitglieder des Direktoriums sind mit dem Bezug des Gouverneurs gedeckelt. An Sachbezügen (steuerlicher Wert der Privatnutzung von PKWs sowie Zuschüsse zu Versicherungen) und sonstigen Aufwendungen wurden insgesamt 37 Tsd EUR verrechnet. Durch das Ausscheiden des Gouverneurs und eines weiteren Mitglieds des Direktoriums im Jahr 2008 fielen – insbesondere bedingt durch Abfertigungszahlungen – 341 Tsd EUR an.

Den Mitgliedern des Präsidiums wurden im Jahr 2008 113 Tsd EUR (2007: 111 Tsd EUR) vergütet.

Die Mitarbeiterressourcen werden in Tabelle 35 gezeigt.

Die *Gesetzlichen Sozialabgaben* über insgesamt 14.177 Tsd EUR (+872 Tsd EUR) enthalten neben der Kommunalsteuer (2.792 Tsd EUR) vor allem die Sozialversicherungsbeiträge (7.259 Tsd EUR) und den Beitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (4.146 Tsd EUR).

8 Sachaufwendungen

In den *Sachaufwendungen* sind u. a. Aufwendungen für Miete, Betriebskosten, Wartung, Reparatur und Instandhaltung in Höhe von 27.756 Tsd EUR (+1.672 Tsd EUR) sowie Aufwendungen für die Geldbearbeitung über 10.227 Tsd EUR (+628 Tsd EUR) enthalten.

10 Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus dem Ankauf von Euro-Banknoten von der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS).

12 Körperschaftsteuer

Der Körperschaftsteuersatz von 25 % ist auf die Steuerbemessungsgrundlage gemäß § 72 NBG, die als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 Körperschaftsteuergesetz gilt, anzuwenden.

13 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes

Die *Zuführung an die Pensionsreserve* gemäß § 69 Abs. 2 NBG wurde mit 3.503 Tsd EUR verrechnet. Der *Gewinnanteil*

Tabelle 35

	Stichtag 31. Dezember ¹			Jahresdurchschnitt ¹		
	2008	2007	Veränderung	2008	2007	Veränderung
OeNB-Fachbereiche ²	968,2	917,5	+50,7	939,8	920,3	+19,5
Insgesamt	1.136,9	1.082,1	+54,8	1.107,9	1.087,1	+20,8

¹ Teilzeitkräfte sind anteilmäßig berücksichtigt.

² Ohne die außerhalb der OeNB tätigen Mitarbeiter sowie die karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere).

des Bundes in Höhe von 28.378 Tsd EUR beträgt gemäß § 69 Abs. 3 NBG unverändert 90% des versteuerten Ergebnisses.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Beitritte zum Eurosystem

Gemäß Artikel 29.3 der ESZB-Satzung wird der Schlüssel, nach dem die nationalen Zentralbanken Anteile am Kapital der EZB zeichnen, alle fünf Jahre

angepasst. Die letzte planmäßige Anpassung fand am 1. Jänner 2009 statt. Die erste derartige Anpassung seit Gründung der EZB wurde am 1. Jänner 2004 wirksam. Weitere Anpassungen des Kapitalschlüssels erfolgten am 1. Mai 2004 und am 1. Jänner 2007 im Zuge des Beitritts von neuen Mitgliedstaaten zur EU.

Neben der turnusmäßigen Kapitalanteilsänderung erfüllte die Slowakei die Bedingungen für die Einführung des Euro, und die Národná banka Slo-

Tabelle 36

Gezeichnete Anteile am Kapital der EZB	1. Jänner 2008 bis 31. Dezember 2008 <i>in %</i>	Seit 1. Jänner 2009 <i>in %</i>
Deutsche Bundesbank	20,5211	18,9373
Banque de France	14,3875	14,2212
Banca d'Italia	12,5297	12,4966
Banco de España	7,5498	8,3040
De Nederlandsche Bank	3,8937	3,9882
Nationale Bank van België/Banque Nationale de Belgique	2,4708	2,4256
Oesterreichische Nationalbank	2,0159	1,9417
Bank of Greece	1,8168	1,9649
Banco de Portugal	1,7137	1,7504
Suomen Pankki – Finlands Bank	1,2448	1,2539
Central Bank and Financial Services Authority of Ireland	0,8885	1,1107
Národná banka Slovenska ¹	–	0,6934
Banka Slovenije	0,3194	0,3288
Banque centrale du Luxembourg	0,1575	0,1747
Central Bank of Cyprus	0,1249	0,1369
Central Bank of Malta/Bank Ċentrali ta' Malta	0,0622	0,0632
Anteil der am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken	69,6963	69,7915
Bank of England	13,9337	14,5172
Narodowy Bank Polski	4,8748	4,8954
Banca Națională a României	2,5188	2,4645
Sveriges Riksbank	2,3313	2,2582
Danmarks Nationalbank	1,5138	1,4835
Česká národní banka	1,3880	1,4472
Magyar Nemzeti Bank	1,3141	1,3856
Bulgarian National Bank	0,8833	0,8686
Národná banka Slovenska ¹	0,6765	–
Lietuvos bankas	0,4178	0,4256
Latvijas Banka	0,2813	0,2837
Eesti Pank	0,1703	0,1790
Anteil der am Eurosystem nicht teilnehmenden EU-Zentralbanken	30,3037	30,2085
Insgesamt	100,0000	100,0000

¹ Seit 1. Jänner 2009 Mitglied des Eurosystems.

venska trat mit Stichtag 1. Jänner 2009 dem Eurosystem bei. Aufgrund ihres Beitritts hatte die nationale Zentralbank gemäß Artikel 49.1 der ESZB-Satzung ihren, bisher nur mit 7% eingezahlten, gezeichneten Kapitalanteil voll einzuzahlen sowie in Verbindung mit Artikel 30.1 der ESZB-Satzung Währungsreserven entsprechend ihrem gezeichneten Kapitalanteil an die EZB zu übertragen.

Im Sinne des Beschlusses des Rates der Europäischen Union vom 15. Juli 2003 über die statistischen Daten, die bei der Anpassung des Schlüssels für die Zeichnung des Kapitals der Europäischen Zentralbank anzuwenden sind, traten daher am 1. Jänner 2009 die in Tabelle 36 dargestellten Änderungen in Kraft.

Direktorium

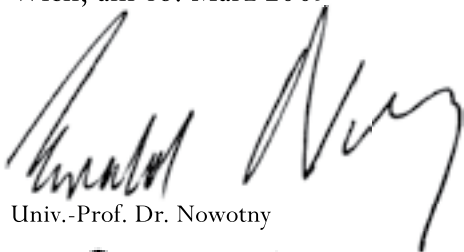
Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny (ab 1. September 2008)
Gouverneur Dr. Klaus Liebscher (bis 31. August 2008)
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatczek
Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner
Direktor Mag. Andreas Ittner (ab 1. September 2008)
Direktor Univ.-Doz. Mag. Dr. Josef Christl (bis 31. August 2008)

Generalrat


Präsident Dkfm. Dr. Claus J. Raidl (ab 1. September 2008)
Präsident Herbert Schimetschek (bis 31. August 2008)
Vizepräsident Mag. Max Kothbauer (ab 1. September 2008)
Vizepräsident Dr. Manfred Frey (bis 31. August 2008)
Dipl.-Ing. August Astl
Mag. Markus Beyrer (ab 1. September 2008)
Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer
Univ.-Doz. MMag. Dr. Philip Göth
Dkfm. Elisabeth Gürtler-Mauthner
Dr. Erich Hampel (ab 27. Mai 2008)
Dipl. Bwt. Alfred Hannes Heinzl
Mag. Anna Maria Hochhauser (ab 27. Mai 2008)
Direktor Manfred Hofmann (bis 27. Mai 2008)
Mag. Max Kothbauer (bis 31. August 2008)
Dipl.-Ing. Johann Marihart
Mag. Werner Muhm
Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny (bis 31. August 2008)
Dkfm. Gerhard Randa (bis 27. Mai 2008)
Mag. Dr. Walter Rothensteiner
Dr. Dwora Stein (ab 1. September 2008)

Gemäß § 22 Abs. 5 Nationalbankgesetz 1984 vom Zentralbetriebsrat zu Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet: Dr. Martina Gerharter, Gerhard Kaltenbeck (bis 21. Mai 2008), Robert Kocmich (ab 21. Mai 2008).

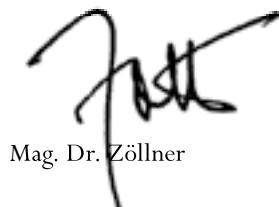
Wien, am 16. März 2009



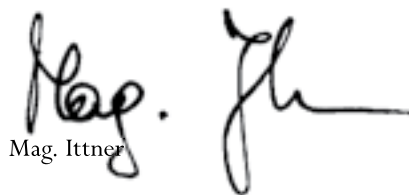
Univ.-Prof. Dr. Nowotny



Mag. Dr. Duchatczek



Mag. Dr. Zöllner



Mag. Ittner

Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

„Wir haben den um den Anhang erweiterten Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank, Wien, für das Geschäftsjahr vom 01. Jänner 2008 bis 31. Dezember 2008 mit einer Bilanzsumme von € 83.809.927.938,86 unter Einbeziehung der Buchführung und des Geschäftsberichts – soweit er sich auf den Jahresabschluss bezieht – geprüft.

Die Buchführung, die Aufstellung und der Inhalt dieses um den Anhang erweiterten Jahresabschlusses sowie des Geschäftsberichts liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Dieser um den Anhang erweiterte Jahresabschluss sowie dieser Geschäftsbericht wurden in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung und den ergänzenden Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 10 November 2006 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2006/16)“ in der Fassung vom 11. Dezember 2008 (ECB/2008/21) erlassenen Vorschriften erstellt.

Der gemäß § 68 Abs. 1 NBG zu erstellende Geschäftsbericht ersetzt den Lagebericht gemäß § 243 UGB.

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem um den Anhang erweiterten Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung und einer Aussage, ob der Geschäftsbericht – soweit er sich auf den Jahresabschluss bezieht – in Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, und eine Aussage getroffen werden kann, ob der Geschäftsbericht – soweit er sich auf den Jahresabschluss bezieht – mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

(Fortsetzung des Bestätigungsvermerkes auf der nachfolgenden Seite)

(Fortsetzung des Bestätigungsvermerkes)

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Oesterreichischen Nationalbank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für Beträge und sonstige Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen, wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des um den Anhang erweiterten Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Unsere Prüfung hat zu **keinen Einwendungen** geführt.

Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung und den ergänzenden Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 10 November 2006 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2006/16)“ in der Fassung vom 11. Dezember 2008 (ECB/2008/21) erlassenen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens zum 31. Dezember 2008 sowie der Ertragslage des Unternehmens für das Geschäftsjahr vom 01. Jänner 2008 bis 31. Dezember 2008 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Sinne des § 67 Abs. 2 NBG.

Der Geschäftsbericht steht – soweit er sich auf den Jahresabschluss bezieht – in Einklang mit dem Jahresabschluss.“

Wien, am 16. März 2009

TPA Horwath
Wirtschaftsprüfung GmbH



Mag. Thomas Schaffer, CPA
Wirtschaftsprüfer

MOORE STEPHENS AUSTRIA
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH



Dr. Peter Wundsam
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Für abweichende Fassungen (zB Verkürzungen) gelten die Bestimmungen des § 281 UGB.

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 2 und 3 des NBG vorgesehenen Zuweisungen (Posten 13 der Gewinn- und Verlustrechnung), von denen 28.378 Tsd EUR (2007: 149.847 Tsd EUR) auf den Gewinnanteil des Bundes entfallen, verbleibt der in der Bilanz und

in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Bilanzgewinn 2008 von EUR 3.153.077,97.

Das Direktorium hat in der Sitzung vom 25. Februar 2009 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:

in EUR

5-prozentige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR	600.000,00
Zuweisung von Förderungsmitteln an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft für Förderungen durch die OeNB	2.553.077,97
	<hr/> 3.153.077,97 <hr/>

Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2008

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2008 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 27. Mai 2008 gewählten Rechnungsprüfern – der TPA Horwath Wirtschafts-

prüfung GmbH und der MOORE STEPHENSAUSTRIA Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 30. April 2009 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2008 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2008 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2008 erstatteten Empfehlung (Seite 136) beschließen.



Hinweise

Abkürzungen, Zeichenerklärung

ABS	Asset-Backed Securities	FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde
ABCP	Asset-Backed Commercial Papers	FMK	Finanzmarktkomitee
AIG	American International Group	FOMC	Federal Open Market Committee
APC	Austrian Payments Council	FTE-National-	Nationalstiftung für Forschung,
A-SIT	Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria	stiftung	Technologie und Entwicklung
ATX	Austrian Traded Index	GSA	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wert-
BGBL.	Bundesgesetzblatt		gestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.
BIC	Bank Identifier Code	HOAM.AT	Home Accounting Module Austria
BIP	Bruttoinlandsprodukt	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	IBAN	International Bank Account Number
BMF	Bundesministerium für Finanzen	IRB	Internal Ratings-Based
BSC	Banking Supervision Committee	IWF	Internationaler Währungsfonds
BWG	Bankwesengesetz	IT	Informations- und Kommunikationstechnologie
CDS	Credit Default Swaps	IWF	Internationaler Währungsfonds
CEBS	Committee of European Banking Supervisors	NBG	Nationalbankgesetz
CESEE	Zentral-, Ost- und Südosteuropa	OeBS	Oesterreichische Banknoten- und
CESR	Committee of European Securities Regulators		Sicherheitsdruck GmbH
CFI	Classification of Financial Instruments	OECD	Organisation for Economic Co-operation and
CG	Corporate Governance		Development (Organisation für wirtschaftliche
CHF	Schweizer Franken	OeKB	Zusammenarbeit und Entwicklung)
CPIS	Coordinated Portfolio Investment Survey	OeNB	Oesterreichische Kontrollbank
ECOFIN-Rat	Economic and Finance Ministers Council (Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU)	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
EACHA	European Automated Clearing House Association	PIN	Personal Identification Number (persönliche Identifikationsnummer)
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development	POS	Point-of-Sale
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme	ROA	Return on Assets
EMV	Europay, MasterCard und VISA	SCF	SEPA Cards Framework
EONIA	Euro OverNight Index Average	SDD	SEPA Direct Debit
EPC	European Payments Council	SEPA	Single Euro Payments Area
ERP	European Recovery Program	SKK	Slowakische Krone
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	SPOC	Single Point of Contact
EU	Europäische Union	SSP	Single Shared Platform
EUR	Euro	SCT	SEPA Credit Transfer
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate	SWP	Stabilitäts- und Wachstumspakt
EWE	External Work Experience	SZR	Sonderziehungsrechte
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	T2S	TARGET2-Securities
EZB	Europäische Zentralbank	USD	US-Dollar
FATS	Foreign Affiliate Trade Statistics	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
FDI	Foreign Direct Investment (Direktinvestitionen)	WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
Fed	Federal Reserve System	WKM	Wechselkursmechanismus
FISIM	Financial Intermediation Services Indirectly Measured	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

- x = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
 .. = nicht verfügbar
 0 = Zahlenwert ist null oder kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
 – = Zahlenwert ist null (gilt nur für den Jahresabschluss 2008)
 n.a. = nicht anwendbar (gilt nur für den Jahresabschluss 2008)

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Verzeichnis der Kästen, Grafiken, Tabellen und Bildkonzept

Bericht des Direktoriums über das Geschäftsjahr 2008

Kästen	Seite
1 Chronologie bedeutender Ereignisse auf den Finanzmärkten in den USA und in Europa in der zweiten Jahreshälfte 2008 <i>Grafik: Risikoprämien von Staatsanleihen in Schwellenländern</i> <i>Grafik: Wechselkursentwicklung des japanischen Yen gegenüber dem Euro</i>	30
2 Finanzkrise: IWF-Hilfe für Zentral-, Ost- und Südosteuropa	36
3 Finanzkrise beeinflusst das Anlageverhalten österreichischer Investoren	41
4 Die OeNB weitet die Vergabe von ERP-Krediten an die österreichische Wirtschaft aus – für das Jahr 2009 sind 210 Mio EUR vorgesehen	46
5 Konjunkturstimulierung in Österreich durch die Konjunkturpakete I und II sowie eine Steuerreform <i>Tabelle: Volumen und Intention von in den Jahren 2008 und 2009 angekündigten Stimulierungsmaßnahmen</i>	47
6 Internationale Initiativen zur Vermeidung künftiger Finanzmarktkrisen	59
7 Wesentliche Elemente des Projekts „Integration Bankenaufsicht“	65
8 Banknoten mit zeitlich begrenztem Umtausch (Präklusivfristen)	78
9 Zentralbanken des Eurosystems als Erfolgsgaranten des ersten Jahrzehnts der WWU	89
10 Die Slowakei führt im Jahr 2009 den Euro ein – die Währungsunion wächst auf 16 Mitglieder an <i>Tabelle: Kennziffern für die Slowakei im Vergleich zum Euroraum</i>	93
Grafiken	
1 Reales BIP	7
2 HVPI-Inflationsrate	7
3 Leitzinssatz und Geldmarktzinsen im Euroraum	7
4 Kreditzinssätze im Euroraum und in Österreich – Neugeschäft	7
5 Aktienindizes	7
6 Betriebsergebnis der österreichischen Banken	7
7 OeNB: Erträge und Aufwendungen	9
8 OeNB: Geschäftliches Ergebnis 2007 und 2008	9
9 Komponenten des HVPI im Euroraum	28
10 Wachstumsbeitrag der Komponenten des realen BIP im Euroraum gegenüber dem Vorquartal	33
11a Forderungen österreichischer Bankengruppen gegenüber CESEE	39

	Seite
11b Forderungen von Banken aus Mitgliedstaaten der EU-15 in CESEE	39
12 Fremdwährungskredite an inländische Kunden (Nichtbanken) – Fremdwährungskreditvolumen / Währungsaufteilung mit dem vierten Quartal 2008	42
13 Wachstumsbeiträge zum realen BIP in Österreich	44
14 Entwicklung ausgewählter Vertrauensindikatoren in Österreich	44
15 Leitzinsen und Geldmarktzinsen im Euroraum	51
16 Leitzinsen in ausgewählten Ländern	52
17 Budgetsalden	55
18 Bargeldumlauf von Euro und US-Dollar	76
19 Fälschungen aus dem Euro-Bargeldumlauf in Österreich	77
20 Ausgewählte außenwirtschaftliche Kennziffern für Österreich	91
21 Internationalisierungsquote der österreichischen Wirtschaft	91

Tabellen

1 Ausgewählte Kennzahlen der OeNB	10
2 Ausgewählte Wirtschafts- und Finanzmarktindikatoren für zentral-, ost- und südosteuropäische Staaten	35
3 Wirtschaftliche Kennzahlen für Österreich	44
4 OeNB-Tochtergesellschaften im baren Zahlungsverkehr	79
5 Makroökonomische Entwicklung seit der WWU	90

Jahresabschluss 2008 der Oesterreichischen Nationalbank**Grafiken**

Goldbestände der OeNB im 5-Jahres-Überblick	109
OeNB-Banknotenumlauf im 5-Jahres-Überblick	119
Geschäftliches Ergebnis im 5-Jahres-Überblick	128

Tabellen

1 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände (Abschreibungsdauer)	103
2 Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008	104

	Seite	
3	Finanzielles Risiko und finanzielle Vorsorgen zum 31. Dezember 2008	107
4	Kapitalbewegungen (Entwicklung im Jahr 2008)	108
5	Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2008	108
6	Forderungen an den IWF	110
7	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	110
8	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	111
9	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	111
10	Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	112
11	Veränderungen des Zinssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte	112
12	Veränderungen des Zinssatzes für die Spitzenrefinanzierungsfazität	113
13	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	113
14	Intra-Eurosystem-Forderungen	115
15	Sonstige Aktiva	116
16	Gebäude und Grundstücke (Entwicklung im Jahr 2008)	116
17	Einrichtung und Maschinen (Entwicklung im Jahr 2008)	116
18	Mobile Sachwerte (Entwicklung im Jahr 2008)	116
19	Immaterielle Vermögensgegenstände (Entwicklung im Jahr 2008)	116
20	Sonstiges Finanzanlagevermögen	117
21	Beteiligungen (Entwicklung im Jahr 2008)	117
22	Sonstige Aktiva – Sonstiges	118
23	Banknotenumlauf	119
24	Jahresdurchschnitt des Banknotenumlaufs im 5-Jahres-Überblick	120
25	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	120
26	Veränderungen des Zinssatzes für die Einlagefazilität	120
27	Sonstige Passiva	122
28	Sonstige Passiva – Sonstiges	122
29	Rückstellungen	123
30	Ausgleichsposten aus Neubewertung	125
31	Rücklagen	125

	Seite
32 Derivative Finanzinstrumente	127
33 Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung	127
34 Bezüge des Direktoriums	130
35 Mitarbeiterressourcen	130
36 Gezeichnete Anteile am Kapital der EZB	131

Bildkonzept

Die Illustrationen zeigen grafisch gestaltete Collagen zu den Bildmotiven der Euro-Münzen.

Periodische Publikationen der Oesterreichischen Nationalbank

Näheres finden Sie unter www.oenb.at

Geldpolitik & Wirtschaft

vierteljährlich

Die auf Deutsch und Englisch erscheinende Quartalspublikation der OeNB analysiert die laufende Konjunktorentwicklung, bringt mittelfristige makroökonomische Prognosen, veröffentlicht zentralbank- und wirtschaftspolitisch relevante Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Workshops und Konferenzen der OeNB.

Focus on European Economic Integration

vierteljährlich

Der Focus on European Economic Integration (FEEI) konzentriert sich auf die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa und reflektiert damit einen strategischen Forschungsschwerpunkt der OeNB. Die Beiträge umfassen empirische und theoretische Studien zur makrofinanziellen und monetären Integration sowie einschlägige Länderanalysen. Seit 2009 erscheint diese englischsprachige Publikation vierteljährlich.

Statistiken – Daten & Analysen

vierteljährlich

Diese Publikation enthält Kurzberichte und Analysen mit dem Fokus auf österreichischen Finanzinstitutionen sowie auf Außenwirtschaft und Finanzströmen. Den Analysen ist eine Kurzzusammenfassung vorangestellt, die auch in englischer Sprache zur Verfügung gestellt wird. Der Tabellen- und Erläuterungsabschnitt deckt finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren ab. Im Internet sind die Tabellen und Erläuterungen (jeweils deutsch und englisch) sowie ein zusätzliches Datenangebot abrufbar. Im Rahmen dieser Serie erscheinen fallweise auch Sonderhefte, die spezielle statistische Themen behandeln.

econ.newsletter

vierteljährlich

Der quartalsweise im Internet erscheinende Newsletter der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB informiert Kollegen aus anderen Zentralbanken oder internationalen Institutionen, Wirtschaftsforscher, politische Entscheidungsträger und an Ökonomie Interessierte über die Forschungsschwerpunkte und Tätigkeiten der Hauptabteilung Volkswirtschaft. Zusätzlich bietet der Newsletter Informationen über Publikationen, Studien oder Working Papers sowie über Veranstaltungen (Konferenzen, Vorträge oder Workshops) des laufenden Quartals. Der Newsletter ist in englischer Sprache verfasst.

Näheres finden Sie unter www.oenb.at/econ.newsletter

Finanzmarktstabilitätsbericht

halbjährlich

Der auf Deutsch und Englisch erscheinende Finanzmarktstabilitätsbericht umfasst zwei Teile: Der erste Abschnitt enthält eine regelmäßige Analyse finanzmarktstabilitätsrelevanter Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Daneben werden im Rahmen von Schwerpunktartikeln auch gesonderte Themen herausgegriffen, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen.

Workshop-Bände

drei- bis viermal jährlich

Die im Jahr 2004 erstmals herausgegebenen Bände enthalten in der Regel die Beiträge eines Workshops der OeNB. Im Rahmen dieser Workshops werden geld- und wirtschaftspolitisch relevante Themen mit nationalen und internationalen Experten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien eingehend diskutiert. Die Publikation erscheint großteils auf Englisch.

Working Papers

etwa 10 Hefte jährlich

Die Working-Paper-Reihe der OeNB dient der Verbreitung und Diskussion von Studien von OeNB-Ökonomen bzw. externen Autoren zu Themen, die für die OeNB von besonderem Interesse sind. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen und spiegeln jeweils die Meinung der Autoren wider.

Volkswirtschaftliche Tagung (Tagungsband)

jährlich

Die Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB stellt eine Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch zu währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Fragen zwischen Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktvertretern und der universitären Forschung dar. Der Konferenzband enthält alle Beiträge der Tagung.

Conference on European Economic Integration

(Konferenzband)

jährlich

OeNB-Konferenzbandreihe mit Schwerpunkt auf zentralbankrelevanten Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem EU-Erweiterungsprozess. Erscheint in einem renommierten internationalen Verlag auf Englisch (Nachfolgekonferenz der „Ost-West-Konferenz“ der OeNB).

Näheres finden Sie unter <http://ceec.oenb.at>

Geschäftsbericht

jährlich

In mehreren Kapiteln werden im Geschäftsbericht der OeNB die Geldpolitik, die Wirtschaftslage, neue Entwicklungen auf den Finanzmärkten im Allgemeinen und auf dem Gebiet der Finanzmarktaufsicht im Speziellen, die sich wandelnden Aufgaben der OeNB und ihre Rolle als internationaler Partner erörtert. Der Bericht enthält auch den Jahresabschluss der OeNB.

Wissensbilanz

jährlich

Die Wissensbilanz beschreibt das intellektuelle Kapital der OeNB sowie dessen Einsatz in Geschäftsprozessen zur Erbringung der Leistungen. Sie stellt Zusammenhänge zwischen Human-, Beziehungs-, Struktur- und Innovationskapital dar und macht den Stellenwert einzelner Einflussfaktoren deutlich. Diese ganzheitliche Sichtweise ermöglicht eine Standortbestimmung und eine wissensbasierte strategische Ausrichtung.

Adressen der Oesterreichischen Nationalbank

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon</i>	<i>Fernschreiber</i>
Hauptanstalt			
Otto-Wagner-Platz 3 1090 Wien <i>Internet: www.oenb.at</i> <i>E-Mail: oenb.info@oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	(+43-1) 404 20-6666 Telefax: (+43-1) 404 20-2398	114669 natbk 114778 natbk
Zweiganstalten			
Zweiganstalt Österreich West			
Innsbruck			
Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	(+43-512) 594 73-0 Telefax: (+43-512) 594 73-99	
Zweiganstalt Österreich Süd			
Graz			
Brockmanngasse 84 8010 Graz	Postfach 8 8018 Graz	(+43-316) 81 81 81-0 Telefax: (+43-316) 81 81 81-99	
Klagenfurt			
10.-Oktober-Straße 13 9020 Klagenfurt	10.-Oktober-Straße 13 9020 Klagenfurt	(+43-463) 576 88-0 Telefax: (+43-463) 576 88-99	
Zweiganstalt Österreich Nord			
Linz			
Coulinstraße 28 4020 Linz	Postfach 346 4021 Linz	(+43-732) 65 26 11-0 Telefax: (+43-732) 65 26 11-99	
Salzburg			
Franz-Josef-Straße 18 5020 Salzburg	Franz-Josef-Straße 18 5020 Salzburg	(+43-662) 87 12 01-0 Telefax: (+43-662) 87 12 01-99	
Repräsentanzen			
Oesterreichische Nationalbank London Representative Office 5 th floor, 48 Gracechurch Street London EC3V 0EJ, Vereinigtes Königreich		(+44-20) 7623-6446 Telefax: (+44-20) 7623-6447	
Oesterreichische Nationalbank natb ny New York Representative Office 450 Park Avenue, Suite 1202 New York, N. Y. 10022, USA		(+1-212) 888-2334 Telefax: (+1-212) 888-2515	(212) 422509
Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenberg 30 B 1040 Brüssel, Belgien		(+32-2) 285 48-41, 42, 43 Telefax: (+32-2) 285 48-48	

Der Geschäftsbericht der OeNB informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, über Entwicklungen der Wirtschaft, der Finanzmärkte und des Zahlungsmittelbereichs. Ferner werden die Aufgaben und vielfältigen Dienstleistungen sowie die Rolle der OeNB im österreichischen und internationalen Umfeld erläutert. Der Jahresabschluss der OeNB und der Anhang zum Jahresabschluss sind integraler Bestandteil des Geschäftsberichts. Seit 2006 bildet der Geschäftsbericht zusammen mit der Wissensbilanz und der Umwelterklärung den Nachhaltigkeitsbericht der OeNB.

Produktmanager

Manfred Fluch

Inhaltliche Gestaltung

Gernot Ebner, Manfred Fluch, Matthias Fuchs, Johannes Haushofer, Gerhard Havelka, Georg Hubmer, Brigitta Lidauer, Markus Pammer, Anton Schautzer, Josef Schreiner, Maria Antoinette Silgoner, Manfred Zipko

Redaktion

Alexander Dallinger

Technische Gestaltung

*Peter Buchegger (grafische Gestaltung)
Erika Gruber (Layout, Satz)
Hausdruckerei der OeNB (Herstellung)*

Papier

Gedruckt auf umweltfreundlich hergestelltem Papier

Illustrationen

Lowe GgK

Bilddetail (Seite 24)

Max Weiler, 1910–2001, Hand mit Schlüsselblume (Frühling) – Detail, 1948, Öl auf Leinwand, 61 x 61 cm, Privatbesitz, www.maxweiler.at

Rückfragen

*Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: (+43-1) 404 20-6666, Telefax: (+43-1) 404 20-6698
E-Mail: oenb.info@oenb.at*

Bestellungen/Adressenmanagement

*Oesterreichische Nationalbank, Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
Postanschrift: Postfach 61, 1011 Wien
Telefon: (+43-1) 404 20-2345, Telefax: (+43-1) 404 20-2398
E-Mail: oenb.publikationen@oenb.at*

Impressum

*Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller:
Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Günther Thonabauer, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit
Internet: www.oenb.at
Verlags- und Herstellungsort: 1090 Wien
© Oesterreichische Nationalbank, 2009
Alle Rechte vorbehalten.*

Im Sinne einer verbesserten Lesbarkeit wurde auf geschlechtsspezifische Formulierungen verzichtet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich der Text immer sowohl auf Frauen als auch Männer bezieht.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Der vorliegende Geschäftsbericht als Teil des Nachhaltigkeitsberichts der OeNB wurde geprüft und entspricht dem aktuellen Leitfaden G3 der Global Reporting Initiative zur Nachhaltigkeitsberichterstattung.

DVR 0031577

Wien, 2009

